Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

24. Dezember 1979
Jg. 7 Nr. 52

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

### Sambia: Sambesi-Brücke von VR China wiederhergestellt

*z.krk.* Die vergangene Woche hatte eine Baubrigade der VR China eine Hilfsbrücke über den Sambesi in nur zwei Monaten fertiggestellt. Damit ist die Eisenbahnverbindung für das Binnenland Sambia zum Hafen von Dar es Salaam wieder hergestellt. Im Oktober hatten die rhodesischen Kolonialisten wichtige Brücken in Sambia und Mozambique zerstören lassen, womit sie erzwingen wollten, daß diese Länder ihre Unterstützung für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe einstellen. Für die Wiederherstellung der Verkehrsverbindungen ist unter den Volksmassen in Sambia eine Spendenaktion durchgeführt worden. Die mit der Hilfe der VR China 1976 gebaute Bahnverbindung ist Sambias wichtigste Bahnlinie, über die und die Straße nach Dar es Salaam 73,6% des Außenhandels abgewickelt werden.

### Gemeinsames Aufbauprojekt von westafrikanischen Ländern

*z.doj.* Senegal, Mali und Mauretanien haben mit dem gemeinsamen Bau eines großen Flußregulierungsprojekts am Senegal-Fluß begonnen. Es dient zum weiteren Aufbau ihrer Landwirtschaft durch Errichtung eines Schutzdammes gegen das Einströmen des Meerwassers in das Senegal-Delta sowie durch einen Staudamm und Bewässerungsanlagen am Oberlauf bei Mantali. Gleichzeitig schaffen die drei Länder mit dem Staudamm die Möglichkeit zum Aufbau eines Stromnetzes und zur Nutzbarmachung v.a. ihrer Bauxit-, Mangan- und Eisenerzvorräte. Der Fluß wird dadurch auch 320 km stromaufwärts schiffbar gemacht. Zu 60% wird dieses Projekt der OMVS (Organisation zur Nutzbarmachung des Senegal-Flusses) von der afrikanischen Entwicklungsbank und aus arabischen Hilfsfonds finanziert. 38% sind Kredite aus westeuropäischen Ländern, davon 18% aus der BRD.

### Saudi-Arabien strebt selbständige Ölvermarktung an

*z.mif.* Saudi-Arabien überprüft derzeit seine Lieferverträge mit den US-Konzernen. Von seiner gesamten Ölförderung – 9,5 Mio. Faß am Tag – vertreibt es über die staatliche Gesell-

Gemeinsames Aufbauprojekt von westafrikanischen Ländern

z.doj. Senegal, Mali und Mauretanien haben mit dem gemeinsamen Bau eines großen Flußregulierungsprojekts am Senegal-Fluß begonnen. Es dient zum weiteren Aufbau ihrer Landwirtschaft durch Errichtung eines Schutzdammes gegen das Einströmen des Meerwassers in das Senegal-Delta sowie durch einen Staudamm und Bewässerungsanlagen am Oberlauf bei Mantali. Gleichzeitig schaffen die drei Länder mit dem Staudamm die Möglichkeit zum Aufbau eines Stromnetzes und zur Nutzbarmachung v.a. ihrer Bauxit-, Mangan- und Eisenerzvorräte. Der Fluß wird dadurch auch 320 km stromaufwärts schiffbar gemacht. Zu 60% wird dieses Projekt der OMVS (Organisation zur Nutzbarmachung des Senegal-Flusses) von der afrikanischen Entwicklungsbank und aus arabischen Hilfsfonds finanziert. 38% sind Kredite aus westeuropäischen Ländern, davon 18% aus der BRD.

Saudi-Arabien strebt selbständige Ölvermarktung an

z.mif. Saudi-Arabien überprüft derzeit seine Lieferverträge mit den US-Konzernen. Von seiner gesamten Ölförderung – 9,5 Mio. Faß am Tag – vertreibt es über die staatliche Gesell-

schaft Petromin gegenwärtig nur 10%. In den letzten Jahren hat Saudi-Arabien die Politik eingeschlagen, Lieferverträge danach abzuschließen, in welchem Maß sich die US-Konzerne finanziell und technisch an gemeinsamen Unternehmen zum Bau petrochemischer Werke beteiligen. Aber diese Verfügung gerade über das saudi-arabische Öl hat den US-Monopolen, insbesondere Exxon, Mobil und Texaco, in den letzten Jahren zu gigantischen Profiten verholfen, allein diese drei Gesellschaften weisen für Januar bis Juni 1979 3,298 Milliarden Dollar Gewinn aus. Daher plant Saudi-Arabien jetzt, einen größeren Teil seines Öls selber zu vermarkten.

### Hilfsgüter müssen direkt an das kampucheanische Volk

*z.gkr.* Am 2. Dezember forderte die Regierung des Demokratischen Kampuchea erneut die UNO, verschiedene Länder sowie die Hilfsorganisationen auf, entsprechende Arbeitsstäbe und Beobachter zu schicken und die Hilfsgüter direkt an das kampucheanische Volk zu verteilen. Wiederholt hat sie enthüllt: Die vietnamesischen Aggressoren bereiten tagsüber die Verteilung der Hilfsgüter vor, nachts plündern sie sie dann. Zwischen dem 5. und 15. November haben Guerillas an 8 Stellen getöteten und verwundeten Söldnern Nahrungsmitteldosen und Medizin aus Hilfslieferungen abgenommen. – Französische Parlamentarier berichteten am 27. November: „Auf vietnamesischer Seite gibt es den wohldurchdachten Versuch, die Bevölkerung auszuhungern. Die Nahrungsmittel aus westlichen Ländern werden als strategische Waffen zur Kontrolle der Bevölkerung benutzt."

## Sofortiger Abzug der vietnamesischen Aggressionstruppen!

### Das kämpfende kampucheanische Volk braucht Unterstützung

Seit über einem Jahr tobt die vietnamesische Kriegsmaschinerie, um den Widerstand des kampucheanischen Volkes zu brechen, das Demokratische Kampuchea zu beseitigen und Kampuchea mit vietnamesischen Siedlern zu kolonisieren. Mit rund 2½ Millionen Dollar täglich, Beratern und Waffenlieferungen ist die Sowjetunion an diesem beispiellosen Eroberungs- und Vernichtungskrieg beteiligt. Mit überlegenen Verbänden hatten die vietnamesischen Aggressoren am 7. Januar 1979 Phnom Penh erobert und dort eine Marionettenregierung installiert. Voller Triumph erklärten sie sich zu Herren der Lage und zu Herrschern über Kampuchea. Aber sie haben sich getäuscht. Unter Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea hat das kampucheanische Volk den Blitzkrieg der vietnamesischen Aggressoren zum Scheitern gebracht und den großangelegten Aggressionskrieg mit dem Guerillakrieg, den Eroberungskrieg mit dem nationalen Widerstandskrieg beantwortet. Die vietnamesischen Aggressoren gingen, nachdem sie im Blitzkrieg gescheitert waren, zur langsamen, aber systematischen Vernichtung des kampucheanischen Volkes durch Aushungerung über. Ihr Blitzkrieg hatte Anfang des Jahres das kampucheanische Volk an der Aussaat gehindert. Mit systematischem Terror versuchten die Aggressoren das kampucheanische Volk im Herbst daran zu hindern, das Wenige zu ernten, was sie trotz Krieg und Besatzung anbauen hatten können.

Ohne brutale Unterdrückung des eigenen Volkes könnten die Hanoier Machthaber diesen Aggressionskrieg nicht führen. Es ist kein Geheimnis, daß in Vietnam die Gefängnisse überfüllt sind. Längst sind die Befreiungskämpfer selber zu Opfern der Hanoier Machthaber geworden. Während die Hanoier Machthaber Kampuchea mit Hunger und Krieg überziehen, haben sie auch das eigene Volk auf Hungerration gesetzt. Mit 9 Kilo Reis pro Kopf im Monat müssen die vietnamesischen Volksmassen inzwischen auskommen. Die Aggressionstruppen sind angeschlagen. Desertationen nach Thailand und Überwechseln zur Revolutionären

Blitzkrieg der vietnamesischen Aggressoren zum Scheitern gebracht und den großangelegten Aggressionskrieg mit dem Guerillakrieg, den Eroberungskrieg mit dem nationalen Widerstandskrieg beantwortet. Die vietnamesischen Aggressoren gingen, nachdem sie im Blitzkrieg gescheitert waren, zur langsamen, aber systematischen Vernichtung des kampucheanischen Volkes durch Aushungerung über. Ihr Blitzkrieg hatte Anfang des Jahres das kampucheanische Volk an der Aussaat gehindert. Mit systematischem Terror versuchten die Aggressoren das kampucheanische Volk im Herbst daran zu hindern, das Wenige zu ernten, was sie trotz Krieg und Besatzung anbauen hatten können.

Ohne brutale Unterdrückung des eigenen Volkes könnten die Hanoier Machthaber diesen Aggressionskrieg nicht führen. Es ist kein Geheimnis, daß in Vietnam die Gefängnisse überfüllt sind. Längst sind die Befreiungskämpfer selber zu Opfern der Hanoier Machthaber geworden. Während die Hanoier Machthaber Kampuchea mit Hunger und Krieg überziehen, haben sie auch das eigene Volk auf Hungerration gesetzt. Mit 9 Kilo Reis pro Kopf im Monat müssen die vietnamesischen Volksmassen inzwischen auskommen. Die Aggressionstruppen sind angeschlagen. Desertationen nach Thailand und Überwechseln zur Revolutionären

Armee des Demokratischen Kampuchea sind inzwischen keine Seltenheit mehr. Das vietnamesische Volk hat sich nicht vom US-Imperialismus befreit, um von den Hanoier Machthabern in Eroberungskriegen verheizt zu werden.

Ohne die tägliche Unterstützung der Sowjetunion wäre die vietnamesische Kriegsmaschinerie schon zusammengebrochen. Die sozialimperialistische Sowjetunion ist unfähig, ausreichend Getreide für das sowjetische Volk zu produzieren und ist auf den amerikanischen Weizenimport angewiesen. Den vietnamesischen Aggressoren aber liefert sie neben Waffen auch Getreide, mit dem die Hungerstrategen ihren Krieg fortsetzen können.

Ohne die imperialistische Hetze gegen das Demokratische Kampuchea wären die vietnamesischen Aggressoren kaum in der Lage gewesen, ihre Expansionsabsichten in Südostasien durch offenen Krieg gegen das Demokratische Kampuchea zu verfolgen. Ohne diese Hetze hätte es die Sowjetunion kaum wagen können, ihre vietnamesischen Söldner zum Krieg um die Vorherrschaft in Südostasien antreten zu lassen.

Die Verantwortlichen für den Krieg gegen das Demokratische Kampuchea sind bekannt. Das kampucheanische Volk steht heute an einer entscheidenden Front in der Verteidigung der Unabhängigkeit und Souveränität der Völker der Welt. Sein Widerstandskrieg dient nicht nur der Wiederherstellung des Friedens in Kampuchea und in Südostasien, sondern der Verteidigung des Weltfriedens. Ohne zu zögern, hat das kampucheanische Volk diese Kampfaufgabe übernommen und sich keinen Augenblick mit Eroberung und Unterwerfung abgefunden. Von den befreiten Gebieten aus führt es den militärischen Kampf. Nur ein Viertel des Landes können die Besatzungstruppen vorübergehend kontrollieren und in diesen von den Aggressoren kontrollierten Gebieten haben sich die kampucheanischen Volksmassen in den letzten Wochen erhoben, um in politischen Demonstrationen den Abzug der vietnamesischen Truppen zu verlangen.

Die UNO-Vollversammlung hat angesichts der sowjetisch-vietnamesischen Aggression gegen das Demokra-

durch offenen Krieg gegen das Demokratische Kampuchea zu verfolgen. Ohne diese Hetze hätte es die Sowjetunion kaum wagen können, ihre vietnamesischen Söldner zum Krieg um die Vorherrschaft in Südostasien antreten zu lassen.

Die Verantwortlichen für den Krieg gegen das Demokratische Kampuchea sind bekannt. Das kampucheanische Volk steht heute an einer entscheidenden Front in der Verteidigung der Unabhängigkeit und Souveränität der Völker der Welt. Sein Widerstandskrieg dient nicht nur der Wiederherstellung des Friedens in Kampuchea und in Südostasien, sondern der Verteidigung des Weltfriedens. Ohne zu zögern, hat das kampucheanische Volk diese Kampfaufgabe übernommen und sich keinen Augenblick mit Eroberung und Unterwerfung abgefunden. Von den befreiten Gebieten aus führt es den militärischen Kampf. Nur ein Viertel des Landes können die Besatzungstruppen vorübergehend kontrollieren und in diesen von den Aggressoren kontrollierten Gebieten haben sich die kampucheanischen Volksmassen in den letzten Wochen erhoben, um in politischen Demonstrationen den Abzug der vietnamesischen Truppen zu verlangen.

Die UNO-Vollversammlung hat angesichts der sowjetisch-vietnamesischen Aggression gegen das Demokra-

tische Kampuchea jede Legalisierung der Aggression zurückgewiesen, die Vertretung des kampucheanischen Volkes durch das Demokratische Kampuchea erneut ausdrücklich anerkannt und gegen die Stimmen Vietnams, der Sowjetunion und der engsten Verbündeten der Sowjetunion den sofortigen Abzug aller fremden Truppen aus Kampuchea gefordert. Arrogant weisen die Aggressoren die Erfüllung dieser Forderung weit von sich. Als Militärmachthaber können sie nur durch den militärischen Kampf des kampucheanischen Volkes zum Abzug gezwungen werden. Nur die Unterstützung des Widerstandskrieges durch die Völker der Welt wird die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes und den Frieden ermöglichen.

Die vietnamesischen Aggressionstruppen müssen abgezogen werden. Die Sowjetunion muß die Unterstützung und Beteiligung an der Aggression gegen das Demokratische Kampuchea einstellen. Die Versuche, die Regierung des Demokratischen Kampuchea durch eine sogenannte „Dritte Lösung" auszuschalten, sind gegen den Widerstandskrieg des kampucheanischen Volkes gerichtet. Alles was den Kampf des kampucheanischen Volkes schwächt, stärkt die Aggressoren. Gegenwärtig mangelt es dem kampucheanischen Volk vor allem an Lebensmitteln und an Gesundheitsversorgung. Wenn solche Unterstützung aber nicht an das Demokratische Kampuchea oder sein Rotes Kreuz geht, dann müsten sich mit ihr nur die Aggressoren. Nach einem Jahr der Aggression ist es Zeit, daß die Unterstützung des kampucheanischen Volkes einen weiteren Aufschwung nimmt, um den Abzug der Aggressionstruppen zu erzwingen.

Kommunistischer Bund Westdeutschland
Zentrales Komitee

### Militärputsch in Südkorea: Kriegsrecht, 1000 verhaftet, neue Kabinettsbildung



Der eingesetzte Präsident Choi ist nur noch zivile Fassade: am 12. Dezember putschte eine Gruppe jüngerer Generale. Sie verhafteten 16 Generale, besetzten die oberste Armeeführung neu und diktierten dem Präsidenten Choi die Besetzung des Kriegs-, Justiz- und Innenministeriums. Die US-Armee, der Teile der putschenden Truppen direkt unterstehen, war nicht informiert, sie ist über die

sion gegen das Demokratische Kampu-
Zentrales Komitee

Militärputsch in Südkorea: Kriegsrecht, 1000 verhaftet, neue Kabinettsbildung



Der eingesetzte Präsident Choi ist nur noch zivile Fassade: am 12. Dezember putschte eine Gruppe jüngerer Generale. Sie verhafteten 16 Generale, besetzten die oberste Armeeführung neu und diktierten dem Präsidenten Choi die Besetzung des Kriegs-, Justiz- und Innenministeriums. Die US-Armee, der Teile der putschenden Truppen direkt unterstehen, war nicht informiert, sie ist über die
Zersetzung der Armee besorgt, die die Aufrechterhaltung der Teilung des Landes erschwert. Carter hält Parlamentarismus für dringend zur Fesselung der Volkskämpfe: „Menschenrechte". Die US-Presse fordert „deutliche Sprache", also Intervention. 38000 US-Soldaten sind permanent in Südkorea stationiert.

## Spanien: Hunderttausende bekämpfen reaktionäres Gesetzesbündel

### EG stand Pate bei neuem Arbeitsstatut / EG-Beitrittsverhandlungen sollen 1981 zum Ende gebracht sein

*z.scc.* „Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, in Spanien zu investieren", lud am 20.12. die britische „Financial Times" ein. Ganz offensichtlich hatte sie mit dem Redaktionsschluß ihrer „Beilage Spanien" zu früh gelegen. Zwar lockt die Imperialisten der Lohnsenkungsschub, den die spanische Regierung gegen die Arbeiterklasse in diesem Jahr hat durchsetzen können – obwohl 6,5 Millionen Lohnabhängige, doppelt so viel wie 1978, an Streiks beteiligt waren, bleibt die Lohnsteigerungsrate mit 13,9% erstmals seit langem selbst unter der amtlichen Preissteigerungsrate von 17% – zum Kapitalexport: In den ersten neun Monaten 79 verdoppelten die Imperialisten ihre Neuinvestitionen in Spanien gegenüber 78 auf 65,3 Mrd. Pesetas, ca. 1,7 Mrd. DM. Zwar haben die westeuropäischen Imperialisten die spanische Bourgeoisie zur Ausarbeitung eines EG-Maßstäben angepaßten neuen Arbeitsstatuts drängen können. Genau gegen dieses Arbeitsstatut aber faßt die Arbeiterbewegung all ihre Bestrebungen gegen die dauernden Lohnsenkungen und die fortschreitende Unterdrückung in einer großen Schlacht zusammen.

Das Arbeitsstatut schränkt die Rechte der gewählten betrieblichen Vertreter der Arbeiterklasse ganz nach Vorbild des westdeutschen Betriebsverfassungsgesetzes ein; legt gegen die Forderung nach 40-Stundenwoche die wöchentlichen Arbeitsstunden auf 43 fest; fegt die letzten Schranken gegen Entlassungen, die die Arbeiterbewegung unter der faschistischen Diktatur hatte verteidigen können, beiseite; erlaubt erstmals zeitlich begrenzte Arbeitsverträge und damit den Ausbeutern, große Massen je nach Profitgelüsten hin- und herzuwerfen. Nach Streiks v.a. in Euskadi (Baskenland), Katalonien, Valencia, Asturien und Andalusien, nach einer Demonstration von weit über 100000 Lohnabhängigen am 14.12. in Madrid bereiten die Gewerkschaften, mit Ausnahme der sozialdemokratischen UGT, jetzt den Generalstreik gegen das reaktionäre Arbeitsstatut vor.

Die Entschlossenheit des spanischen Industrieproletariats, seine Rechte durch kein Arbeitsstatut weiter einschränken zu lassen, spornt die übrigen Teile des Volkes an. Zeitungen berichten von hartnäckigen Kämpfen der Landarbeiter und insbesondere der jornaleros, der Tagelöhner, die sich gegen die Anlage großer, von der EG finanzierter Baumwollplantagen wehren, die Zehntausende von ihnen brotlos machen. Über 100000 Schüler und Studenten streikten und demonstrierten in den letzten Wochen: Sie treten gegen ein Gesetzespaket an, mit dem die Regierung u.a. die Einschreibgebühren für die Universitäten auf 100000 Pesetas, ca. 2500 DM, hochzuschrauben und durch forcierte Unterstützung von Privatschulen – 40% der Schulen sind privat, der größte Teil davon unter kirchlicher Kontrolle – das Volksbildungswesen weiter zu unterhöhlen trachtet.

Währenddessen holt sich Regierungschef Suarez bei der EG-Kommission Anweisung und Rückendeckung. Die drängt auf schnelle Durchsetzung des Gesetzes- und Maßnahmenbündels. Statt wie ursprünglich vorgesehen 1983 soll Spanien jetzt bereits 1981 den Beitrittsvertrag zur EG unterschreiben. Bis dahin soll Suarez „Klar Schiff" bei der Niederwerfung der Arbeiter- und Volksbewegung machen.

### Irland: Erneute Massendemonstrationen gegen Lohnsteuerplünderung




Über 30000 Lohnabhängige demonstrierten in 16 Städten Irlands auf Aufruf der Gewerkschaften. Sie forderten u.a. Erhöhung der Freibeträge um ⅓ auf 740 DM im Monat für Verheiratete und höhere Steuern für Kapitalisten.

*z.brp.* **Das Verbot des Streiks in den westdeutschen Sendeanstalten wurde auf einer Mitgliederversammlung der RFFU am 19.12. in Hamburg, an der 1500 teilnahmen, mit Pfiffen und Buhrufen quittiert.** Nach einem anschließenden Protestmarsch erwartete die NDR-Leitung die reibungslose Aufnahme des Sendebetriebs. Sie selbst hatte für Streikbruch durch holländische Sendewagen gesorgt. Die Tagesschau-Sendung zeigte, daß die Angestellten keineswegs gebrochen das Streik-Verbot hingenommen haben: Wort- und Filmbeiträge liefen u.a. nicht synchron. Die Angestellten beim NDR hatten über ihre Verbandsgruppen einen 24stündigen Streik beantragt. Sie sind gegen die Auflösung des NDR, weil sie damit rechnen, daß in Hamburg der Sender von bisher 2500 auf 600 Beschäftigte reduziert wird, was im günstigsten Fall einen Ortswechsel, sonst Arbeitslosigkeit und für alle größeren Druck durch die Leitung, vor allem auf die Löhne und Gehälter, bedeutet. Die Angestellten beraten jetzt, wie sie den Kampf weiterführen können.

*z.gük.* **90000 Wohnungssuchende mit Berechtigungsschein auf Sozialwohnung in Hamburg und Berlin, 16000 Wohnungssuchende in München, vermeldet die Neue Heimat.** Die Begründung der Neuen Heimat: „Eine beispiellose Teuerungswelle" und „im sozialen Wohnungsbau werde es zunehmend schwieriger, kostendeckend zu programmieren. Hinzu komme der in den Ballungszentren nach wie vor überzogene Baulandmarkt." (Süddeutsche Zeitung, 6.12.) Der Konzentrationsprozeß des Kapitals, vor allem des Bank- und Handelskapitals in den Großstadtzentren, hat die Boden- und Baupreise in den Großstädten für das arbeitende Volk unerschwinglich gemacht. 17,4% stieg der durchschnittliche Kaufwert für 1m² baureifes Land von 1977 auf 1979. Gleichzeitig stiegen die Hypothekarzinsen von Okt. '77 6,63% auf 8,15% Okt. 1979 an. Die Zahl der Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau sank von 326663 (1960) auf 135311 (1978). In der jetzigen Wohnungsnot sehen Wohnungsbaukapitalisten und Banken ein weiteres großes Geschäft mit dem Sozialwohnungsbau. Die SPD/FDP-Regierung will es mit dem um 600 Mio. DM erhöhten Wohngeld finanzieren, mit den Steuergeldern der Lohnabhängigen.

te"; Einführung eines „Familiengeldes"; Anrechnung von 5 Rentenversicherungsjahren pro Kind für Mütter, die zu dessen Erziehung ihre Erwerbstätigkeit aufgegeben haben. Zur „Familienpolitik" ist am 30.11. vom Bundesrat der „Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Familiengeldes" der CDU/CSU für „nicht erwerbstätige Elternteile" verabschiedet worden als Ergänzung zum Mutterschaftsurlaubsgesetz der Koalition. Indem die SPD nur lohnabhängigen Frauen bis zu 750 DM monatlich Lohnfortzahlung während der ersten 6 Monate nach der Geburt eines Kindes zugesteht (Matthöfer: „ ... den nichtarbeitenden Müttern etwas zu versprechen, reicht leider nicht hin"), benachteilige sie die Frauen der Bauern und Kleinproduzenten, die doch *mitarbeitende* Familienangehörige seien. Diese offene Flanke nutzt die CDU/CSU, um für *alle* „nicht erwerbstätigen Elternteile" – unabhängig von der Höhe ihres Einkommens – „Familiengeld" zu fordern. 500 DM monatlich beträgt dieser Zuschuß, den der „nicht erwerbstätige Elternteil" auf Antrag während der ersten 6 Lebensmonate seines Kindes beziehen kann. Es wird „... nicht mehrfach (bei Mehrlingsgeburten) gewährt, da es nicht dazu beitragen soll, die Familie hinsichtlich der durch Kinder bedingten Kosten zu entlasten". Strauß: „Wer CDU/CSU wählt, der will eine andere Politik, in der die Familie befähigt wird, ihre Probleme lösen zu können ... insgesamt hat der Staat in der Familie nichts verloren." Mit wenig staatlichen Zuschüssen will die christliche Reaktion zwangsweise die Familienbande stärken, um so besser den Lohn drücken zu können.




*z.urb.* **350 Mio. DM Kredit hat die**

# Staatsschutzparagraphen in Anwendung

## SPD/FDP-Initiative zur Streichung §88a / Lockruf in die Staatsarme

*z.gug.* Nach dem Landesparteitag der FDP in NRW Anfang Dezember gab Genscher bekannt, die Freien Demokraten setzten sich jetzt für eine Streichung des §88a sowie für eine Novellierung des Kontaktsperregesetzes ein. Wenige Tage später erklärte der SPD-Sprecher Terjung, die SPD werde zusammen mit der FDP eine solche „Initiative" wagen. Mit dem 88a hatte die Bourgeoisie eine Lücke im Strafgesetzbuch geschlossen, indem sie bereits die Befürwortung von Gewalt unter Strafe stellt. Mit einer Streichung ist nicht zu rechnen. Die Novellierung des Kontaktsperregesetzes bestünde nach Angaben der FDP darin, dem von der Außenwelt vollständig abgeschnittenen Gefangenen einen Pflichtverteidiger als „Kontaktperson" zu ernennen. Vor einem Jahr hatten die Regierungsparteien ein ähnliches Manöver mit ihren angeblichen Bestrebungen, die Verfassungsschutzüberprüfung für Bewerber des öffentlichen Dienstes abzuschaffen, durchgeführt. Herausgekommen sind damals die vom Bundestag beschlossenen Richtlinien über die Handhabung der Überprüfung und das Angebot an alle in Frage kommenden, bei Reumütigkeit und Handreichung mit dem bürgerlichen Staat davonzukommen. Um nichts anderes handelt es sich bei ihrer gegenwärtigen „Initiative". Einige Beispiele von Verurteilungen aufgrund der Staatsschutzparagraphen von diesem Jahr:

**§88a Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten / Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren**

*KG Westberlin, 12.2.79.* „Die Agit-Drucker haben den Tatbestand des §88a ... verwirklicht, sie haben Schriften gedruckt ... (es) war ihnen klar, daß in dieser Zeitschrift ... Erklärungen veröffentlicht ... wurden, in denen sich die ... terroristischen Vereinigungen RAF und ‚Bewegung 2. Juni' darstellten ..."
*LAG Westberlin, 7.5.79.* „Der in beiden Zeitungen wiedergegebene Text (es handelt sich um das Lied „Gegen die Geldsackrepublik", Verf.) enthält die Befürwortung eines Mordes an dem seinerzeit amtierenden Bundesverteidigungsminister ... Durch die Zeilen ‚Wenn die Leute fragen, lebt der Leber noch, müßt ihr ihnen sagen, ja, leider lebt er noch. Er hängt noch nicht am Galgen, er hängt noch nicht am Strick ....'"

**§90a Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole / Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren**

*LAG Köln, 23.1.79.* Die Aussage, „die westdeutsche Gesellschaft ist eine Klassengesellschaft, eine verschwindende Minderheit, die Kapitalisten, beuten die Arbeiterklasse aus; der Parlamentarismus ist nur ein demokratisches Deckmäntelchen, um die Diktatur der Kapitalistenklasse mittels der Staatsmacht auszuüben ...", stellt eine Verunglimpfung dar.
*LAG Nürnberg-Fürth, 24.10.79.* Die Formulierung „Die westdeutschen Imperialisten wollen Westdeutschland in ein Militärzuchthaus verwandeln, die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen niederschlagen", verstößt gegen §90a.

**§129 Bildung einer kriminellen Vereinigung / Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren**
*LG Stuttgart, 16.2.79.* Es gehört nicht zu den Pflichten und Rechten eines Verteidigers, ein Selbstverständnis und eine politische Identität von Mandanten zu unterstützen und aufrechtzuerhalten.

**§185 Beleidigung / Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr, verbunden mit Tätlichkeit bis zu 2 Jahren**
*LAG Westberlin, 19.1.79.* Wird in einer Schülerzeitung ein Lehrer als „Notenterrorist" bezeichnet und werden seine Methoden beschrieben, so ist dies „übelste Ehrverletzung", selbst wenn die entsprechenden Tatsachen wahr sind.
*OLG Braunschweig, 18.6.79.* Die Bezeichnung eines Schuldirektors mit dem Wort „Kreatur" stellt eine Formalbeleidigung dar, ohne daß es noch auf die Prüfung der Wahrnehmung berechtigter Interessen ankommt.
*AG Bielefeld, 1.10.79.* Die Begriffe „Polizeispitzel, Denunziant, Lump" sind strafbare Formalbeleidigungen.



# Freiwillige Rentenversicherte: Durch Anhebung des Mindestbeitrages die Bedingungen verschlechtert

*z.hej.* Für die Arbeiter und Angestellten gilt, daß sie in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind und monatlich 18% vom Bruttolohn (einschl. der Hälfte, die der Kapitalist zahlen muß) als Beitrag zahlen. Im Gegensatz dazu bestand ursprünglich für die „selbständig Erwerbstätigen" keine Versicherungspflicht in einer gesetzlichen Versicherung. 1938 wurde als erste Gruppe der „selbständig Erwerbstätigen" die Handwerker in die Rentenversicherung einbezogen. Stück für Stück hat der bürgerliche Staat nach dem 2. imperialistischen Weltkrieg die „selbständig Erwerbstätigen", vor allem die Landwirte und Handwerker, sowie die Kammern der sogenannten freien Berufe in die gesetzliche Rentenversicherung eingegliedert. Sie wurden damit versicherungspflichtig – teils unter besonderen Bedingungen – teils sind sie nur versicherungsberechtigt. Bei den Handwerkern z.B. ist die Pflichtversicherung auf 216 Monate Beitragszahlung begrenzt, der Beitrag berechnet sich nach dem Einkommen, ist aber gesetzlich für alle mit 374 DM

en zu lassen.

Mit dem Rentenreformgesetz von 1972 hat die SPD/FDP-Regierung die weitere „Öffnung" der Rentenversicherung für bisher von der Rentenversicherung ausgeschlossene Personen, insbesondere Selbständige und nichterwerbstätige Hausfrauen beschlossen. Auf Antrag konnten sie bis 1975 eine Pflichtversicherung oder eine freiwillige Versicherung eingehen. Gleichzeitig wurde eine Nachentrichtung von in der Höhe frei wählbaren Beiträgen ab einschließlich 1956 ermöglicht. Bis Ende 1976 haben sich rund 92000 Selbständige versichert. Von der Nachentrichtung von Beiträgen, die auch für bereits Versicherte galt, haben rund 1,8 Mio. Gebrauch gemacht. Um einen Rentenanspruch von 400 DM zu erhalten, mußte man rund 40000DM, bei 265 DM rund 20000 DM in die Versicherung zahlen. „Lohnend" ist die Nachentrichtung nur, wenn sofort ein Rentenanspruch besteht und noch einige Jahre lebt.

Nach der „Öffnung und Nachentrichtung" zahlten 1975 rund 800000

Ehrenberg den Fortgang im Geiste einer Rentenversicherung als Kapitalgeber für die Kapitalistenklasse.

Mit dem 20. Rentenanpassungsgesetz wurde zunächst der Mindestbeitrag für die freiwillig Versicherten von 18 DM bis 1977 für 1978 auf 36 DM, für '79 und '80 auf 72 DM erhöht und ab '81 nach der Einkommensgrenze für geringfügige Einkommen festgelegt. Dies wird vor allem die Handwerker, kleinen Händler und Landwirte treffen. Hinzu kommt, daß die freiwilligen Beiträge, die bisher für zwei volle Jahre im Nachherein gezahlt werden konnten, ab 1.1.80 nur noch im laufenden Kalenderjahr gezahlt werden können. Nach dem 21. Rentenanpassungsgesetz hat die Regierung die Bedingungen nochmals geändert. Danach werden freiwillige Beiträge für die Berechnung der Rente nur berücksichtigt, wenn drei Jahre zusammenhängend Beitrag entrichtet wurde. Die unberücksichtigten Beiträge gelten dann als Höherversicherung und werden bei der Anpassung nicht berücksichtigt.

Dies sind Zwangsmittel, um die Ren-

wechsel, sonst Arbeitslosigkeit und für alle größeren Druck durch die Leitung, vor allem auf die Löhne und Gehälter, bedeutet. Die Angestellten beraten jetzt, wie sie den Kampf weiterführen können.

*z.gük.* **90000 Wohnungssuchende mit Berechtigungsschein auf Sozialwohnung in Hamburg und Berlin, 16000 Wohnungssuchende in München, vermeldet die Neue Heimat.** Die Begründung der Neuen Heimat: „Eine beispiellose Teuerungswelle" und „im sozialen Wohnungsbau werde es zunehmend schwieriger, kostendeckend zu programmieren. Hinzu komme der in den Ballungszentren nach wie vor überzogene Baulandmarkt." (Süddeutsche Zeitung, 6.12.) Der Konzentrationsprozeß des Kapitals, vor allem des Bank- und Handelskapitals in den Großstadtzentren, hat die Boden- und Baupreise in den Großstädten für das arbeitende Volk unerschwinglich gemacht. 17,4% stieg der durchschnittliche Kaufwert für 1m² baureifes Land von 1977 auf 1979. Gleichzeitig stiegen die Hypothekarzinsen von Okt. '77 6,63% auf 8,15% Okt. 1979 an. Die Zahl der Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau sank von 326663 (1960) auf 135311 (1978). In der jetzigen Wohnungsnot sehen Wohnungsbaukapitalisten und Banken ein weiteres großes Geschäft mit dem Sozialwohnungsbau. Die SPD/FDP-Regierung will es mit dem um 600 Mio. DM erhöhten Wohngeld finanzieren, mit den Steuergeldern der Lohnabhängigen.

staatlichen Zuschüssen will die christliche Reaktion zwangsweise die Familienbande stärken, um so besser den Lohn drücken zu können.




*z.urb.* **350 Mio. DM Kredit hat die** **Weltbank zum Dezember '79 beim westdeutschen Finanzkapital neu aufgenommen.** 250 Mio. DM unter Federführung der Deutschen Bank und Mitführung der Dresdner Bank, Commerzbank und der Westdeutschen Landesbank Girozentrale. Dafür streichen die Banken bei einer vereinbarten Laufzeit von 10 Jahren und einem festen Jahreszinssatz von 7,85% 19,6 Mio. Zinsen ein. 100 Mio. hat die Weltbank zu gleichen Bedingungen über die Deutsche und die Dresdner Bank aufgenommen. Damit hat sie ihre Anleihe beim westdeutschen Finanzkapital seit 1959 auf 7,17 Mrd. DM erhöht. 2 Mrd. davon allein 1977/78, 24% ihrer Gesamtkreditaufnahme in dem Jahr. Gleichzeitig hält die BRD, übertroffen nur noch von den britischen und US-Imperialisten, 5,12% der Kapitalanteile der Weltbank und damit 4,64% der Stimmrechte. So sichert sie sich den Einfluß auf die Auswahl der Projekte in den Ländern der 3. Welt, die Exportaufträge wie auch die Folgeaufträge. Aufträge von 1 Mrd. DM erwarten sich die westdeutschen Imperialisten daraus.

Kommunistische Volkszeitung

KVZ-Entscheidungsdienst
erscheint ab 1. Januar wöchentlich

westdeutsche Gesellschaft ist eine Klassengesellschaft, eine verschwindende Minderheit, die Kapitalisten, beuten die Arbeiterklasse aus; der Parlamentarismus ist nur ein demokratisches

auf die Prüfung der Wahrnehmung berechtigter Interessen ankommt.
*AG Bielefeld, 1.10.79.* Die Begriffe „Polizeispitzel, Denunziant, Lump" sind strafbare Formalbeleidigungen.

# Freiwillige Rentenversicherte: Durch Anhebung des Mindestbeitrages die Bedingungen verschlechtert

*z.hej.* Für die Arbeiter und Angestellten gilt, daß sie in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind und monatlich 18% vom Bruttolohn (einschl. der Hälfte, die der Kapitalist zahlen muß) als Beitrag zahlen. Im Gegensatz dazu bestand ursprünglich für die „selbständig Erwerbstätigen" keine Versicherungspflicht in einer gesetzlichen Versicherung. 1938 wurde als erste Gruppe der „selbständig Erwerbstätigen" die Handwerker in die Rentenversicherung einbezogen. Stück für Stück hat der bürgerliche Staat nach dem 2. imperialistischen Weltkrieg die „selbständig Erwerbstätigen", vor allem die Landwirte und Handwerker, sowie die Kammern der sogenannten freien Berufe in die gesetzliche Rentenversicherung eingegliedert. Sie wurden damit versicherungspflichtig – teils unter besonderen Bedingungen – teils sind sie nur versicherungsberechtigt. Bei den Handwerkern z.B. ist die Pflichtversicherung auf 216 Monate Beitragszahlung begrenzt, der Beitrag berechnet sich nach dem Einkommen, ist aber gesetzlich für alle mit 374 DM im Monat für 1979 festgelegt. Nach den 216 Monaten kann der Handwerker wählen zwischen einer weiteren Pflichtversicherung oder einer freiwilligen Versicherung d.h., daß er die Höhe des Beitrags wählen kann. Es besteht auch die Möglichkeit, sich befrei-

en zu lassen.

Mit dem Rentenreformgesetz von 1972 hat die SPD/FDP-Regierung die weitere „Öffnung" der Rentenversicherung für bisher von der Rentenversicherung ausgeschlossene Personen, insbesondere Selbständige und nichterwerbstätige Hausfrauen beschlossen. Auf Antrag konnten sie bis 1975 eine Pflichtversicherung oder eine freiwillige Versicherung eingehen. Gleichzeitig wurde eine Nachentrichtung von in der Höhe frei wählbaren Beiträgen ab einschließlich 1956 ermöglicht. Bis Ende 1976 haben sich rund 92000 Selbständige versichert. Von der Nachentrichtung von Beiträgen, die auch für bereits Versicherte galt, haben rund 1,8 Mio. Gebrauch gemacht. Um einen Rentenanspruch von 400 DM zu erhalten, mußte man rund 40000DM, bei 265 DM rund 20000 DM in die Versicherung zahlen. „Lohnend" ist die Nachentrichtung nur, wenn sofort ein Rentenanspruch besteht und noch einige Jahre lebt.

Nach der „Öffnung und Nachentrichtung" zahlten 1975 rund 800000 freiwillig Beiträge, da ein Pflichtbeitrag nach Einkommen berechnet z.B. für einen kleinen Händler, der gerade die ersparten 20000 DM weggezahlt hatte, nicht möglich ist. Unter diesen Bedingungen erst einmal in die Rentenversicherung gelockt, bestimmt nun

Ehrenberg den Fortgang im Geiste einer Rentenversicherung als Kapitalgeber für die Kapitalistenklasse.

Mit dem 20. Rentenanpassungsgesetz wurde zunächst der Mindestbeitrag für die freiwillig Versicherten von 18 DM bis 1977 für 1978 auf 36 DM, für '79 und '80 auf 72 DM erhöht und ab '81 nach der Einkommensgrenze für geringfügige Einkommen festgelegt. Dies wird vor allem die Handwerker, kleinen Händler und Landwirte treffen. Hinzu kommt, daß die freiwilligen Beiträge, die bisher für zwei volle Jahre im Nachherein gezahlt werden konnten, ab 1.1.80 nur noch im laufenden Kalenderjahr gezahlt werden können. Nach dem 21. Rentenanpassungsgesetz hat die Regierung die Bedingungen nochmals geändert. Danach werden freiwillige Beiträge für die Berechnung der Rente nur berücksichtigt, wenn drei Jahre zusammenhängend Beitrag entrichtet wurde. Die unberücksichtigten Beiträge gelten dann als Höherversicherung und werden bei der Anpassung nicht berücksichtigt.

Dies sind Zwangsmittel, um die Ren-te zu kürzen. Kennzeichnend für die Handwerkerkassen, die landwirtschaftliche Alterskasse oder die Kammern war, daß die Versicherten bei den Bedingungen mitreden konnten. Jetzt in die gesetzliche Versicherung gelockt, ist jegliche Selbstverwaltung dahin.

*z.löh.* **Kürzlich hat die SPD in Nordrhein-Westfalen ihr Programm für die Landtagswahl am 11. Mai 1980 vorgelegt.** Der 93 Seiten Entwurf, der noch endgültig vom SPD Parteitag am 2. Februar in Bochum verabschiedet werden muß, zeichnet sich neben seiner Dickleibigkeit vor allem durch zweierlei aus: erstens wird der Kampf gegen die Steigerung der Ausbeutung mit der „Humanisierung der Arbeitswelt" unterlaufen und Maßnahmen vorgeschoben, die den Kapitalisten Tür und Tor öffnen, die Ausbeutung zu steigern, so für Schicht- und Nachtarbeit die „bessere medizinische Betreuung" anstatt des Verbots. Die „Teilzeitarbeit" soll ausgebaut werden und dann noch „vor allem für ältere Arbeitnehmer und Frauen". Für die Renten wird vorgeschlagen ein „Solidaritätsfonds" aus Lohngeldern, sozusagen flankierend für die Plünderung der Versicherungen. Zweitens wird der uferlose Ausbau des Staatsapparates beschrieben, wo die Arbeiter als Bittsteller des Staates anstehen sollen. Von Geburt bis zum Tod, das „soziale Netz", in das eine Masse der Lohngelder fließt, wird ausgebaut. – Die Banker verdienen kräftig mit: 24 Milliarden Staatsschuld 1980 und jährlich rund zwei Milliarden allein an Zinsen.

*z.juh.* **Bis Mitte Februar 1980 will der CDU-/CSU-Parteivorstand sein Programm für die Bundestagswahlen ausgebrütet haben.** Schwerpunkte sollen die Renten- und „Familienpolitik" sein: „Rückkehr zur auf den Bruttolohn bezogenen Rente"; „Partnerren-

*z.tit.* **Der Bundestag hat am 27.11.79 ein neues Gesetz zum Finanzausgleich (Verteilung der Umsatzsteuer) zwischen Bund und Ländern verabschiedet.** Darin sind die Sätze für 1979 und '80 die gleichen wie 1978: der Bund erhält 67,5%, die Länder 32,5%. Zusätzlich erhalten die 5 „einkommensschwachen" Länder „Ergänzungszuweisungen" in Höhe von 1,5% der Umsatzsteuer vom Bund. – Immer mehr Steuern werden in die Aufteilung zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) einbezogen. Vor der Finanzreform 1969/70 wurden lediglich die Einkommens- und Körperschaftssteuern zwischen Bund und Ländern geteilt. Seit der Reform werden die Lohn-, Einkommens- und Gewerbesteuern zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geteilt, sowie die Körperschafts- und Umsatzsteuern zwischen Bund und Ländern. Was aussieht wie eine wachsende Beteiligung der unteren Ebenen des bürgerlichen Staates an immer mehr Staatseinkommen, den geplünderten Steuern, ist in Wirklichkeit ein Mittel des Finanzkapitals, in verstärktem Umfang direkte Entscheidungsgewalt über die Gemeinden zu erlangen. Ist eine Steuer erst einmal geteilt, ist es eine Frage der Zentralregierung (höchstens noch der Länder), wie die verschiedenen Prozentsätze der Aufteilung festgelegt werden. Der Anteil der Steuereinnahmen, über die Bund und Länder bestimmen und die in die Gemeinde einfließen, an den gesamten Steuereinnahmen der Gemeinden entwickelte sich entsprechend: bis 1969: 0%, 1970: 73%, 1975: 74,8%, 1979: 76,5%. Parallel dazu läuft ein ausgeklügeltes Zuschußsystem mit festgelegtem Ausgabezweck und direkter Verschuldung bei Banken.

*z.eve.* **Von den 273 Ortskrankenkassen in der Bundesrepublik werden mindestens 70 ihre Beitragssätze zum Beginn des Jahres 1980 erhöhen.** Mit Beitragserhöhungen weiterer AOKs ist zu rechnen. Die Beitragserhöhungen hat die Bundesregierung im Sozialbericht 1978 schon angekündigt. Im Kostendämpfungsgesetz von 1977 war festgelegt worden, daß die Rentenversicherung ihren Beitrag für die Krankenversicherung der Rentner von 18 auf 11% senkt. Diese Mehrbelastung der Krankenversicherung sollte „zum beachtlichen Teil aus den Einnahmen der Krankenkassen aufgefangen werden". Absolut beträgt die Streichung etwas über 2 Mrd. DM. Die 308 Mio. DM, die die Rentner 1978 für Arzneimittel bezahlen mußten, reichen da natürlich lange nicht hin. Denn Ziel ist natürlich, bis 1982 „einen Überhang der Einnahmen" (Sozialbericht 1978) zu erzielen.

*z.rik.* **2 Mio. DM gibt die hessische Landesregierung als zusätzliche Förderung den Kapitalisten, die neue Arbeiter teilzeit ausbeuten.** Das Programm soll die Kapitalisten anreizen, die Arbeitskraft der rund 10000 Arbeiter, vorwiegend Frauen, die meistens wegen der Kinder nur vormittags arbeiten können, für halben Lohn ganz zu vernutzen. 1500 DM bekommt der Kapitalist für jede neu eingestellte Teilzeitarbeitskraft, die er vormittags ausbeutet. Die Landesregierung selber weiß die Vorteile dieser Ausbeutungsmethode zu schätzen. Sie will sich deshalb jetzt im Bundesrat für die „große Lösung" der Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst einsetzen, für die Beseitigung aller gesetzlichen Regelungen, die die Teilzeitarbeit einschränken.

| Hess. Landesverw. | 1976 | 1978 |
|---|---|---|
| Vollbeschäftigte | 131476 | 133027 |
| – Beamte | 79045 | 80357 |
| – Angestellte | 38295 | 38659 |
| – Arbeiter | 14227 | 14011 |
| Teilzeitbeschäftigte | 9726 | 12326 |

*z.her.* **Zur Zeit finden zwischen der ÖTV und dem Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) Verhandlungen zur Vereinheitlichung des Manteltarifvertrages statt.** Der ASB hatte 1974 14 Einrichtungen, im wesentlichen in der Altenhilfe und Krankenanstalten. Der ASB wurde 1888 von sechs Berliner Zimmerleuten gegründet, die Erste-Hilfe-Lehrgänge für Arbeiter durchführten. 1909 wurde in Magdeburg ein überregionaler Zusammenschluß gegründet. Nach dem ersten Weltkrieg wurde ein

# „Wir müssen uns auf alle Fälle vorbereiten“

## Interview mit Genosse Mugabe, Präsident der ZANU, zur Londoner Konferenz

*London, 19.12.1979. Die Patriotische Front bezeichnete den ursprünglichen Waffenstillstandsvorschlag der britischen Regierung als „ein Rezept für Massaker“ und nannte ihn unannehmbar. Warum seid Ihr jetzt in der Lage, ein Abkommen zu unterzeichnen?*

Ja, wir haben die ursprünglichen Waffenstillstandsvorschläge so genannt. Aber wir haben diese Vorschläge debattiert, um Änderungen zu erreichen. Unsere Auffassung dazu war bekanntlich die: Erstens, die Waffenstillstandsvorschläge enthielten keinen Rückzugsplan für die Truppen, der für gleiche Bedingungen in der Verteilung unserer Truppen – also der Truppen der Patriotischen Front – und der Truppen des rhodesischen Regimes sorgte. Das war einer der Gründe, weswegen wir der Ansicht waren, daß wir den Vorschlag nicht annehmen konnten. Zweitens gab es in den britischen Vorschlägen keinerlei Versuch, den Aufbau einer nationalen Armee durch das Zusammenschweißen unserer Streitkräfte mit akzeptablen Elementen der rhodesischen Armee anzupacken. Wir waren deshalb der Ansicht, daß die Briten entweder aus Absicht oder aus Unkenntnis der augenblicklichen Lage diesen Aspekt ignoriert hatten. Aber nach der Debatte dieser Vorschläge und Sicherstellung, daß unsere Streitkräfte bestehen bleiben, daß sie ihre Waffen haben werden, daß sie in einer Reihe von Gebieten stationiert sein werden und daß der Gouverneur darüber hinaus das Recht und vielleicht die Verpflichtung hat, weitere Sammelpunkte für unsere Truppen im Herzen des Landes zu errichten, kamen wir zu der Ansicht, daß wir unsere Zustimmung nicht zurückhalten konnten. Und solange wir unsere Leute dort in Stellung haben, gibt es nichts, was wir unter diesen Umständen fürchten. Natürlich hat der Feind seine Vorbereitungen getroffen. Aber wir wären verrückt, in diese Übung zu gehen, ohne die nötigen Maßnahmen ergriffen zu haben.

*An welchen Hauptpunkten wird der Feind Euch während der Übergangsperiode angreifen? Was sind seine Ziele? Geht es ihm darum, einen Wahlsieg der Patriotischen Front zu verhindern oder sogar einen Putsch durchzuführen?*

Nun, ich kann natürlich nicht genau sagen, von wo der Feind angreifen wird, ich bin kein Prophet. Aber wir wissen, daß der Feind im ganzen Land ist, genau wie der Feind weiß, daß wir im ganzen Land sind, und wir wissen, daß er aufgrund seiner vorher festgelegten Strategie vielleicht angreift. Er hat seine eigene Strategie gegen uns ausgearbeitet. Und diese Strategie kann darin bestehen, die Wahlen auf eine Weise zu stören, die uns an der freien Durchführung unserer Wahlkampagne hindert, und damit auf eine Weise, die die Abhaltung der Wahlen verhindert. Das ist eine Möglichkeit. Es gibt auch die Möglichkeit, daß er die Massen einschüchtert, die breiten Massen unseres Volkes, um sie zur Stimmabgabe für ihn und gegen uns zu treiben. Und drittens besteht die Möglichkeit, daß er, nachdem beides gescheitert ist, am Sturz einer Regierung der Patriotischen Front arbeitet, die aus den Wahlen hervorgeht. Und deshalb müssen wir uns für alle Möglichkeiten vorbereiten.

ben, daß sie ihre Waffen haben werden, daß sie in einer Reihe von Gebieten stationiert sein werden und daß der Gouverneur darüber hinaus das Recht und vielleicht die Verpflichtung hat, weitere Sammelpunkte für unsere Truppen im Herzen des Landes zu errichten, kamen wir zu der Ansicht, daß wir unsere Zustimmung nicht zurückhalten konnten. Und solange wir unsere Leute dort in Stellung haben, gibt es nichts, was wir unter diesen Umständen fürchten. Natürlich hat der Feind seine Vorbereitungen getroffen. Aber wir wären verrückt, in diese Übung zu gehen, ohne die nötigen Maßnahmen ergriffen zu haben.

*An welchen Hauptpunkten wird der Feind Euch während der Übergangsperiode angreifen? Was sind seine Ziele? Geht es ihm darum, einen Wahlsieg der Patriotischen Front zu verhindern oder sogar einen Putsch durchzuführen?*

Nun, ich kann natürlich nicht genau sagen, von wo der Feind angreifen wird, ich bin kein Prophet. Aber wir wissen, daß der Feind im ganzen Land ist, genau wie der Feind weiß, daß wir im ganzen Land sind, und wir wissen, daß er aufgrund seiner vorher festgelegten Strategie vielleicht angreift. Er hat seine eigene Strategie gegen uns ausgearbeitet. Und diese Strategie kann darin bestehen, die Wahlen auf eine Weise zu stören, die uns an der freien Durchführung unserer Wahl-

*Werden ZANU und ZAPU den Wahlkampf gemeinsam als eine Partei führen?*

Wir werden die Patriotische Front nicht zerbrechen. Aber die Art und Weise, wie wir den Wahlkampf führen werden, muß noch festgelegt werden. Wir werden ihn auf die effektivste Weise führen. Wenn es für uns effektiver ist, auf einem Einzelpartei-Fahrschein zu kämpfen, zu gewinnen und dann unsere Ergebnisse zusammenzulegen, dann werden wir das tun. Wenn wir der Ansicht sind, daß es effektiver ist, auf einer Partnerschaftsbasis zu kämpfen, dann werden wir das überprüfen. Wir werden also das Effektivste tun.

*Wie hat sich die Einheit der Patriotischen Front während der Londoner Konferenz entwickelt? Ist sie jetzt stärker?*

Ja. Ich bin der Ansicht, daß die Londoner Konferenz uns viel stärker als irgendeine Situation zuvor zusammengeschweißt hat. Hier sahen wir uns einem gemeinsamen Feind gegenüber, einem Feind, der in einer Allianz mit den Marionettenkräften im Inneren war, und in einer globalen Allianz mit imperialistischen Mächten war, die ihm Unterstützung gewährten und die unsere Stellung neutralisieren wollten, indem sie Druck auf unsere eigenen Freunde und Verbündeten ausübten. Und deswegen waren wir in vielen Situationen auf uns allein gestellt, wir mußten uns an dieser politischen Front verteidigen. Dieser Prozeß hat uns dabei geholfen, näher zusammenzukommen. Aber wir sind weiterhin die Patriotische Front aus zwei Parteien.

*Was haltet Ihr von der Aufhebung der Sanktionen durch die britischen und die US-Imperialisten und die geplante Aufhebung durch andere, z.B. die westdeutschen? Welche Rolle werden sie in den nächsten Monaten in Eurem Land spielen?*

Der Imperialismus ist ein doppelköpfiges Ungeheuer. Er handelt nicht aufgrund von Überzeugungen oder objektiven Interessen, sondern aufgrund subjektiver, individualistischer Interessen. Als es Großbritannien 1965 dienlich erschien, als die ganze Welt auf Großbritannien mit der Erwartung sah, daß es etwas gegen das Smith-Regime unternehmen würde, das gegen die Krone und gegen die allgemeinen Interessen des Volkes rebelliert hatte, als es diese Erwartung der internationalen Gemeinschaft gab, da benutzte Großbritannien – um die internationale Gemeinschaft zu betrügen – die Taktik, an die Vereinten Nationen zu appellieren, im November 1965, und die Anordnung von Sanktionen gegen Rhodesien durch den Sicherheitsrat zu fordern. Das geschah. Und die ganze Welt reagierte mit Billigung der Sanktionen. Natürlich hielten sich viele imperialistische Länder niemals an die Entschließungen des Weltsicherheitsrats, sie brachen sie. Damals hat Großbritannien den einen seiner beiden Monsterköpfe gebraucht. Dann, in diesem Jahr, als die Resolutionen des Sicherheitsrats und verschiedene Resolutionen der Generalversammlung weiterhin in Kraft und weiterhin bindend für die internationale Gemeinschaft waren, da hoben sie die Sanktionen auf, einzig und allein deswegen, weil Großbritannien es für in seinem Interesse liegend hielt, Sanktionen aufzuheben und eine Lage im Land zu schaffen, die als eine Art Druck wirken würde. Sie hoben die Sanktionen auf, um uns und unsere Freunde und Alliierten zur Annahme des Lancaster-Abkommens zu treiben, bevor dies reif zur Zustimmung war. Sie umgingen bewußt die Vereinten Nationen und schickten nicht mehr als einen Brief an den Präsidenten des Sicherheitsrats, in dem sie ihn informierten, daß Großbritannien die Aufhebung der Sanktionen gegen Rhodesien beschlossen habe. Großbritannien hat also diese doppelte Moral gezeigt. Diesmal hat es den anderen Kopf verwandt, um einen Plan durchzusetzen, von dem es wiederum der Ansicht war, daß er seinen eigenen individualistischen Interessen dienen würde ... Und in Übereinstimmung mit der Haltung Großbritanniens hoben die USA ebenfalls die Sanktionen gegen Rhodesien auf, ohne den Weltsicherheitsrat anzurufen, ohne auf einen Beschluß des Weltsicherheitsrats zu warten. Aber was die Vereinigten Staaten angeht, war es natürlich nicht das erste Mal, daß sie das getan haben. Diese imperialistische Macht hatte schon in der Vergangenheit die UN-Resolutionen mißachtet. Sie hat bei zwei Gelegenheiten mit Rhodesien gehandelt. Einmal während des Nixon-Regimes, als Nixon die Sanktionen aufhob und damit Afrika, die internationale Gemeinschaft und die Vereinten Nationen herausforderte. Es wurde mit Chrom gehandelt. Dann haben wir Carter, der in Mißachtung derselben Resolution die Rhodesier einlud, das Land zu besuchen und ihnen Gastfreundschaft gewährte ... Aber das ist nicht alles. Diese Länder handeln immer noch mit Südafrika, wenn die allgemeine Auffassung der internationalen Gemeinschaft ist, daß Südafrika bestraft werden muß. Das ist diese doppelte Moral. Wenn es ihnen paßt, dann gehen sie zu den Vereinten Nationen, und wenn es ihnen nicht paßt, dann gehen sie nicht. Der Imperialismus zeigt dauernd diese Fratzen. Das Leitprinzip ist der Individualismus, die Sicherung ihrer kapitalistischen Interessen in jeder Hinsicht, das ist entscheidend. Entscheidend ist die Ausbeutung anderer für ihren eigenen Nutzen, entscheidend für sie ist die Benutzung internationaler Regeln, wenn diese nach ihren Interessen zurechtgebogen werden können, aber deren Ablehnung, wenn diese Regeln ihren kapitalistischen Interessen widersprechen.

mengeschweißt hat. Hier sahen wir uns einem gemeinsamen Feind gegenüber, einem Feind, der in einer Allianz mit den Marionettenkräften im Inneren war, und in einer globalen Allianz mit imperialistischen Mächten war, die ihm Unterstützung gewährten und die unsere Stellung neutralisieren wollten, indem sie Druck auf unsere eigenen Freunde und Verbündeten ausübten. Und deswegen waren wir in vielen Situationen auf uns allein gestellt, wir mußten uns an dieser politischen Front verteidigen. Dieser Prozeß hat uns dabei geholfen, näher zusammenzukommen. Aber wir sind weiterhin die Patriotische Front aus zwei Parteien.

*Was haltet Ihr von der Aufhebung der Sanktionen durch die britischen und die US-Imperialisten und die geplante Aufhebung durch andere, z.B. die westdeutschen? Welche Rolle werden sie in den nächsten Monaten in Eurem Land spielen?*

Der Imperialismus ist ein doppelköpfiges Ungeheuer. Er handelt nicht aufgrund von Überzeugungen oder objektiven Interessen, sondern aufgrund subjektiver, individualistischer Interessen. Als es Großbritannien 1965 dienlich erschien, als die ganze Welt auf Großbritannien mit der Erwartung sah, daß es etwas gegen das Smith-Regime unternehmen würde, das gegen die Krone und gegen die allgemeinen Interessen des Volkes rebelliert hatte, als es diese Erwartung der internatio-

dividualistischen Interessen dienen würde ... Und in Übereinstimmung mit der Haltung Großbritanniens hoben die USA ebenfalls die Sanktionen gegen Rhodesien auf, ohne den Weltsicherheitsrat anzurufen, ohne auf einen Beschluß des Weltsicherheitsrats zu warten. Aber was die Vereinigten Staaten angeht, war es natürlich nicht das erste Mal, daß sie das getan haben. Diese imperialistische Macht hatte schon in der Vergangenheit die UN-Resolutionen mißachtet. Sie hat bei zwei Gelegenheiten mit Rhodesien gehandelt. Einmal während des Nixon-Regimes, als Nixon die Sanktionen aufhob und damit Afrika, die internationale Gemeinschaft und die Vereinten Nationen herausforderte. Es wurde mit Chrom gehandelt. Dann haben wir Carter, der in Mißachtung derselben Resolution die Rhodesier einlud, das Land zu besuchen und ihnen Gastfreundschaft gewährte ... Aber das ist nicht alles. Diese Länder handeln immer noch mit Südafrika, wenn die allgemeine Auffassung der internationalen Gemeinschaft ist, daß Südafrika bestraft werden muß. Das ist diese doppelte Moral. Wenn es ihnen paßt, dann gehen sie zu den Vereinten Nationen, und wenn es ihnen nicht paßt, dann gehen sie nicht. Der Imperialismus zeigt dauernd diese Fratzen. Das Leitprinzip ist der Individualismus, die Sicherung ihrer kapitalistischen Interessen in jeder Hinsicht, das ist entscheidend. Entscheidend ist die Ausbeutung anderer für ihren eigenen Nut-



„Das Verhältnis des Westens zu den Befreiungsbewegungen: Er sieht in ihnen – ohne Ausschließlichkeitsanspruch – Vertreter rassistisch diskriminierter Bevölkerungsteile, solange diese ihre Repräsentanten nicht frei wählen können.“ (Bundesregierung)

# Bundesregierung: Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen in Afrika wahren

*z.wig.* Unmittelbar nach dem Beschluß der britischen und der US-amerikanischen Regierung, das Wirtschaftsembargo gegen Rhodesien aufzuheben, hat die Bundesregierung am 19.12. erklärt: „Anträge für Rhodesiengeschäfte werden zukünftig genehmigt.“ Bezugnehmend auf die britischen und US-Imperialisten begründet die westdeutsche Regierung die Aufhebung der Sanktionen gegen Rhodesien mit der Wiederherstellung des alten Zustandes, der mit der Einsetzung des britischen Gouverneurs erreicht sei. Die Vollversammlung der UNO verurteilte die Aufhebung des Embargos durch „gewisse westliche Länder“ und bekräftigte, daß allein der Sicherheitsrat darüber beschließen kann. Die Patriotische Front wird als einzig legitime und authentische Vertretung des Volkes von Zimbabwe anerkannt und damit allen imperialistischen Einmischungsversuchen während des vereinbarten Waffenstillstandes und bei den Wahlen ein Schuß vor den Bug verpaßt.

Die Bundesregierung hat mit ihrem eiligen Beschluß klar gemacht, daß sie sich keine schlechten Ausgangsbedingungen leisten kann, wenn sie in Zimbabwe beim Kampf um wirtschaftlichen und politischen Einfluß erfolgreich sein will. Prinzipiell hat die Bundesregierung dazu in der letzten Woche in einer Antwort auf eine große Anfrage der CDU zur Afrikapolitik Stellung genommen.

Sie sei sich bewußt, daß ihre Möglichkeiten, Afrika-Politik allein zu führen, beschränkt sind, und habe deswegen von Anfang an ihre Ziele und Interessen in eine europäische und westliche Afrikapolitik eingebracht. „Ziel aller Bemühungen muß jedoch sein, gemeinsam mit den Afrikanern eine Politik für Afrika zu formulieren und in die Tat umzusetzen.“ Unter Ausnutzung der Intervention und Einmischung der Sozialimperialisten in Afrika – von der große Teile der Antwort auf die CDU-Anfrage berichten – und der zunehmenden Verurteilung dieser Politik durch die afrikanischen Staaten rechnen sich die BRD-Imperialisten Chancen aus, im Verbund mit den US- und EG-Imperialisten zunehmend selbständig operieren zu können und ihren Einfluß zu vergrößern.

„Die Bundesregierung vertritt vitale sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland, wenn sie ... nach besten Kräften zu verhindern sucht, daß außerafrikanische Mächte in Afrika gegen den Westen gerichtete Macht- und Einflußsphären aufbauen und so in die Lage kommen, europäische Handelsrouten im Südatlantik und im Indischen Ozean zu bedrohen ... Die Bundesregierung wahrt wirtschaftliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland, wenn sie sich dafür einsetzt, daß die deutsche Wirtschaft mit zum Teil nicht oder nur schwer zu ersetzenden Rohstoffen und der deutsche Verbraucher mit Halb- und Fertigwaren – auch aus Afrika – störungsfrei versorgt wird und zugleich für den deutschen Export expandierende Märkte – auch in Afrika – langfristig gesichert werden.“ Durch entwicklungspolitische Zusammenarbeit und durch Förderung des Außenhandels ließe sich dem sowjetischen Einfluß in Afrika entgegentreten und durch Förderung friedlicher Verhandlungslösungen bei afrikanischen Konflikten und durch „Gespräche“ mit afrikanischen Regierungen und Befreiungsbewegungen ließe sich genügend Spielraum für die Politik der Bundesregierung schaffen. Die BRD-Imperialisten setzen auf ihre wirtschaftliche Potenz. Insgesamt 5 Milliarden Dollar hätten sie von 1969 – 1978 für die „Entwicklungspolitik“ in Afrika ausgegeben. Hinzu kämen 880 Millionen DM Privatinvestitionen der Banken und Kapitalisten. Die ganze Zeit über haben sie über Südafrika das Embargo gegen das rhodesische Kolonialregime unterlaufen und mit der Beschlagnahme der 100000 DM Sammelgelder für die ZANU gezeigt, was sie in Wahrheit von der „Unabhängigkeit der Staaten Afrikas“ halten.

Auf ihre wirtschaftliche Kraft setzen die westdeutschen Imperialisten auch jetzt mit der frühzeitigen Aufhebung des Rhodesienembargos, um nicht hintanzustehen beim Kampf um Rohstoffquellen, Absatzmärkte, Kapitalanlagesphären und Einflußgebiete im Süden Afrikas, für den sich die Imperialisten jetzt nach der Unterzeichnung des Londoner Abkommens erneut rüsten. Die britischen Unternehmerverbände haben zum Auftakt gleich einen Wahlkampffonds von 100000 Pfund für Muzorewa gegründet, was sicher nicht der einzige Versuch bleiben wird, die Patriotische Front doch noch um den Sieg zu bringen.

te, daß allein der Sicherheitsrat darüber beschließen kann. Die Patriotische Front wird als einzig legitime und authentische Vertretung des Volkes von Zimbabwe anerkannt und damit allen imperialistischen Einmischungsversuchen während des vereinbarten Waffenstillstandes und bei den Wahlen ein Schuß vor den Bug verpaßt.

Die Bundesregierung hat mit ihrem eiligen Beschluß klar gemacht, daß sie sich keine schlechten Ausgangsbedingungen leisten kann, wenn sie in Zimbabwe beim Kampf um wirtschaftlichen und politischen Einfluß erfolgreich sein will. Prinzipiell hat die Bundesregierung dazu in der letzten Woche in einer Antwort auf eine große Anfrage der CDU zur Afrikapolitik Stellung genommen.

Sie sei sich bewußt, daß ihre Möglichkeiten, Afrika-Politik allein zu führen, beschränkt sind, und habe deswegen von Anfang an ihre Ziele und Interessen in eine europäische und westliche Afrikapolitik eingebracht. „Ziel aller Bemühungen muß jedoch sein, gemeinsam mit den Afrikanern eine Politik für Afrika zu formulieren und in die Tat umzusetzen.“ Unter Ausnutzung der Intervention und Einmischung der Sozialimperialisten in Afrika – von der große Teile der Antwort auf die CDU-Anfrage berichten – und der zunehmenden Verurteilung dieser Politik durch die afrikanischen Staaten rechnen sich die BRD-Imperialisten Chancen aus, im Verbund mit den US-

für den deutschen Export expandierende Märkte – auch in Afrika – langfristig gesichert werden.“ Durch entwicklungspolitische Zusammenarbeit und durch Förderung des Außenhandels ließe sich dem sowjetischen Einfluß in Afrika entgegentreten und durch Förderung friedlicher Verhandlungslösungen bei afrikanischen Konflikten und durch „Gespräche“ mit afrikanischen Regierungen und Befreiungsbewegungen ließe sich genügend Spielraum für die Politik der Bundesregierung schaffen. Die BRD-Imperialisten setzen auf ihre wirtschaftliche Potenz. Insgesamt 5 Milliarden Dollar hätten sie von 1969 – 1978 für die „Entwicklungspolitik“ in Afrika ausgegeben. Hinzu kämen 880 Millionen DM Privatinvestitionen der Banken und Kapitalisten. Die ganze Zeit über haben sie über Südafrika das Embargo gegen das rhodesische Kolonialregime unterlaufen und mit der Beschlagnahme der 100000 DM Sammelgelder für die ZANU gezeigt, was sie in Wahrheit von der „Unabhängigkeit der Staaten Afrikas“ halten.

Auf ihre wirtschaftliche Kraft setzen die westdeutschen Imperialisten auch jetzt mit der frühzeitigen Aufhebung des Rhodesienembargos, um nicht hintanzustehen beim Kampf um Rohstoffquellen, Absatzmärkte, Kapitalanlagesphären und Einflußgebiete im Süden Afrikas, für den sich die Imperialisten jetzt nach der Unterzeichnung des Londoner Abkommens erneut rüsten. Die britischen Unternehmerver-

---

kommunistischer Arbeiter aus dem ASB ausgeschlossen und damit praktisch festgelegt, daß der ASB sich der Sozialdemokratie anschloß. Die Beschäftigten des Schwedenpavillons in Westberlin haben am 6.12. u.a. beschlossen, daß im Manteltarif gestrichen wird, daß nur derjenige einen Anspruch auf zusätzliche Altersversorgung hat, der vor dem 50. Lebensjahr beim ASB angefangen hat. Weiter treten sie ein für die ersatzlose Streichung der Regelung, daß die Rentenbezüge nicht höher als 75% der Bruttobezüge sein dürfen.

*z.klm.* **Die Stiftung Volkswagenwerk finanziert in Niedersachsen das vom Justizminister gegründete Kriminologische Forschungsinstitut e.V., das „bundesweite Wirkung“ haben soll.** „... welche Maßnahmen in, neben und nach dem Strafvollzug besonders geeignet sind, weitere Kriminalität zu verhindern“, soll so festgelegt werden. Das Problem diskutierte kürzlich die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände auf einer Gemeinschaftsveranstaltung mit der Bundeswehr so: „Bundeswehr und Wirtschaft sind in starkem Maße Ziel linksextremistischer Agitatoren, die über Vertrauensmänner und Betriebsratsposten soziale Unzufriedenheit von Arbeitnehmern und Soldaten benutzen ..., das revolutionäre Bewußtsein der Massen zu wecken.“ Daraus, so hieß es weiter, folgten Gewalt, Radikalismus bis hin zu Terrorismus. Besonders die Jugend wende sich „gegen moralische Kategorien und Ordnungsprinzipien“. Hier sollen nun neue Maßnahmen der Bekämpfung geschaffen werden. Albrecht (CDU), Ministerpräsident von Niedersachsen, hat sich in der Regierungserklärung am 28.6.1978 angeboten: „Aufbau einer eigenen Forschungsabteilung (der Justiz), die Untersuchungen zur Erfolgskontrolle durchführen soll und ein Kriminalitätsprogramm entwickeln wird ...“. VW gibt dem 17köpfigen Forscherteam das Geld für fünf Jahre heraus. In der Finanzierung imperialistischer Forschung erfahren ist VW auch hier: In Bad Gandersheim wurde zehn Jahre der Versuch, Gefangene durch „Arbeitstherapie“ an verschärfte Ausbeutungsformen zu gewöhnen, finanziert und erfolglos abgebrochen. Neue Forschung – neues Geld. Die Ziele sind allemal gleich.

*z.kbw.zk.* **Auf Einladung der Kommunistischen Partei Chinas hat eine Delegation des ZK des KBW, Genosse H.G. Schmierer, Sekretär des ZK, und Genosse J. Klocke, Mitglied des Sekretariats des ZK, vom 6.12.79 bis 20.12.79 die Volksrepublik China besucht.** Die Delegation führte in der VR China mit der Abteilung für Internationale Verbindungen des ZK der KPCh ausführliche Gespräche und besuchte 6 Tage die Provinz Sichuan im Südwesten Chinas. Sichuan ist mit 97 Millionen Einwohnern die volkreichste Provinz der VR China. In den Städten Chengdu und Chungqing besuchte die Delegation vornehmlich Betriebe und Landwirtschaftskommunen, in denen gegenwärtig Wirtschaftsreformen erprobt werden. In insgesamt 1500 industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben der VR China, davon 100 in Sichuan, ist die Entscheidungsbefugnis der Betriebe in der Produktionsplanung und Herstellung, dem Verkauf der Produkte, der Verwendung des Mehrprodukts sowie der allgemeinen Verwaltung erweitert worden, um im Rahmen der vier sozialistischen Modernisierungen die Entwicklung der Produktivkräfte und der Wohlfahrt der Massen voranzutreiben. Am 18.12. traf die Delegation in Peking mit Genossen Ji Pengfei, Stellvertretender Ministerpräsident und Leiter der Abteilung für Internationale Verbindungen des ZK der KPCh, und Genossen Feng Hsüan, Mitglied des ZK der KPCh, zusammen.

**Kommunistische Volkszeitung**

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d
Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231
Redakteur: Martin Fochler
*Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

*Heft 01:* Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst
Die Hefte 01 bis 11 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 12 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

**Geschäftsstelle Hamburg (1)**, Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



*r.gör.* **Die bürgerliche Presse versucht, noch nachträglich Kapital aus dem erfolglosen Disziplinierungsversuch gegen den Vorstand der niedersächsischen GEW zu schlagen.** Sie verbreitete, die Rücknahme der Suspendierungen sei nur auf die Zusicherung hin erfolgt, daß Streiks oder streikähnliche Maßnahmen künftig unterbleiben. Daß das bloß ein betrügerisches Gerücht ist, hat GEW-Landesvorsitzender Gallas auf der Betriebsgruppensitzung der Integrierten Gesamtschule Langenhagen (Hannover) klargestellt. Er stehe zu den Beschlüssen der Landesvertreterversammlung in Braunschweig; danach sei allerdings nicht mehr die Wiederholung einer demonstrativen Arbeitsniederlegung geplant, sondern ein eintägiger Warnstreik. – Auch die noch laufenden Disziplinarverfahren haben im wesentlichen keine einschüchternde Wirkung. Sondern es wird auf allen Versammlungen der gewerkschaftlich organisierten Lehrer die Fortsetzung der Kampfmaßnahmen besprochen. In Wolfsburg empfahl die GEW-Mitgliederversammlung die ,,Aktion gläserne Schule'', sowie Fortsetzung der Leserbriefkampagne und Wandzeitungen für die Elternsprechtage. In Braunschweig wurde beschlossen, die Ergebnisse der Arbeitszeituntersuchungen als Plakat in den Studienseminaren zu veröffentlichen.

*b.hel.* **Der Kriegsminister Apel soll neuer SPD-Chef in Hamburg werden.** Erstens, um den Lotterhaufen wieder auf Trab zu bringen – seit der abrupten Unterbrechung der hanseatischen




Kampfgasproduktion laborieren bekanntlich alle Senatoren an ,,nicht zurechenbarem Versagen'' – zweitens, damit der erste Bürgermeister mehr Gelegenheit bekommt, sich wieder etwas ,,alternativ'' zu zeigen. Solche Linke wie Klose sind schließlich der Garant dafür, daß Strauß nicht in die SPD eintritt, um Kanzler zu werden.

*b.bea.Hamburg.* **Freche Antwort der Bildzeitung fördert Zusammenschluß gegen die Kampagne ,,Ein Herz für Kinder''.** Umgehend wurde der Leser-

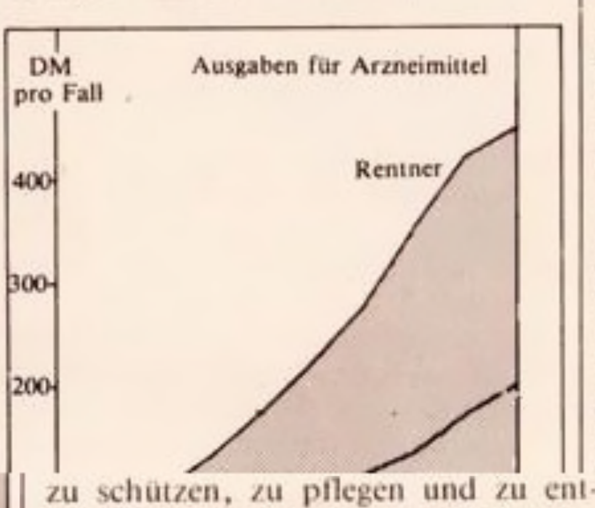
Kinder älter, reicht das Geld für Klavier- und Reitstunden nur beim gehobenen Mittelstand.

**jährliche Kinderbetreuungskosten:**
*Reitstunden* (1 × pro Woche) 540-696 DM
*Segeln* (10jährige) 110 DM
*Klavierstunden* (Kieler Musikkolleg) einmal praktisch, einmal theoretisch pro Woche: 1440 DM
*Ganztagsplatz städt. Kindergarten:* (Nettoeinkommen 1800 DM, Miete 430 DM) 1440 DM
*Ganztagsplatz Privatkindergarten:* (für Kinder unter 3 Jahre) bei Nettolohn von 1800 DM: 2352 DM.

*b.led.Hamburg.* **Von 9109 fertiggestellten Wohnungen 1976 waren 80% im Besitz von Wohnungsbaugesellschaften, 1975 waren es ca. 70%.** 1978 wurden in Hamburg 5200 Wohnungen fertiggestellt. Von 29,90 DM/m² 1962 auf 117,88 DM/m² 1978 stieg der Preis für baureifes Land in Hamburg. Die Baukosten sind von 1978 auf 1979 um 20% gestiegen. ,,Trotz der gestiegenen Preise... keine Absatzschwierigkeiten'' meldet der Ring Deutscher Makler. Steigender Mietzins treibt die Nachfrage nach ,,Eigen''heimen. Steigende Grundrente für Bauland, wachsende Zinszahlungen für Kredite steigern den Profit.

*b.peb.* **Um die ,,Gleichrangigkeit zwischen Ökonomie und Ökologie herzustellen'', hat der Hamburger Senat einen Entwurf für ein Landesnaturschutzgesetz verabschiedet.** Grundlage für das neue Gesetz ist das Bundesnaturschutzgesetz, in dem es vieldeutig unter § 1 heißt: ,,Die Landschaft ist so zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln, daß die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Nutzungsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter und die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft als Lebensgrundlage des Menschen nachhaltig gesichert werden.'' Im Rahmen des Artenschutzprogramms des neuen Naturschutzgesetzes sollen erst einmal die zu schützenden Arten erfaßt werden. Das Amt für Naturschutz hat zusätzlich drei weitere Beschäftigte erhalten, womit sich die Mitarbeiterzahl auf 15 erhöht, und der Haushalt ist um 50000 DM auf 1,45 Mio. DM aufgestockt worden. Es bleibt fraglich, ob dies reicht, der SPD einen grünen Anstrich zu verpassen.

*b.msk.* **Mit der Medikamenten-Negativliste will Ehrenberg insbesondere gegen die Rentner vorgehen.** Die Ausgaben für Arznei-, Verband-, Heil- und




# Hamburger Investitionslenker

– IG-Metall-Vertreterversammlung Hamburg –

*r.jöd.* Bürgermeister Klose ist zu der Vertreterversammlung der IG-Metall in Hamburg in der letzten Woche zu dem Thema ,,Zukunftsaussichten für Norddeutschland'' eingeladen worden. Er sprach auf der Konferenz mit dem Ziel, für seine sozialdemokratische Regierungspolitik in Gewerkschaftskreisen Verständnis zu erzielen. Links sieht es nach erstem Hinhören aus: ,,Damit komme ich zum Kern meiner Aussage: Technik muß dem Menschen dienen. Staatliche Wirtschaftspolitik sollte deshalb auch nicht beliebige Branchen oder Produktionen fördern, sondern es muß sorgfältig diskutiert werden, wem nutzt es, welche Qualität will ich. Ich sage ja zu technischen Neuerungen, Innovationen nennt man das etwas vornehmer, aber ich will Entwicklungen durch staatliche Subventionen nur dann stützen, wenn sie etwas für den Menschen oder den konkret am Arbeitsplatz betroffenen Arbeitnehmer bringen''.

,,Damit komme ich zum Kern meiner Aussage: Technik muß dem Menschen dienen. Staatliche Wirtschaftspolitik sollte deshalb auch nicht beliebige Branchen oder Produktionen fördern, sondern es muß sorgfältig diskutiert werden, wem nutzt es, welche Qualität will ich. Ich sage ja zu technischen Neuerungen, Innovationen nennt man das etwas vornehmer, aber ich will Entwicklungen durch staatliche Subventionen nur dann stützen, wenn sie etwas für den Menschen oder den konkret am Arbeitsplatz betroffenen Arbeitnehmer bringen''.

Ausbau der staatlichen Investitionen und Zweckbindung der staatlichen Mittel sind die Vorstellungen Kloses, wie Arbeitsplätze erhalten werden können. Natürlich sei dies nur möglich, wenn sozialdemokratische Regierungen jeweils regieren. Dann verblaßt Kloses rötliches Gesicht wieder, und er stellt fest: ,,Dabei muß ich gleich Einschränkungen machen: unsere Wirtschaftsordnung beruht im großen und ganzen auf der freien Verfügung über Eigentum, eben auch über Produktivvermögen. Das heißt konkret: der Staat kann gar nicht Arbeitsplätze sichern, abgesehen von den eigenen Beschäftigten...'' Darauf stellt sich Klose die Frage, was der Staat eigentlich kann, Klose: ,,... sondern er kann durch seine Wirtschaftspolitik nur dazu beitragen, daß private Unternehmen Arbeit nachfragen''.

Diese zwei anscheinend unlogischen Zusammenhänge – auf der einen Seite staatliche Gewalt, die aber auf der anderen Seite nicht kontrolliert werden kann – nennt man in sozialdemokratischen Kreisen Investionslenkung. Darauf die Frage eines Vertrauensmannes, wie es sich denn mit Subventionen des Senats für Rationalisierung bei seiner Firma verhalten würde und ob das auch Arbeitsplätze schaffen würde. Mit dieser Auseinandersetzung hatte Klose gerechnet und griff zum Mittel der Ausweichtaktik: ,,ein Informationssystem an *ihn* aus den Betrieben'', könnte derartige Probleme weitgehend klären. Selbstkritisch wirkend meinte Klose noch: ,,Ich habe anderswo unser System der öffentlichen Subventionierung privater Produktion kritisiert. Dazu stehe ich, aber ich muß gleichzeitig die Erwartung enttäuschen, in Hamburg könnte nun alles anders gemacht werden''. Und dann wieder Kurswechsel: ,,durch ein gezieltes Technologieprogramm soll gerade die in Hamburg stark vertretene mittelständische Industrie in ihrer Innovationskraft gestärkt werden''. Die Rationalisierungen im Hafen und in der Werftindustrie sind mit Kloses staatlichen Mitteln durchgeführt worden. Ausbeutungsplätze sind wegrationalisiert, Intensivierung und Verlängerung der Arbeit durchgesetzt worden. Klose geht noch weiter: ,,beschäftigungswirksame Programme'' sollen ,,passende Arbeitsangebote'' ermöglichen. Investitionslenkung und Arbeitskraftlenkung sind die zwei Vorschläge, die Klose der Vertreterversammlung unterbreitete. Kloses Gewerkschaftsauftritt konnte nicht überzeugen. Zu den Forderungen der IGM nach Arbeiterrechten nahm er vorsorglich nicht Stellung, und zu den in den letzten Wochen aufgestellten Lohnforderungen in der Metallindustrie ebenfalls nicht. Klose hat seine bekannte Regierungspolitik beschrieben, selbst zum Streikverbot der Lehrer nahm er keine Position ein. Als Dienstherr im öffentlichen Dienst und Regierungschef wird er in den Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie geringe Lohnabschlüsse beabsichtigen. Daß dieses Feld kein Neuland für ihn ist, wissen noch die Hafenarbeiter, die den sozialdemokratischen Schlichter Klose und die Hafenkapitalisten 1978 unter Druck setzten und einen erfolgreichen Abschluß durchsetzten.

# Braunschweigische Kohlenbergwerke expandieren / Arbeiter bereiten Lohnkampf vor

*r.kug.* Die Tarifkommission der IG Bergbau und Energie hat den Lohn und Gehaltstarif für die rund 3100 Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden der Braunschweigischen Kohlenbergwerke zum Jahresende gekündigt. Sie hat eine Forderung von 8% aufgestellt, daneben die Verlängerung des Jahresurlaubes auf 30 Tage sowie 2 zusätzliche Feierschichten für die Beschäftigten im Schichtbetrieb gefordert. Die BKB haben im letzten Jahr einen Gewinn ausgewiesen von 18 Millionen Mark. Wie jedes Jahr wird eine Dividende von 12% ausgeschüttet. 4,2 Mio. Tonnen Rohbraunkohle und 16,6 Mio. Abraum sind von den Arbeitern gefördert worden. Die Umsätze des Betriebes sind gestiegen. Mittlerweile hat sich der Pro-Kopf-Umsatz von 67126 DM im Jahre 1974 auf 91187 DM 1978 erhöht. Innerhalb der letzten 10 Jahre ist die Belegschaft der BKB um rund 1300 reduziert worden. Waren es 1965 noch 5336 Arbeiter und Angestellte so sind es 1978 3040. Die Braunkohle wird ausschließlich genutzt zur Primärenergieerzeugung in den Kraftwerken Offleben I und II. In

baubetrieben, der höher liegt als z. B. im VW-Werk in Wolfsburg.

Nach einer Untersuchung der IG Bergbau und Energie Bochum ist die Lebenserwartung der über 70000 Bergarbeiter in Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente bei 57 Jahren. In den letzten 3 Jahren sind bei der BKB immer Festgeldforderungen aufgestellt gewesen. Im letzten Jahr waren 6,5% aufgestellt, durchgesetzt wurden 5,3%. In Recklinghausen hat anfang Dezember der geschäftsführende Vorstand der IGBE auf einer Funktionärskonferenz für die nächste Lohnrunde gefordert, daß der Bergmann wieder an der Spitze der Lohnskala stehen muß und eine Korrektur der Lohnordnung vonnöten sei. Geht man davon aus, das Lohngefüge in Richtung Zusammenrücken zu ändern, wäre es überlegenswert, ob man nicht eine Festgeldseite in die Lohnforderung einbauen sollte, wie es die Tarifkommissionen der IG Metall z.B. in Hessen mit 10%/175 DM mindestens oder in Nordrhein-Westfalen mit 9,6%/146 DM mindestens gemacht haben und wie im öffentlichen Dienst, der 9%, mindestens 180 DM gefordert hat. In Sachen Urlaub liegt der Arbeiter bei der BKB gegenüber dem bei VW folgendermaßen: Ein 29jähriger Arbeiter bekommt im nächsten Jahr bei VW 28 Tage Urlaub, auf der BKB 24, wenn nicht hier eine entsprechende Anhebung durchgesetzt wird.





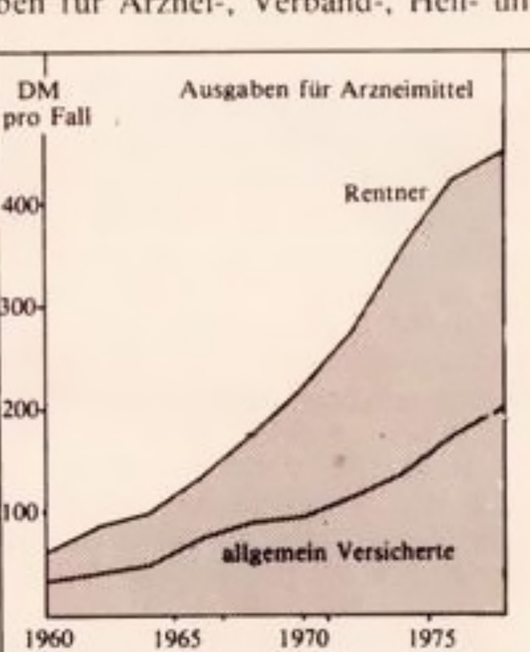

Kampfgasproduktion laborieren bekanntlich alle Senatoren an ,,nicht zurechenbarem Versagen'' – zweitens, damit der erste Bürgermeister mehr Gelegenheit bekommt, sich wieder etwas ,,alternativ'' zu zeigen. Solche Linke wie Klose sind schließlich der Garant dafür, daß Strauß nicht in die SPD eintritt, um Kanzler zu werden.

*b.bea.Hamburg.* **Freche Antwort der Bildzeitung fördert Zusammenschluß gegen die Kampagne ,,Ein Herz für Kinder''.** Umgehend wurde der Leser-brief von Kollegen aus dem Bezirksamt Hamburg-Mitte beantwortet. ,,Man muß kein Graphologe sein, um zu erkennen, daß die Unterschriften auf Ihrem Brief alle von ein und derselben Person geschrieben wurden.'' So wollte Peter Bartels von der Chefredaktion die Sache abtun. Er bekommt jetzt einen 2. Brief, den sechs Kollegen mehr unterschrieben haben, in dem an der Forderung nach Einstellung der Kampagne festgehalten wird. Darüber hinaus wurde ihm die arbeiterfeindliche Berichterstattung an verschiedenen Beispielen wie Sensationsmeldungen über Kindesmißhandlung und Meldungen gegen den Lohnkampf der Metallarbeiter nachgewiesen. Die Kollegen haben Herrn Bartels angeboten, sich mit ihm darüber zu unterhalten.

*b.hör.* **Beim Anrechnen der Kinderbetreuungskosten sollen die schleswig-holsteinischen Finanzämter 1980 nicht kleinlich verfahren.** So Finanzminister Titzck am 6.12.79, als er das Steueränderungsgesetz von 1979 zur Anwendung bringen wollte. Neben den Kosten für die sogenannte ,,behütende Betreuung'' (in Kindergärten) können Ledige bis zu 600 DM und Verheiratete bis zu 1200 DM für musische, pädagogische und sportliche Betreuung ihrer Kinder steuerlich absetzen. Einer Arbeiterfamilie würde das ca. 200 DM, einem höheren Angestellten ca. 430 DM bringen. Gerade die Arbeiterfamilien, wo die Frau zum Mitarbeiten gezwungen ist, haben sehr hohe Kosten für die Unterbringung ihrer Kinder unter 3 Jahre (Privatkindergärten). Da sind 200 DM viel zu wenig. Sind die

zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln, daß die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Nutzungsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter und die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft als Lebensgrundlage des Menschen nachhaltig gesichert werden.'' Im Rahmen des Artenschutzprogramms des neuen Naturschutzgesetzes sollen erst einmal die zu schützenden Arten erfaßt werden. Das Amt für Naturschutz hat zusätzlich drei weitere Beschäftigte erhalten, womit sich die Mitarbeiterzahl auf 15 erhöht, und der Haushalt ist um 50000 DM auf 1,45 Mio. DM aufgestockt worden. Es bleibt fraglich, ob dies reicht, der SPD einen grünen Anstrich zu verpassen.

*b.msk.* **Mit der Medikamenten-Negativliste will Ehrenberg insbesondere gegen die Rentner vorgehen.** Die Ausgaben für Arznei-, Verband-, Heil- und




Hilfsmittel der Rentner sind von 1960 bis 78 von 63,16 DM pro Fall auf 447,76 DM gestiegen. Die Ausgaben für die allgemein Versicherten stiegen im gleichen Zeitraum von 34,38 DM auf 201,67 DM.

*b.wiv.* **2000 waren am 23.12. zum Bauplatz nach Brokdorf gekommen, um die Bauern mit ihren 22 Treckern und die Vertreter der Gemeinden bei ihrer Demonstration gegen das Brokdorf-Urteil zu unterstützen.** Die Vertreter des Staatsapparates, der HEW und der NWK hatten in dem Prozeß gesagt,



daß das Gericht nur zu prüfen habe, ob die Landesregierung bei der 1. Teilerrichtungsgenehmigung Formfehler begangen [...]. Weiter hatten sie versucht, den Gemeinden das Klagerecht überhaupt abzusprechen, weil Brokdorf nicht auf ihrem Gemeindegebiet gebaut werden solle. Bürgermeister Sachse aus Wevelsfleth erklärte, daß die Berufung gegen das Urteil am Bauplatz stattfinden werde. Eine Klägerin stellte fest: ,,Es sind nicht unsere Interessen, die hinter dem Energieprogramm der Bundesregierung stehen.''

Arbeitnehmer bringen''.

Ausbau der staatlichen Investitionen

Klose noch: ,,Ich habe anderswo unser System der öffentlichen Subventionierung privater Produktion kritisiert.

Klose und die Hafenkapitalisten 1978 unter Druck setzten und einen erfolgreichen Abschluß durchsetzten.

# Braunschweigische Kohlenbergwerke expandieren / Arbeiter bereiten Lohnkampf vor

*r.kug.* Die Tarifkommission der IG Bergbau und Energie hat den Lohn und Gehaltstarif für die rund 3100 Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden der Braunschweigischen Kohlenbergwerke zum Jahresende gekündigt. Sie hat eine Forderung von 8% aufgestellt, daneben die Verlängerung des Jahresurlaubes auf 30 Tage sowie 2 zusätzliche Feierschichten für die Beschäftigten im Schichtbetrieb gefordert. Die BKB haben im letzten Jahr einen Gewinn ausgewiesen von 18 Millionen Mark. Wie jedes Jahr wird eine Dividende von 12% ausgeschüttet. 4,2 Mio. Tonnen Rohbraunkohle und 16,6 Mio. Abraum sind von den Arbeitern gefördert worden. Die Umsätze des Betriebes sind gestiegen. Mittlerweile hat sich der Pro-Kopf-Umsatz von 67126 DM im Jahre 1974 auf 91187 DM 1978 erhöht. Innerhalb der letzten 10 Jahre ist die Belegschaft der BKB um rund 1300 reduziert worden. Waren es 1965 noch 5336 Arbeiter und Angestellte so sind es 1978 3040. Die Braunkohle wird ausschließlich genutzt zur Primärenergieerzeugung in den Kraftwerken Offleben I und II. Indiesen werkseigenen Betrieben stieg die Stromproduktion von 1,3 Mio. kWh 1976 auf 1,5 Mio. kWh 1977, die Kunst der Auspressung von Mehrarbeit verstehen die BKB-Kapitalisten. Aus diesem Grund haben die BKB auch mit 9,5% einen Krankenstand in den Tage-

baubetrieben, der höher liegt als z. B. im VW-Werk in Wolfsburg.

Nach einer Untersuchung der IG Bergbau und Energie Bochum ist die Lebenserwartung der über 70000 Bergarbeiter in Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente bei 57 Jahren. In den letzten 3 Jahren sind bei der BKB immer Festgeldforderungen aufgestellt gewesen. Im letzten Jahr waren 6,5% aufgestellt, durchgesetzt wurden 5,3%. In Recklinghausen hat anfang Dezember der geschäftsführende Vorstand der IGBE auf einer Funktionärskonferenz für die nächste Lohnrunde gefordert, daß der Bergmann wieder an der Spitze der Lohnskala stehen muß und eine Korrektur der Lohnordnung vonnöten sei. Geht man davon aus, das Lohngefüge in Richtung Zusammenrücken zu ändern, wäre es überlegenswert, ob man nicht eine Festgeldseite in die Lohnforderung einbauen sollte, wie es die Tarifkommissionen der IG Metall z.B. in Hessen mit 10%/175 DM mindestens oder in Nordrhein-Westfalen mit 9,6%/146 DM mindestens gemacht haben und wie im öffentlichen Dienst, der 9%, mindestens 180 DM gefordert hat. In Sachen Urlaub liegt der Arbeiter bei der BKB gegenüber dem bei VW folgendermaßen: Ein 29jähriger Arbeiter bekommt im nächsten Jahr bei VW 28 Tage Urlaub, auf der BKB 24, wenn nicht hier eine entsprechende Anhebung durchgesetzt wird.



Schaufelbagger mit einer Leistung von 2000m³ pro Stunde. Rund 4,5 Mio. t Rohbraunkohle werden jährlich gefördert. Das Versorgungsgebiet mit elektrischer Energie erstreckt sich bis nach Wolfsburg, Braunschweig, Salzgitter und in die Harzvorgebiete.

*r.gör.* **In der Nordregion hat die IG Metall ihre Tarifforderungen beschlossen. Übersicht:** Nordverbund, (Tarifbezirk Nordwestliches Niedersachsen, Unterweser, Schleswig-Holstein): 5,5% plus 75 DM Sockel. – Niedersachsen: 9,6%, mindestens 145 DM. – Osnabrück: 9,6% (Festbetrag für die unteren Lohngruppen wurde in unbestimmter Höhe gefordert). – Westberlin: ab Lohngruppe 5 Lohnerhöhung um 9,6%, für die Lohngruppen 1 – 4, eine Erhöhung um den Geldbetrag, der sich aus der Erhöhung der Lohngruppe 5 ergibt (ca. 149 DM) – Volkswagenwerk (Haustarif): 10,2%, Anhebung der unteren Lohngruppe unbestimmt. – Zeiss (Haustarif): 10,2%, ab Lohngruppe 7, für die Lohngruppen 1 – 6 eine Erhöhung um den Geldbetrag, der sich aus der Erhöhung der Lohngruppe 7 ergibt (ca. 154 DM). – Zwischen den einzelnen Forderungen ergeben sich im Bereich 1000 bis 2500 DM Abweichungen von höchstens 25 DM. In allen Fällen wird ein Mindestbetrag gefordert. Für das Volkswagenwerk sagte Köhler, VLK-Vorsitzender bei VW-Salzgitter und Mitglied der Tarifkommission: ,,In der Tarifkommission ist die Anhebung der unteren Lohngruppen beschlossen worden''. So müßte, beispielsweise, bei einem Abschluß von 7% die unterste Lohngruppe (das Lohnniveau A) ca. 8,5% bekommen. – Für etwa 25000 Arbeiter des Metallhandwerks in Niedersachsen ist bereits abgeschlossen worden. Ab 1.1.1980 werden die Löhne um 6,9% erhöht und das Urlaubsgeld angehoben. Der Gesamtzuwachs soll 7,35% betragen. Ursprünglich hatte die IG Metall 10,5% gefordert.

*b.clm.* **Bei weiteren scharfen Auseinandersetzungen um den Boykott der Linie Römö-Sylt trifft der Geschäftsführer der Flensburger Fördereederei Nissen Vorbereitungen, die beiden Schiffe der Linie von zypriotischer auf westdeutsche Flagge umzuflaggen.** Am 5.12. ist mit massivem Polizeieinsatz die Blockadewacht beiseite geräumt worden, um dänischen Bauarbeitern, die Bauarbeiten am Anleger Sylt durchführen sollten, die Überfahrt zu ermöglichen. Zuvor hatten die Arbeiter, die im Spezialarbeiterverband SID organisiert sind, der die Blockade unterstützt, sich bereit erklärt, umzukehren. Die Blockade gegen die Fördereederei hat noch viele Löcher, die Verluste sind aber so hoch, daß Nissen sie bis zur nächsten Saison beendet haben will. In der dänischen Presse führt er aus, daß er es für kein Problem halte, mit den deutschen Gewerkschaften zu einem Vertrag zu kommen. Es bestehe schon ein Tarifvertrag für alle anderen Routen, und der würde dann auch für die Linie Römö-Sylt gelten. Der Verhandlungsleiter der DAG für die Fördereederei, der 280 von 300 Arbeiter der Reederei auf der Flensburger Förde vertritt, hält dem entgegen, daß die Reederei keineswegs einfach den alten Vertrag übernehmen könne, da die Linie Römö-Sylt formell selbständig sei und deshalb auch bei Umflaggung keine Vereinbarung damit bestehe. Nissen wird es durch Umflaggung auf westdeutsche Flagge keineswegs leichter haben, die schlechteren Löhne und Arbeitsbedingungen der Flensburger Förde in Römö durchzusetzen.

*b.bem.Hamburg.* **Prof. Freytag hat den Abgeltungsschein Mittelhoch-**

## Remmers plant Vorgruppierung in der niedersächsischen Orientierungsstufe

*r.scm.* „Durch eine intensive Beratung konnte der weitaus größte Teil der Elternschaft von dem Wert und der Richtigkeit der Schullaufbahnempfehlung überzeugt weden." Das schrieb der niedersächsische Kultusminister Remmers in Beantwortung einer Kleinen Anfrage im Landtag zu den Übergangszahlen von der Orientierungsstufe auf weiterführende Schulen. Zum Halbjahreszeugnis der 6. Klasse sollen die Lehrer bereits eine „Trendkonferenz" abhalten und den Trend der „Schullaufbahnempfehlung" beschließen. Nachdem der Wunsch der Eltern über die von ihrem Kind zukünftig zu besuchende Schulform eingeholt ist, soll die intensive Beratung folgen. Wenn am Schuljahresende die endgültige Empfehlung verabschiedet ist, wird den Eltern eine Woche Frist gegeben, ihr Kind bei der Schule ihrer Wahl anzumelden. Verstreicht die Frist, meldet die Schulbehörde entsprechend der Schullaufbahnempfehlung den Schüler um und teilt dies den Eltern bloß noch mit. Für das Schuljahr 1979/80, als erstmals in Niedersachsen den Eltern auf diese Weise das bürokratisch verstümmelte Recht zugestanden wurde, die Schullaufbahn ihrer Kinder nach der Orientierungsstufe mitzubestimmen, gibt Remmers folgende Zahlen bekannt:

*Elternwille gegen Staatswille Niedersachsen*

| | HS | RS | Gy |
|---|---|---|---|
| Trendkonferenz | 46,7 | 29,1 | 19,1 |
| Elternwunsch | 32,5 | 41,7 | 24,0 |
| SLE | 46,0 | 31,2 | 24,8 |
| endg. Übgng. | 38,4 | 38,8 | 24,8 |

Prozentangaben für Niedersachsen; SLE = Schullaufbahnempfehlung, HS = Hauptschule, RS = Realschule, Gy = Gymnasium; Quelle: Landtagsdrucksache 9/1180

Wie sehr diese „intensive Beratung" den Charakter von Kampf hatte, wird besonders deutlich bei den Zahlen für Braunschweig (Stadt):

*Braunschweig*

| | HS | RS | Gy |
|---|---|---|---|
| Trendkonferenz | 41,6 | 29,8 | 28,6 |
| Elternwunsch | 20,5 | 42,0 | 37,5 |
| SLE | 41,1 | 27,3 | 30,6 |
| Übergang | 32,5 | 30,5 | 36,9 |

Durch Erlaß hat Remmers den Inhalt der Beratung festgelegt: „Informationen über Leistungen, Arbeits- und Denkverhalten des Schülers und über die Anforderungen der weiterführenden Schulen, ... Hinweise auf die möglichen Konsequenzen, die sich für den Schüler aus der Wahl einer nicht seinen Fähigkeiten entsprechenden Schulform ergeben können." Nicht auf die Entwicklung der Fähigkeiten der Schüler kommt es Remmers an, sondern darauf, die Unterschiedlichkeit der Fähigkeiten der Schüler für die Spaltung (die er vornehm „Differenzierung" nennt) der Jugend auf die verschiedenen Schullaufbahnen zu nutzen. Um hier schneller vollendete Tatsachen zu schaffen, hat er letzten Mittwoch einen Erlaßentwurf zur „Vorgruppierung" in der Orientierungsstufe vorgelegt: „Das heißt, die leistungsstärkeren Schüler werden für den Unterricht in den drei Fächern Deutsch, Englisch (Latein), Mathematik zu einer Lerngruppe (Kurs) zusammengefaßt."

Die sozialdemokratische Opposition hat erst im September gegen eine solche Vorgruppierung Stellung genommen, um die feinere „Differenzierung" nach A-, B- und C-Kursen für jedes einzelne Fach zu verteidigen. Unter den Schülern findet eine derartige Verteidigung keinen Widerhall. Das zeigen die Demonstrationen gegen die geplante Schulgesetznovelle in Niedersachsen und die Rechtsverordnung für die gymnasiale Oberstufe in Schleswig-Holstein. In Delmenhorst z. B. führten letzten Monat Schüler des Willmsgymnasiums und des Max-Planck-Gymnasiums eine Demonstration durch, auf der sie die Anerechenbarkeit der Vorsemesterkurse forderten; auf der Demonstration der 2000 Schüler in Kiel (vgl. KVZ 51) wurden Forderungen nach Abschaffung des Zensuren- und Punktesystems gestellt. Es entwickelt sich so eine politische Bewegung unter den Schülern zur Gewährleistung von Schulabschlüssen. Diese ist dem Bestreben der Bourgeoisie nach konkurrenzfördernder Differenzierung direkt entgegengesetzt und geht vielmehr in Richtung Einheitsschule. Eine günstige Bedingung für diese Bewegung sind die Aktionen der Lehrer für die 40-Stundenwoche, und die Unterstützungsaktionen der Schüler für die Lehrer zeigen, daß die Schüler diese günstige Bedingung sehr wohl erkannt haben. Das sind schlechte Aussichten für die Kultusminister, die sich für den Anfang des kommenden Jahres mit ihren Novellen und Erlässen eine Menge vorgenommen haben.

*Übergangszahlen aus der Orientierungsstufe in Niedersachsen (in Prozent)*

| | 1977/78 | | | 1978/79 | | | 1979/80 | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | HS | RS | Gy | HS | RS | Gy | HS | RS | Gy |
| Regierungsbezirk Braunschweig | 43,9 | 29,0 | 27,1 | 44,2 | 30,1 | 25,1 | 37,8 | 34,8 | 27,4 |

## Schulsenator Grolle diszipliniert Lehrer – neuer Streik wird vorbereitet

*b.wir.* Zwei Schreiben der Schulbehörde sind den Lehrern, die am 13.11.79 gestreikt haben, kurz vor den Ferien zugegangen:

1. Die „Mitteilung über den Verlust der Vergütung" für die durch den Streik ausgefallene Unterrichtszeit.
2. Die Mitteilung, daß ein „Ermittlungsverfahren nach §26 Hamburgische Disziplinarordnung" eingeleitet worden ist.

In dem 2. Schreiben heißt es: „Auf meine Weisung wurden die Teilnehmer an den Streikaktionen durch die Schulleiter festgestellt. Nach diesen Angaben haben Sie am 13.11.1979 durch die Befolgung des Streikaufrufs die Erfüllung von Ihnen in der genannten Zeit obliegenden Dienstpflichten versäumt, damit gegen Ihre Pflichten nach den §§ 59/60 des Hamburgischen Beamtengesetzes (HmBG) verstoßen und gemäß §81 Abs.1 HmBG ein Dienstvergehen begangen. Zur endgültigen Feststellung des Sachverhaltes habe ich gegen Sie das für diesen Zweck vorgeschriebene Ermittlungsverfahren nach §26 HmbDO eingeleitet."

Nach §59 HmBG hat „der Beamte sich mit voller Hingabe seinem Beruf zu widmen". §60 verpflichtet ihn, „die von seinen Vorgesetzten erlassenen Anordnungen auszuführen". §81(1) lautet: „Der Beamte begeht ein Dienstvergehen, wenn er schuldhaft die ihm obliegenden Pflichten verletzt..." Was „volle Hingabe" bedeutet, haben Lehrer des Luisen-Gymnasiums gespürt. Ihnen wurde eine wöchentliche Mehrarbeit von 3 Unterrichtsstunden verordnet. Als sie dagegen Protest einlegten, wurde ihnen beschieden, das öffentliche Interesse an dieser Mehrarbeit sei höher zu bewerten als die Gefährdung der Gesundheit des Beamten. Wer seine Gesundheit erhalten will und für Arbeitszeitverkürzung streikt, gibt sich nicht voll hin und ist somit kein ordentlicher Beamter. Das Hamburger Verwaltungsgericht hat den Streik u.a. verboten, weil die öffentliche Sicherheit durch den Unterrichtsausfall gefährdet sei und weil mit dem Streik Druck auf Staatsorgane ausgeübt werden soll. Auch die Gewerkschaft sei dem Beamtenrecht unterworfen, spricht das Verwaltungsgericht: „Eine Gewerkschaft, in der auch Beamte sich in einem Berufsverband zu ihrer Interessenwahrung zusammenschließen, steht zum Dienstherrn ihrer Mitglieder in einem besonderen öffentlich-rechtlichen Verhältnis."

Mit Hilfe des Beamtenrechts sollen die gerechten Forderungen der Lehrer unterdrückt werden. Die GEW nimmt das nicht hin. In einem Antrag des Hamburger Landesvorstandes der GEW an die Vertauensleuteversammlung am 21.1.80 heißt es: Der Hamburger Senat und die Bürgerschaft „haben nicht eine zusätzliche Planstelle im Haushalt '80 zur Senkung der Pflichtstundenzahl der Lehrer bewilligt. Diese rigorose Haltung der Arbeitgeber kann die VV nur als Aufforderung verstehen, die Auseinandersetzungen weiter voranzutreiben." Dazu will der Vorstand „die erforderlichen Schritte einleiten, so daß die GEW Hamburg jederzeit in der Lage ist, Kampfmaßnahmen bis hin zur Arbeitsniederlegung durchzuführen." Um die Einheit zu festigen, findet am 14.1.1980 eine Versammlung aller Lehrer statt, die am Streik teilgenommen haben. Vom 11.-20. Februar wird die Aktion „Gläserne Schule" weitergeführt. Am 14./15.12.79 hat der Landesvorstand der GEW ein Wochenendseminar durchgeführt mit Vertrauensleuten, Sprechern der Schulkreiskonferenzen und interessierten Kollegen, auf dem eine Streikauswertung erfolgte und weitere Maßnahmen beraten wurden.

Mit großer Mehrheit wurde der Vertrauensleuteversammlung empfohlen, einen weiteren Streik noch vor den Sommerferien 1980 zu beschließen. In Vorbereitung des Streiks soll auch „die Frage des Beamten-Status erörtert werden und eine Auseinandersetzung mit den Ideologien der angeblichen Beamtenprivilegien" erfolgen.

## Förderungsprogramm für ländliche Bereiche

### Entwicklung der Wirtschaftsbereiche führt zur Verödung ländlicher Regionen

*b.kav.* Fährt man durch die ländlichen Bereiche Schleswig-Holsteins, so kommt man oft an überschwemmten Wiesen und verfallenden Häusern und Wirtschaftsgebäuden vorbei. Dies sind die Auswirkungen der von den bürgerlichen Politikern oft besungenen „Förderung ländlicher Bereiche". Selten werden die Gräben und Flüsse noch ausgebaggert, so daß sie häufig schon halb zugewachsen sind und die Niederschläge nicht mehr aufnehmen können. Die kleineren Betriebe haben aufgrund der Politik des Bauernlegens nicht mehr die nötigen Mittel, ihre Gebäude und Drainagen (Entwässerungen) in Ordnung zu halten bzw. haben ihren Hof schon aufgegeben.

Die Landesregierung hat jüngst das neueste Entwicklungskonzept für den ländlichen Raum vorgelegt. Natürlich søll auch wieder die Entwicklung der ländlichen Räume starke Beachtung finden. Tatsächlich sieht die Sache aber anders aus. Schleswig-Holstein soll zum Expansionssprungbrett nach Skandinavien und in den Ostblock ausgebaut werden. Dazu ist notwendig, die Verkehrswege und die Häfen aus-



Viele Bauern können die ca. 100 DM Drainage/Meter nicht bezahlen.

schaftsräumen haben einen großen Bedarf an billiger Arbeitskraft. Durch die

die Zahl der Sonderschulen von 147 auf 168 (von 1970 bis 77/78). Die Zahl

stens 30 in der Krankenpflege und mindestens 30 und höchstens 50 in der Kinderkrankenpflege machen. Die Krankenpflegeschüler forderten die sofortige Rücknahme dieser Regelung und die Anerkennung ihrer Forderung. Die GB mußte die Regelung kurz darauf wieder zurücknehmen. Der zustimmungspflichtige Gesamtpersonalrat (GPR) hatte diese Regelung nicht einmal zu

des Lehrgangs ist dem Schüler für zwei Tage die selbständige Pflege eines Kranken einschließlich einer Nachtwache zu übertragen."

Diesen erneuten Angriff auf die Ausbildung können die Krankenpflegeschüler nicht hinnehmen. Die sofortige Rücknahme der Regelung über die Nachtarbeit von der Gesundheitsbehörde muß durchgesetzt werden.

bedeutet die beschlossene Forderung eine Erhöhung der Tariflöhne von 142,80 DM für Lohngruppe 2 bis 185,75 bei Lohngruppe 9; bei den Angestellten hat die Forderung eine Spanne von 122,19 (T1; Anfangsgehalt) bis 245,56 DM (T6). Die Forderung ist knapp und läßt keinen Spielraum für Runterverhandlungen. Sie hat aber auch Vorteile. Die Lohnverteilungen in



Für die unteren Lohngruppen ist die Forderung der IG Metall knapp bemessen.

## Produktionssteigerungen bei VAW – Die Arbeiter fordern Erhöhung der Zulagen

*b.stk.* Produktionssteigerungen in allen Bereichen verkündete Geschäftsführer Müller-Busse auf der Betriebsversammlung bei VAW-Neumünster am 10.12. So wurde die Produktion an der Strangpresse um 14%, in der Profilweiterbearbeitung (Bild) um 25% von 1600 t auf 2000 t und im Fließpreßwerk sogar um über 80% im Vergleich zum Vorjahr gesteigert. Für nächstes Jahr kündigte er weitere Rationalisierungen an, in der Gießerei soll eine Bandgießanlage installiert werden, in der Profilweiterbearbeitung ist diesen Monat die erste NC-gesteuerte Fräse aufgestellt worden, im Januar soll eine zweite folgen. Dafür sollen die Arbeiter ihre Knochen herhalten, schließlich diene es ja nur der Sicherung der Arbeitsplätze.



Die Arbeiter haben sich auf diese Kapitalistenlogik nicht eingelassen. Mehrere Kollegen aus der Profilweiterbearbeitung haben die Prämiensenkungen angegriffen und eine Änderung des Prämiensystems und dazu die Durchführung einer Abteilungsversammlung gefordert. Einführung von Akkord, wie die Geschäftsführung vorhat, wird einhellig abgelehnt. Schon eine Woche vorher sind 8 Arbeiter aus der PWB zum Betriebsrat gegangen und haben die Zahlung einer Schmutzzulage verlangt, andernfalls würden sie an den Fräsen und Bohrmaschinen nicht mehr arbeiten. Am selben Tag sind die Frauen aus einer Schicht hochgegangen und haben die Einstufung in eine höhere Lohngruppe gefordert. Auf der Weihnachtsfeier der Profilweiterbearbeitung hat der Abteilungsleiter seine sonst übliche Weihnachtsrede lieber nicht gehalten.

## Zusammenschluß für den Aufbau eines Betriebsrates im Handwerksbetrieb Kähler

*b.gem.* In vielen kleinen und mittleren Betrieben des Metallhandwerks ist jedes Jahr für die Arbeiter die Intensität der Arbeit auf die Spitze getrieben, weil Reparaturen und Erneuerung in Privathaushalten noch vor den Feiertagen fertig sein sollen. In der Maschinenbaufirma Kähler in Heide, wo der Betriebsführer den Sprung von einem kleineren bis mittleren Handwerksmeister zum Maschinenbaukapitalisten schaffen will, geht es das ganze Jahr schon so zu.

Zur Zeit arbeiten dort neun Gesellen, neun Lehrlinge, zwei Bürokräfte und ein Meister. Der Handwerkskapitalist selbst arbeitet nicht mehr mit, sondern führt die Aufsicht und treibt an. Die Produktion wird mehr und mehr von Reparatur und Einzelanfertigungen auf Massenproduktion von Selbstpreßcontainern und KANO-Verdichtungsanlagen verlagert. Seit einem Jahr hat Kähler keine Auftragsschwierigkeiten mehr, die Pressen können gar nicht schnell genug hergestellt werden. Alleine 20 Selbstpreßcontainer hätten bis Jahresende fertig sein sollen, was noch Arbeit bedeutet bis Ende März und für 37 Stück werden jetzt schon die Hydrauliktanks gebaut. Das alles soll noch schneller während der normalen Arbeitszeit geschafft werden.

Die Selbstpreßcontainer werden in verschiedenen Größen, von 7 bis 24 m³ Fassungsvermögen hergestellt. Das heißt aber nicht, daß man sie nicht serienmäßig herstellen kann. Alle Einzelteile, wie Aufhängungen, Laufrollen, Hydraulikzylinder, Türverriegelung, Preßkopf mit Schwinge und Hydraulikaggregat werden in hoher Stückzahl hergestellt und bei Bedarf zusammengebaut. Der ganze Arbeitsablauf ist mit einer fließbandmäßigen Arbeit zu vergleichen. Dadurch, daß hohe Stückzahlen hergestellt werden, hat der Kapitalist die Möglichkeit, den Arbeitstag immer mehr zu verdichten. Ständig wird man angetrieben und gefragt, wie weit man denn sei.

Bezahlt wird die Arbeit eines Auszubildenden, der fast einen Gesellen ersetzt, nach Tarif: im 2. 310 DM, im 3. 365 DM und im 4. Lehrjahr 415 DM. Die Gesellen haben eine 45 Stundenwoche und erhalten einen Lohn von 10 bis 10,50 DM.

Die Profite für den Handwerkskapitalisten sind hoch, weil mit alten Maschinen noch alles herausgeholt wird und mit dem Geschick der Arbeiter doch noch hochwertige Produkte hergestellt werden. Eine Arbeitshalle wird nicht mehr beheizt, weil der Brenner schon seit einem Jahr defekt ist; und überall zieht es, was Erkältungskrankheiten, Nierenentzündungen und rheumatische Beschwerden zur Folge hat.

In der Halle wurde bis jetzt nichts repariert, so Kähler, weil sie nächstes Jahr abgerissen und – erweitert – neu gebaut werden soll. Der Kapitalist Kähler will expandieren und jetzt alles zusammenraffen, um auf höherer Produktionsstufe noch höhere Profite zu erwirtschaften, wozu er z.B. unbedingt eine höhere Halle mit Laufkatzen braucht.

Das dringendste Problem für die Kollegen ist, daß sie eine Interessenvertretung brauchen, um bessere Arbeitsbedingungen und einen höheren und tariflich abgesicherten Lohn bei 40 Stunden durchzusetzen. Deshalb haben sie Maßnahmen in die Wege geleitet, um einen Betriebsrat wählen zu können, um so nicht mehr einzeln, sondern gemeinsam ihre Interessen gegen den Kapitalisten durchzusetzen.

## „Brot für die Welt" und Regierungsvertreter sammeln für vietnamesische Besatzer

Anfang Dezember hat „Brot für die Welt" in der Hamburger Innenstadt mit einer Spendensammlung für „Kambodscha" begonnen. 250 Sammler haben am ersten Wochenende 9512,16 DM gesammelt, wie das „Hamburger Abendblatt" berichtet, war es ein „Kraftakt, um das große Elend zu lindern". Als „schnelle Truppe" werden Bundesverteidigungsminister Hans Apel, Schulsenator Jost Grolle und Tagesschausprecher Wilhelm Wieben als Sammler gefeiert. Klose sei leider verhindert gewesen.

Zweck des Einsatzes der bürgerlichen Politiker ist es, mit der „Not in der Welt" den werktätigen Massen in Westdeutschland Zurückhaltung und bei der Jahresbilanz Zufriedenheit einzureden.

Daß man den Kampf des kampucheanischen Volkes unterstützt und verhindern will, daß die vietnamesischen Aggressoren das kampucheanische Volk aushungern und vernichten wollen, ist völlig gerecht. Das wird von vielen unterstützt. Aber Hans Apel und „Brot für die Welt" sammeln nicht, um damit das Geld dem Roten Kreuz des Demokratischen Kampuchea zur Verfügung zu stellen, was nützen würde, und um die legitime Regierung des Demokratischen Kampuchea zu unterstützen. Nein, das „Abendblatt" weiß zu berichten, wo das Geld hingeht. Nach Phnom Penh und Kompong Spoe. Zwei Städte, die unter der Kontrolle der Vietnamesen stehen. Es sollen dort medizinische Geräte und Nahrungsmittel hingeschafft werden. Nahrungsmittel in den Händen der Besatzer bedeutet aber direkte Unterstützung der Aggressionstruppen, die den Hunger ja erst verursacht haben.

In wessen Hände die Hilfsgüter kommen, ist entscheidend. Damit sie in die Hände des kampucheanischen Volkes kommen, muß man sie an das kampucheanische Rote Kreuz der Regierung des Demokratischen Kampuchea versenden. Dafür sammelt der KBW in Westdeutschland bis zum Anfang des neuen Jahres 60000 DM und führt von 27.12. bis 29.12. in den Bezirksstädten Musiktage durch, deren Programm im Veranstaltungskalender angekündigt wird.

## Tarifabschluß in den Seehäfen: Bei der Kampfbereitschaft der Hafenarbeiter waren andere Ergebnisse möglich

*b.ruo.* Seit Juli 79 wurde in den Hafenbetrieben der Rahmentarif beraten, Seit Ende Oktober wurde der Lohntarif beraten. Am 8.12. hat jetzt die Bundestarifkommission der ÖTV Abteilung Seehäfen einstimmig dem ausgehandelten Ergebnis zugestimmt. Lohnerhöhung zwischen 6,4 und 7% (degressiv für die oberen Lohngruppen). Anhebung des Mindesturlaubs von 18 auf 22 Tage. Stufenweise Durchsetzung eines Jahresurlaubs von 30 Tagen für die über 35jährigen während der Laufzeit des Rahmentarifvertrages.

Diese 8,5% stellten jedoch die untere Grenze dessen dar, was die Hafenarbeiter durchsetzen konnten. Beim Urlaub waren 30 Tage für alle gefordert. Es gibt Kollegen, die erhalten keinen einzigen Tag mehr als bisher. Weder die Nacht- noch die Wochenendarbeit wurde weiter eingeschränkt. Lediglich die Verpflichtung zur „Mehrarbeit für Schiffertigmachen" wurde von bisher 3 auf jetzt 2 Stunden begrenzt. Es gibt große Unzufriedenheit über den Abschluß. Die ÖTV-Funktionäre werden angegriffen, weil sie erst gar nicht die Kampfkraft der Hafenarbeiter einsetzten, sondern nach dem ersten Verhandlungsabschnitt zum Lohn gleich zugestimmt haben. Diese überhastete Zustimmung ist so wohl als eine Ehrerbietung an den letzten SPD-Parteitag zu verstehen.

Daß die Hafenarbeiter einiges vorhatten, sieht man bei der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG. Am 8.11. hatte die Geschäftsleitung unter Ex-Senator Kern die Einführung der Conti-Schicht am Containerterminal gefordert sowie die Festlegung der Anzahl der Früh-, Spät- und Nachtschichten für alle Arbeiter in einem Schichtplan. Dies wurde einhellig vom Lademeister bis zum Kaiarbeiter abgelehnt, und der hauseigene Rahmentarif ist noch nicht abgeschlossen. Die Kapitalisten hoffen, mit dem Contischichtbetrieb am Containerterminal die Weichen fürs nächste Jahrzehnt zu stellen. „Weltschiffahrt und Hafenwirtschaft stehen offenbar vor einer neuen Welle der Containerisierung", meint der Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe (DVZ 136/79). Der erwartete Schub gilt vor allem Fahrtgebieten in die Länder der Dritten Welt, nach Südamerika, Indien, Indonesien, China und Afrika. Die Einführung der Contischicht soll dazu beitragen, daß die Hamburger Hafenkapitalisten im Kampf um die Verteilung des neu zu erwartenden Containerumschlags die Nase vorn haben.

Auch wenn sich die Hafenarbeiter dieses Jahr mit wichtigen Forderungen nicht durchsetzen konnten, können die erreichten Fortschritte im gewerkschaftlichen Zusammenschluß nicht zunichte gemacht werden. Der Eingruppierungsvertrag ist jederzeit kündbar. Mit Sicherheit wird die Streichung der Lohngruppe 2 gefordert, die von den Kapitalisten als Druckmittel und zur Spaltung eingesetzt wird. Dabei kann ausgenutzt werden, daß in Hamburg fast alle Betriebe bei Neueinstellungen sofort mindestens Lohngruppe 3 bezahlen.

## Elstner versucht Nachtwachenregelung für Krankenpflegeschüler durchzusetzen

*b.suk.* Ausgangspunkt in der Auseinandersetzung um die Nachtarbeit der Krankenpflegeschüler war der immer größer werdende Unmut über die Nachtwachen, die die Schüler in den Krankenhäusern machen mußten, um fehlendes Personal zu ersetzen. Im Januar 1979 wurden die vereinzelten Kämpfe gegen Nachtarbeit auf einer Diskussionsveranstaltung der ÖTV-Jugend zusammengefaßt. Anwesend waren Senatorin Elstner und Landesoberin Schlüter. Klar wurde der Ehrenbergbande, daß sie die bis dahin geltende Regelung: ,,Im Rahmen der praktischen Ausbildung in der Kranken- und Kinderkrankenpflege sollen nicht mehr als 10 Wochen Nachtwache abgeleistet werden'' nicht mehr halten konnte. Die Auszubildenden forderten eine massive Beschränkung der Anzahl. In den weiteren Debatten um die Nachtarbeit einigten sich die Schüler der verschiedenen Häuser auf die Forderung: ,,10 Nachtwachen höchstens während der Ausbildung und nur zusammen mit examinierten Kräften.'' Eine Einigkeit für das vollständige Verbot der Nachtarbeit konnte nicht hergestellt werden.

Am 19.2.79 wagte die Gesundheitsbehörde (GB) ihren ersten Angriff. Sie gab eine neue Nachtwachenregelung bekannt. Die Schüler sollten mindestens 20 Nachtwachen (NW), höchstens 30 in der Krankenpflege und mindestens 30 und höchstens 50 in der Kinderkrankenpflege machen. Die Krankenpflegeschüler forderten die sofortige Rücknahme dieser Regelung und die Anerkennung ihrer Forderung. Die GB mußte die Regelung kurz darauf wieder zurücknehmen. Der zustimmungspflichtige Gesamtpersonalrat (GPR) hatte diese Regelung nicht einmal zu Gesicht bekommen. Mit Zustimmung des schlecht beratenen GPR legte die GB am 12.9.79 eine weitere Regelung vor. Sie beinhaltet: 15 NW mindestens in der Krankenpflege (davon 5 alleine) und 30 NW mindestens, 50 höchstens in der Kinderkrankenpflege. Die Krankenpflegeschüler waren empört. Neue Aktionen zur Durchsetzung ihrer Forderungen wurden aber nicht beschlossen. Die GB faßte diese Situation am Schopf. Mit massivem Druck auf die Schüler will sie die Regelung durchsetzen. Am 31.10.79 legte die GB ein Zusatzschreiben zu der neuen Regelung vor, worin die 15 bzw. 30 Mindestnachtwachen zur Voraussetzung werden, um zum Examen zugelassen zu werden. Gelten soll dies sogar für die Auszubildenden die am 1.8.79 das dritte Ausbildungsjahr begonnen haben. Ob der GPR diesem Zusatzschreiben zugestimmt hat, muß man bezweifeln, denn juristisch ist es rechtswidrig.

Im Krankenpflegegesetz ist im §14 folgendes zu lesen: ,,Der Bundesminister für Gesundheitswesen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates das Nähere über die Ausbildungs- und die Prüfungsordnung für Krankenschwestern und Kinderkrankenschwestern zu regeln.'' Und in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung vom 20.9.65 in §3: ,,Innerhalb der letzten sechs Monate des Lehrgangs ist dem Schüler für zwei Tage die selbständige Pflege eines Kranken einschließlich einer Nachtwache zu übertragen.''

Diesen erneuten Angriff auf die Ausbildung können die Krankenpflegeschüler nicht hinnehmen. Die sofortige Rücknahme der Regelung über die Nachtarbeit von der Gesundheitsbehörde muß durchgesetzt werden.

## Nordverbund: 5,5% plus 75 DM

### Forderung bedeutet 143 bis 185 DM auf den Tariflohn

*b.std.* Die Tarifkommissionen der IG Metall aus dem nordwestlichen Niedersachsen, aus dem Unterwesergebiet, aus Hamburg und Schleswig-Holstein haben die Forderung für den Nordverbund aufgestellt. Gefordert wird eine Erhöhung von 5,5% plus 75 DM für Lohn und Gehalt, für die Auszubildenden in den ersten beiden Lehrjahren 80 DM und für die letzten beiden Lehrjahre 70 DM. Diese Forderung ist heftig umkämpft worden auf der Sitzung der etwa 400 Tarifkommissionsmitglieder. Es gab Kritik an dem Forderungsvolumen, wie es vom Hauptvorstand vorgeschlagen worden war. Verschiedene Tarifkommissionsmitglieder sprachen sich für einen Festgeldbetrag von 160 bis 170 DM aus, gekoppelt mit einer Prozentforderung. Die beschlossene Forderung wurde vom Bezirksleiter der IG Metall, vom Steeg, vorgeschlagen. Die Wucht der Bewegung für Festgeld zeigt sich in der ersten Abstimmung, die unentschieden ausging und wiederholt werden mußte. Die zweite Abstimmung gab dann eine Mehrheit für die beschlossene Forderung von etwa 250 Stimmen bei knapp 70 Gegenstimmen und ca. 90 Enthaltungen.

Wie schon in anderen Tarifbezirken wird auch hier das Forderungsvolumen des Hauptvorstandes nicht ausgeschöpft. Bezogen auf den Tariflohn bedeutet die beschlossene Forderung eine Erhöhung der Tariflöhne von 142,80 DM für Lohngruppe 2 bis 185,75 bei Lohngruppe 9; bei den Angestellten hat die Forderung eine Spanne von 122,19 (T1; Anfangsgehalt) bis 245,56 DM (T6). Die Forderung ist knapp und läßt keinen Spielraum für Runterverhandlungen. Sie hat aber auch Vorteile. Die Lohnverteilungen in den vier Bezirken des Nordverbundes sind verhältnismäßig geschlossen und weniger gespreizt. Die Forderung läßt diese Verteilung zusammen, treibt sie nicht auseinander. Die Taktik, die sich daraus für die IG Metall und die Belegschaften in den Betrieben ergibt, ist: keine Verhandlung über die 75 DM Sockelbetrag, geringes Spiel bei den 5,5%. Diese Verhandlungstaktik hat Otto vom Steeg bereits in einem Interview mit dem NDR angedeutet: ,,Aber ich muß auch sagen, das hat die Stimmung heute gezeigt, wir lassen uns nicht mit ein paar Prozent abspeisen, sondern da muß schon einiges zugebuttert werden in diesem Jahr, um zu einem Ergebnis zu kommen.'' Und ,,Die Tarifkommissionsmitglieder haben heute zum Ausdruck gebracht, ... daß das Ergebnis ziemlich nah an dieser Forderung sein muß.'' In den Betrieben wird die Forderung im wesentlichen sachlich aufgenommen. Bestehende Unsicherheiten lassen sich überwinden, wenn gerechnet wird. Dies erklärte auch der Betriebsratsvorsitzende auf der Betriebsversammlung bei VAW Neumünster.

Von seiten der bürgerlichen Parteien deutet sich ein Manöver an. Stoltenberg nannte die ,,zweistelligen Lohnforderungen einiger großer Gewerkschaften als zusätzliche negative Signalwirkung'' und fordert das Handeln der Bundesregierung, während sich die Morgenpost ins Zeug schmeißt: ,,. . . unterm Strich bliebe dann das reale Einkommen erhalten. Ist eine solche Forderung unbillig?'' Die Arbeiterbewegung wird guttun, ihre politische Selbständigkeit, vor allem bei den Steuern und beim Kindergeld, zu bewahren.



Für die unteren Lohngruppen ist die Forderung der IG Metall knapp bemessen.

## Produktionssteigerungen bei VAW – Die Arbeiter fordern Erhöhung der Zulagen

*b.stk.* Produktionssteigerungen in allen Bereichen verkündete Geschäftsführer Müller-Busse auf der Betriebsversammlung bei VAW-Neumünster am 10.12. So wurde die Produktion an der Strangpresse um 14%, in der Profilweiterbearbeitung (Bild) um 25% von 1600 t auf 2000 t und im Fließpreßwerk sogar um über 80% im Vergleich zum Vorjahr gesteigert. Für nächstes Jahr kündigte er weitere Rationalisierungen an, in der Gießerei soll eine Bandgießanlage installiert werden, in der Profilweiterbearbeitung ist diesen Monat die erste NC-gesteuerte Fräse aufgestellt worden, im Januar soll eine zweite folgen. Dafür sollen die Arbeiter ihre Knochen herhalten, schließlich diene es ja nur der Sicherung der Arbeitsplätze.



vorhat, wird einhellig abgelehnt. Schon eine Woche vorher sind 8 Arbeiter aus der PWB zum Betriebsrat gegangen und haben die Zahlung einer Schmutzzulage verlangt, andernfalls würden sie an den Fräsen und Bohrmaschinen nicht mehr arbeiten. Am sel-

Die Arbeiter haben sich auf diese

## Zusammenschluß für den Aufbau eines Betriebsrates im Handwerksbetrieb Kähler

*b.gem.* In vielen kleinen und mittleren Betrieben des Metallhandwerks ist jedes Jahr für die Arbeiter die Intensität der Arbeit auf die Spitze getrieben, weil Reparaturen und Erneuerung in Privathaushalten noch vor den Feiertagen fertig sein sollen. In der Maschinenbaufirma Kähler in Heide, wo der Betriebsführer den Sprung von einem kleineren bis mittleren Handwerksmeister zum Maschinenbaukapitalisten schaffen will, geht es das ganze Jahr schon so zu.

Zur Zeit arbeiten dort neun Gesellen, neun Lehrlinge, zwei Bürokräfte und ein Meister. Der Handwerkskapitalist selbst arbeitet nicht mehr mit, sondern führt die Aufsicht und treibt an. Die Produktion wird mehr und mehr von Reparatur und Einzelanfertigungen auf Massenproduktion von Selbstpreßcontainern und KANO-Ver-

die Hydrauliktanks gebaut. Das alles soll noch schneller während der normalen Arbeitszeit geschafft werden.

Die Selbstpreßcontainer werden in verschiedenen Größen, von 7 bis 24 m³ Fassungsvermögen hergestellt. Das heißt aber nicht, daß man sie nicht serienmäßig herstellen kann. Alle Einzelteile, wie Aufhängungen, Laufrollen, Hydraulikzylinder, Türverriegelung, Preßkopf mit Schwinge und Hydraulikaggregat werden in hoher Stückzahl hergestellt und bei Bedarf zusammengebaut. Der ganze Arbeitsablauf ist mit einer fließbandmäßigen Arbeit zu vergleichen. Dadurch, daß hohe Stückzahlen hergestellt werden, hat der Kapitalist die Möglichkeit, den Arbeitstag immer mehr zu verdichten. Ständig wird man angetrieben und gefragt, wie weit man denn sei.

Bezahlt wird die Arbeit eines Auszu-

schinen noch alles herausgeholt wird und mit dem Geschick der Arbeiter doch noch hochwertige Produkte hergestellt werden. Eine Arbeitshalle wird nicht mehr beheizt, weil der Brenner schon seit einem Jahr defekt ist; und überall zieht es, was Erkältungskrankheiten, Nierenentzündungen und rheumatische Beschwerden zur Folge hat.

In der Halle wurde bis jetzt nichts repariert, so Kähler, weil sie nächstes Jahr abgerissen und – erweitert – neu gebaut werden soll. Der Kapitalist Kähler will expandieren und jetzt alles zusammenraffen, um auf höherer Produktionsstufe noch höhere Profite zu erwirtschaften, wozu er z.B. unbedingt eine höhere Halle mit Laufkatzen braucht.

Das dringendste Problem für die Kollegen ist, daß sie eine Interessenvertretung brauchen, um bessere Arbeits-

derkrankenpflege machen. Die Krankenpflegeschüler forderten die sofortige Rücknahme dieser Regelung und die Anerkennung ihrer Forderung. Die GB mußte die Regelung kurz darauf wieder zurücknehmen. Der zustimmungspflichtige Gesamtpersonalrat (GPR) hatte diese Regelung nicht einmal zu

Kranken einschließlich einer Nachtwache zu übertragen.''

Diesen erneuten Angriff auf die Ausbildung können die Krankenpflegeschüler nicht hinnehmen. Die sofortige Rücknahme der Regelung über die Nachtarbeit von der Gesundheitsbehörde muß durchgesetzt werden.

142,80 DM für Lohngruppe 2 bis 185,75 bei Lohngruppe 9; bei den Angestellten hat die Forderung eine Spanne von 122,19 (T1; Anfangsgehalt) bis 245,56 DM (T6). Die Forderung ist knapp und läßt keinen Spielraum für Runterverhandlungen. Sie hat aber auch Vorteile. Die Lohnverteilungen in



Für die unteren Lohngruppen ist die Forderung der IG Metall knapp bemessen.

Produktionssteigerungen bei VAW – Die Arbeiter fordern Erhöhung der Zulagen

b.stk. Produktionssteigerungen in allen Bereichen verkündete Geschäftsführer Müller-Busse auf der Betriebsversammlung bei VAW-Neumünster am 10.12. So wurde die Produktion an der Strangpresse um 14%, in der Profilweiterbearbeitung (Bild) um 25% von 1600 t auf 2000 t und im Fließpreßwerk sogar um über 80% im Vergleich zum Vorjahr gesteigert. Für nächstes Jahr kündigte er weitere Rationalisierungen an, in der Gießerei soll eine Bandgießanlage installiert werden, in der Profilweiterbearbeitung ist diesen Monat die erste NC-gesteuerte Fräse aufgestellt worden, im Januar soll eine zweite folgen. Dafür sollen die Arbeiter ihre Knochen herhalten, schließlich diene es ja nur der Sicherung der Arbeitsplätze.



vorhat, wird einhellig abgelehnt. Schon eine Woche vorher sind 8 Arbeiter aus der PWB zum Betriebsrat gegangen und haben die Zahlung einer Schmutzzulage verlangt, andernfalls würden sie an den Fräsen und Bohrmaschinen nicht mehr arbeiten. Am sel-

ben Tag sind die Frauen aus einer Schicht hochgegangen und haben die Einstufung in eine höhere Lohngruppe gefordert. Auf der Weihnachtsfeier der Profilweiterbearbeitung hat der Abteilungsleiter seine sonst übliche Weihnachtsrede lieber nicht gehalten.

Die Arbeiter haben sich auf diese Kapitalistenlogik nicht eingelassen. Mehrere Kollegen aus der Profilweiterbearbeitung haben die Prämiensenkungen angegriffen und eine Änderung des Prämiensystems und dazu die Durchführung einer Abteilungsversammlung gefordert. Einführung von Akkord, wie die Geschäftsführung

Zusammenschluß für den Aufbau eines Betriebsrates im Handwerksbetrieb Kähler

b.gem. In vielen kleinen und mittleren Betrieben des Metallhandwerks ist jedes Jahr für die Arbeiter die Intensität der Arbeit auf die Spitze getrieben, weil Reparaturen und Erneuerung in Privathaushalten noch vor den Feiertagen fertig sein sollen. In der Maschinenbaufirma Kähler in Heide, wo der Betriebsführer den Sprung von einem kleineren bis mittleren Handwerksmeister zum Maschinenbaukapitalisten schaffen will, geht es das ganze Jahr schon so zu.

Zur Zeit arbeiten dort neun Gesellen, neun Lehrlinge, zwei Bürokräfte und ein Meister. Der Handwerkskapitalist selbst arbeitet nicht mehr mit, sondern führt die Aufsicht und treibt an. Die Produktion wird mehr und mehr von Reparatur und Einzelanfertigungen auf Massenproduktion von Selbstpreßcontainern und KANO-Ver-dichtungsanlagen verlagert. Seit einem Jahr hat Kähler keine Auftragsschwierigkeiten mehr, die Pressen können gar nicht schnell genug hergestellt werden. Alleine 20 Selbstpreßcontainer hätten bis Jahresende fertig sein sollen, was noch Arbeit bedeutet bis Ende März und für 37 Stück werden jetzt schon

die Hydrauliktanks gebaut. Das alles soll noch schneller während der normalen Arbeitszeit geschafft werden.

Die Selbstpreßcontainer werden in verschiedenen Größen, von 7 bis 24 m³ Fassungsvermögen hergestellt. Das heißt aber nicht, daß man sie nicht serienmäßig herstellen kann. Alle Einzelteile, wie Aufhängungen, Laufrollen, Hydraulikzylinder, Türverriegelung, Preßkopf mit Schwinge und Hydraulikaggregat werden in hoher Stückzahl hergestellt und bei Bedarf zusammengebaut. Der ganze Arbeitsablauf ist mit einer fließbandmäßigen Arbeit zu vergleichen. Dadurch, daß hohe Stückzahlen hergestellt werden, hat der Kapitalist die Möglichkeit, den Arbeitstag immer mehr zu verdichten. Ständig wird man angetrieben und gefragt, wie weit man denn sei.

Bezahlt wird die Arbeit eines Auszu-bildenden, der fast einen Gesellen ersetzt, nach Tarif: im 2. 310 DM, im 3. 365 DM und im 4. Lehrjahr 415 DM. Die Gesellen haben eine 45 Stundenwoche und erhalten einen Lohn von 10 bis 10,50 DM.

Die Profite für den Handwerkskapitalisten sind hoch, weil mit alten Ma-

schinen noch alles herausgeholt wird und mit dem Geschick der Arbeiter doch noch hochwertige Produkte hergestellt werden. Eine Arbeitshalle wird nicht mehr beheizt, weil der Brenner schon seit einem Jahr defekt ist; und überall zieht es, was Erkältungskrankheiten, Nierenentzündungen und rheumatische Beschwerden zur Folge hat.

In der Halle wurde bis jetzt nichts repariert, so Kähler, weil sie nächstes Jahr abgerissen und – erweitert – neu gebaut werden soll. Der Kapitalist Kähler will expandieren und jetzt alles zusammenraffen, um auf höherer Produktionsstufe noch höhere Profite zu erwirtschaften, wozu er z.B. unbedingt eine höhere Halle mit Laufkatzen braucht.

Das dringendste Problem für die Kollegen ist, daß sie eine Interessenvertretung brauchen, um bessere Arbeits-bedingungen und einen höheren und tariflich abgesicherten Lohn bei 40 Stunden durchzusetzen. Deshalb haben sie Maßnahmen in die Wege geleitet, um einen Betriebsrat wählen zu können, um so nicht mehr einzeln, sondern gemeinsam ihre Interessen gegen den Kapitalisten durchzusetzen.

## ,,Brot für die Welt'' und Regierungsvertreter sammeln für vietnamesische Besatzer

Anfang Dezember hat ,,Brot für die Welt'' in der Hamburger Innenstadt mit einer Spendensammlung für ,,Kambodscha'' begonnen. 250 Sammler haben am ersten Wochenende 9512,16 DM gesammelt, wie das ,,Hamburger Abendblatt'' berichtet, war es ein ,,Kraftakt, um das große Elend zu lindern''. Als ,,schnelle Truppe'' werden Bundesverteidigungsminister Hans Apel, Schulsenator Jost Grolle und Tagesschausprecher Wilhelm Wieben als Sammler gefeiert. Klose sei leider verhindert gewesen.

Zweck des Einsatzes der bürgerlichen Politiker ist es, mit der ,,Not in der Welt'' den werktätigen Massen in Westdeutschland Zurückhaltung und bei der Jahresbilanz Zufriedenheit einzureden.

Daß man den Kampf des kampucheanischen Volkes unterstützt und verhindern will, daß die vietnamesischen Aggressoren das kampucheanische Volk aushungern und vernichten wollen, ist völlig gerecht. Das wird von vielen unterstützt. Aber Hans Apel und ,,Brot für die Welt'' sammeln nicht, um damit das Geld dem Roten Kreuz des Demokratischen Kampuchea zur Verfügung zu stellen, was nützen würde, und um die legitime Regierung des Demokratischen Kampuchea zu unterstützen. Nein, das ,,Abendblatt'' weiß zu berichten, wo das Geld hingeht. Nach Phnom Penh und Kompong Spoe. Zwei Städte, die unter der Kontrolle der Vietnamesen stehen. Es sollen dort medizinische Geräte und Nahrungsmittel hingeschafft werden. Nahrungsmittel in den Händen der Besatzer bedeutet aber direkte Unterstützung der Aggressionstruppen, die den Hunger ja erst verursacht haben.

In wessen Hände die Hilfsgüter kommen, ist entscheidend. Damit sie in die Hände des kampucheanischen Volkes kommen, muß man sie an das kampucheanische Rote Kreuz der Regierung des Demokratischen Kampuchea versenden. Dafür sammelt der KBW in Westdeutschland bis zum Anfang des neuen Jahres 60000 DM und führt von 2/.12. bis 29.12. in den Bezirksstädten Musiktage durch, deren Programm im Veranstaltungskalender angekündigt wird.

## Tarifabschluß in den Seehäfen: Bei der Kampfbereitschaft der Hafenarbeiter waren andere Ergebnisse möglich

*b.ruo.* Seit Juli 79 wurde in den Hafenbetrieben der Rahmentarif beraten, Seit Ende Oktober wurde der Lohntarif beraten. Am 8.12. hat jetzt die Bundestarifkommission der ÖTV Abteilung Seehäfen einstimmig dem ausgehandelten Ergebnis zugestimmt. Lohnerhöhung zwischen 6,4 und 7% (degressiv für die oberen Lohngruppen). Anhebung des Mindesturlaubs von 18 auf 22 Tage. Stufenweise Durchsetzung eines Jahresurlaubs von 30 Tagen für die über 35jährigen während der Laufzeit des Rahmentarifvertrages.

Diese 8,5% stellten jedoch die untere Grenze dessen dar, was die Hafenarbeiter durchsetzen konnten. Beim Urlaub waren 30 Tage für alle gefordert. Es gibt Kollegen, die erhalten keinen einzigen Tag mehr als bisher. Weder die Nacht- noch die Wochenendarbeit wurde weiter eingeschränkt. Lediglich die Verpflichtung zur ,,Mehrarbeit für Schiffertigmachen'' wurde von bisher 3 auf jetzt 2 Stunden begrenzt. Es gibt große Unzufriedenheit über den Abschluß. Die ÖTV-Funktionäre werden angegriffen, weil sie erst gar nicht die Kampfkraft der Hafenarbeiter einsetzten, sondern nach dem ersten Verhandlungsabschnitt zum Lohn gleich zugestimmt haben. Diese überhastete Zustimmung ist so wohl als eine Ehrerbietung an den letzten SPD-Parteitag zu verstehen.

Daß die Hafenarbeiter einiges vorhatten, sieht man bei der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG. Am 8.11. hatte die Geschäftsleitung unter Ex-Senator Kern die Einführung der Conti-Schicht am Containerterminal gefordert sowie die Festlegung der Anzahl der Früh-, Spät- und Nachtschichten für alle Arbeiter in einem Schichtplan. Dies wurde einhellig vom Lademeister bis zum Kaiarbeiter abgelehnt, und der hauseigene Rahmentarif ist noch nicht abgeschlossen. Die Kapitalisten hoffen, mit dem Contischichtbetrieb am Containerterminal die Weichen fürs nächste Jahrzehnt zu stellen. ,,Weltschiffahrt und Hafenwirtschaft stehen offenbar vor einer neuen Welle der Containerisierung'', meint der Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe (DVZ 136/79). Der erwartete Schub gilt vor allem Fahrtgebieten in die Länder der Dritten Welt, nach Südamerika, Indien, Indonesien, China und Afrika. Die Einführung der Contischicht soll dazu beitragen, daß die Hamburger Hafenkapitalisten im Kampf um die Verteilung des neu zu erwartenden Containerumschlags die Nase vorn haben.

Auch wenn sich die Hafenarbeiter dieses Jahr mit wichtigen Forderungen nicht durchsetzen konnten, können die erreichten Fortschritte im gewerkschaftlichen Zusammenschluß nicht zunichte gemacht werden. Der Eingruppierungsvertrag ist jederzeit kündbar. Mit Sicherheit wird die Streichung der Lohngruppe 2 gefordert, die von den Kapitalisten als Druckmittel und zur Spaltung eingesetzt wird. Dabei kann ausgenutzt werden, daß in Hamburg fast alle Betriebe bei Neueinstellungen sofort mindestens Lohngruppe 3 bezahlen.

# Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes für die Kapitalisten – Verschuldung für die Gemeinden

*b.dam.* Allein 526 Zeilen beschäftigt sich das „Flensburger Tageblatt" der letzten Woche mit den steuerpolitischen Entscheidungen der Gemeinden. Über 600 Zeilen die „Kieler Nachrichten". Worum geht es? Um die Senkung der Gewerbesteuerhebesätze.

Im August 1978 äußert sich das Organ der Arbeitgeberverbände folgendermaßen: „Die Belastung der westdeutschen Unternehmen mit Gewerbeertrags- und Gewerbekapitalsteuer (z.T. auch mit Lohnsummensteuer) führt international zu einem bedeutenden Wettbewerbsnachteil. Diese Steuern sind im Ausland weitgehend unbekannt" (Argumente zu Unternehmerfragen, 8/78). Die Gesetzesmaschinerie setzt sich in Gang: Das Gesetzespaket 1978/79 trägt den Forderungen der Kapitalisten Rechnung mit der Abschaffung der Lohnsummensteuer. Gleichzeitig wird für die einzelnen Gemeinden die Gewerbesteuerumlage an Bund und Land gesenkt, der Anteil, den die Gemeinden von der Einkommenssteuer einbehalten, wird erhöht. Mehr Geld für die Kommunen? Kurz nach der 2. Lesung spricht die Bundesregierung eine Empfehlung an die Länder und Gemeinden aus, diese Entlastung der Gemeindefinanzen vollständig an die kommunale Wirtschaft weiterzugeben. Die Gemeinden sollen die Gewerbesteuerhebesätze senken. Ein großer Teil der Gemeinden Schleswig-Holsteins tagt in den letzten drei Wochen: Einige kleinere Gemeinden senken den Hebesatz wie Ehndorf von 320 auf 275%, Padenstedt von 320 auf 275%, Molfsee von 295 auf 280%. Holzdorf von 330 auf 310%. Als jedoch die Städte Itzehoe, Husum und Flensburg als größere Städte die Beibehaltung des Hebesatzes bekanntgeben, fühlen sich die Kapitalisten um die Früchte des Steuerpakets betrogen. Die IHK Lübeck ruft die Kommunalaufsichtsbehörde im Innenministerium an, weil die Gemeinde Norderstedt den Hebesatz nicht gesenkt hat, die IHK Flensburg droht den Städten Flensburg und Husum mit Dienstaufsichtsbeschwerde. Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) empfiehlt den Ländern, in „besonders krassen Fällen die Finanzzuweisungen an die Kommunen zu sperren" (FT, 22.12.).

„Eine Festschreibung der Finanzschwäche für unübersehbare Zeit" nennt die Stadtvertretung Flensburg die Senkung der Hebesätze. In der Tat ist es so, daß neben den sogenannten Bagatellsteuern und der Grundsteuer A und B die Gewerbesteuern den größten Teil der Realsteuern ausmachen, die die Gemeinde selbst zur Verfügung hat. Von 75,8 Mio. DM Steuern insgesamt nahm die Stadt 40,8 Mio. DM Gewerbesteuer 1978 ein. Schon bei einer Reduzierung um 10% des Hebesatzes wären die Steuereinnahmen der Stadt um 1,2 Mio. DM niedriger.

Gegen die Entscheidungen der Gemeinden und für die Senkung der Hebesätze versucht die Bourgeoisie jene Mittelschichten zu gewinnen, die mit dem ständigen Ruin kämpfen. „Eine Senkung der Gewerbesteuer sei geboten, um die mittelständische Wirtschaft zu entlasten", äußert sich die Kreishandwerkerschaft Husum (HN, 19.12.). Spricht die Kreishandwerkerschaft für die kleinen Handwerker? Spricht die IHK für die kleinen Händler? Um dies zu untersuchen, wer hat etwas von dieser Senkung der Gewerbesteuerhebesätze? Von den 3326 Betrieben Flensburgs nur 800 bis 900 nach Aussagen der Stadt, nämlich die, die über dem Gewerbesteuerfreibetrag von 36000 DM (früher 24000 DM) liegen. Bei den Betrieben, die über einem Ertrag von 36000 DM im Jahr liegen, berechnet sich die Gewerbesteuerpflicht folgendermaßen:

Nehmen wir einen mittleren Handwerksbetrieb mit einem ausgewiesenen Ertrag von 50000 DM im Jahr. Hinzugezählt werden Zinsen auf Dauerschulden, angenommen 10000 DM, ergibt 60000 DM. Abgezogen wird der Freibetrag von 36000 DM, gleich 24000 DM. Der *Meßbetrag* liegt bundeseinheitlich bei 5% dieses Wertes, ergibt also 1200 DM Meßbetrag. Dieser Meßbetrag wird mit dem Gemeindehebesatz multipliziert, wobei der Meßbetrag als 100% angenommen wird. Bei einem *Hebesatz* der Stadt Flensburg von derzeit 340% also mit 3,4. Das ist dann mit 4080 DM der Gewerbesteuerbetrag für diesen Betrieb. Für diesen mittleren Handwerksbetrieb läge die Senkung bei einer Kürzung des Hebesatzes von 340 auf 330% in Flensburg bei 120 DM im Jahr. Von den 800 Betrieben liegen weitere 200 unter einer jährlichen Zahlung von 1000 DM Gewerbesteuer, sie hätten bei einer Senkung des Hebesatzes bis zu 43 DM weniger zu bezahlen. Weswegen also dieser Aufwand? Man wird stutzig. Die Stadt Flensburg spricht von insgesamt 1,2 Mio. DM Ausfall bei Senkung um 10%. Die Stadtwerke Flensburg weisen für 1978 an Gewerbesteuern 2,36 Mio. DM aus. Eine Senkung würde hier 68146 DM bei der 10-prozentigen Senkung des Hebesatzes ausmachen. Die großen Betriebe streichen den Löwenanteil der Senkungen der Gewerbesteuer ein, wofür und für deren Durchsetzung die kleinen und mittleren Handwerker politisch ins Feld geführt werden sollen.

**Gewerbesteuerhebesätze 1974-1976 (in %)**

| | 1974 | 1975 | 1976 |
|---|---|---|---|
| Flensburg ...... | 340 | 340 | 340 |
| Schlewswig ..... | 300 | 300 | 300 |
| Husum.......... | 300 | 300 | 300 |
| Heide........... | 300 | 300 | 300 |
| Brunsbüttel..... | 300 | 300 | 300 |
| Kappeln........ | 300 | 300 | 300 |
| Westerland ..... | 350 | 350 | 350 |
| Leck............ | 300 | 300 | 300 |
| Harrislee ....... | 320 | 320 | 300 |
| Glücksburg ..... | 320 | 320 | 320 |
| Meldorf......... | 300 | 300 | 300 |
| Niebull......... | 305 | 305 | 305 |
| Busum.......... | 280 | 300 | 300 |
| Tönning ........ | 315 | 315 | 315 |
| Marne .......... | 300 | 300 | 300 |
| St. Peter ....... | 300 | 300 | 340 |
| Bredstedt....... | 300 | 300 | 300 |
| Kropp .......... | 300 | 300 | 300 |

Der politische und wirtschaftliche Druck auf die Städte und Gemeinden ist groß. Mit dem kommunalen Finanzausgleich und den zweckgebundenen Zuweisungen des Landes hat sich die Finanzbourgeoisie die nötigen Einmischungsmöglichkeiten geschaffen. Andererseits wird jede Unterdeckung des Haushalts, die aus der Senkung der Hebesätze entstehen würden, von der Bourgeoisie für die stärkere Plünderung des Volkes durch Gebühren zu nutzen gesucht. Kurz nach Bekanntgabe der Neuverschuldung der Stadt Flensburg um 1740700 DM wurden die Erhöhung der Fahrpreise um 12,5%, der Preise für Gas und Fernwärme bekanntgegeben.

Nicht Steuererleichterung für die Kapitalisten, sondern Zahlung der Steuern ausschließlich durch progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft ist nötig. Schulden der Gemeinden sind allein von den Kapitalisten zu zahlen.

**Entwicklung der Zahl der Handwerksbetriebe nach Größenklassen**

25000
20000
15000
10000
5000
Insgesamt
Handwerksbetriebe mit 1-4 Beschäftigten
5-9 Beschäftigte
10-19 Beschäftigte
20 und mehr Beschäftigte
1960 1965 1970 1975 1978

besteuerhebesätze senken. Ein großer Teil der Gemeinden Schleswig-Holsteins tagt in den letzten drei Wochen: Einige kleinere Gemeinden senken den Hebesatz wie Ehndorf von 320 auf 275%, Padenstedt von 320 auf 275%, Molfsee von 295 auf 280%. Holzdorf von 330 auf 310%. Als jedoch die Städte Itzehoe, Husum und Flensburg als größere Städte die Beibehaltung des Hebesatzes bekanntgeben, fühlen sich die Kapitalisten um die Früchte des Steuerpakets betrogen. Die IHK Lübeck ruft die Kommunalaufsichtsbehörde im Innenministerium an, weil die Gemeinde Norderstedt den Hebesatz nicht gesenkt hat, die IHK Flensburg droht den Städten Flensburg und Husum mit Dienstaufsichtsbeschwerde. Der Deutsche Industrie- und Han-

etwas von dieser Senkung der Gewerbesteuerhebesätze? Von den 3326 Betrieben Flensburgs nur 800 bis 900 nach Aussagen der Stadt, nämlich die, die über dem Gewerbesteuerfreibetrag von 36000 DM (früher 24000 DM) liegen. Bei den Betrieben, die über einem Ertrag von 36000 DM im Jahr liegen, berechnet sich die Gewerbesteuerpflicht folgendermaßen:

Nehmen wir einen mittleren Handwerksbetrieb mit einem ausgewiesenen Ertrag von 50000 DM im Jahr. Hinzugezählt werden Zinsen auf Dauerschulden, angenommen 10000 DM, ergibt 60000 DM. Abgezogen wird der Freibetrag von 36000 DM, gleich 24000 DM. Der *Meßbetrag* liegt bundesein-

| | 1974 | 1975 | 1976 |
|---|---|---|---|
| Flensburg ...... | 340 | 340 | 340 |
| Schlewswig ..... | 300 | 300 | 300 |
| Husum.......... | 300 | 300 | 300 |
| Heide........... | 300 | 300 | 300 |
| Brunsbüttel..... | 300 | 300 | 300 |
| Kappeln........ | 300 | 300 | 300 |
| Westerland ..... | 350 | 350 | 350 |
| Leck............ | 300 | 300 | 300 |
| Harrislee ....... | 320 | 320 | 300 |
| Glücksburg ..... | 320 | 320 | 320 |
| Meldorf......... | 300 | 300 | 300 |
| Niebull......... | 305 | 305 | 305 |
| Busum.......... | 280 | 300 | 300 |
| Tönning ........ | 315 | 315 | 315 |
| Marne .......... | 300 | 300 | 300 |
| St. Peter ....... | 300 | 300 | 340 |
| Bredstedt....... | 300 | 300 | 300 |
| Kropp .......... | 300 | 300 | 300 |

Der politische und wirtschaftliche Druck auf die Städte und Gemeinden ist groß. Mit dem kommunalen Finanzausgleich und den zweckgebundenen Zuweisungen des Landes hat sich die Finanzbourgeoisie die nötigen Einmischungsmöglichkeiten geschaffen. Andererseits wird jede Unterdeckung des Haushalts, die aus der Senkung der Hebesätze entstehen würden, von der Bourgeoisie für die stärkere Plünderung des Volkes durch Gebühren zu nutzen gesucht. Kurz nach Bekanntgabe der Neuverschuldung der Stadt Flensburg um 1740700 DM wurden die Erhöhung der Fahrpreise um 12,5%, der Preise für Gas und Fernwärme be-

Entwicklung der Zahl der Handwerksbetriebe nach Größenklassen
25000
20000
15000
10000
Insgesamt
Handwerksbetriebe mit 1-4 Beschäftigten

## Hamburger Bezirksversammlungen: Nicht einmal 5 Millionen Mark unter eigener Kontrolle

*b.brp.* Am 13. Dezember führte die Bezirksversammlung Nord erstmals eine Aktuelle Bürgerfragestunde durch: Eine Stunde, die höchstens 30 Minuten dauern darf und in der den Volksmassen Gelegenheit zu Fragen an die Bezirksabgeordneten gegeben wird, nach den Antworten je eines Sprechers der drei in der Bezirksversammlung vertretenen Parteien SPD, CDU und FDP dürfen noch drei Zusatzfragen gestellt werden. Dieses Recht zur Befragung ist bereits im Bezirksverwaltungsgesetz von 1978 vorgesehen, wurde jedoch bisher nicht praktiziert. Über die Beweggründe der Abgeordneten in der Bezirksversammlung Nord, sich von den Massen befragen zu lassen, braucht man sich nicht lange auszulassen, offiziell heißt es „mehr Bürgernähe" und „mehr Mitentscheidung der Bürger", tatsächlich sind die Widersprüche in diesem zweitgrößten Hamburger Bezirk mit den Giftmüllfunden bei Stoltzenberg und der unterdrückerischen Politik des Hamburger Senats anläßlich der Sicherung des Geländes noch gewachsen. Vorteilhaft ist die Befragung, weil man die Herren, die sich sonst bekanntlich äußerst rar machen, in der Bezirksversammlung zusammenhat und sie unter politischen Druck setzen kann. Bedeutungsvoll wäre diese Aktuelle Fragestunde, wenn die Volksmassen damit die Abgeordneten zu verschiedenen *Tätigkeiten* zwingen könnten. Und das wiederum hängt von der Größe des bezirklichen Haushalts und dessen Kontrolle ab sowie den Kompetenzen, die die Bezirksversammlung hat.

Die Aufgaben, die die hamburgischen Bezirksversammlungen wahrnehmen, sind noch stärker eingeschränkt als die der Gemeinden und Kreise in Flächenstaaten. Da Hamburg Stadtstaat ist, legt die Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg fest, daß staatliche und gemeindliche Tätigkeiten nicht getrennt sind und daß durch Gesetz für Teilgebiete Verwaltungseinheiten gebildet werden können (Art. 4). „Die selbständige Erledigung übertragener Aufgaben" unterliegt der Aufsicht durch die zuständigen Behörden (Baubehörde, Schulbehörde usw.), bindende Beschlüsse kann die Bezirksversammlung nur über reine Bezirksangelegenheiten fassen, die keine übergeordnete Bedeutung haben oder wegen ihrer Eigenart einer „einheitlichen Durchführung bedürfen" (§ 14 Bezirksverwaltungsgesetz). Die Kontrolle der bezirklichen Haushalte wird von Senat und Bürgerschaft durchgeführt, denn bis auf einen mickrigen Rest werden die bezirklichen Haushalte im Hamburger Gesamthaushalt unter „Bezirksangelegenheiten, Naturschutz und Umweltgestaltung" erfaßt, so daß die Bezirksämter und Bezirksversammlungen die zugeteilten Haushaltsmittel nur noch in eigener Zuständigkeit bewirtschaften können. Verbleibt ein Rest von 4,741 Mio. DM für 1980 als „Sondermittel der Bezirksversammlungen", die diese nach Beschluß ausgeben können für die „örtliche Wahrung von Aufgaben" (§ 7 BezVG), gerade 1,06 DM pro Einwohner des Bezirks. Sämtliche gemeindlichen Einnahmen: Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommenssteuer, Gewerbesteuer und andere gemeindlichen Steuern, die sich 1980 auf 2,346 Mrd. DM in allen Hamburger Bezirken belaufen sollen, müssen ebenso wie alle aus der Verwaltungsarbeit erzielten Einnahmen und Gebühren an den Hamburger Senat abgetreten werden. Die Bezirksversammlungen können letztlich nur für 4,741 Mio. DM tätig werden.

## Gemeinden wehren sich gegen Ausplünderung durch Zweckverbände

*b.sah.* Die Gemeinde Neuberend bei Schleswig muß den Wasserverbrauchspreis um 30% von 0,50 DM auf 0,65 DM je m' erhöhen. Die Gemeindevertreter in Tolk haben es in der letzten Woche abgelehnt, den Wasseranschluß*zwang* aus der Satzung zu streichen, obwohl sie von über 100 Bürgern in mehreren offenen Briefen dazu aufgefordert worden waren. Bislang benutzten die Einwohner und Bauern dort ihre eigenen Brunnen. Die umliegenden Gemeinden sollen jetzt an das Wasserwerk in Süderfahrenstedt, 4 km von Tolk, angeschlossen werden. Dort wurden nach Tiefbohrungen in über 100 m größere Wasservorräte festgestellt. Es wird erzählt, dies Wasser sei hygienischer und vor allem krisensicherer. Bezahlen sollen die Bauern und Anwohner dafür mindestens 1800 DM Anschlußgebühren und bis zu 4250 DM pro Jahr, das sind 354 DM im Monat.

Die kleinen Gemeinden sind durch Mitgliedschaft in verschiedenen Zweckverbänden (Müll, Abwasser, Wasser) gefesselt. Dagegen gibt es Protest. Die Gemeinde Hollingstedt mußte vor 5 Jahren aus Mitgliedssonderbeiträgen 10000 DM als *zinsloses* Darlehen für den Wasserbeschaffungsver-



band „Treene" aufbringen. Es sollte in 5 jährlichen Raten zu 2000 DM zurückgezahlt werden. Jetzt fordert die Gemeinde ihr Geld für 1980 zurück, auf einen Schlag. Notfalls will sie es per Zahlungsbefehl eintreiben. Die 10000 DM werden dringend benötigt für ein Feuerwehrfahrzeug. Hollingstedt ist verschuldet mit 49600 DM, d.h. 60,46 DM je Einwohner. Der Gesamthaushalt beträgt über ½ Mio. DM, aber nur 2700 DM als „freie Finanzspitze". Ein Gemeindevertreter: „Das ist nun die vielgepriesene Selbstverwaltung einer Gemeinde. Elf Gemeindevertreter haben ... nur über 0,5% der Haushaltsmittel zu beschließen."

kommen. Und das wiederum hängt von der Größe des bezirklichen Haushalts und dessen Kontrolle ab sowie den Kompetenzen, die die Bezirksversammlung hat.

Die Aufgaben, die die hamburgischen Bezirksversammlungen wahrnehmen, sind noch stärker eingeschränkt als die der Gemeinden und Kreise in Flächenstaaten. Da Hamburg

und Einkommenssteuer, Gewerbesteuer und andere gemeindlichen Steuern, die sich 1980 auf 2,346 Mrd. DM in allen Hamburger Bezirken belaufen sollen, müssen ebenso wie alle aus der Verwaltungsarbeit erzielten Einnahmen und Gebühren an den Hamburger Senat abgetreten werden. Die Bezirksversammlungen können letztlich nur für 4,741 Mio. DM tätig werden.

Gemeinden wehren sich gegen Ausplünderung durch Zweckverbände

*b.sah.* Die Gemeinde Neuberend bei Schleswig muß den Wasserverbrauchspreis um 30% von 0,50 DM auf 0,65 DM je m' erhöhen. Die Gemeindevertreter in Tolk haben es in der letzten Woche abgelehnt, den Wasseranschluß*zwang* aus der Satzung zu streichen, obwohl sie von über 100 Bürgern in mehreren offenen Briefen dazu aufgefordert worden waren. Bislang benutzten die Einwohner und Bauern dort ihre eigenen Brunnen. Die umliegenden Gemeinden sollen jetzt an das Wasserwerk in Süderfahrenstedt, 4 km von Tolk, angeschlossen werden. Dort wurden nach Tiefbohrungen in über 100 m größere Wasservorräte festgestellt. Es wird erzählt, dies Wasser sei hygienischer und vor allem krisensicherer. Bezahlen sollen die Bauern und Anwohner dafür mindestens 1800 DM Anschlußgebühren und bis zu 4250 DM pro Jahr, das sind 354 DM im Monat.



band „Treene" aufbringen. Es sollte in 5 jährlichen Raten zu 2000 DM zurückgezahlt werden. Jetzt fordert die Gemeinde ihr Geld für 1980 zurück, auf einen Schlag. Notfalls will sie es per Zahlungsbefehl eintreiben. Die 10000 DM werden dringend benötigt für ein Feuerwehrfahrzeug. Hollingstedt ist verschuldet mit 49600 DM,

## Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein hält Jahreshauptversammlung ab: „Beträchtliche Unruhe unter den Bauern"

*b.ham.* Alljährlich gegen Jahresende hält die Landwirtschaftskammer (LK) Schleswig-Holstein ihre Jahreshauptversammlung ab und legt den Jahresbericht vor. Die Kammer ist ein Hebel des Zugriffs des Finanzkapitals auf die Bauern, die Fischer und die Landarbeiter. Durch die Form der Körperschaft des Öffentlichen Rechts ist die Führung des Finanzkapitals einschließlich der Großgrundbesitzer in der Kammer selbst abgesichert. Die Bauern und Fischer sowie die GGLF dürfen dabei mitbestimmen. Finanziert wird das Ganze von den Bauern und Fischern. Es besteht gesetzlicher Mitgliedszwang und damit die Verpflichtung, die Kammerumlage zu zahlen.

Regierung und Kammervorstand sind auch personell verflochten – einer der Hauptredner war Landwirtschaftsminister Flessner, bis 1975 selber Präsident der Kammer. Den Vorstand hat ein Graf zu Ranzau, Großgrundbesitzer, übernommen. Ein kurzer Überblick über die Versammlung:

Die beiden lieferten ein Duett ab, so dreist, wie sie es seit Jahren geübt haben. Zu Ranzau äußerte sich „sachbezogen", schilderte die Tätigkeit der Kammer in den verschiedenen Arbeitsbereichen, vor allem Tier-/Pflanzen-Produktion und selbstverständlich das betriebswirtschaftliche Beratungswesen. Er zollte der Kammer tüchtig Eigenlob. Die Kritik der Bauern z.B. an den Feldversuchen, wo ausschließlich Erzeugnisse der chemischen Düngemittelindustrie eingesetzt werden und noch nie die wirtschaftseigenen Dünger (Mist, Gülle usw.) der Bauern, hat er verschwiegen. Oder die Unterdrückung der Bauern durch die bürokratischen Stallbauplanungen der Kammer im Auftrag der Regierung. Zu Rantzau gab sich „besorgt" und riet den Bauern zu Kostensenkung und Produktivitätssteigerung, weil anders ihre Lage nicht zu bessern sei. Kostensenkung, sprich mehr arbeiten, und Produktivitätssteigerung, sprich mehr Schulden machen. Für die Regierung versprach Flessner dafür volle Unterstützung, jetzt auch durch ein „Sonderprogramm für bäuerliche Familienbetriebe mit geringer Flächenausstattung". Er riet, „den Helm fester zu schnallen". Und griff dann bei den Betriebsmittelkostensteigerungen der Bauern – das Öl heraus, um damit eine Verteuerung der Stickstoffdüngemittel für 1980 um deutlich mehr als 4% zu rechtfertigen.

Der Vorsitzende des Bauernverbandes, Klinker, sagte, daß unter anderem „....wegen der seit 1950/51 nicht soweit geöffneten Preis-Kosten-Schere beträchtliche Unruhe unter den Bauern ..." herrsche. Das stimmt. Genauere Aufklärung über die Grundlage der Unruhe bei den Bauern gibt die ebenfalls im Dezember erschienene Untersuchung „Wirtschaftsergebnisse 78/79" des Landwirtschaftlichen Buchführungsverbandes, der 4000 buchführende Betriebe in Schleswig-Holstein ausgewertet hat. Danach ist im Durchschnitt dieser Betriebe je Hektar 338 DM mehr an Schulden aufgenommen worden, es sind jetzt über 3200 DM je Hektar. Die Ausgaben für „Überlassung der Produktionsfaktoren Boden und Kapital", also Zinsen und Pachten, sind auf 236 DM/ha gestiegen. Zugleich ist eine Eigenkapitalbildung je ha von 325 DM erfolgt. Das muß man entschlüsseln. Diesen Durchschnittsbetrieb gibt es nur statistisch.

Die Bankzinsen sind in der bäuerlichen Landwirtschaft im Schnitt der Jahre nicht zu erwirtschaften gewesen. Die Bauern sagen nicht umsonst: „Wer Schweine und Bullen mästen will, muß das Geld dazu mitbringen", d.h. die Finanzierung des Viehbestandes muß aus Eigenmitteln erfolgen, sonst arbeitet der Bauer für die Bank. Der schlechteste Veredlung/Futterbau hatte im letzten Wirtschaftsjahr eine Verschuldung von 1119 DM/ha zu verzeichnen und gleichzeitig einen Vermögensverlust von 16 DM/ha. Dagegen machte die Gruppe Marktfrucht über 100 ha, Abteilung: gute Betriebe, ein Vermögensplus von 689 DM/ha. Es ergibt sich, daß die statistisch durchschnittlichen 236 DM für Zinsen und Pacht nur durch Aufnahme neuer Schulden bei einer größeren Prozentzahl der Bauernhöfe aufgebracht werden konnten.

Auf einer Veranstaltung in Garding, Eiderstedt, wo traditionell viel Veredelung/Futterbau über Bullenmast betrieben wird, hat der Landwirtschaftsschulddirektor aus Bredstedt, Nommesen, am Dienstag offen gesagt, daß 20% der Betriebe hier für ihn „gefährdet" seien und dienstfeifrig gefragt, warum eigentlich dann nicht mehr Schweinehaltung betrieben werde? Die Bauern sind auf sein Angebot nicht eingegangen, sondern haben erwidert, daß dann die Urlaubsgäste vertrieben würden. Das wäre mit Sicherheit bei den Ställen, wie sie Flessners Ministerium durchsetzt, sprich „fördert", der Fall.

Auf eins hat sich der Kammervorstand noch geeinigt. Daß die Kammerumlage, die jetzt bei einem 30-ha-Hof im Schnitt 450 DM im Jahr beträgt, um 20% erhöht werden müsse. Dafür sollten sich die Bauern bedanken wie die Eiderstedter für Flessners Schweineställe. Die Kammerumlage muß gestrichen werden.



Versammlung nach der Demonstration zum Gebäude des NDR

## Die Angestellten des NDR entwickeln ihre selbständigen Interessen

*r.güt.* 1836 waren beim NDR stimmberechtigt bei der Urabstimmung. Davon haben 96,5% abgestimmt und 82,4% haben für Streik gestimmt. Die Gründe für die hohe Kampfbereitschaft sind: Bei einer Auflösung des NDR rechnen die Angestellten damit, daß z.B. in Hamburg nur noch 600 von jetzt ca. 2500 arbeiten würden. Viele müßten in einer anderen Stadt Arbeit suchen, und es rechnen alle damit, daß die Sendeanstalten diese Lage zum Druck auf die Gehälter nutzen werden.

Beim NDR-Hamburg sind ⅔ gewerkschaftlich organisiert. Die RFFU ist beim NDR in Verbandsgruppen gegliedert (z.B. Redaktion, Produktion, Sekretärinnen, Verwaltung, freie Mitarbeiter). Die meisten Verbandsgruppen beantragten, daß der Streik auf 24 Stunden ausgedehnt werden und in allen Abteilungen und vollständig durchgeführt werden sollte. Z.B. gab es eine Auseinandersetzung darüber, ob die Telefonzentrale besetzt sein müßte. Das wurde abgelehnt. 200 Eintritte hat es in der letzten Zeit gegeben und einige Übertritte aus der DAG, die gegen den Streik auftrat.

Der Verbandsvorstand der RFFU in Hamburg hat trotz der Anträge der Verbandsgruppen nur einen 4-stündigen Streik beschlossen, von 20.00 Uhr abends bis 0.00 Uhr. Außerdem wurde mit der Leitung des Senders eine Notbesetzung für die Telefonzentrale ausgehandelt.

Die Leitung des NDR, die noch vor einigen Wochen sich an die Spitze einer Demonstration gegen die Auflösung des NDR gestellt hatte, wurde mit herannahendem Streiktag zusehends nervöser. Am 18.12. – einen Tag vor dem geplanten Streik – beantragte Neuffer beim Bundesverfassungsgericht eine

Gehälter nutzen werden.

Beim NDR-Hamburg sind ⅔ gewerkschaftlich organisiert. Die RFFU ist beim NDR in Verbandsgruppen gegliedert (z.B. Redaktion, Produktion, Sekretärinnen, Verwaltung, freie Mitarbeiter). Die meisten Verbandsgruppen beantragten, daß der Streik auf 24 Stunden ausgedehnt werden und in allen Abteilungen und vollständig durchgeführt werden sollte. Z.B. gab es eine Auseinandersetzung darüber, ob die Telefonzentrale besetzt sein müßte. Das wurde abgelehnt. 200 Eintritte hat es in der letzten Zeit gegeben und einige Übertritte aus der DAG, die gegen den Streik auftrat.

Der Verbandsvorstand der RFFU in Hamburg hat trotz der Anträge der Verbandsgruppen nur einen 4-stündigen Streik beschlossen, von 20.00 Uhr abends bis 0.00 Uhr. Außerdem wurde mit der Leitung des Senders eine Notbesetzung für die Telefonzentrale ausgehandelt.

Die Leitung des NDR, die noch vor einigen Wochen sich an die Spitze einer Demonstration gegen die Auflösung des NDR gestellt hatte, wurde mit herannahendem Streiktag zusehends nervöser. Am 18.12. – einen Tag vor dem geplanten Streik – beantragte Neuffer beim Bundesverfassungsgericht eine

Aussetzung des Streiks. Bereits vorher hatte er Maßnahmen zum Streikbruch getroffen. Aus Holland wurden Sendewagen bestellt, die ein Notprogramm ausstrahlen sollten. Die Angestellten rechneten auch damit, daß die Anstaltsleitung versuchen würde, mit ihren engsten Vertrauten selbst das Programm zu senden. Das hätte dann ähnliche Ergebnisse gegeben wie bei dem Versuch der Druckkapitalisten, ihre Zeitungen selbst zu produzieren.

Am 19.12. fand nachmittags im Kongreßzentrum eine Mitgliederversammlung der RFFU statt, an der 1500 teilnahmen. Als am Schluß der Urteilsspruch des Landesarbeitsgerichts München bekanntgegeben wurde, gab es lange Zeit Pfiffe und Buhrufe. Der Verbandsvorstand hat den Streik daraufhin ausgesetzt. Aus der Versammlung formierte sich eine Demonstration zum Gebäude des NDR in der Rotenbaumchaussee. Die Angestellten des NDR drückten dabei ihre Entschlossenheit aus, den Kampf gegen die Auflösung des NDR und die damit verbundenen Entlassungen weiterzuführen. Es wurden Parolen gerufen: „SPD und CDU laßt den NDR in Ruh!" „Warten wir noch etwas länger, haben wir wieder Volksempfänger." „Klose, Albrecht, Stoltenberg, Schluß mit dem Zerstörungswerk".

Nach Abschluß der Demonstration sollte der Sendebetrieb wieder reibungslos aufgenommen werden. Welche Widerstände die Anstaltsleitung dabei zu überwinden hatte, davon zeugt die Tagesschau desselben Abends. Einige Berichte lagen nicht vor, Wort- und Filmbeiträge liefen nicht synchron. Am selben Abend und auch noch Tage später riefen „Hörer" an, die ihre Unterstützung für den Streik erklärten und anfragten, warum denn nicht trotz des Verbots gestreikt worden sei.

Die Angestellten beraten jetzt, wie sie den Kampf weiterführen können. Klar ist schon, daß beim nächsten Mal Vorkehrungen getroffen werden müssen, daß durch Anmietung ausländischer Wagen kein Streikbruch organisiert werden kann, wozu Verbindun-

zum Gebäude des NDR in der Rotenbaumchaussee. Die Angestellten des NDR drückten dabei ihre Entschlossenheit aus, den Kampf gegen die Auflösung des NDR und die damit verbundenen Entlassungen weiterzuführen. Es wurden Parolen gerufen: „SPD und CDU laßt den NDR in Ruh!" „Warten wir noch etwas länger, haben wir wieder Volksempfänger." „Klose, Albrecht, Stoltenberg, Schluß mit dem Zerstörungswerk".

Nach Abschluß der Demonstration sollte der Sendebetrieb wieder reibungslos aufgenommen werden. Welche Widerstände die Anstaltsleitung dabei zu überwinden hatte, davon zeugt die Tagesschau desselben Abends. Einige Berichte lagen nicht vor, Wort- und Filmbeiträge liefen nicht synchron. Am selben Abend und auch noch Tage später riefen „Hörer" an, die ihre Unterstützung für den Streik erklärten und anfragten, warum denn nicht trotz des Verbots gestreikt worden sei.

Die Angestellten beraten jetzt, wie sie den Kampf weiterführen können. Klar ist schon, daß beim nächsten Mal Vorkehrungen getroffen werden müssen, daß durch Anmietung ausländischer Wagen kein Streikbruch organisiert werden kann, wozu Verbindun-

gen mit ausländischen Gewerkschaften aufgenommen werden müssen.

In der Auseinandersetzung um den Streik hat sich schon gezeigt, daß die Angestellten beim NDR ihre Interessen selbständig vertreten wollen und es der SPD immer weniger gelingt, sie zu einer Manövriermasse in ihrer Auseinandersetzung mit der CDU zu machen.

# Der Atommüll soll im ganzen Land verbreitet werden

Landtagsdebatte in Niedersachsen / Manöver der bürgerlichen Parteien

*r.geh.* Am 13.12. stand im niedersächsischen Landtag „die Entsorgung der Bundesrepublik Deutschland von nuklearen Abfällen durch Anlagen in Niedersachsen" auf der Tagesordnung. Für die richtige Einstimmung hatten die Kapitalisten gesorgt: Tags zuvor hatte die Landesvereinigung der niedersächsischen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände den unverzüglichen Ausbau von Zwischenlagern für schwach- und mittelaktive nukleare Abfälle gefordert. Das ehemalige Salzbergwerk Asse II würde sich eignen; es ständen mehr als 3,5 Mio. m' Hohlraum zur Verfügung, in dem jährlich 25000 Fässer untergebracht werden könnten. Am gleichen Tage erklärte Scheulen vom DWK-Vorstand auf einer Pressekonferenz, seine Gesellschaft werde die Genehmigung für Zwischenlager an mehreren Orten Niedersachsens beantragen. Soweit die Kapitalisten. Bekanntlich ist das Problem der Landesregierung, wie es Albrecht seinerzeit bei der Entscheidung über die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben erklärte, nicht die sicherheitstechnische Lösung, sondern die „politische Durchsetzung".

Auf „große Anfrage" der CDU erklärte die CDU-Landesregierung: in Steyerburg bei Nienburg soll ein Zwischenlager für schwachradioaktiven Müll errichtet werden; außerdem sei in Geesthacht (gemeinsamer Atommüllsammelplatz der Küstenländer) noch etwas Platz. Die Asse komme nicht in Frage, weil die Anträge des Bundes unvollständig sind und die nötigen Untersuchungen aufwendig und langwierig. In der Asse sind bis zur Schließung Ende 1978 125000 Fässer schwachradioaktiven Abfalls und 1500 Fässer mittelaktiven Abfalls „zu Versuchszwecken" eingelagert worden; jetzt sind sie aber größtenteils nicht mehr rückholbar. Die Bundesregierung hat bei der nds. Landesregierung beantragt, diesen „Versuchsbetrieb" zum 1.1.1980 wieder aufzunehmen. Die Landesregierung ist nicht dagegen; sie will sich nur aus der Schußlinie des großen Widerstands, der sich gegen die Asse-Deponie gebildet hat, schleichen. Deshalb erhebt sie einen so „starken" Einwand wie „unvollständige Anträge" des Bundes; die Anträge können leicht „vervollständigt" werden und sollen es auch.

Einstweilen erpreßt die Landesregierung die Gemeinden bei Steyerburg/Nienburg und Geesthacht mit der ständig wachsenden Atommüllmenge. In der gleichen Landtagssitzung hat Albrecht stolz verkündet, der Bau des Kernkraftwerks Grohnde gehe zügig voran und die Landesregierung bemühe sich um schnelle Durchführung des Genehmigungsverfahrens für ein KKW bei Lingen. Auf Erpressung der Gemeinden baut die Landesregierung auch in Gorleben: dort soll ebenfalls ein Zwischenlager entstehen, „wenn der Kreistag zustimmt". Dafür wurde er von der SPD angegriffen, man dürfe die Angelegenheit nicht an die Gemeinden weitergeben; im übrigen habe der Bund alle Voraussetzungen für die Errichtung von Zwischenlagern geschaffen. Die SPD will die Bundesregierung aus der Schußlinie bekommen, und im übrigen schwant ihr, daß die Kommunen, statt sich erpressen zu lassen, das ganze Energieprogramm ablehnen könnten. Daß der Bau weiterer Kernkraftwerke verhindert wird, die bestehenden stillgelegt und für die wirkliche Beseitigung des bestehenden Atommülls die Kapitalisten zur Kasse geholt werden – diese Lösung der Atommüllfrage soll verhindert werden. Der gemeinsame Zweck des Manövers der bürgerlichen Parteien im nds. Landtag ist: 1. Die Atommüllproduktion soll noch vermehrt werden. 2. Der Müll soll übers ganze Land verteilt werden. 3. Die Entscheidungsgewalt soll bei Bundes- und Landesregierung bleiben. Landes- und Bundesregierung schieben sich gegenseitig die Federführung zu, weil sie Widerstand fürchten.

# Bessere Aufklärung der Krankenhauspatienten über Mißstände

Krankenkausträger will sich absichern – Patienten sollen zu Hause bleiben

*r.mah.* „Wer ein Krankenhaus als Patient aufsucht, erwartet dort neben der ärztlichen Betreuung und Versorgung auch eine entsprechende pflegliche Behandlung. Gelegentlich herrschen aber, namentlich in den älteren Krankenhäusern, schlechte hygienische Zustände, oder es werden gerade zur Zeit der Aufnahme des Patienten in dem Krankenhaus Bauarbeiten durchgeführt und infolge des Lärms die für einen Patienten notwendige Ruhe erheblich beeinträchtigt werden. Auf solche für einen Patienten wichtigen Gesichtspunkte müssen die behandelnden Ärzte, vor der Aufnahme in das Krankenhaus, einen Patienten aufmerksam machen. Unterbleibt eine solche Aufklärung, so fehlt es an einer rechtswirksamen Einwilligung des Patienten in die Operation", soweit aus einem Urteil des Oberlandesgerichts Köln vom 16.3.1978. Die Verwaltung des Städtischen Krankenhausses Cellerstr. in Braunschweig hat dieses Urteil jüngst den Ärzten zukommen lassen, die Kenntnisnahme des Urteils mußte von den Assistenzärzten quittiert werden. Damit beruft sich die Verwaltung auf das Urteil selbst, wo es heißt: „Es liegt

rechtlich, sodaß die durchgeführte Operation für den Arzt im Falle eines Schadeneintritts schwerwiegende zivilrechtliche und sogar strafrechliche Folgen haben könnte". Die Meinung von Ärzten des Krankenhauses Cellerstr. zu dieser erweiterten Aufklärungspflicht ist, daß darüber die Ärzte lediglich gerichtlich abgesichert werden sollen. Aufklärung ist notwendig, aber nur so weit, wie für den einzelnen Patienten zumutbar, denn die Ärzte haben kein Interesse daran, die Patienten vom Krankenhausbesuch abzuhalten. Dr. Weimer kommentiert: „Wer als Patient die Aufnahme in ein Krankenhaus nachsucht, geht davon aus, daß die hygienischen Verhältnisse einwandfrei sind und seine Genesung nicht durch Baulärm innerhalb des Krankenhauses beeinträchtigt wird. Bei entsprechender Aufklärung würde der Patient vor einer Aufnahme zu dem derzeitigen Zeitpunkt in das Krankenhaus absehen oder bei einer unbedingt notwendigen Operation ein anderes Krankenhaus aufsuchen".

Durch diese Aufklärungspflicht soll und kann die Einweisungshäufigkeit gesenkt werden. Die meisten hegen ge-

sundheitswesen die Regel sind. Die Schweigepflicht wird nun durch die erweiterte Aufklärungspflicht keineswegs aufgehoben. Im Gegenteil: Die Ärzte werden doppeltem Druck ausgesetzt; einerseits drohende Disziplinierung bei Bruch der Schweigepflicht, ohne den der Kampf um das Gesundheitswesen nicht geführt werden kann – andererseits drohende zivil- und strafrechtliche Verfolgung, „überreden" sie den Kranken nicht von einer Krankenausbehandlung abzusehen. Nach der § 218-Reform wurde ein Din A4 Papier herausgegeben, bedruckt mit möglichen Folgen und Schäden, die eine Abtreibung haben könnte. Bei einem Antrag auf Schwangerschaftsabbruch wird dieses Papier der Antragstellerin vorgelegt, ihre Kenntnisnahme hat sie per Unterschrift zu bestätigen. Der Zweck dieser Maßnahme liegt klar auf der Hand: die Schwangere soll ihre Entscheidung nochmals „überdenken" und vielleicht doch von dem Schwangerschaftsabbruch zurückzutreten. Nach § 223 StGB ist jeder ärztliche Eingriff eine Körperverletzung und nur durch Einwilligung gerechtfertigt. Im Mittelpunkt steht nach

Bessere Aufklärung der Krankenhauspatienten über Mißstände

Krankenkausträger will sich absichern – Patienten sollen zu Hause bleiben

r.mah. „Wer ein Krankenhaus als Patient aufsucht, erwartet dort neben der ärztlichen Betreuung und Versorgung auch eine entsprechende pflegliche Behandlung. Gelegentlich herrschen aber, namentlich in den älteren Krankenhäusern, schlechte hygienische Zustände, oder es werden gerade zur Zeit der Aufnahme des Patienten in dem Krankenhaus Bauarbeiten durchgeführt und infolge des Lärms die für einen Patienten notwendige Ruhe erheblich beeinträchtigt werden. Auf solche für einen Patienten wichtigen Gesichtspunkte müssen die behandelnden Ärzte, vor der Aufnahme in das Krankenhaus, einen Patienten aufmerksam machen. Unterbleibt eine solche Aufklärung, so fehlt es an einer rechtswirksamen Einwilligung des Patienten in die Operation", soweit aus einem Urteil des Oberlandesgerichts Köln vom 16.3.1978. Die Verwaltung des Städtischen Krankenhausses Cellerstr. in Braunschweig hat dieses Urteil jüngst den Ärzten zukommen lassen, die Kenntnisnahme des Urteils mußte von den Assistenzärzten quittiert werden. Damit beruft sich die Verwaltung auf das Urteil selbst, wo es heißt: „Es liegt

ein Organisationsverschulden des Krankenhausträgers vor, wenn er auf seine Bediensteten nicht hinwirkt, für entsprechende Aufklärung und Belehrung zu sorgen". Und Dr. jur. W. Weimar, Rechtsanwalt am OLG Köln, kommentiert das Urteil: „. . . Nach gefestigter Rechtssprechung wäre alsdann der operative Eingriff wider-

rechtlich, sodaß die durchgeführte Operation für den Arzt im Falle eines Schadeneintritts schwerwiegende zivilrechtliche und sogar strafrechliche Folgen haben könnte". Die Meinung von Ärzten des Krankenhauses Cellerstr. zu dieser erweiterten Aufklärungspflicht ist, daß darüber die Ärzte lediglich gerichtlich abgesichert werden sollen. Aufklärung ist notwendig, aber nur so weit, wie für den einzelnen Patienten zumutbar, denn die Ärzte haben kein Interesse daran, die Patienten vom Krankenhausbesuch abzuhalten. Dr. Weimer kommentiert: „Wer als Patient die Aufnahme in ein Krankenhaus nachsucht, geht davon aus, daß die hygienischen Verhältnisse einwandfrei sind und seine Genesung nicht durch Baulärm innerhalb des Krankenhauses beeinträchtigt wird. Bei entsprechender Aufklärung würde der Patient vor einer Aufnahme zu dem derzeitigen Zeitpunkt in das Krankenhaus absehen oder bei einer unbedingt notwendigen Operation ein anderes Krankenhaus aufsuchen".

Durch diese Aufklärungspflicht soll und kann die Einweisungshäufigkeit gesenkt werden. Die meisten hegen ge-

genüber dem Krankenhausbetrieb ein gesundes Mißtrauen. Rät ihnen selbst der behandelnde Arzt von einem Krankenhausaufenthalt ab, aufgrund katastrophaler, für den Patienten vielleicht folgenschwere Zustände, werden sie ihm in diesem Punkt vertrauen, zumal sonst, mittels der Schweigepflicht, die Verschleierung der Verhältnisse im Ge-

sundheitswesen die Regel sind. Die Schweigepflicht wird nun durch die erweiterte Aufklärungspflicht keineswegs aufgehoben. Im Gegenteil: Die Ärzte werden doppeltem Druck ausgesetzt; einerseits drohende Disziplinierung bei Bruch der Schweigepflicht, ohne den der Kampf um das Gesundheitswesen nicht geführt werden kann – andererseits drohende zivil- und strafrechtliche Verfolgung, „überreden" sie den Kranken nicht von einer Krankenausbehandlung abzusehen. Nach der § 218-Reform wurde ein Din A4 Papier herausgegeben, bedruckt mit möglichen Folgen und Schäden, die eine Abtreibung haben könnte. Bei einem Antrag auf Schwangerschaftsabbruch wird dieses Papier der Antragstellerin vorgelegt, ihre Kenntnisnahme hat sie per Unterschrift zu bestätigen. Der Zweck dieser Maßnahme liegt klar auf der Hand: die Schwangere soll ihre Entscheidung nochmals „überdenken" und vielleicht doch von dem Schwangerschaftsabbruch zurückzutreten. Nach § 223 StGB ist jeder ärztliche Eingriff eine Körperverletzung und nur durch Einwilligung gerechtfertigt. Im Mittelpunkt steht nach

bürgerlichem Recht die „den Arzt entlastende Einwilligung" des Patienten. Deutlich wird hier noch einmal, daß sich der Staat um das Wohl der Kranken einen Dreck schert. Das was im Krankenhaus schiefläuft ist Folge der Kostendämpfung und nicht Folge mangelnder Aufklärung durch die Ärzte.

## „Gott will, daß allen Menschen geholfen werde und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen."




„Es muß überlegt werden, wie der relative Vorteil der nicht mehr erwerbstätigen Generation gegenüber der Familie mit Kindern ausgeglichen werden kann. Beispielsweise dadurch, . . . , daß auch die ältere Generation ihren Beitrag für die Finanzierung ihrer Gesundheitskosten erbringt."



„Wort zum Sonntag"-Pfarrer J. Zink (GLU): „Natürlich ist Verzicht nötig . . . Ich lerne derzeit wieder Straßenbahnfahren. Ich bin nicht bereit als einziger zu Fuß zu gehen."




„Christen sind also frei, weil und insoweit sie Knechte Gottes sind."



„Die vier Ermahnungen: Achtet die Menschenwürde – kommt den Mitmenschen mit Liebe entgegen – bleibt Gott gehorsam – richtet Euer Leben nach dem geltenden Recht und den staatlichen Ordnungen." (G. Fleige)

# Ausbildung in der Landwirtschaft – Bauernlegen und Ausbau der Lohnarbeit

*r.hei.* Die Tätigkeit des Bauern erfordert umfassende und vielseitige Kenntnisse: In der Schweine- und Rinderhaltung, im Ackerbau, in der gesamten Technik, in der Ökonomie, der Planung usw. Das ist es, was die Jugendlichen interessiert, während das Ausbildungssystem in der Landwirtschaft dem aber genau entgegengesetzt ist.

Während der 3-jährigen Lehre (Realschule 2 Jahre) ist man vor allem Arbeitstier. Erklärt kriegt man das, was für die Arbeit auf *der Lehrstelle* wichtig ist. Am meisten lernt man noch auf den kleinen Höfen, die mehrere Produktionszweige haben. Die meisten größeren sind stark spezialisiert z.B. Ackerbau und Schweine. Da bekommt man nie eine Kuh zu sehen. Bei den einwöchigen Melklehrgängen, die die Landwirtschaftskammer seit einigen Jahren eingerichtet hat, lernt man gerade die Handgriffe, die für die Prüfung gebraucht werden.

Einmal in der Woche ist Berufsschule. Dort ist die Ausbildung auch schon erheblich eingeschränkt worden. Geflügelwirtschaft oder Pferdehaltung wird überhaupt nicht mehr unterrichtet.

Nach abgeschlossener Lehre geht man 2 Winterhalbjahre zur Landwirtschaftsschule. Ohne dem gibt es keine staatliche Förderung nach dem Ertl-Plan. Ende der 60er Jahre gab es in Schleswig-Holstein noch 25 Landwirtschaftsschulen. Weil die Schülerzahlen zurückgingen wurde eine nach der anderen dichtgemacht. Jetzt gibt es nur noch 12 mit 4 Außenstellen. Obwohl die Schülerzahlen seit 73/74 wieder kräftig steigen, werden keine neuen Schulen eingerichtet. Immer vollere Klassen schränken die Möglichkeit des Lernens ein. Man lernt in den Landwirtschaftsschulen im wesentlichen wie man die Produktionsmittel, die die Konzerne liefern, auf seinem Hof einsetzen soll. Z.B. lernt man bei den Pflanzenschutzmitteln nicht die einzelnen Wirkstoffe kennen, um sich danach bei der einen oder anderen Firma das beste Mittel kaufen zu können, sondern man lernt nur die Handelsnamen der Mittel und wieviel man davon spritzen soll. Fächer wie Agrarpolitik werden mit dem Hinweis, daß man da sowieso nichts machen kann, zum Nebenfach degradiert.

An die Landwirtschaftschule kann man noch 2 Semester „Höhere Landbauschule" anschließen. Dazu braucht man aber schon einen Landwirtschaftsschulabschluß von 2,5. Außerdem gibt es davon nur 3 in Schleswig-Holstein, so daß man sie nur selten vom eigenen Hof aus besuchen kann. Dadurch gehen dort fast nur die Bauernsöhne hin, die auf dem Hof abkömmlich sind, weil der Vater Landarbeiter oder Lehrlinge ausbeutet.

Inhalt und Struktur der Ausbildung in der Landwirtschaft entsprechen damit genau dem Ziel der Bourgeoisie, die Kapitalisierung in der Landwirtschaft voranzutreiben und die bäuerliche Landwirtschaft dem Kapital zu unterwerfen oder ganz zu vernichten.

**Entwicklung der Ausbildungsberufe in der Landwirtschaft**

| Beruf | 1972 | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Landwirt | 1007 | 1032 | 1117 | 1170 | 1370 | 1468 | 1644 |
| Hauswirtschafterin | 120 | 84 | 94 | 122 | 159 | 164 | 204 |
| Fischwirt | 73 | 64 | 63 | 99 | 89 | 93 | 86 |
| Tierwirt | 21 | 16 | 19 | 19 | 17 | 22 | 31 |
| Pferdewirt | 10 | 35 | 39 | 40 | 52 | 65 | 87 |

Tierwirt umfaßt: Melker, Schweinezüchter, Schäfer, Geflügelzüchter Pelztierzüchter und Imker.

### Ausbau der Lohnarbeit

*r.wiv.* In ihrem 2. Quartalsbericht 1978 beklagte sich die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein darüber, daß die Zahl der ständig beschäftigten Landarbeiter seit Jahren bei 7500 liege und nicht größer würde. Nur 6% davon seien unter 35 Jahre alt. Für die Landarbeiter schafft diese Lage günstige Bedingungen für den Lohnkampf, was sich beim letzten Tarifabschluß gezeigt hat, der höher lag als in den industriellen Branchen. Für die Agrarkapitalisten schafft dies Probleme bei der Expansion, beruht doch das Geheimnis des „Agrarexportlandes" Schleswig-Holstein auf der Ausbeutung billiger Lohnarbeit. Die ganze Propaganda, die seit geraumer Zeit für eine „Ausbildung in der Landwirtschaft" läuft, verfolgt das Ziel, die Zahl der Lohnarbeiter zu erhöhen, z.B. durch die Anerkennung des BGJ Landwirtschaft als 1. Ausbildungsjahr. Im traditionellen Ausbildungsberuf Landwirt steigt ständig der Anteil derjenigen, die keinen Hof haben. Von den 742 Auszubildenen des 1. Lehrjahres im Beruf Landwirt (31.12.78) waren es bereits 115. In der ganzen Palette der „Tierwirte" wird gleich für die Lohnarbeit bei entsprechend spezialisierten Agrarkapitalisten ausgebildet, z.B. der Geflügelwirt in großen Legehennenbatterien oder Hähnchenmastbetrieben.

## Neuer Ergänzungs-Manteltarifvertrag für Waldarbeiter tritt am 1.1.80 in Kraft



*z.hej.* Seit 1977 verschleppt der staatliche Dienstherr die Verhandlungen über einen neuen bundeseinheitlichen Manteltarifvertrag. Die GGLF forderte in den Verhandlungen im Oktober eine Vorwegregelung des seit 1970 unveränderten Wegegeldes. Das Angebot der Tarifgemeinschaft der Länder: 27 Pf/km Wegestreckenentschädigung ab dem 13. km gegenüber dem bisherigen Wegegeld von 20 Pf ab dem 9. km. Die GGLF stimmte am 10./11.12. einem Ergänzungstarifvertrag zu, der ein Wegegeld von 22 Pf ab dem 8. km sowie die Kfz-Entschädigung, das Umzugs-, Reisekosten- und Treuegeld neu regelt. Ein Zusatzurlaub für Minderbehinderte wurde vereinbart. Die GGLF fordert weiterhin die Transportentschädigung für Motorsäge und Werkzeug, die die Waldarbeiter selber stellen.

### Hohe Steuerschätzungen sollen Buchführung schmackhaft machen

*z.elf.* Das neue Steuergesetz für Landwirte, das noch in diesem Jahr verabschiedet werden sollte, liegt weiter im Ausschuß des Bundestages. Es trifft nicht nur die etwa 12% der Bauern mit zwischen 20 und etwa 30 ha Land, die bisher von der Buchführungspflicht ausgenommen waren. Den „ortsüblichen Viehbestand" dürfen die Bauern unabhängig von der Größe des Betriebes nur um 20% überschreiten. Bei einem Viehbestand von 3 Vieheinheiten (das sind 3 Kühe oder 9 Zuchtschweine) pro ha soll die Besteuerung nach Durchschnittssätzen grundsätzlich abgeschafft werden. 73% aller Veredelungs- und Gemischtbetriebe (14% aller landwirtschaftlichen Betriebe) sind kleiner als 20 ha. Gehen sie zu intensiverer Viehhaltung über, so unterliegen sie bald der Buchführungspflicht. Die Finanzämter treiben in den gegenwärtigen Steuerschätzungen die Steuersätze dadurch in die Höhe, daß sie besondere Umstände wie Viehseuchen oder Zerstörung eines Teiles des Betriebes durch Unwetter nicht berücksichtigen. Die Buchführung soll damit als günstiger schmackhaft gemacht werden. Eine Meldung des Nachrichtendienstes der KVZ berichtet von einem Kaiserstühler Bauern mit 1 ha Land und 32 ha Zupacht, der aufgrund einer Betriebsprüfung für die letzten 5 Jahre 21000 DM nachzahlen muß, 16600 DM sind zum 31.12. fällig.

### Görlachs Umweltschutz: in enger Verbundenheit mit Hoechst

*z.anm.* Die Hoechst-AG bekommt das Wasser für nichts und läßt es dreckig in den Main zurückfließen. Erneut wurde festgestellt, daß die Hoechst AG chloroformhaltiges und tetrachlorkohlenstoffhaltiges Wasser in den Main hat fließen lassen. Das ist nicht außergewöhnlich. 97% des Wassers, das die Hoechst AG für die Produktion benötigt, fördert sie selber, das meiste aus dem Main. Die Auflagen, die dafür bestehen, sind gleich Null. Die Verschmutzung des Mains in diesem Bereich liegt bei dem Verschmutzungsgrad IV, was übermäßige Verschmutzung bedeutet. So ist in einigen Bereichen in den umliegenden Kreisen die Grundwasserbenutzung als Trinkwasser auch nicht mehr möglich. Schon am 28.11.79 stellte Umweltminister Görlach im Hessischen Landtag fest: „... die Abwasserbelastung dieser Gewässer (Riedbäche und der Main, die Red.) ... ist ... so hoch, daß eine vollbiologische Abwasserreinigung zur Schaffung erträglicher Verhältnisse nicht ausreicht. An diesen hochbelasteten Gewässern müssen Maßnahmen der weiteren Abwasserreinigung getroffen werden ..." Gemeint ist damit der Bau von weiteren Kläranlagen mit Steuergeldern, um das von den Kapitalisten verseuchte Wasser überhaupt wieder benutzbar zu machen. Bereits jetzt zahlen die Massen in Frankfurt neben 1,50 DM Wassergeld für den cbm 0,72 DM Abwasserabgabe.

## Landwirtschaftliche Rentenbank – Zentrale des Agrarkredits

**Die Bank beherrscht die Genossenschaftsbanken und schmiert die Konkurrenz unter den Bauern**

*z.bil.* Mit ca. 40 Mrd. DM sind die Bauern heute verschuldet (1964: 20 Mrd. DM). Schaltstelle für die Kreditvergabe ist die Landwirtschaftliche Rentenbank, 1949 als Nachfolgerin der Deutschen Rentenkreditanstalt gegründet. Unter Aufsicht der Bundesregierung wurde das Grundkapital von 1949 bis 1958 in Höhe von 200 Mio. DM aus Grundschuldzinsen, die die Bauern der alten Rentenbank geschuldet hatten, gebildet.

Über die Vergabe von kurz-, mittel- und langfristigen Krediten an die Land- und Ernährungswirtschaft hat die Landwirtschaftliche Rentenbank die Konkurrenz unter den Bauern verschärft. Schon im ersten Geschäftsbericht 1965 heißt es: „... die mit Hilfe staatlicher Förderung mobilisierten Kredite dürfen nur rentablen Förderungsvorhaben zugeführt werden ... das würde bedeuten, die Agrarkreditpolitik mehr als bisher an eine Rechnungslegung in den landwirtschaftlichen Betrieben zu binden."

Die Tätigkeit der Landwirtschaftlichen Rentenbank läßt sich im wesentlichen in zwei Phasen beschreiben. In den Jahren 1965 – 1970: Ausrüstung mit Maschinerie und Produktionsgebäuden, Kreditvergabe für Aussiedelungsmaßnahmen und „freiwilligen Landtausch", insgesamt 658 Millionen DM wurden 1965 für Aussiedlungen und Käufe alter Hofstellen kreditiert. 898 Millionen DM wurden für die Entwicklung von Getreidelagerraum, Getreidetrocknungseinrichtungen, Rationalisierungsmaßnahmen in Molkereien, kurz Entwicklung von Produktionsbedingungen zur Ausdehnung der kapitalistisch betriebenen Agrarwirtschaft vergeben. Kredite für „freiwilligen Landtausch" und Aussiedelung setzte die Agrarkapitalisten in die Lage, daß von den armen Bauern „abgetauschte" Land in große Flächen zusammenzulegen und maschinell bearbeiten zu lassen. Sofern die kleineren und mittleren Bauern selbst Kredit aufnehmen, bewirkt er die Verschärfung der Konkurrenz und Beschleunigung ihres Unterganges über die Zinslast, die sie nicht zurückzahlen können. Diejenigen Bauern, die keinen Kredit aufnehmen können, werden zuerst expropriiert. Bauern, die mit Rücklagen und Kredit Maschinerie und Betriebsmittel (Düngung und Saatgut) kaufen, trifft dasselbe Schicksal etwas später, weil sie nicht profitabel genug produzieren können. Die Haftung für den Kredit und den Zins mit Grund und Boden führt letztlich zur Zwangsversteigerung, wenn der Kredit nicht mehr zurückgezahlt werden kann.

Mit den siebziger Jahren ändert die Landwirtschaftliche Rentenbank ihre Kreditvergabe. 1976 verschärft die Bundesregierung das „Kredit-Programm". Die „Prosperitätsklausel", d.h. die Kreditfähigkeit wird in die Höhe gesetzt, die Förderung wird von der „Einführung einer ordnungsgemäßen Buchführung" abhängig gemacht, zu der sich der Antragsteller für die Dauer von 10 Jahren verpflichten muß. Das Grundkapital wird durch Verflechtung mit der Deutschen Genossenschaftsbank erhöht. Die Landwirtschaftliche Rentenbank erwirbt 1976 Beteiligungen bei der Genossenschaftsbank in Höhe von 25 Millionen DM. Die Umlaufgrenze von Schuldverschreibungen wurde vom 6fachen des Kapitals auf das 10fache erhöht. Das Geschäftsvolumen der Rentenbank steigt allein in den Jahren von 1974, von 7,61 Mrd. DM bis 1977 auf 14,25 Mrd. DM. Personell erfolgte die Verflechtung der Agrarkapitalisten mit dem Industrie- und Finanzkapital über Vertreter der Deutschen Bundesbank, des Bauernverbandes, der Genossenschaftsbank und Nahrungsmittelmonopole im Vorstand der Rentenbank. Der Vorsitzende des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyk hält seit einigen Jahren den Vorsitz im Verwaltungsrat der Rentenbank.

Die Kreditvergabe ändert sich. Neuausleihungen an landwirtschaftliche Betriebe gehen zurück. Ein Drittel der Kredite wird an die Nahrungsmittelbetriebe vergeben. Die Agrarkapitalisten werden direkt mit Krediten zur „Erhaltung und Schaffung" von Arbeitsplätzen versorgt. Die Kosten für Vorratshaltung und Infrastrukturmaßnahmen werden von der Rentenbank im Interesse des Finanzkapitals finanziert. 3,2 Mrd. DM gingen 1976 an die Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung (BALM), die öffentliche Vorratsstelle. Von der Vorratsstelle billig kaufen können nur die Handels- und Agrarkapitalisten. Sonderkredite zur Dorfsanierung, der „Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem Lande", d.h. Versorgung mit Verkehrsstraßen, Erschließung, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung werden verstärkt vergeben. Schließlich wird die Übernahme der Höfe der zugrundegerichteten Bauern weiter gefördert: Kredite zur Erleichterung bei Hofübernahme, bei Unfalltod oder Arbeitsunfähigkeit, Kauf eines bisher gepachteten Betriebs, Kredite für nennenswerte Betriebserweiterungen.

Die Mittel für die Kreditvergabe erschließt die Rentenbank im wesentlichen über die Spareinlagen der Bauern bei den Genossenschaftsbanken, eigene Landwirtschaftsbriefe und Schuldverschreibungen, wobei die Ausgabe von Landwirtschaftsbriefen im Vergleich zur Aufnahme sonstiger Kapitalmarktmittel ständig sinkt. Wurden 1968 für ca. 1,2 Mrd. DM Landwirtschaftsbriefe ausgegeben und 0,5 Mrd. sonstige Kapitalmarktmittel aufgebracht, so weist die Bilanz 1977 2,2 Mrd. Landwirtschaftsbriefe und 2,5 Mrd. sonstige Kapitalmarktmittel aus; das meiste stammt von den Kreditgenossenschaften. Mit den Rücklagen der Bauern betreibt die Rentenbank die Vernichtung der Bauern.



Im Vorstand der Rentenbank sitzt der Großgrundbesitzer Freiherr Heereman von Zuydtwyk als Vertreter des Bauernverbandes und dreht an der Kreditschraube.

### EG: „Weinsanierungsplan" 1980 – 1985 verabschiedet

*z.dab.* Die EG hat am 11./12.12. nach beinahe zwei Jahren Vorbereitung den „Weinsanierungsplan" beschlossen. Fast 2 Mrd. DM wollen sie dafür ausgeben. Der „Sanierungsplan" sieht neben der Verlängerung des Anbauverbots von Tafelwein die Rodung von 100000 ha und die „Umstrukturierung" von weiteren 223800 ha in Frankreich und Italien vor. Beide Länder verfügen über mehr als 90% der gesamten Anbaufläche und produzieren 70% des Tafelweins. Endgültig sollen die kleinen Winzer gelegt werden. Mit dem Zwang zur Destillation (Herstellung von Branntwein) von 8% bei mittlerer Ernte und 10% bei guter Ernte sollen 16% des französischen und 12% des italienischen Tafelweins dem Markt entzogen werden. Die Preise für Destillation werden als „sehr niedrig" bezeichnet, sie lagen 1978 zwischen 50 und 60% des Orientierungspreises (von der EG festgelegter Durchschnittspreis bezogen auf ein Jahr). Die Zwangsverpflichtung zu drei- bis sechsmonatiger Lagerhaltung bedeutet für die kleinen Bauern praktisch ein Verkaufsverbot, während den Agrarkapitalisten ein Preis von 93% des Orientierungspreises garantiert wird. Festgelegte Mindestpreise, wenn der Preis für Tafelwein unter 85% des Orientierungspreises fällt, verbieten den kleinen Winzern, billig zu verkaufen, und tragen damit zu noch schnellerem Ruin bei.

*z.anm.* Die Hoechst-AG bekommt das Wasser für nichts und läßt es dreckig in den Main zurückfließen. Erneut wurde festgestellt, daß die Hoechst AG chloroformhaltiges und tetrachlorkohlenstoffhaltiges Wasser in den Main hat fließen lassen. Das ist nicht außergewöhnlich. 97% des Wassers, das die Hoechst AG für die Produktion benötigt, fördert sie selber, das meiste aus dem Main. Die Auflagen, die dafür bestehen, sind gleich Null. Die Verschmutzung des Mains in diesem Bereich liegt bei dem Verschmutzungsgrad IV, was übermäßige Verschmutzung bedeutet. So ist in einigen Bereichen in den umliegenden Kreisen die Grundwasserbenutzung als Trinkwasser auch nicht mehr möglich. Schon am 28.11.79 stellte Umweltminister Görlach im Hessischen Landtag fest: „... die Abwasserbelastung dieser Gewässer (Riedbäche und der Main, die Red.) ... ist ... so hoch, daß eine vollbiologische Abwasserreinigung zur Schaffung erträglicher Verhältnisse nicht ausreicht. An diesen hochbelasteten Gewässern müssen Maßnahmen der weiteren Abwasserreinigung getroffen werden ..." Gemeint ist damit der Bau von weiteren Kläranlagen mit

Landwirtschaftliche Rentenbank – Zentrale des Agrarkredits

Die Bank beherrscht die Genossenschaftsbanken und schmiert die Konkurrenz unter den Bauern

z.bil. Mit ca. 40 Mrd. DM sind die Bauern heute verschuldet (1964: 20 Mrd. DM). Schaltstelle für die Kreditvergabe ist die Landwirtschaftliche Rentenbank, 1949 als Nachfolgerin der Deutschen Rentenkreditanstalt gegründet. Unter Aufsicht der Bundesregierung wurde das Grundkapital von

der Konkurrenz und Beschleunigung ihres Unterganges über die Zinslast, die sie nicht zurückzahlen können. Diejenigen Bauern, die keinen Kredit aufnehmen können, werden zuerst expropriiert. Bauern, die mit Rücklagen und Kredit Maschinerie und Betriebsmittel (Düngung und Saatgut) kaufen,

ausleihungen an landwirtschaftliche Betriebe gehen zurück. Ein Drittel der Kredite wird an die Nahrungsmittelbetriebe vergeben. Die Agrarkapitalisten werden direkt mit Krediten zur „Erhaltung und Schaffung" von Arbeitsplätzen versorgt. Die Kosten für Vorratshaltung und Infrastrukturmaßnahmen

bei Unfalltod oder Arbeitsunfähigkeit, Kauf eines bisher gepachteten Betriebs, Kredite für nennenswerte Betriebserweiterungen.

Die Mittel für die Kreditvergabe erschließt die Rentenbank im wesentli-

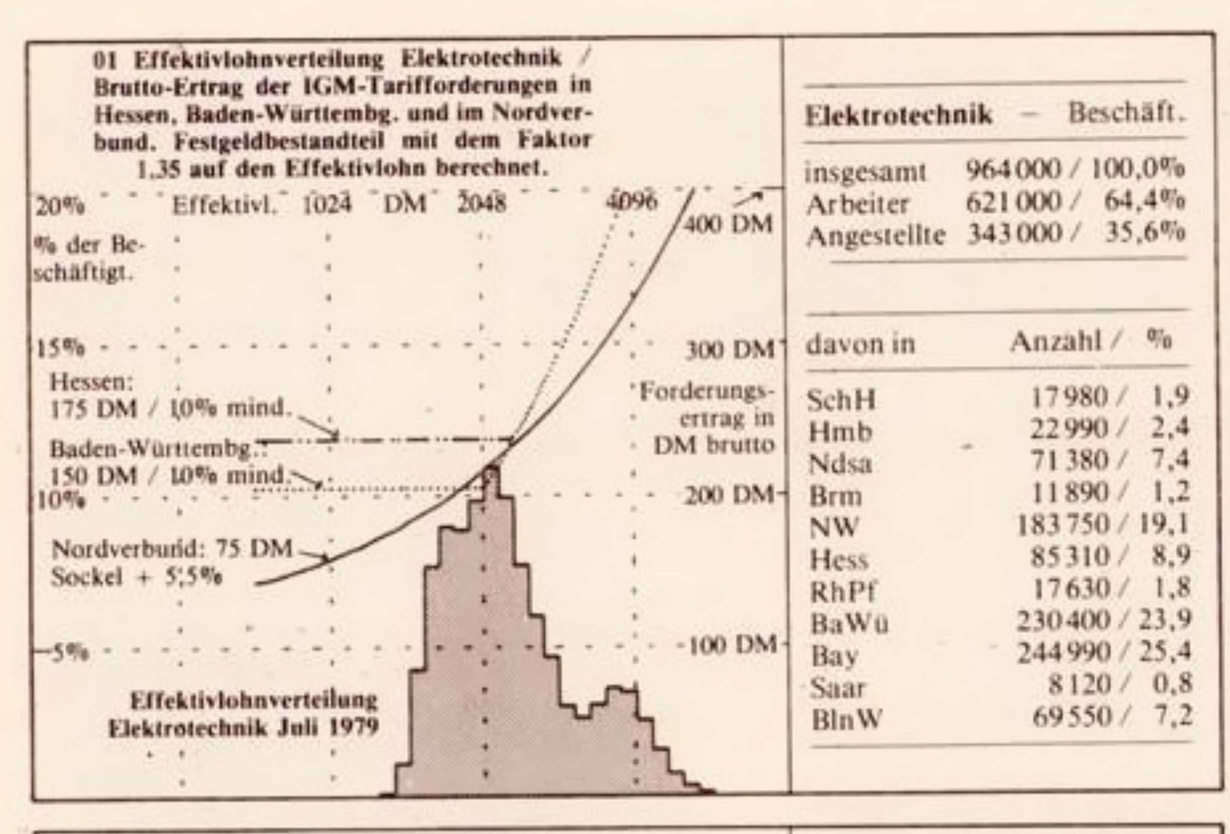
Ausbau der Lohnarbeit

r.wiv. In ihrem 2. Quartalsbericht 1978 beklagte sich die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein darüber, daß die Zahl der ständig beschäftigten Landarbeiter seit Jahren bei 7500 liege und nicht größer würde. Nur 6% davon seien unter 35 Jahre alt. Für die Landarbeiter schafft diese Lage günstige Bedingungen für den Lohnkampf, was sich beim letzten Tarifabschluß gezeigt hat, der höher lag als in den industriellen Branchen. Für die Agrarkapitalisten schafft dies Probleme bei der Expansion, beruht doch das Geheimnis des „Agrarexportlandes" Schleswig-Holstein auf der Ausbeutung billiger Lohnarbeit. Die ganze Propaganda, die seit geraumer Zeit für eine „Ausbildung in der Landwirtschaft" läuft, verfolgt das Ziel, die Zahl der Lohnarbeiter zu erhöhen, z.B. durch die Anerkennung des BGJ Landwirtschaft als 1. Ausbildungsjahr. Im traditionellen Ausbildungsberuf Landwirt steigt ständig der Anteil derjenigen, die keinen Hof haben. Von den 742 Auszubildenen des 1. Lehrjahres im Beruf Landwirt (31.12.78) waren es bereits 115. In der ganzen Palette der „Tierwirte" wird gleich für die Lohnarbeit bei entsprechend spezialisierten Agrarkapitalisten ausgebildet, z.B. der Geflügelwirt in großen Legehennenbatterien oder Hähnchenmastbetrieben.



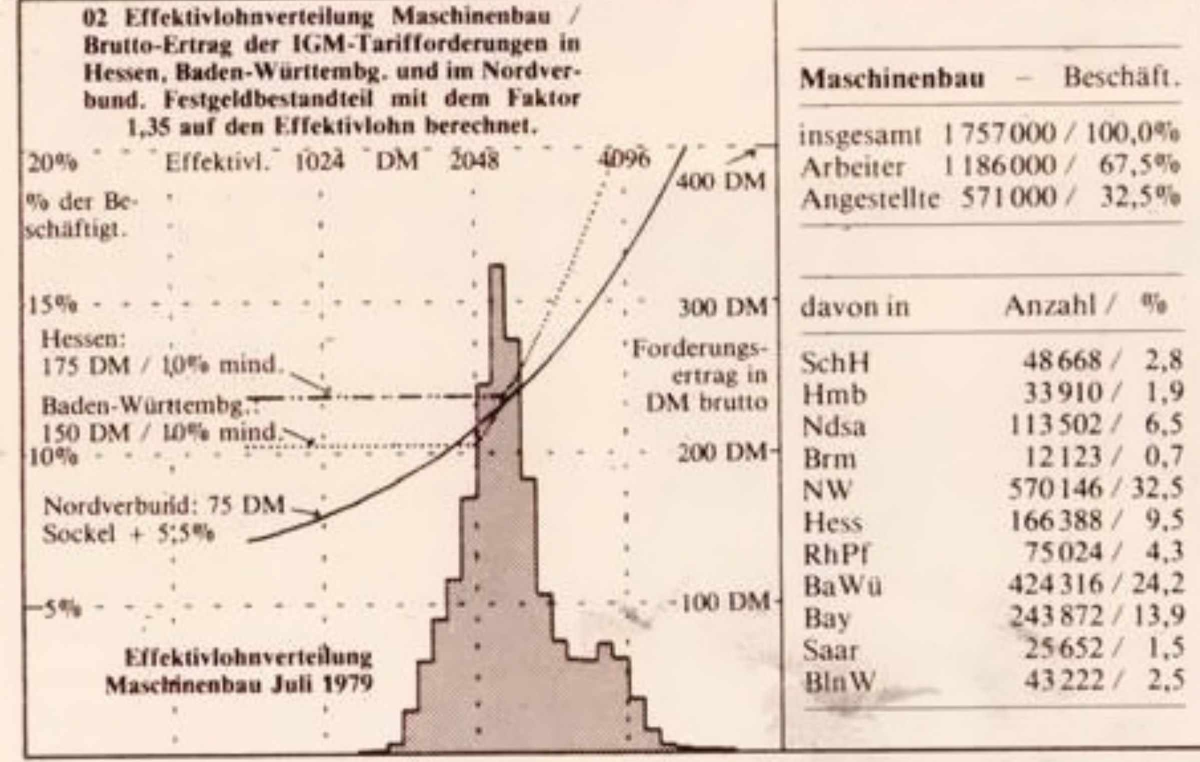
z.hej. Seit 1977 verschleppt der staatliche Dienstherr die Verhandlungen über einen neuen bundeseinheitlichen Manteltarifvertrag. Die GGLF forderte in den Verhandlungen im Oktober eine Vorwegregelung des seit 1970 unveränderten Wegegeldes. Das Angebot der Tarifgemeinschaft der Länder: 27 Pf/km Wegestreckenentschädigung ab dem 13. km gegenüber dem bisherigen Wegegeld von 20 Pf ab dem 9. km. Die GGLF stimmte am 10./11.12. einem Ergänzungstarifvertrag zu, der ein Wegegeld von 22 Pf ab dem 8. km sowie die Kfz-Entschädigung, das Umzugs-, Reisekosten- und Treuegeld neu regelt. Ein Zusatzurlaub für Minderbehinderte wurde vereinbart. Die GGLF fordert weiterhin die Transportentschädigung für Motorsäge und Werkzeug, die die Waldarbeiter selber stellen.

Verbundenheit mit Hoechst




| Elektrotechnik | – Beschäft. |
|---|---|
| insgesamt | 964000 / 100,0% |
| Arbeiter | 621000 / 64,4% |
| Angestellte | 343000 / 35,6% |

| davon in | Anzahl / % |
|---|---|
| SchH | 17980 / 1,9 |
| Hmb | 22990 / 2,4 |
| Ndsa | 71380 / 7,4 |
| Brm | 11890 / 1,2 |
| NW | 183750 / 19,1 |
| Hess | 85310 / 8,9 |
| RhPf | 17630 / 1,8 |
| BaWü | 230400 / 23,9 |
| Bay | 244990 / 25,4 |
| Saar | 8120 / 0,8 |
| BlnW | 69550 / 7,2 |




| Maschinenbau | – Beschäft. |
|---|---|
| insgesamt | 1757000 / 100,0% |
| Arbeiter | 1186000 / 67,5% |
| Angestellte | 571000 / 32,5% |

| davon in | Anzahl / % |
|---|---|
| SchH | 48668 / 2,8 |
| Hmb | 33910 / 1,9 |
| Ndsa | 113502 / 6,5 |
| Brm | 12123 / 0,7 |
| NW | 570146 / 32,5 |
| Hess | 166388 / 9,5 |
| RhPf | 75024 / 4,3 |
| BaWü | 424316 / 24,2 |
| Bay | 243872 / 13,9 |
| Saar | 25652 / 1,5 |
| BlnW | 43222 / 2,5 |

03 Effektivlohnverteilung Schiffbau / Brutto-Ertrag der IGM-Tarifforderungen in Hessen, Baden-Württembg. und im Nordverbund. Festgeldbestandteil mit dem Faktor 1,35 auf den Effektivlohn berechnet.

20% Effektivl. 1024 DM 2048 4096 – 31,4% – 19,4% – Hessen: 175 DM / 10% mind. – Baden-Württembg.: 150 DM / 10% mind. – Nordverbund: 75 DM Sockel + 5,5% – Forderungsertrag in DM brutto – Effektivlohnverteilung Schiffbau Juli 1979

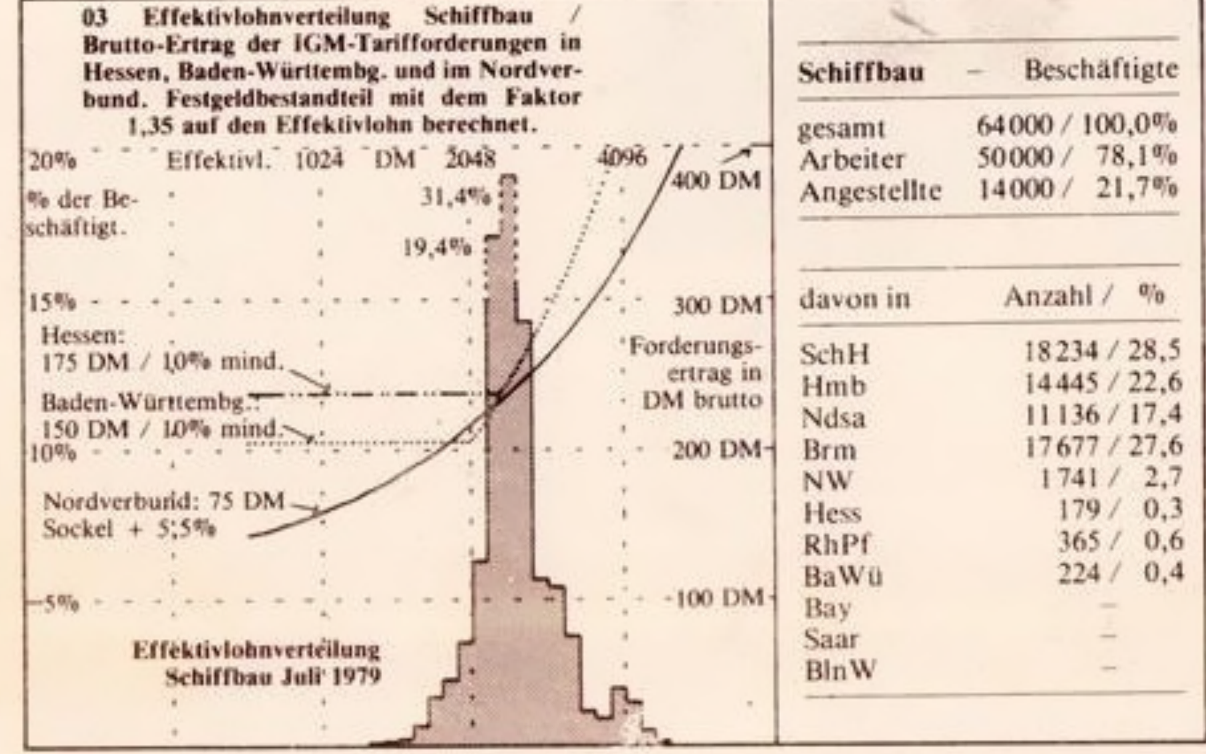
| Schiffbau | – Beschäftigte |
|---|---|
| gesamt | 64000 / 100,0% |
| Arbeiter | 50000 / 78,1% |
| Angestellte | 14000 / 21,7% |

| davon in | Anzahl / % |
|---|---|
| SchH | 18234 / 28,5 |
| Hmb | 14445 / 22,6 |
| Ndsa | 11136 / 17,4 |
| Brm | 17677 / 27,6 |
| NW | 1741 / 2,7 |
| Hess | 179 / 0,3 |
| RhPf | 365 / 0,6 |
| BaWü | 224 / 0,4 |
| Bay | – |
| Saar | – |
| BlnW | – |

04 Effektivlohnverteilung Fahrzeugbau / Brutto-Ertrag der IGM-Tarifforderungen in Hessen, Baden-Württembg. und im Nordverbund. Festgeldbestandteil mit dem Faktor 1,35 auf den Effektivlohn berechnet.

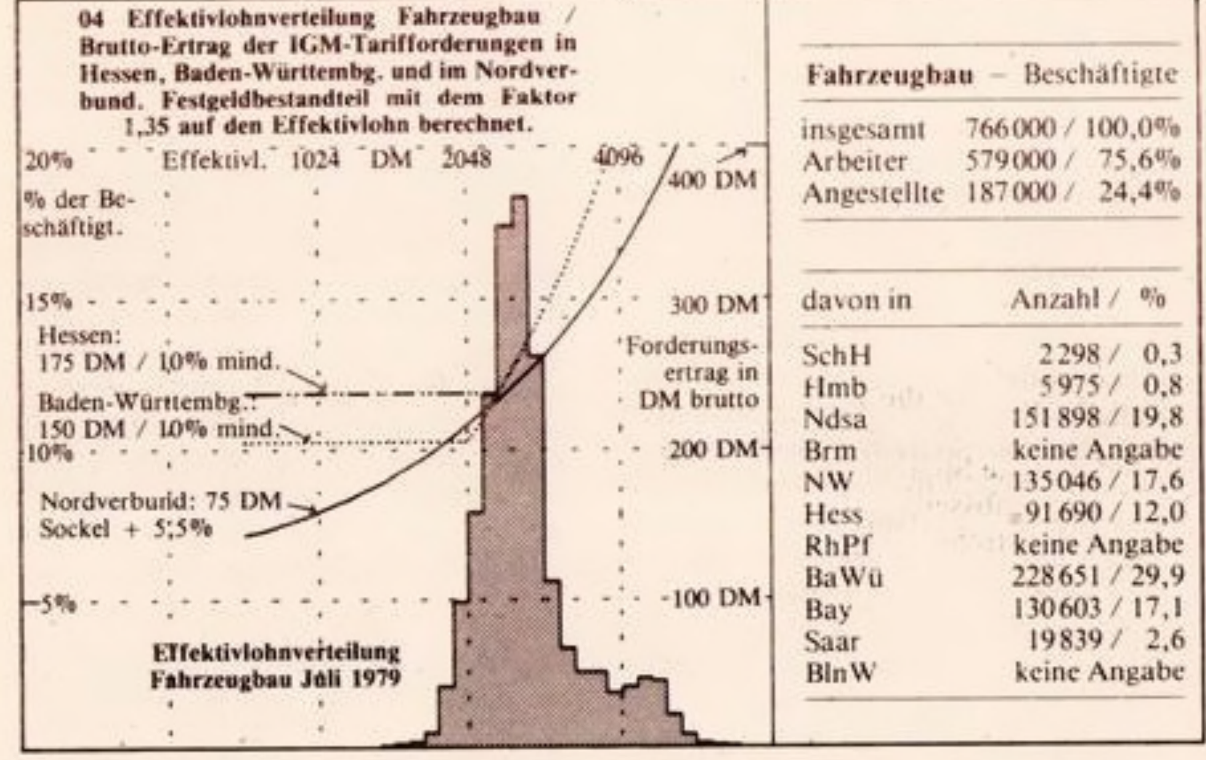
| Fahrzeugbau | – Beschäftigte |
|---|---|
| insgesamt | 766000 / 100,0% |
| Arbeiter | 579000 / 75,6% |
| Angestellte | 187000 / 24,4% |

| davon in | Anzahl / % |
|---|---|
| SchH | 2298 / 0,3 |
| Hmb | 5975 / 0,8 |
| Ndsa | 151898 / 19,8 |


03 Effektivlohnverteilung Schiffbau / Brutto-Ertrag der IGM-Tarifforderungen in Hessen, Baden-Württembg. und im Nordverbund. Festgeldbestandteil mit dem Faktor 1,35 auf den Effektivlohn berechnet.

| Schiffbau | – Beschäftigte |
|---|---|
| gesamt | 64000 / 100,0% |
| Arbeiter | 50000 / 78,1% |
| Angestellte | 14000 / 21,7% |

| davon in | Anzahl / % |
|---|---|
| SchH | 18234 / 28,5 |
| Hmb | 14445 / 22,6 |
| Ndsa | 11136 / 17,4 |
| Brm | 17677 / 27,6 |
| NW | 1741 / 2,7 |
| Hess | 179 / 0,3 |
| RhPf | 365 / 0,6 |
| BaWü | 224 / 0,4 |
| Bay | – |
| Saar | – |
| BlnW | – |




| Fahrzeugbau | – Beschäftigte |
|---|---|
| insgesamt | 766000 / 100,0% |
| Arbeiter | 579000 / 75,6% |
| Angestellte | 187000 / 24,4% |

| davon in | Anzahl / % |
|---|---|
| SchH | 2298 / 0,3 |
| Hmb | 5975 / 0,8 |
| Ndsa | 151898 / 19,8 |
| Brm | keine Angabe |
| NW | 135046 / 17,6 |
| Hess | 91690 / 12,0 |
| RhPf | keine Angabe |
| BaWü | 228651 / 29,9 |
| Bay | 130603 / 17,1 |
| Saar | 19839 / 2,6 |
| BlnW | keine Angabe |


1974 – Die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes erzielen unter einer Mindestforderung einen erheblichen Erfolg im Kampf gegen die Niedrigstlöhne.



1978 – Die große Streikaktion der Stahlarbeiter läuft, nicht zuletzt wegen der reinen Prozentforderung, auf der Lohnseite fast ins Leere.

# Verschiedene Forderungen – aber doch eine einheitliche Front gegen die dauernden Lohnsenkungen

*z.maf.* Die Lohnbewegungen in der metallverarbeitenden Industrie und im Öffentlichen Dienst bestimmen die Bewegung des Lohnstandards in der BRD und Westberlin. Die Kampfaufgaben der Gewerkschaften in den anderen Branchen sind deswegen nicht gering zu achten, oder einfacher, oder bloße Vollstreckung der bei Metall und im Öffentlichen Dienst erreichten Ergebnisse. Sie können bloß niemals wettmachen, was dort verloren wurde, denn die metallverarbeitende Industrie und der Öffentliche Dienst zählen zusammengenommen runde acht Millionen lohnabhängig Beschäftigte und das ist viel.

Die Lohnbewegungen in diesen beiden großen Abteilungen sammeln sich jetzt unter Forderungen. In den letzten Wochen haben sich drei Typen von Forderungen bei der IG Metall herausgebildet. So hat Hessen z.B. die Forderung von 175 DM / 10% mindestens. Baden-Württemberg hat eine Prozentforderung, die ab Ecklohn abwärts die Auszahlung in Festgeld enthält. Der Nordverbund hat eine Forderung von 75 DM + 5,5% aufgestellt.

Die im Öffentlichen Dienst tätigen Gewerkschaften haben sich auf Vorstandsebene auf 180 DM / 9% mindestens geeinigt. Da im Öffentlichen Dienst die Tariflöhne effektiv sind und in der Metallindustrie nicht, muß man die Festgeldseite bei den Metallforderungen mit einem Faktor von – rund – 1,35 malnehmen. Der effektive Wert der Metallforderungen ist also höher, als die Zahlen ausdrücken.

Die aufgestellten Forderungen sind gewiß verschiedenartig. Aber widersprüchlich sind sie nicht, vielmehr ziehen sie in drei erheblichen Belangen der Arbeiterbewegung an einem Strick:

1. Die Forderungen sind relativ hoch. Sie enthalten somit das Ziel, die dauernden Lohnsenkungen zu stoppen und nicht etwa nur, ihr Tempo zu mindern. Ob diese Forderungen dafür ausreichend sind, ist eine andere Frage. Da nicht nur die Preise steigen, sondern mit der Intensivierung der Arbeit auch der notwendige Aufwand, ist das schwer abzuschätzen.

2. Die Forderungen enthalten alle eine Komponente, die gegen die Bezahlung von Niedriglöhnen wirksam ist. Mit diesen Forderungen ist also beabsichtigt, nach dem unteren Ende der Lohnskala hin einen Schutzwall gegen die absolute Verelendung zu errichten. Dabei wirken diese Forderungen gleichzeitig gegen die Niedrigentlohnung der Frauen.

3. Die Forderungen enthalten auf der Prozentseite oder durch die Sockel- + Prozentform eine Komponente, die gegen den erheblichen Gehaltsdruck bei den mittleren Angestellten wirksam ist, deren Arbeit mehr und mehr der kapitalistischen Rationalisierung unterworfen wird.

Die Hauptrichtung der bürgerlichen Gegenagitation ist vorderhand gegen die Höhe der Forderung. Man versucht, die Lohnbewegung für die Rohstoffpreisdrückerei gegen die dritte Welt einzuspannen. Was dorthin „verteilt" worden sei, könne hier nicht abermals „verteilt" werden. – Danach hätte der dramatische Preisverfall beim Kupfer zu einer Lohnsteigerung in der Elektroindustrie führen können, sollen, ja müssen. Aber ausgerechnet dort zahlen die Elektromonopole Niedrigstlöhne. Der Einkauf von Rohstoffen zu Niedrigstpreisen läßt sich mit dem Einkauf von Arbeitskraft zu Niedrigstpreisen offenbar vortrefflich verbinden. Der Profit wächst davon. Richtigstellung der Rohstoffpreise und Richtigstellung der Einkaufspreise für die Ware Arbeitskraft schmälern beide den Extraprofit, der aus der Unterbezahlung erwächst. Der Versuch, die Lohnbewegungen gegen die Interessen der Völker der Dritten Welt einzuspannen, ist ein wenig plump.


05 Öffentliche Dienste:
500 DM Forderungsertrag
400
Geldertrag 180 DM / 9% zu 100 DM plus 5% Umriß: Lohnverteilung Öffentlicher Dienst 1979
Forderung 180 DM / 9%
Forderung
200 DM Forderungsvolumen von Mindest-Beträgen und Prozent in % der Lohnsumme 1979
Ablesebeispiel: Wie hoch ist das Volumen der ÖTV-Empfehlung 180 DM/9%? Von Punkt A (180 DM) auf der DM-Skala ausgehend ergibt sich Schnittpunkt B mit der 9%-Kurve. Wenn man von Punkt B das Lot fällt, ergibt sich ein Forderungsvolumen von 10,1%.
06 Öffentliche Dienste:

die metallverarbeitende Industrie und der Öffentliche Dienst zählen zusammengenommen runde acht Millionen lohnabhängig Beschäftigte und das ist viel.

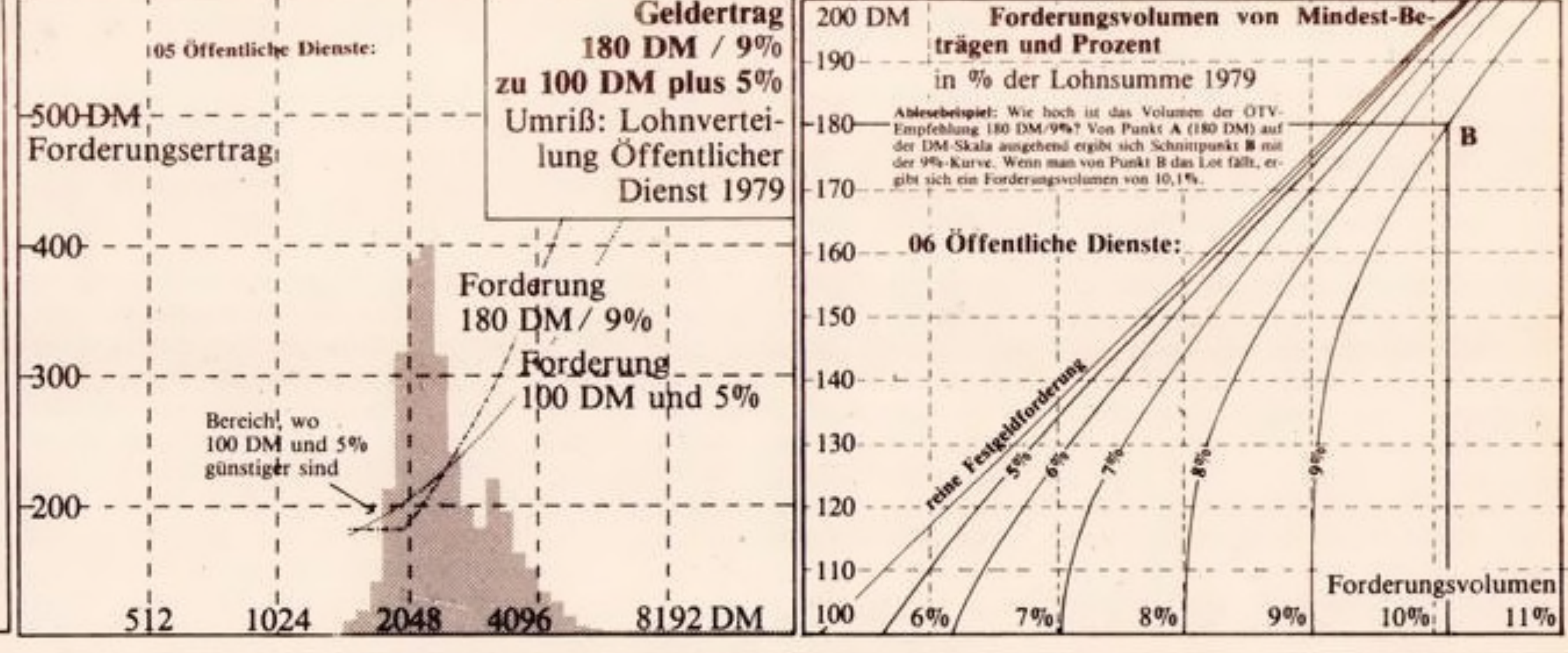
Die Lohnbewegungen in diesen beiden großen Abteilungen sammeln sich jetzt unter Forderungen. In den letzten Wochen haben sich drei Typen von Forderungen bei der IG Metall herausgebildet. So hat Hessen z.B. die Forderung von 175 DM / 10% mindestens. Baden-Württemberg hat eine Prozentforderung, die ab Ecklohn abwärts die Auszahlung in Festgeld enthält. Der Nordverbund hat eine Forderung von 75 DM + 5,5% aufgestellt.

Die im Öffentlichen Dienst tätigen Gewerkschaften haben sich auf Vorstandsebene auf 180 DM / 9% mindestens geeinigt. Da im Öffentlichen Dienst die Tariflöhne effektiv sind und

1. Die Forderungen sind relativ hoch. Sie enthalten somit das Ziel, die dauernden Lohnsenkungen zu stoppen und nicht etwa nur, ihr Tempo zu mindern. Ob diese Forderungen dafür ausreichend sind, ist eine andere Frage. Da nicht nur die Preise steigen, sondern mit der Intensivierung der Arbeit auch der notwendige Aufwand, ist das schwer abzuschätzen.

2. Die Forderungen enthalten alle eine Komponente, die gegen die Bezahlung von Niedriglöhnen wirksam ist. Mit diesen Forderungen ist also beabsichtigt, nach dem unteren Ende der Lohnskala hin einen Schutzwall gegen die absolute Verelendung zu errichten. Dabei wirken diese Forderungen gleichzeitig gegen die Niedrigentlohnung der Frauen.

sucht, die Lohnbewegung für die Rohstoffpreisdrückerei gegen die dritte Welt einzuspannen. Was dorthin „verteilt" worden sei, könne hier nicht abermals „verteilt" werden. – Danach hätte der dramatische Preisverfall beim Kupfer zu einer Lohnsteigerung in der Elektroindustrie führen können, sollen, ja müssen. Aber ausgerechnet dort zahlen die Elektromonopole Niedrigstlöhne. Der Einkauf von Rohstoffen zu Niedrigstpreisen läßt sich mit dem Einkauf von Arbeitskraft zu Niedrigstpreisen offenbar vortrefflich verbinden. Der Profit wächst davon. Richtigstellung der Rohstoffpreise und Richtigstellung der Einkaufspreise für die Ware Arbeitskraft schmälern beide den Extraprofit, der aus der Unterbezahlung erwächst. Der Versuch, die Lohnbewegungen gegen die Interessen der Völker der Dritten Welt einzuspannen, ist ein wenig plump.






Arbeiter von International Harvester (Traktoren) in Chicago, 6.11.79

*z.rua.* **Die 40000 Arbeiter des US-Fahrzeugkonzerns Caterpilar nahmen am 17.12. nach fast zweimonatigem Streik die Arbeit wieder auf.** Am 15.12. hatte die Automobilarbeitergewerkschaft UAW mit den Caterpilar-Kapitalisten einen Firmentarifvertrag abgeschlossen, der für die kommenden drei Jahre jährliche Lohnerhöhungen von 3% sowie vierteljährliche Anpassungsklauseln an den offiziellen Preisindex vorsieht. Seit dem 1.10. hatten 23000 Arbeiter ohne Unterstützung der Gewerkschaft gestreikt. Als am 23.10. die Verhandlungen scheiterten, rief die UAW offiziell zum Streik auf. Die Arbeiter fordern neben Lohnerhöhungen die Einstellung von Gewerkschaftsvertretern im Betrieb und ihre Bezahlung durch die Kapitalisten. – Auf Aufruf der Internationalen Union der Elektrizitätsarbeiter traten am 10.12. die 2800 Beschäftigten des Singer-Nähmaschinenkonzerns in Elizabeth/New Jersey in den Streik gegen das Vorhaben der Kapitalisten, vor Verhandlungen über Lohnerhöhungen die Zustimmung der Gewerkschaft zur Entlassung der halben Belegschaft zu erzwingen.

*z.rua.* **45000 Beschäftigte in den Verwaltungsdiensten der Städte und Gemeinden Perus traten am 10.12. in einen Streik für Lohnerhöhungen.** Am selben Tag traten ebenfalls 900 Arbeiter der Eisenbahn, die die Hauptstadt Lima mit den Andenregionen verbindet, in den Streik. Die Imperialisten haben Peru in hohe Verschuldung gezwungen, allein 1980 machen die fälligen Rückzahlungen und Zinsen 796 Mrd. Dollar aus – das 1½fache der Kupferexporteinnahmen von 1979. Der unter Federführung der Imperialisten ausgearbeitete Staatshaushalt für 1980 wurde am 7.12. veröffentlicht. Er sieht für den öffentlichen Dienst Lohnerhöhungen von 10% vor – die offizielle Preissteigerungsrate liegt in diesem Jahr schon bei 65%. Die Ausgaben für das Gesundheitswesen sollen um 4,4% gesenkt werden. Am 28.11. streikten im ganzen Land 15000 Beschäftigte des Gesundheitswesens 24 Stunden lang, um die Regierung zur Zahlung bereits zugestandener Lohnzuschläge für gesundheitsgefährdende Arbeiten zu zwingen.

*z.scc.* **Alle öffentlichen Gebäude blieben am 12./13.12. in Surinam im Nordosten Südamerikas geschlossen:** Die Gewerkschaft der Beschäftigten im öffentlichen Dienst CLO hatte zum Streik aufgerufen, um die Einhaltung des im Mai abgeschlossenen Tarifvertrages durchzusetzen. Sie fordert v.a. allgemeine Krankenversicherung. Nach wie vor kontrolliert die ehemalige Kolonialmacht Niederlande das Gesundheitswesen des seit 1975 unabhängigen Landes. Mit dem Tarifvertrag hatte die Regierung der Schaffung einer Krankenversicherung zustimmen müssen, ebenso, bis dahin die Ausgaben für medizinische Versorgung zurückzuzahlen. Inzwischen laufen die Arztrechnungen bei zahlreichen Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst auf Hunderte von Gulden auf (1 SF ca. 1,10 DM), ohne daß sie auch nur einen Gulden zurückbekommen haben. Wird die Regierung nach dem zweitägigen Warnstreik ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, will die CLO in dieser Woche den unbefristeten Streik organisieren. – Die Schwierigkeiten der Regierung, die Forderungen zu erfüllen, werden durch seit Jahren sinkende Bauxitpreise erheblich verschärft: 85% der Export- und über ⅔ der Haushaltseinnahmen Surinams resultieren aus dem Export von Bauxit. Über 40000 der knapp 400000 Surinamer mußten bis 1978, weitere 12000 allein 1979 ihr Land verlassen, in dem sie keine Arbeit fanden, und sich als billige Arbeitskräfte an die Imperialisten verkaufen.

*z.doj.* **Mit einer Welle von Streiks und Fabrikbesetzungen antworteten in San Salvador die Arbeiter auf die Weigerung der Obristen-Junta, alle Löhne und Gehälter zu erhöhen und die Nationalgarde aufzulösen.** Viele Bauern haben seit Oktober begonnen, die „Baumwollsteuer" an die bewaffnete Volksmacht zu spenden. Während der „Revolutionäre Volksblock" zahlreiche Industrie- und landwirtschaftliche Betriebe kontrolliert, besetzten die Hochschulstudenten das Nationalinstitut von San Salvador. Sie fordern das Einfrieren der Schulgelder und Zugang des Volkes zu allen Universitäten. Die Nationalgarde hat gewaltsam einige Betriebe geräumt und dabei innerhalb von zwei Tagen 30 Menschen getötet.

*z.inl.Paris.* **Von einer „Operation Wirklichkeit" sprach der Gesundheitsminister Barrot, als er im Juli sein Kostendämpfungsprogramm vorlegte.** Seither macht ihm die Wirklichkeit der Kämpfe dagegen zu schaffen. Am 18.12. streikten in 60 Departements die Krankenhausbeschäftigten, in Paris demonstrierten über 10000. Einen Monat zuvor, bei Verabschiedung des Haushalts Gesundheit/Sozialversicherung, waren 7000 vor der Nationalversammlung; im Oktober streikten die praktischen Ärzte einen Tag lang. Das Krankenhauspersonal kämpft gegen die geplanten Bettenstreichungen (70000 an allgemeinen Krankenhäusern, 35000 in der Psychiatrie) und für Neueinstellungen. Nach CGT-Berechnungen fehlen bei gegenwärtig 550000 Beschäftigten 115000. Gefordert wird die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden und Anhebung des Mindestlohns auf 3000 FF (1260 DM). Noch verdient die Hälfte der im Ge-

## Unterstützung des Widerstandskrieges des Demokratischen Kampuchea aus den Betrieben

*z.gih.* Zahlreiche Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten haben sich in Briefen an die vietnamesische Botschaft für den sofortigen Rückzug der vietnamesischen Truppen aus dem Demokratischen Kampuchea ausgesprochen.

**Frankfurt, 17.12.79.** 12 Beschäftigte aus Frankfurter Buchhandlungen und Verlagen, davon 6 vom Diesterweg-Verlag, fordern den sofortigen Abzug der vietnamesischen Truppen aus dem Demokratischen Kampuchea.

**Nagold, 16.12.79.** ,,Unserer Auffassung nach kann das Elend und der Hunger in Kampuchea nur beseitigt werden, wenn die vietnamesischen Aggressionstruppen aus dem Land abgezogen werden und das kampucheanische Volk unter seiner rechtmäßigen Regierung mit Ministerpräsident Pol Pot in nationaler Unabhängigkeit das Land wieder aufbaut'', schreiben fünf Arbeiter der Fa. Wackenhut.

**Ransbach-Baumbach, 14.12.79.** ,,Wir haben gerade 72 DM gespendet für das kampucheanische Volk. Wir haben das Geld deshalb von unserem Lohn gegeben, weil wir das Demokratische Kampuchea unterstützen, seine Souveränität wiederzuerlangen, indem es die vietnamesischen Truppen zum Abzug zwingt.'' (Sieben Verputzerinnen von Jasba-Keramik)

**Varel, 14.12.79.** 20 Arbeiter und Angestellte der Druckerei Almers Varel: ,,Am ersten Weihnachtstag vor einem Jahr eröffneten die Truppen Ihres Landes einen großangelegten Angriff auf Kampuchea ... Wir fordern, daß Ihre Regierung ihre Truppen sofort aus Kampuchea abzieht und sich überhaupt nicht mehr in die inneren Angelegenheiten dieses Landes einmischt ...''

**Lahnstein, 12.12.79.** 89,09 DM haben 17 Arbeiterinnen und Angestellte der Klinik Lahnhöhe an das Rote Kreuz Kampucheas gegeben. Das Geld wurde für die durch die Invasion der vietnamesischen Truppen notwendig gewordene Beschaffung von Lebensmitteln und Medikamenten gespendet.

**Bad Salzdetfurth, 5.12.79.** Wir werden alles uns mögliche tun, um den gerechten und unter großen Opfern geführten Befreiungskampf des kampucheanischen Volkes zu unterstützen ... Wir fordern Vietnam auf, die Beschlüsse der UNO einzuhalten und sofort und bedingungslos ihre Truppen vom Territorium Kampucheas abzuziehen. (47 Arbeiter und Angestellte von FUBA, einem Betrieb der Elektroindustrie)

**Bergkamen, 29.11.79.** Neun städtische Angestellte haben in einem Brief an die vietnamesische Botschaft den sofortigen Abzug aller vietnamesischen Truppen und Siedler aus dem Demokratischen Kampuchea gefordert.

**Frankfurt, 11.12.79.** Die HBV-Betriebsgruppe des Reisebüros Thomas Cook fordert den sofortigen Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea.

aus: KVZ-Spezialnachrichtendiensten

## Ford Saarlouis: Gegen Arbeitshetze und gefährliche Arbeit mit PVC längere Pausen durchgesetzt

*z. kab.* Die Arbeiter der Abteilung Lack bei Ford Saarlouis haben Kampfmaßnahmen für einen größeren Schutz vor den gesundheitlichen Schäden bei der Arbeit mit PVC ergriffen. Ausgangsstoff für das Polyvinylchlorid (PVC) ist das farblose, giftige Gas Vinylchlorid. Das Einatmen dieses Gases führt zu Knochenveränderung und greift Lunge, Milz und Leber an, unter anderem kann Leberkrebs die Folge sein. PVC wird in der Automobilindustrie vor allem deswegen angewandt, weil es chemisch außerordentlich beständig ist, es wird bei Normaltemperatur von Säuren, Laugen, Öl, Alkohol und Benzin nicht angegriffen. Durch Zugabe besonderer Stabilisatoren kann PVC gegen Licht- und Witterungseinflüsse stabilisiert werden. Bei den Autos wird der Unterbodenschutz mit PVC gespritzt.

In der Lack-Abteilung bei Ford herrscht eine ungeheure Arbeitshetze, was die Arbeit noch beschwerlicher macht, weil sich vermehrt Atemnot einstellt. Wegen wachsender gesundheitlicher Beschwerden und weil sie

langten weiterhin ein Gespräch mit dem Arzt. Als sie von der Werksleitung weiter hingehalten wurden, drohten sie mit Arbeitsniederlegungen. Daraufhin wurde eiligst ein ,,PVC-Sachverständiger'' aus Köln herbeigeholt. Dieser versuchte in einem Gespräch, an dem auch Arzt und Meister teilnahmen, den Arbeitern weiszumachen, daß das PVC in der vorliegenden Form und Verarbeitung völlig ungefährlich sei, weil bestimmte Stoffe noch zugefügt seien. Nur in erhitztem Zustand sei es gefährlich, weil es sich bei höheren Temperaturen leicht zersetze und nur dabei das Gas frei werde.

Bezeichnenderweise haben die Ford-Kapitalisten aber besonderen Wert darauf gelegt, daß die PVC-Behälter keinerlei Beschriftung tragen. Die Forderung der Arbeiter, die chemische Zusammensetzung aufzuschlüsseln, wurde abgelehnt mit der Begründung, das sei ein Betriebsgeheimnis. Das ,,Geheimnis'' besteht in dem Interesse der Kapitalisten nach Höchstprofit, das Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter nicht kennt.

,,Am ersten Weihnachtstag vor einem Jahr eröffneten die Truppen Ihres

Kampuchea.

aus: KVZ-Spezialnachrichtendiensten

## Ford Saarlouis: Gegen Arbeitshetze und gefährliche Arbeit mit PVC längere Pausen durchgesetzt

*z. kab.* Die Arbeiter der Abteilung Lack bei Ford Saarlouis haben Kampfmaßnahmen für einen größeren Schutz vor den gesundheitlichen Schäden bei der Arbeit mit PVC ergriffen. Ausgangsstoff für das Polyvinylchlorid (PVC) ist das farblose, giftige Gas Vinylchlorid. Das Einatmen dieses Gases führt zu Knochenveränderung und greift Lunge, Milz und Leber an, unter anderem kann Leberkrebs die Folge sein. PVC wird in der Automobilindustrie vor allem deswegen angewandt, weil es chemisch außerordentlich beständig ist, es wird bei Normaltemperatur von Säuren, Laugen, Öl, Alkohol und Benzin nicht angegriffen. Durch Zugabe besonderer Stabilisatoren kann PVC gegen Licht- und Witterungseinflüsse stabilisiert werden. Bei den Autos wird der Unterbodenschutz mit PVC gespritzt.

In der Lack-Abteilung bei Ford herrscht eine ungeheure Arbeitshetze, was die Arbeit noch beschwerlicher macht, weil sich vermehrt Atemnot einstellt. Wegen wachsender gesundheitlicher Beschwerden und weil sie vom Einfluß der Arbeit mit PVC auf die Entstehung von Haut-, Knochen-, Kreislauf- und Gefäßerkrankungen gehört hatten, forderten die Arbeiter der Abteilung eine Unterredung mit dem zuständigen Werksarzt. Zunächst wurden sie an den Sanitäter verwiesen. Der wußte nichts oder wollte nichts wissen. Die Arbeiter gaben sich mit dieser ,,Auskunft'' nicht zufrieden und verlangten weiterhin ein Gespräch mit dem Arzt. Als sie von der Werksleitung weiter hingehalten wurden, drohten sie mit Arbeitsniederlegungen. Daraufhin wurde eiligst ein ,,PVC-Sachverständiger'' aus Köln herbeigeholt. Dieser versuchte in einem Gespräch, an dem auch Arzt und Meister teilnahmen, den Arbeitern weiszumachen, daß das PVC in der vorliegenden Form und Verarbeitung völlig ungefährlich sei, weil bestimmte Stoffe noch zugefügt seien. Nur in erhitztem Zustand sei es gefährlich, weil es sich bei höheren Temperaturen leicht zersetze und nur dabei das Gas frei werde.

Bezeichnenderweise haben die Ford-Kapitalisten aber besonderen Wert darauf gelegt, daß die PVC-Behälter keinerlei Beschriftung tragen. Die Forderung der Arbeiter, die chemische Zusammensetzung aufzuschlüsseln, wurde abgelehnt mit der Begründung, das sei ein Betriebsgeheimnis. Das ,,Geheimnis'' besteht in dem Interesse der Kapitalisten nach Höchstprofit, das Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter nicht kennt.

Durchsetzen konnten die Arbeiter der Lack-Abteilung, daß einige zusätzliche Maßnahmen zum Schutze ihrer Arbeitskraft getroffen werden müssen. Vor allem wurden die Ford-Kapitalisten gezwungen, den Arbeitern zusätzliche bezahlte Pausen zuzugestehen. Waren es bisher 30 Minuten und 15 Minuten, sind es jetzt 30 Minuten und 50 Minuten.

# US-Stahlarbeiter vor einem schweren Kampf

### Angriff auf die höheren Löhne durch Überschwemmung des Arbeitsmarktes

*z.gek.* In der jetzt mit voller Wucht losbrechenden Überproduktionskrise steht die Arbeiterklasse der USA den Kapitalisten, die sich mit rücksichtslosen Massen-Hinauswürfen und durchgreifenden Rationalisierungskampagnen in der Konkurrenz behaupten, fast ohne tarifliche oder gesetzliche Handhaben gegenüber, bei vielfach angegriffener Reproduktion ihrer Arbeitskraft. Weder der einzelne Arbeiter noch ganze Belegschaften haben einen nennenswerten Kündigungsschutz, sie können fristlos und ohne Entschädigung oder Sozialplan entlassen werden. Nur etwa die Hälfte der offiziell Arbeitslosen erhält Arbeitslosengeld; ganze Branchen, vor allem die Klein- und Hausindustrien, die sich um die großen Monopole massenweis als Zulieferer anlagern, sind nicht einmal den Sozialversicherungskassen angeschlossen.

Die Krise hat selbst vom Einbruch der Konsumtion der Volksmassen ihren Ausgang genommen, genauer gesagt, von der Unmöglichkeit für viele Arbeiterhaushalte, aus dem Lohn noch die nötigen Rücklagefonds zu bilden, um einen Kredit für den Auto- oder Hauskauf zu bekommen. In der Produktion von Häusern und Autos mündet aber letztlich ein sehr erheblicher Teil der ganzen industriellen Tätigkeit. 1978 wurden im privaten Hausbau noch 2,0 Mio. Neubauten in Angriff genommen, 1979 dürften es noch 1,75 Mio. sein, 1980 wird ein Rückgang auf 1,45 Mio. erwartet. Schon sind 22% Bauarbeiter wieder arbeitslos. Inzwischen hat der Produktionsrückgang auch die Baumaterialien-Hersteller und die Baumaschinenindustrie erreicht. – Im Automobilbau beträgt der Absatzrückgang bei Chrysler (im Vergleich zum Jahresbeginn) bereits 39%, bei General Motors und Ford sind es 21% bzw. 20%. Insgesamt 140000 Automobilarbeiter sind in diesem Jahr entlassen worden, 40000 ,,bis auf weiteres'', 100000 definitiv. Die Zuliefer- und Zubehör-Industrie hat sofort reagiert. Mehrere große Reifenfirmen z.B. haben schon 10–15% ihrer Belegschaften herausgeschmissen. – Spätestens seit November herrscht auch in der Stahlindustrie, nach kaum einjähriger Konjunktur, wieder Überproduktionskrise. U.S. Steel, das überragende Stahlmonopol, kündigte am 28. November die Schließung von 13 Werken mit 13000 Beschäftigten zum Beginn des kommenden Jahres an; am selben Tag auch die Schließung von Youngstown Sheet & Tube, so daß das alte Stahlzentrum Youngstown in Ohio über Nacht in eine einzige Agglomeration stillgelegter Produktionsanlagen und ein Reservoir frei verfügbarer, erstklassiger Arbeitskräfte verwandelt wird. ,,Das waren erst die leichten Fälle'', hat der Vorstandsvorsitzende von U.S. Steel fischäugig angekündigt. In nahezu allen Branchen, auch im Investitionsgütersektor, wird es zum Jahresbeginn Massenentlassungen in noch ganz anderem Umfang als jetzt geben.

Die Belegschaften der Bau-, Automobil-, Stahl- und Gummiindustrie zählen – neben den Bergarbeitern und Teilen der Transportarbeiter – zu den kampfstärksten ihrer Klasse, die sich die höchsten Löhne erkämpft haben, im Durchschnitt (ohne Aufsichtspersonal) 350–370 $ in der Woche brutto und bei 43 bis 46 Wochenstunden, alles nach Ausweis der amtlichen Statistik, September 1979. Das liegt weit über dem Durchschnitt aller Industriearbeiterlöhne von 221 $ die Woche. Schon der niedrige Durchschnitt zeigt das Bleigewicht der Niedriglöhne von 150–200 $ wöchentlich, wie sie über zwei Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen in der Textil- und Bekleidungsindustrie, 230000 in der Lederwarenindustrie, 500000 in ,,verschiedenen verarbeitenden Industrien'', vor allem aber der Großteil der über 30 Millionen im Groß- und Einzelhandel und im Dienstleistungsgewerbe erhalten. Würde man die Zerklüftungen der Lohnskala noch näher verfolgen, müßte man das Heer der Teilzeitbeschäftigten hinzubetrachten, nicht weniger als 16 von 90 Millionen. Weiter die illegal Beschäftigten, nicht nur die Millionen Saison- und Wanderarbeiter in der Landwirtschaft, sondern auch Millionen in Industrie- und Handel, ältere Frauen, Kinder, Rentner, oder eben Arbeiter mit einem ,,zweiten Job''. Die staatliche Steuerfahndung schätzt das in ,,Schwarzarbeit'' erzeugte jährliche Wertprodukt auf wenigstens 200 Mrd. $, ca. ein Sechstel des gesamten Bruttosozialprodukts. – Nochmal darunter liegen schließlich die ca. 700000 regelmäßig zum Arbeitsdienst eingezogenen Jugendlichen und ,,Wohlfahrts''-Empfänger.

Seit Jahren versucht die Finanzbourgeoisie der USA nun bereits, die Löhne der gut organisierten Teile der Arbeiterklasse in den Schlüsselindustrien dem allgemeinen Elendsstandard wenigstens ein Stück anzugleichen. Damit ist sie gescheitert, als sie in dem Monate dauernden Bergarbeiterstreik im Winter 1977/78 die Gewerkschaft der United Mineworkers (UMW) zu zerschlagen versuchte; und ebenso in den ersten großen Tarifkämpfen dieses Jahres, bei den Ölraffinerie-, den Transport- und Gummiarbeitern, die ihre Einheit vielfach durch Festgelderhöhungen verteidigten. Ein wesentlicher Einbruch ist aber – und kampflos – bei den Löhnen der Automobilarbeiter erreicht worden; wir haben wiederholt darüber berichtet (vgl. KVZ 32, 40, 42/79).

Die Massenentlassungen in der Stahlindustrie werden nun als Knüppel dienen, um die eben begonnene Tarifbewegung der Stahlarbeiter zu unterdrücken. Auf der am 6./7. Dezember in Pittsburgh abgehaltenen Funktionärskonferenz der USW hat die Führung um den Arbeiteraristokraten McBride die Aufrechterhaltung des sog. ENA-Abkommens erneut durchgesetzt, dem zufolge die Gewerkschaft bereits drei Monate vor Auslaufen des Vertrages (am 31. August 1980) mit den Kapitalisten zu einer Einigung gekommen sein muß oder aber sich einer bindenden Schlichtung unterwirft. Streik ist nach diesem Abkommen nur um ,,betriebliche Fragen'' möglich. Die Gewerkschaft will sich, nach den Beschlüssen der Konferenz, auf die Durchsetzung eines vollen Teuerungsausgleichs durch ,,automatische Gleitklauseln'', auf eine entsprechende Anhebung der Renten, auf die Durchsetzung von Sozialplänen und eine 1-jährige Ankündigungsfrist bei Schließungen und Massenentlassungen konzentrieren sowie auf den Verzicht der Stahlmonopole, weiterhin Arbeiten an (unter Tarif zahlende) Vertragsunternehmen zu vergeben. – Dieses Forderungspaket, unzureichend wie es ist, steht dennoch den Plänen der Kapitalisten entschieden im Wege. Gleichwohl waren ihre ersten Reaktionen kühl. Sie rechnen darauf, durch den Druck der Massenarbeitslosigkeit, die sie selbst hervorrufen, zum Zuge zu kommen; vor allem, wenn – wie schon jetzt auszurechnen – die betrieblichen Arbeitslosenkassen, aus denen die auf die Straße geworfenen Stahlarbeiter zwischen 60 und 95% ihres früheren Nettolohns ein Jahr lang erhalten, im kommenden April bankrott gehen.



noch 2,0 Mio. Neubauten in Angriff genommen, 1979 dürften es noch 1,75 Mio. sein, 1980 wird ein Rückgang auf 1,45 Mio. erwartet. Schon sind 22% Bauarbeiter wieder arbeitslos. Inzwischen hat der Produktionsrückgang auch die Baumaterialien-Hersteller und die Baumaschinenindustrie erreicht. – Im Automobilbau beträgt der Absatzrückgang bei Chrysler (im Vergleich zum Jahresbeginn) bereits 39%, bei General Motors und Ford sind es 21% bzw. 20%. Insgesamt 140000 Automobilarbeiter sind in diesem Jahr entlassen worden, 40000 ,,bis auf weiteres'', 100000 definitiv. Die Zuliefer- und Zubehör-Industrie hat sofort reagiert. Mehrere große Reifenfirmen z.B. haben schon 10–15% ihrer Belegschaften herausgeschmissen. – Spätestens seit November herrscht auch in der Stahlindustrie, nach kaum einjähriger Konjunktur, wieder Überproduktionskrise. U.S. Steel, das überragende Stahlmonopol, kündigte am 28. November die Schließung von 13 Werken mit 13000 Beschäftigten zum Beginn des kommenden Jahres an; am selben Tag auch die Schließung von Youngstown Sheet & Tube, so daß das alte Stahlzentrum Youngstown in Ohio über Nacht in eine einzige Agglomeration stillgelegter Produktionsanlagen und ein Reservoir frei verfügbarer, erstklassiger Arbeitskräfte verwandelt wird. ,,Das waren erst die leichten Fäl-

Bruttosozialprodukts. – Nochmal darunter liegen schließlich die ca. 700000 regelmäßig zum Arbeitsdienst eingezogenen Jugendlichen und ,,Wohlfahrts''-Empfänger.

Seit Jahren versucht die Finanzbourgeoisie der USA nun bereits, die Löhne der gut organisierten Teile der Arbeiterklasse in den Schlüsselindustrien dem allgemeinen Elendsstandard wenigstens ein Stück anzugleichen. Damit ist sie gescheitert, als sie in dem Monate dauernden Bergarbeiterstreik im Winter 1977/78 die Gewerkschaft der United Mineworkers (UMW) zu zerschlagen versuchte; und ebenso in den ersten großen Tarifkämpfen dieses Jahres, bei den Ölraffinerie-, den

trieren sowie auf den Verzicht der Stahlmonopole, weiterhin Arbeiten an (unter Tarif zahlende) Vertragsunternehmen zu vergeben. – Dieses Forderungspaket, unzureichend wie es ist, steht dennoch den Plänen der Kapitalisten entschieden im Wege. Gleichwohl waren ihre ersten Reaktionen kühl. Sie rechnen darauf, durch den Druck der Massenarbeitslosigkeit, die sie selbst hervorrufen, zum Zuge zu kommen; vor allem, wenn – wie schon jetzt auszurechnen – die betrieblichen Arbeitslosenkassen, aus denen die auf die Straße geworfenen Stahlarbeiter zwischen 60 und 95% ihres früheren Nettolohns ein Jahr lang erhalten, im kommenden April bankrott gehen.




Die Arbeiter der Newport News Werft feiern nach drei Monaten Streik die Anerkennung der USWA und ihrer Tarifverträge durch die Kapitalisten, April 1979

sundheitswesen Beschäftigten unter 3000 FF. – Vor dem Amtssitz Barrots demonstrierten am 18.12. auch die Sozialarbeiter gegen eine lohnsenkende Änderung ihrer Ausbildungsordnung.

*z.inl.Paris.* **5000 Arbeiter ab 57 Jahren will Renault in Billancourt, Flins und Cloisy als Frührentner entlassen.** Der Automobilkonzern wolle so zwischen Juli 1980 und September 1981 seine ,,Schwierigkeiten bei der Verwendung des älteren Personals'' lösen, erklärte die Direktion dem Vertretungsorgan der Belegschaft; es sollten jüngere Arbeiter eingestellt werden. Umwälzung des Arbeiterkörpers, frische, kampfunerfahrene Arbeitskraft – so will Renault ,,Schwierigkeiten'' bei der Steigerung der Ausbeutung lösen: z.B. bei der geplanten Erhöhung der Stückzahl von heute 1840 auf 2100 Autos bis 1982 in Flins, der zweitgrößten Produktionsstätte, mit einer um ¼ verkleinerten Belegschaft. Die Gewerkschaften fordern ,,für jeden freiwilligen Weggang eine sofortige Neueinstellung''.

*z.elb.Brüssel.* **Auf den Kongressen der Metall- und Steinbrucharbeiter der belgischen Sozialistischen Gewerkschaft FGTB/ABVV im November beschlossen die Delegierten folgende Forderungen, wie die Gewerkschaftszeitung jetzt berichtet:** Anhebung der Renten auf 75% des Durchschnitts der fünf höchstbezahlten Arbeitsjahre; sofortige Senkung des Rentenalters von 65 auf 60 Jahre für Arbeiter, die 40 Jahre lang von den Kapitalisten ausgebeutet wurden; Herabsetzung des Rentenalters für Schichtarbeiter und Arbeiter, die schwere und ungesunde Arbeit verrichten müssen. Gegen das von der belgischen Regierung geplante ,,Rahmengesetz'' (s. KVZ 49), das als Vorbereitung für die allgemeine Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages für Rentner eine Beitragspflicht für höhere Renten vorsieht, fordern die Delegierten, daß alle Renten beitragsfrei bleiben. Nach der geltenden Rentenformel liegt die Rente eines Lohnabhängigen gegenwärtig unter 50% seines höchsten Bruttolohns. Drastisch stellt sich für viele Rentner die Notwendigkeit weiterzuarbeiten. Die Gewerkschaftsdelegierten fordern das Verbot der Arbeit von Rentnern und eine unmittelbare Erhöhung der Renten. Sie verlangen vom Staat, daß er seinen jährlichen Zuschuß zur Rentenversicherung, den er seit einigen Jahren nicht, wie gesetzlich festgelegt, um jährlich 6%, sondern nur um 2% anhob, in voller Höhe auszahlt. Allein 1978 enthielt der Staat der Arbeiterklasse auf diese Weise 771,2 Mio. bfr vor.

*z.anb.* **90 Rappen die Stunde (ca. 7% auf den Ecklohn), mindestens 180 Franken im Monat fordert der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband SMUV für die rund 48000 Arbeiter der Uhrenindustrie.** Im Rahmen der Verhandlungen über den gesetzlich festgelegten Teuerungsausgleich, die zur Zeit in zahlreichen Betrieben der Metallbranche laufen, haben die Belegschaften einzelnen Kapitalisten 5% abgerungen. In der Uhrenindustrie planen die Kapitalisten die Fortsetzung ihrer massiven Lohnsenkungsstrategie, die sie seit 1970 durch Rationalisierung und Umbesetzung forcieren (siehe KVZ 28/79, S.14). Aufgrund des im Gegensatz zum Maschinenbau und der Elektrotechnik ausgebliebenen Exportschubs, so argumentieren sie, könnten sie nicht einmal den offiziellen Indexanstieg von derzeit 5,2% zahlen, maximal 3,5% seien vertretbar. Der SMUV hat die Verhandlungen zentralisiert, was Voraussetzungen schafft, die Front der Kapitalisten zu spalten, ihr letztes Angebot von 3,5% wurde strikt abgelehnt. Die Eidgenössische Einigungsstelle ist mit der Schlichtung beauftragt worden.

*z.rua.London.* **Delegierte der britischen Ford-Arbeiter-Gewerkschaften und Betriebsratsmitglieder des Ford-Werks in Köln sowie Vertreter der IG Metall beschlossen auf ihrer halbjährlichen Tagung in London, die Zusammenarbeit zu verstärken.** Sie planen u.a. gemeinsame Aktionen für die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit und gegenseitige Unterrichtung über Normen neuer Modelle. Die britischen Ford-Arbeiter berichteten über Verlauf und Ergebnis des diesjährigen Lohnkampfes. Diese verbesserte Verbindung ist direktes Resultat der erfolgreichen Zusammenarbeit während des Streiks der britischen Ford-Arbeiter im letzten Jahr.

*z.elb.* **Bisher haben es die Kapitalisten des US-Konzerns ITT, die sich in über 20 Ländern an der Ausbeutung der Arbeiter beteiligen, gut verstanden, ihre Rationalisierungspläne vor den Gewerkschaften bis zum letzten Augenblick geheimzuhalten.** Aus Anlaß von Entlassungen in den ITT-Werken in Westdeutschland, Großbritannien, Portugal und Norwegen forderten die Delegierten des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes aus 13 Ländern die Regierungen auf, ,,durch Gesetze zu garantieren, daß die ... Pläne (von ITT) bekanntgegeben werden''. Die ITT-Kapitalisten, die in Westdeutschland u.a. die Alfred Teves GmbH, die Standard Elektrik Lorenz AG, ITT Regelungstechnik besitzen und die Sheraton-Hotels kontrollieren, haben die Zahl der Lohnabhängigen in den europäischen Werken von 1975 bis 1979 von 221220 auf ca. 173000 gesenkt, im letzten Jahr allein um etwa 30300.



## Heftige Kämpfe der griechischen Studenten gegen ein neues Hochschulgesetz

*z.rül.* Tausende von griechischen Studenten besetzten am 13. Dezember die wichtigsten Gebäude der Athener Universität sowie mehrerer anderer Hochschulen des Landes. Sie fordern die Zurücknahme eines Hochschulgesetzes, das die griechische Regierung am 6. September vom Parlament hatte verabschieden lassen. Nach monatelangen Demonstrationen, Streiks und anderen Aktionen der Studenten hatte die nationale Studentengewerkschaft, die von Sozialdemokraten und Revisionisten beherrscht wird, einen dreitägigen Streik ab 17. Dezember an allen Hochschulen des Landes beschlossen. Daraufhin ordnete die Regierung die Schließung aller Hochschulen bis Mitte Januar an. Nun hat sie sich die Besetzungen eingehandelt.

Das Hochschulgesetz der Regierung ist den Interessen der Imperialisten und der griechischen Reaktion auf den Leib geschneidert. Eine Regelstudienzeit z.B. für Jura von höchstens sechs Jahren ist vorgesehen, danach werden die Studenten von der Hochschule ausgeschlossen. Wer innerhalb eines Studienjahres einmal durch eine der zahllosen Prüfungen fällt, muß das ganze Jahr wiederholen. Sämtliche Prüfungen dürfen höchstens zweimal wiederholt werden, der Studienstoff wird ausgeweitet und die Studienzeit von morgens bis abends mit Lehrveranstaltungen vollgestopft. Die Hochschulverwaltung soll gestrafft werden, und für die untergeordneten Lehrkräfte, insbesondere Doktoranten, wird die Arbeitshetze verschärft. Studentische Tutorien werden vollständig beseitigt. Die Verschärfung der Schulunterdrückung und der Konkurrenz unter den Studenten soll den Imperialisten die nötige Zahl von Arbeitskräften mit Hochschulausbildung sichern, die sie für ihre Niederlassungen brauchen.

1973 hatten die griechischen Studenten sich in großem Umfang an den Kampfaktionen der Arbeiter und Bauern gegen die von den US-Imperialisten installierte Militärjunta beteiligt. Nach dem Sturz der Junta 1974 spielten sie eine wichtige Rolle in den landesweiten Protesten gegen die NATO-Mitgliedschaft Griechenlands und für den Abzug aller US-Truppen. Die griechische Regierung und die Imperialisten wollen mit dem neuen Gesetz diese starke antiimperialistische Bewegung unter den Studenten zerschlagen.



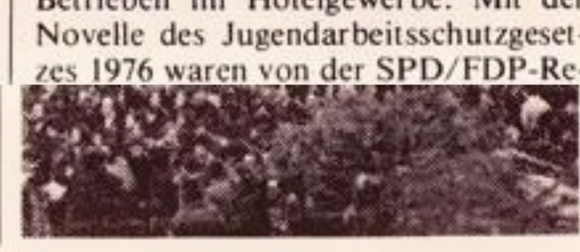
## Baden-Württemberg brütet über eine Neufassung des Jugendarbeitsschutzgesetzes

*z.mab.* Mitte November hat der Direktor des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg, Dr. Meisel, seinen Jahresbericht '79 vorgelegt: bei der Vermittlung von Lehrstellen gäbe es neben Erfolgen ,,dank der großen Flexibilität der Schulabgänger" ein ,,krasses Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage" bei jugendlicher Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt. Insbesondere in den Bau- und Baunebenberufen ständen 10300 Ausbildungsstellen nur 5620 Bewerber gegenüber, bei den Ernährungsberufen 4620 Stellen gegenüber 3190 Bewerbungen. Ähnlich hatte sich Wirtschaftsminister Eberle anläßlich der Tagung des Arbeitskreises ,,Fremdenverkehr" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ende September geäußert: ,,In engem Zusammenhang mit der Arbeitsmarktssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe sieht der Minister das Thema der Überprüfung ausbildungshemmender Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes. Dieses Gesetz führt nach seiner Ansicht in der praktischen Anwendung bei der Gestaltung der Ausbildungszeit nicht nur im Hotel- und Gaststättengewerbe zu Schwierigkeiten." (Staatsanzeiger,

chen Arbeitskraft zu jeder Tages- und Nachtzeit beseitigt werden sollen. Kernpunkte dieser Gesetzesinitiative, mit der nach DGB-Meldungen jetzt die CDU Baden-Württembergs erneut tätig werden will, sind: 8,5 statt 8 Stunden Normalarbeitszeit, Ausdehnung der Schichtzeit von 10 auf bis zu 12 Stunden, Ausdehnung der Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit – letzteres insbesondere im Backgewerbe und in der Krankenpflege – sollen ermöglicht werden.

Nach Veröffentlichungen der Gewerkschaft ,,Nahrung, Genuß, Gaststätten" in ihrer Oktoberzeitschrift wurden bei einer Fragebogenaktion der NGG im Bundesgebiet letztes Jahr 4167 Verstöße, die meisten im Hotel- und Gaststättengewerbe, erfaßt. Untersuchungen in Baden-Württemberg ergaben: 71 Verstöße gegen den Jugendarbeitsschutz bei 317 untersuchten Betrieben der Leder-, Textil-und Bekleidungsindustrie. 123 in 371 Betrieben des Backgewerbes und 153 in 314 Betrieben im Hotelgewerbe. Mit der Novelle des Jugendarbeitsschutzgesetzes 1976 waren von der SPD/FDP-Re-

gen vollgestopft. Die Hochschulverwaltung soll gestrafft werden, und für die untergeordneten Lehrkräfte, insbesondere Doktoranten, wird die Arbeitshetze verschärft. Studentische Tu-



## Baden-Württemberg brütet über eine Neufassung des Jugendarbeitsschutzgesetzes

*z.mab.* Mitte November hat der Direktor des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg, Dr. Meisel, seinen Jahresbericht '79 vorgelegt: bei der Vermittlung von Lehrstellen gäbe es neben Erfolgen ,,dank der großen Flexibilität der Schulabgänger" ein ,,krasses Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage" bei jugendlicher Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt. Insbesondere in den Bau- und Baunebenberufen ständen 10300 Ausbildungsstellen nur 5620 Bewerber gegenüber, bei den Ernährungsberufen 4620 Stellen gegenüber 3190 Bewerbungen. Ähnlich hatte sich Wirtschaftsminister Eberle anläßlich der Tagung des Arbeitskreises ,,Fremdenverkehr" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ende September geäußert: ,,In engem Zusammenhang mit der Arbeitsmarktssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe sieht der Minister das Thema der Überprüfung ausbildungshemmender Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes. Dieses Gesetz führt nach seiner Ansicht in der praktischen Anwendung bei der Gestaltung der Ausbildungszeit nicht nur im Hotel- und Gaststättengewerbe zu Schwierigkeiten." (Staatsanzeiger, 29.9.79.). Bereits seit 1977 betreibt die Landes-CDU gegenüber dem Bundesrat Initiativen, mit denen ,,ausbildungshemmende" Schranken gegen die zügellose Vernutzung der jugendlichen Arbeitskraft zu jeder Tages- und Nachtzeit beseitigt werden sollen. Kernpunkte dieser Gesetzesinitiative, mit der nach DGB-Meldungen jetzt die CDU Baden-Württembergs erneut tätig werden will, sind: 8,5 statt 8 Stunden Normalarbeitszeit, Ausdehnung der Schichtzeit von 10 auf bis zu 12 Stunden, Ausdehnung der Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit – letzteres insbesondere im Backgewerbe und in der Krankenpflege – sollen ermöglicht werden.

Nach Veröffentlichungen der Gewerkschaft ,,Nahrung, Genuß, Gaststätten" in ihrer Oktoberzeitschrift wurden bei einer Fragebogenaktion der NGG im Bundesgebiet letztes Jahr 4167 Verstöße, die meisten im Hotel- und Gaststättengewerbe, erfaßt. Untersuchungen in Baden-Württemberg ergaben: 71 Verstöße gegen den Jugendarbeitsschutz bei 317 untersuchten Betrieben der Leder-, Textil-und Bekleidungsindustrie. 123 in 371 Betrieben des Backgewerbes und 153 in 314 Betrieben im Hotelgewerbe. Mit der Novelle des Jugendarbeitsschutzgesetzes 1976 waren von der SPD/FDP-Regierung bereits wichtige Verbotsbestimmungen gegen Akkord-, Nacht-, Schicht- und Feiertagsarbeit aufgehoben worden. Die christliche Reaktion versucht seitdem, nachzustoßen.

## Neues Jugendbildungsgesetz in Niedersachsen. Parteienstreit um Ideologie

*r.gör.* Die geltende Fassung des Gesetzes zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung (Jugendbildungsgesetz) in Niedersachsen stammt vom 27. Mai 1974. Anfang Dezember wurde von der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag ein Novellierungsentwurf vorgelegt. Eine Woche später auch von der CDU-Fraktion.

Das alte Gesetz hatte sich noch einen Anflug sachlicher Zwecksetzung gegeben. Indem es nämlich forderte: Die außerschulische Jugendbildung ,,soll... durch ihre Angebote Kenntnisse und Fertigkeiten für Leben, Beruf und gesellschaftliche Betätigung vermitteln". (Paragraph 1) Stattdessen fordern nunmehr beide Novellierungsvorlagen bloß parteienspezifische Ideologie. Nach CDU-Vorstellung soll die Jugendbildung künftig ,,Erkenntnisse über den Sinn der Familie vermitteln, die Bereitschaft junger Menschen zur Familie stärken und auf die Aufgaben in ihr vorbereiten" sowie ,,zu verantwortlichem Handeln in Beruf und Gesellschaft beitragen". Grad passend dazu veröffentlichte das niedersächsische Statistische Landesamt eine Bevölkerungsprognose, deren pessimistische Variante bis zum Jahr 2050 einen Rückgang von 7,2 auf 4,6 Millionen Menschen in diesem Bundesland voraussagt. Und nach SPD-Vorstellung: ,,Jugendbildung soll junge Menschen insbesondere dazu befähigen, 1. soziale und kulturelle Erfahrungen, Kenntnisse und Vorstellungen kritisch zu verarbeiten, um die gesellschaftliche Wirklichkeit und ihre Stellung zu ihr zu begreifen und zu ändern" (wer also soll wen ändern?), und ,,2. die Mitarbeit im öffentlichen Leben zur Verwirklichung des Grundgesetzes wirksamer, kritischer und selbstbewußter zu gestalten..."

So oder so, die Jugend soll nicht wirklich etwas lernen, sondern soll lernen, sich in der Geldsackrepublik zu Hause zu fühlen. Aber ob das gehen wird? Jedenfalls wird nur diese Zwecksetzung staatlich bezuschußt. In beiden Neuentwürfen wie im alten Gesetz schon ist Voraussetzung für Zuschüsse, daß die Träger der Jugendbildung ihre Finanzen, Programme, ,,Leistungen hinsichtlich Teilnehmerzahl, Thematik und Zielsetzung" dem Staat gegenüber offenlegen und rechtfertigen. Aber ob die Jugend mit solchem Geld für ,,staatlich anerkannte" Träger zu kaufen ist? Die Skepsis beider bürgerlichen Parteien erscheint in ihrer Forderung nach – Mitbestimmung der Jugendlichen.

## Schmude läßt Modelle zur Spaltung von Deutschen und Ausländern entwickeln

*z.anl.* ,,Alle Verantwortlichen sind erstaunlich einmütig der Auffassung, daß in der Ausländerpolitik, insbesondere in der Politik für Ausländerkinder und -jugendliche durchgreifende Maßnahmen schnell nötig sind. Weniger Einmütigkeit besteht über die Art der Maßnahmen, über die Wege, die zu gehen, die Methoden, die anzuwenden, und die Mittel, die aufzubringen sind. Hier befinden wir uns in Auseinandersetzungen, die nicht nur gelegentlich den Beginn aktiven Handelns hinauszögern." Das erklärte der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Jürgen Schmude, Ende November vor der bürgerlichen Presse.

Das Problem, über dessen Lösung die bürgerlichen Politiker brüten, ist die Tatsache, daß der Anwerbestopp für ausländische Arbeiter sich auf die Zusammensetzung der ausländischen Arbeiter in der BRD und auf ihr Verhältnis zu den deutschen Arbeitern in einer Weise auswirkt, die die Kapitalisten nicht wünschen. Sie haben festgestellt, daß seit 1973 der Anteil der ausländischen Kinder in den Grundschulen und den weiterführenden Schulen zugenommen hat, obwohl die ausländischen Arbeiter immer weniger Kinder bekommen. In den Grundschulen verschiedener Großstädte beträgt der Anteil der ausländischen Kinder bis zu 50%. Nur 25% der ausländischen Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren erhielten eine berufliche Ausbildung. Diese Ströme zukünftiger Arbeitskraft zu lenken und im wesentlichen zu Hilfsarbeitern zu qualifizieren, ist der vornehmste Zweck der Bemühungen des Bildungsministers mit seinem ,,Bundesprogramm zur Förderung der Berufsausbildung von ausländischen und von lernbehinderten und sozial benachteiligten Jugendlichen". Man sieht, daß die Eingruppierung auf Hilfsschulniveau der Ausgangspunkt des Programms ist. ,,Durch das Förderprogramm soll die Ausbildung von ausländischen Jugendlichen durch die Wirtschaft erleichtert werden" ist Zweck der Maßnahme, weshalb ,,die Wirtschaft, z.B. Kammern" auch gleich zum Träger bestimmt wird. Das Programm sieht mehrere Stufen vor, zuerst eine einjährige Ausbildung in einer überbetrieblichen Einrichtung. Nach diesem Jahr können sich die Kapitalisten bedienen. Bleibt jemand übrig, so soll die ,,Fortsetzung der Ausbildung bis zum Berufsbildungsabschluß in der überbetrieblichen Einrichtung" fortgesetzt werden. ,,Wenn einem ausländischen Jugendlichen ... ein Ausbildungsplatz trotz aller Versuche nicht vermittelt werden kann, ist der Träger ... verpflichtet, den Jugendlichen weiter auszubilden." Das sollte sich doch verhindern lassen, zumal bei der vorgeschriebenen engen Zusammenarbeit ,,mit dem zuständigen Arbeitsamt, den zuständigen Stellen der Berufsausbildung und der jeweiligen Berufsschule". Also nach einem Jahr Ausbildung ab ans Band.

Da die ausländischen Arbeiter mit ihren Familien zum größten Teil schon länger als sechs Jahre in der BRD sind und da über 50% erklärt haben, sie wollten bleiben, überdenkt der bürgerliche Staat die Methoden der Unterdrückung der nationalen Sprache und Kultur der Ausländerkinder neu. Wurden bisher die Kinder zum Erlernen der deutschen Sprache meist in Sonderklassen von Lehrern ihrer eigenen Nationalität unterrichtet, so soll das jetzt möglichst unterbunden werden. Die offizielle Begründung dafür ist, sie wären sonst zu ,,isoliert".

Vorgeschoben und dabei verleumdet werden die deutschen Arbeiter. Einrichten auf langfristiges Zusammenleben sei nötig, sagt Schmude, ,,auch wenn das dem einen oder anderen Mitbürger schwer annehmbar erscheint, weil er – womöglich arbeitslos – die Konkurrenz fürchtet, weil viele Fremde ihm bedrohlich erscheinen oder aus welchen Gründen auch immer". Die Lebensbedingungen der deutschen und der ausländischen Arbeiter unter dem gleichen Kapital gleichen sich sowieso an. Als Hauptmittel der Spaltung bleibt die Entrechtung der ausländischen Arbeiter. Der Arbeiterklasse kann nur daran gelegen sein, daß die ausländischen Arbeiter ohne Ausnahme eingebürgert werden und daß der bürgerliche Staat sie nicht abschieben darf. Ganz entgegengesetzt sind die Erwägungen der Bundesregierung, die Einbürgerung von Fall zu Fall nach Ermessen des Ausländers erwägt. Beteiligung an den Kommunalwahlen soll sein, aber ohne Rechte auf der Ebene des Gesamtstaats und der Zentralregierung ist das ein Hohn.

Die Länderregierungen lassen derzeit Schulversuche laufen, wie durch Unterricht von vornherein in deutscher Sprache den Kindern schneller beigebracht werden kann, die Werte aufzunehmen, die fürs Leben so wichtig sind. War bisher in Deutschlehrbüchern für Ausländer z.B. zu lesen: ,,Aber wissen Sie, daß bei uns auch samstags gearbeitet wird?" ,,Das macht mir nichts aus, und arbeiten muß man überall." ,,Gut, Sie können am Montag anfangen", so wird es in den neuen Schulbüchern nicht mehr so offensichtlich hergehen. Am Zorn von Lehrern und Schülern über solches Lehrmaterial werden aber auch Medienpakete und Filme nichts ändern.

Daneben schielt die Bundesregierung auf die nutzbringende Verwendung derer, die in ihre Heimatländer zurückkehren wollen. Einige will sie sich heranziehen, damit sie Stützpunkte für die Einflußnahme der westdeutschen Kapitalisten bilden. Mit einem Facharbeiterbrief seien sie auch zu Hause ,,besser vorbereitet als gleichaltrige Landsleute".



Am 15.12. demonstrierten in München 3500 Griechen gegen die Abschaffung der griechischen Schule und forderten Gleichberechtigung der Lehrer.

## Bremer Diplomstudenten streiken gegen Verschärfung der Prüfungsordnung

*r.acl.* Seit dem 6.12. stehen die Studenten der Diplomstudiengänge an der Universität Bremen im Streik gegen die Anpassung der Diplomprüfungsordnung (Allgemeiner Teil) an das bremi-

treter der Asten besetzten Frankes Dienstzimmer und verlangten Verhandlungen. Franke unterbreitete ein Verhandlungsangebot und mußte sich am 7.12. einer Vollversammlung aller

Der Streik der Diplomstudenten hat Raum geschaffen zur Herausbildung einer Front, die die Begrenzung der Arbeitszeit, Versicherung der Studenten und Bezahlung der Arbeitskraft

50%. Nur 25% der ausländischen Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren erhielten eine berufliche Ausbildung. Diese Ströme zukünftiger Arbeitskraft zu lenken und im wesentlichen zu Hilfsarbeitern zu qualifizieren, ist der vornehmste Zweck der Bemühungen des Bildungsministers mit seinem ,,Bundesprogramm zur Förderung der Berufsausbildung von ausländischen und von lernbehinderten und sozial benachteiligten Jugendlichen". Man sieht, daß die Eingruppierung auf Hilfsschulniveau der Ausgangspunkt des Programms ist. ,,Durch das Förderprogramm soll die Ausbildung von ausländischen Jugendlichen durch die Wirtschaft erleichtert werden" ist Zweck der Maßnahme, weshalb ,,die Wirtschaft, z.B. Kammern" auch gleich zum Träger bestimmt wird. Das Programm sieht mehrere Stufen vor, zuerst eine einjährige Ausbildung in einer überbetrieblichen Einrichtung. Nach diesem Jahr können sich die Kapitalisten bedienen. Bleibt jemand übrig, so soll die ,,Fortsetzung der Ausbildung bis zum Berufsbildungsab-

bürger schwer annehmbar erscheint, weil er – womöglich arbeitslos – die Konkurrenz fürchtet, weil viele Fremde ihm bedrohlich erscheinen oder aus welchen Gründen auch immer". Die Lebensbedingungen der deutschen und der ausländischen Arbeiter unter dem gleichen Kapital gleichen sich sowieso an. Als Hauptmittel der Spaltung

rung auf die nutzbringende Verwendung derer, die in ihre Heimatländer zurückkehren wollen. Einige will sie sich heranziehen, damit sie Stützpunkte für die Einflußnahme der westdeutschen Kapitalisten bilden. Mit einem Facharbeiterbrief seien sie auch zu Hause ,,besser vorbereitet als gleichaltrige Landsleute".



Am 15.12. demonstrierten in München 3500 Griechen gegen die Abschaffung der griechischen Schule und forderten Gleichberechtigung der Lehrer.

## Bremer Diplomstudenten streiken gegen Verschärfung der Prüfungsordnung

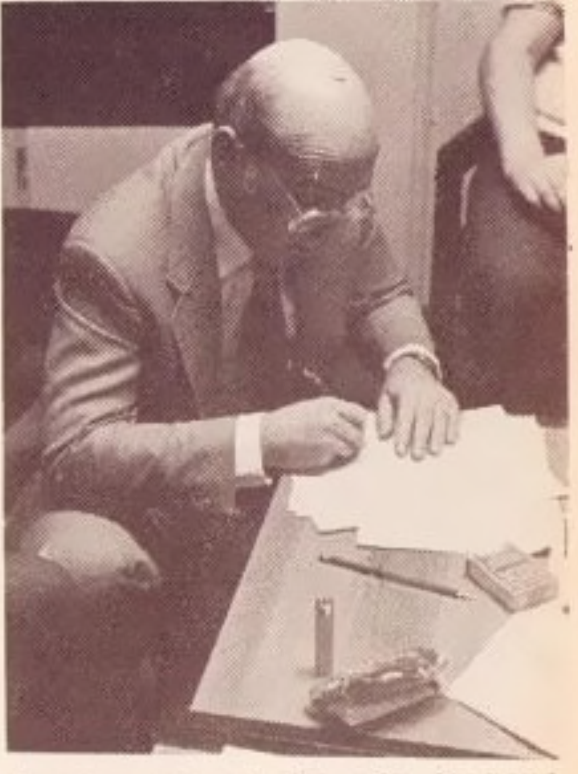
*r.acl.* Seit dem 6.12. stehen die Studenten der Diplomstudiengänge an der Universität Bremen im Streik gegen die Anpassung der Diplomprüfungsordnung (Allgemeiner Teil) an das bremische Hochschulgesetz. 33,6% der fast 3000 Studenten beteiligten sich an der Urabstimmung, 69,3% stimmten für Streik. Nachdem der Akademische Senat der Universität die Forderungen der Studenten unterstützt und die Verlängerung der geltenden Prüfungsordnung gefordert hatte, legte Rektor Wittkowsky die zurückgewiesene Vorlage einer universitären Kommission des Wissenschaftssenators Franke vor, der sie inzwischen mit kleinen Veränderungen in Kraft gesetzt hat. Auf einer Vollversammlung mit 160 Anwesenden am 20.12. wurde der Streik bis zum 10.1. ausgesetzt.

Mit der jetzt verabschiedeten Prüfungsordnung werden anstelle einer mündlichen Prüfung mehrere Prüfungen in der Abschlußprüfung eingeführt. Neu verlangt werden Teilnahmenachweise von den Studenten. Die zeitliche und thematische Eingrenzung der Diplomarbeit auf drei Monate entfällt und eine ,,fünf" in einem Prüfungsteil ist nicht mehr durch gute Noten in anderen Teilen ausgleichbar. Nach der Verabschiedung des Bremischen Hochschulgesetzes 1977, mit dem Bremen als erstes Bundesland sein Hochschulrecht dem Hochschulrahmengesetz anpaßte, wurden an allen Hochschulen die Prüfungsordnungen verschärft. Die Frist für die Anpassung endete am 14.11. dieses Jahres. In Briefen an die sechs Fachhochschulen des Landes und die Universität verlangte Senator Franke weitere Verschärfungen.

Dagegen protestierten am 29.11. 1500 Studenten in einer Demonstration zum Abschluß der Aktionstage der Fachhochschulstudenten. 30 Vertreter der Asten besetzten Frankes Dienstzimmer und verlangten Verhandlungen. Franke unterbreitete ein Verhandlungsangebot und mußte sich am 7.12. einer Vollversammlung aller bremischen Studenten stellen. Dort machte er den Fachhochschulstudenten Angebote zur Verringerung der Arbeitsbelastung und akzeptierte die 40-Stundenwoche. Die Verhandlungen mit den Studentenvertretern der Hochschule für Technik werden im Januar aufgenommen. Die Verhandlungen über die Diplomprüfungsordnung erklärte er für gescheitert, da er einer Nichtanpassung an das Bremische Hochschulgesetz nicht zustimmen könne. Außerdem ginge es nur um formale Veränderungen, die keine Verschärfung bedeuteten.

Die Studiengangsausschüsse und der Uni-Asta antworteten mit einem offenen Brief, in dem die Verschärfungen einzeln aufgeführt und außerdem Verhandlungen über die Erhöhung der Cafeteria-Preise um fast 30% zum 1.1.1980, über die Erhöhung der Wohnheimmieten und die Anhebung der Bafög-Sätze auf 700 DM Höchstsatz und 1400 DM Elternfreibetrag gefordert werden. Unterstützt wurden diese Forderungen vom Ausbildungspersonalrat Lehrerreferendare und der Delegiertenkonferenz West der GEW. Franke konnte den Brief ignorieren, weil Jusos und Revisionisten in den Asten keine einheitlichen Verhandlungen führen wollten. Auf die gezogenen Spaltungslinien konnten sie nur mit Klamauk antworten. So war die Sekretärin der Konferenz Bremer Asten auf der Gesamtvollversammlung nicht in der Lage, die Verschärfungen der Prüfungsordnung für die Uni-Studenten zu benennen, aber einen Preisrichter für Frankes Beiträge hatten sie neben dem Podium plaziert.

Der Streik der Diplomstudenten hat Raum geschaffen zur Herausbildung einer Front, die die Begrenzung der Arbeitszeit, Versicherung der Studenten und Bezahlung der Arbeitskraft fordert. Die Vollversammlung am 20.12. hat eine Resolution unterstützt, in der die Studiengangsausschüsse und der Asta aufgefordert werden, eine Veranstaltung zur Verschärfung der studiengangsspezifischen Anhänge der Prüfungsordnung vorzubereiten, sowie eine Veranstaltung zu den Disziplinarverfahren gegen F. Nake, A. Biesecker und V. Wihstutz und der Suspendierung J. Scheers zusammen mit dem Personalrat durchzuführen. Man muß darauf hinarbeiten, daß die Bremer Asten auf der VDS-Mitgliederversammlung, die vermutlich Ende Februar in Oldenburg stattfindet, bundesweite Aktionen auf Grundlage des Aktionsprogramms unterstützen.



Franke unterschreibt sein Verhandlungsangebot an die Vertreter der Asten

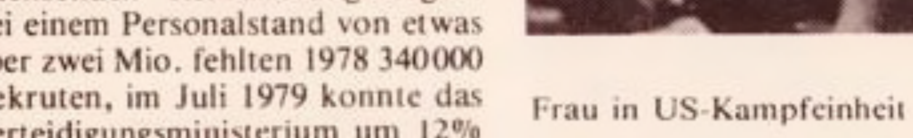
## Frauen in der US-Armee

*z.hev.* Noch 1971 gab es nur 30000 Frauen in der US-Armee, das waren 1,3% aller Soldaten, zur Zeit sind es schon über 100000 (6%). Bis 1983 sollen es nach den Planungen des Pentagon doppelt so viele und 1988 gar vier mal so viele sein (22%). Um diese Zahlen zu erreichen, müssen noch einige gesetzliche Beschränkungen fallen wie das Verbot der Verwendung von Frauen auf Kriegsschiffen und Kampfflugzeugen. Keinerlei gesetzliche Beschränkungen gibt es für die Armee.

Geschützreparatur ist ein Facharbeiterjob

Dort werden schon jetzt Frauen in den Kampfeinheiten ausgebildet – zu Fallschirmspringerinnen, Fernmelderinnen, Lastwagenfahrerinnen und Facharbeiterinnen für Panzer-, Geschütz- und Hubschrauberreparaturen. In der Grundausbildung müssen alle vorher einige Monate bei der Infanterie oder Panzer- bzw. Flugabwehreinheiten reine Kampfaufgaben erlernen. Die Luftwaffe hat inzwischen einige Versuche mit der Ausbildung weiblicher Piloten gestartet und die Marine plant, 500 bis 1000 Frauen auf rund 50 Schiffen einzusetzen, um zu sehen, wie es geht.

Obwohl sich das Pentagon gern das Image verschaffen möchte, hier an vorderster Front der Frauenemanzipation zu marschieren, hat diese plötzliche Vorliebe für weibliche Soldaten doch ganz andere Hintergründe. 1972 hatte Nixon nach der Niederlage im Vietnamkrieg die seit 1940 bestehende Wehrpflicht aufgehoben. Die US-Armee wurde eine Freiwilligenarmee mit ständig wachsenden Rekrutierungssorgen. Bei einem Personalstand von etwas über zwei Mio. fehlten 1978 340000 Rekruten, im Juli 1979 konnte das Verteidigungsministerium um 12% weniger als geplant in die Armee locken. Für die 80er Jahre wird ein noch größeres Defizit erwartet. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht wäre eine Möglichkeit, mit der die US-Regierung dem Problem schwindender militärischer Kraft und Einsatzbereitschaft zu Leibe rücken könnte – die andere eben, Frauen in großem Stil in die Freiwilligenarmee zu holen. Sie hat, z.Zt. jedenfalls, den zweiten Weg gewählt und kann damit zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Sie erreicht eine hohe Kaderung in der Berufsarmee, Voraussetzung für jederzeitige und schnelle Auffüllung mit Wehrpflichtigen, falls der Bedarf für kriegerische Abenteuer besteht.



Frau in US-Kampfeinheit

Die Kosten für diese Lösung sind natürlich enorm. Denn wer geht schon einfach so freiwillig zur Armee, Mann oder Frau. 39 Milliarden Dollar für Sold und Pensionen sind es 1979. Aber gerade bei den Lohnkosten sind die Frauen wie auch in der Industrie billiger zu haben. Die Rekrutierungsbüros rechnen, daß es ungefähr das gleiche kostet, eine gut ausgebildete Frau zu werben wie einen nur schlecht ausgebildeten Mann. Die allgemeinen Bedingungen des Arbeitsmarktes schlagen voll durch, und das Pentagon nutzt nur die Vorteile einer industriellen Reservearmee und die Spaltung im Lohnniveau zwischen Mann und Frau, die die Kapitalisten schon lange profitabel einsetzen, und es vollzieht eine Entwicklung nach, die in der Industrie seit einiger Zeit in vollem Gange ist: in den USA arbeiten Frauen wieder in den Bergwerken unter Tage und in den Stahlwerken an Hochöfen.

zipation zu marschieren, hat diese plötzliche Vorliebe für weibliche Soldaten doch ganz andere Hintergründe. 1972 hatte Nixon nach der Niederlage im Vietnamkrieg die seit 1940 bestehende Wehrpflicht aufgehoben. Die US-Armee wurde eine Freiwilligenarmee mit ständig wachsenden Rekrutierungssorgen. Bei einem Personalstand von etwas über zwei Mio. fehlten 1978 340000 Rekruten, im Juli 1979 konnte das Verteidigungsministerium um 12% weniger als geplant in die Armee locken. Für die 80er Jahre wird ein noch größeres Defizit erwartet. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht wäre eine Möglichkeit, mit der die US-Regierung dem Problem schwindender militärischer Kraft und Einsatzbereitschaft zu Leibe rücken könnte – die andere eben, Frauen in großem Stil in die Freiwilligenarmee zu holen. Sie hat, z.Zt. jedenfalls, den zweiten Weg gewählt und kann damit zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Sie erreicht eine hohe Kaderung in der Berufsarmee, Voraussetzung für jederzeitige und schnelle Auffüllung mit Wehrpflichtigen, falls der Bedarf für kriegerische Abenteuer besteht.



Frau in US-Kampfeinheit

Die Kosten für diese Lösung sind natürlich enorm. Denn wer geht schon einfach so freiwillig zur Armee, Mann oder Frau. 39 Milliarden Dollar für Sold und Pensionen sind es 1979. Aber gerade bei den Lohnkosten sind die Frauen wie auch in der Industrie billiger zu haben. Die Rekrutierungsbüros rechnen, daß es ungefähr das gleiche kostet, eine gut ausgebildete Frau zu werben wie einen nur schlecht ausgebildeten Mann. Die allgemeinen Bedingungen des Arbeitsmarktes schlagen voll durch, und das Pentagon nutzt nur die Vorteile einer industriellen Reservearmee und die Spaltung im Lohnniveau zwischen Mann und Frau, die die Kapitalisten schon lange profitabel einsetzen, und es vollzieht eine Entwicklung nach, die in der Industrie seit einiger Zeit in vollem Gange ist: in den USA arbeiten Frauen wieder in den Bergwerken unter Tage und in den Stahlwerken an Hochöfen.

## Bundesleistungsgesetz: Umfassende Befugnis zur militärischen Beschlagnahme privater Sachen

*r.pit.* Bekannt sind seitens der Bundeswehrführung schikanöse „Sicherheitsüberprüfungen“, Verweisung von Kasernenplätzen bis hin zum Fahrverbot, betreffs der Autos der Soldaten. In der Lützow-Kaserne in Münster-Handorf hat jetzt der Kasernenkommandant vor einiger Zeit den Befehl gegeben, nachdem alle Privatfahrzeuge, die innerhalb des Kasernengeländes geparkt sind, „in Fluchtrichtung aufgestellt werden müssen“, d.h. mit der Schnauze in Fahrtrichtung, so daß sie in kürzester Zeit herausgefahren werden können. Eine Begründung für diesen Befehl gab es nicht.

Der Befehl ermöglicht, im Bedarfsfalle alle Privatwagen der Soldaten aus der Kaserne zu schaffen und militärisch unter Beschlag zu nehmen. Das gesetzliche Recht zu dieser Enteignung hat die Bundeswehr allemal.

„§1: Leistungen können angefordert werden 1. zur Abwendung einer drohenden Gefahr für den Bestand ... der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ... 2. für Zwecke der Verteidigung ... 3. zur Erfüllung der Verpflichtung des Bundes aus zwischenstaatlichen Verträgen über die Stationierung ... von Streitkräften auswärtiger Staaten im Bundesgebiet; §2: Als Leistungen können angefordert werden 1. die Überlassung von beweglichen Sachen zum Gebrauch ... 2. die Überlassung beweglicher Sachen zum Eigentum ... 6. die Unterlassung des Gebrauchs, des Mitgebrauchs. 8. die Duldung von Einwirkungen auf bewegliche und unbewegliche Sachen ...; §4: Zu Leistungen können alle natürlichen und juristischen Personen sowie Personenvereinigungen innerhalb und außerhalb des Bundesgebietes ... herangezogen werden ...; §5 Absatz 2: Im Verteidigungsfall oder nach Feststellung der Bundesregierung ... sind die Behörden der Bundeswehrverwaltung als Anforderungsbehörde zuständig für die Anforderung der nachstehenden Gegenstände und Leistungen ... 1. Waffen und Munition ... 2. Zelte, 3. sonstige Ausrüstungsgegenstände und Unterkunftsgeräte für Truppen; 4. Kraftfahrzeuge nebst Zubehör ... 8. Betriebs- und Brennstoffe ...“

Obiger Beschlagnahmekatalog ist dem „Bundesleistungsgesetz“ entnommen. Die Bedeutung dieses Gesetzes würdigt das „Weißbuch zur zivilien Verteidigung“ von 1973: „Das Gesetz gestattet die Anforderung individueller Sachen, Güter und Leistungen ... Auf diese Weise können vor allem Lastkraftwagen, Baumaschinen, Räumgeräte und andere verteidigungswichtige Güter zur Deckung des Ergänzungsbedarfs der Streitkräfte und des Zivil- und Katastrophenschutzes ... in Anspruch genommen werden. Die Anwendbarkeit des Bundesleistungsgesetzes ist nicht an die Voraussetzung des Notstandsartikels 80a Grundgesetz gebunden, es darf mithin gerade auch in „Friedenszeiten“ „in Anspruch genommen werden“. So war lange Zeit das im BLG festgeschriebene Recht auf Zerstörung bäuerlichen Eigentums bei Manövern Hauptanwendungszweck des Gesetzes. Praktische Bedeutung für die Heranziehung kriegstauglicher Fahrzeuge erhielt das BLG erstmals, als im Oktober 1972 bei einer im nordhessischen Raum durchgeführten Mob-Übung einer Heeresbrigade rund 160 private LKW in Anspruch genommen wurden. Nach der Zeitschrift „Zivilverteidigung“ brachte die Übung „nicht in allen Punkten ein befriedigendes, jedoch für die Planung- und Verfahrensverbesserungen ein richtungsweisendes Ergebnis“.

Die Inanspruchnahme von privaten Fahrzeugen ist seinerzeit auf Widerstand seitens der Betroffenen gestoßen, ähnliche Übungen sind in der Folge nicht bekannt geworden. Das soll jetzt offensichtlich anders werden. So jedenfalls erhält der auf den ersten Blick unverständliche Handorfer Befehl seinen Sinn.

*Glücksburg:* Flottenkommando. *Flensburg:* Schnellbootflottille: 3.Schnellbootgeschwader. Flottendienstgeschwader (U-Boot-Jäger). Marineschule Mürwik. *Olpenitz:* 12.Schnellbootgeschwader. 5. Schnellbootgeschwader. 5. Minensuchgeschwader. *Eckernförde:* 11. U-Bootgeschwader. 3.U-Bootgeschwader. Minentaucherkompanie. Marinenwaffenschule. Kommando für Truppenversuche der Marine. Erprobungsstelle 71 der Bundeswehr. *Kiel:* Marinefliegerdivision. Zerstörerflottille. U-Bootflottille. Marineführungsdienstkommando. Forschungsanstalt der Bundeswehr für Wasserschall und Geophysik. Marinearsenal. 1. Zerstörergeschwader. 3. Zerstörergeschwader. 7. Schnellbootgeschwader. 3. Minensuchgeschwader. 1. Landungsgeschwader (Mehrzwecklandungsboote). 1. Versorgungsgeschwader. Marinefliegergeschwader 5. *Neustadt:* 17. Minensuchgeschwader. U-Boot-Lehrgruppe. *Westerland:* Marinefliegerlehrgruppe. Marinelager. *List:* Sanitäter. Gemeinsame Übungsstelle mit DRK. *Eggebeck:* Marinefliegergeschwader 2 bis 57. *Schleswig/Jagel:* Marinefliegergeschwader 1 bis 60 (ab 1982 Ausrüstung mit Mehrzweckkampfflugzeug Tornado). *Leck:* Marinedepot (Munition, Reparatur, Torpedos, Grund-Treibminen). Aufklärungsgeschwader 52. *Wilhelmshaven:* Stationierungsort der im Bau befindlichen Fregatten F 122. (Sept. 1981, geplante Indienststellung der ersten Fregatte „Bremen“).

dienstgeschwader (U-Boot-Jäger). Marineschule Mürwik. *Olpenitz:* 12.Schnellbootgeschwader. 5. Schnellbootgeschwader. 5. Minensuchgeschwader. *Eckernförde:* 11. U-Bootgeschwader. 3.U-Bootgeschwader. Minentaucherkompanie. Marinenwaffenschule. Kommando für Truppenversuche der Marine. Erprobungsstelle 71 der Bundeswehr. *Kiel:* Marinefliegerdivision. Zerstörerflottille. U-Bootflottille. Marineführungsdienstkommando. Forschungsanstalt der Bundeswehr für Wasserschall und Geophysik. Marinearsenal. 1. Zerstörergeschwader. 3. Zerstörergeschwader. 7. Schnellbootgeschwader. 3. Minensuchgeschwader. 1. Landungsgeschwader (Mehrzwecklandungsboote). 1. Versorgungsgeschwader. Marinefliegergeschwader 5. *Neustadt:* 17. Minensuchgeschwader. U-Boot-Lehrgruppe. *Westerland:* Marinefliegerlehrgruppe. Marinelager. *List:* Sanitäter. Gemeinsame Übungsstelle mit DRK. *Eggebeck:* Marinefliegergeschwader 2 bis 57. *Schleswig/Jagel:* Marinefliegergeschwader 1 bis 60 (ab 1982 Ausrüstung mit Mehrzweckkampfflugzeug Tornado). *Leck:* Marinedepot (Munition, Reparatur, Torpedos, Grund-Treibminen). Aufklärungsgeschwader 52. *Wilhelmshaven:* Stationierungsort der im Bau befindlichen Fregatten F 122. (Sept. 1981, geplante Indienststellung der ersten Fregatte „Bremen“).

## Westdeutsche Marinestützpunkte




Die USA-Imperialisten sprechen von einer Seeblockade gegen den Iran. Präsident Carter äußerte dies in der letzten Woche. In unserem Schaubild die Stützpunkte der westdeutschen Marine. Im Weißbuch 79 sind folgende Erläuterungen zur Marine zu finden: „Die Marine hat Anteil daran, die internationale Ordnung auf See aufrechtzuerhalten; sie unterstützt die Meeresforschung. Mit ihrem Such- und Rettungsdienst leistet sie humanitäre Hilfe. Die Marine erfüllt ihre Aufgaben gemeinsam mit den verbündeten Marinen und in engem Zusammenwirken mit Luft- und Landstreitkräften“.




Die USA-Imperialisten sprechen von einer Seeblockade gegen den Iran. Präsident Carter äußerte dies in der letzten Woche. In unserem Schaubild die Stützpunkte der westdeutschen Marine. Im Weißbuch 79 sind folgende Erläuterungen zur Marine zu finden: „Die Marine hat Anteil daran, die internationale Ordnung auf See aufrechtzuerhalten; sie unterstützt die Meeresforschung. Mit ihrem Such- und Rettungsdienst leistet sie humanitäre Hilfe. Die Marine erfüllt ihre Aufgaben gemeinsam mit den verbündeten Marinen und in engem Zusammenwirken mit Luft- und Landstreitkräften“.

# Kanonenbootpolitik des US-Imperialismus gegen den Iran

### Aber vorsichtig, um „unerwünschte Nebenwirkungen“ zu vermeiden

*z.bag.* In der Dezembernummer der „Europäischen Wehrkunde“ kann man einen Artikel über „Die Südflanke der NATO-Probleme und Besonderheiten“ lesen, in dem es heißt: „Wir können es uns nicht leisten, auf einer Karte saubere Linien zu ziehen und zu sagen, daß dies die NATO-Grenzen sind, die alle unsere Interessen umschließen. Harte Tatsache ist es vielmehr, daß alles, was irgendwo rund um Afrika oder natürlich auch irgendwo auf diesem turbulenten Kontinent oder im Indischen Ozean, im Roten Meer, im Persischen Golf oder im gesamten Mittleren Osten geschieht, für die NATO ganz genau so wichtig oder möglicherweise kritischer ist als das, was irgendwo in Westeuropa oder im Atlantischen Ozean vor sich geht.“ Nach der Feststellung dieser harten Tatsache werden auch gleich die nötigen Maßnahmen vorgeschlagen: „Niemals haben wir zur Verteidigung unserer Interessen eine starke und moderne Seemacht dringender gebraucht als jetzt. Die meisten der weitgespannten Probleme, die ich hier aufgezeigt habe, stehen in unmittelbarer Beziehung zur Benutzung und Kontrolle der Meere.“ Kurz nach dem Beginn der iranischen Revolution Anfang dieses Jahres hatten die USA ihre Flotte im Persischen Golf von drei auf fünf Schiffe aufgestockt und mit der Planung einer 5. Flotte im Indischen Ozean aus Teilen der Mittelmeer- und Pazifikflotte angefangen. Im vergangenen Monat wurde der Aufbau einer Eingreiftruppe von 110000 Mann bekannt, die mit kombinierten See- und Luftlandemanövern operieren soll. Entsprechende praktische Übungen wurden fast gleichzeitig in der Bucht von Guantanamo auf Cuba abgehalten. Jetzt kamen die ersten Meldungen, daß die USA gegen den Iran eine Seeblockade erwägen. Dazu stehen im Arabischen Meer 21 Kriegs- und Versorgungsschiffe sowie 145 Flugzeuge bereit. Laut „Bild“ vom 17. und „Welt“ vom 20.12. haben Schmidt und Genscher die Unterstützung amerikanischer Aktionen gegen den Iran zugesagt.

Es heißt, mit der Blockade soll die Einfuhr von Gütern in den Iran durch den Persischen Golf abgeschnitten und so die Freigabe der Geiseln in der amerikanischen Botschaft erzwungen werden. Es geht jedoch um viel mehr. Durch die Erfolge der iranischen Revolution haben die Länder der 3. Welt erneut mit Freude erfahren, daß die amerikanische Supermacht schlagbar oder zumindest verwundbar ist. Die USA haben mit dem Iran ihren wichtigsten Stützpunkt zur Beherrschung des Raums von Afrika bis Asien verloren. Und die USA und NATO-Länder haben die Kontrolle über Produktion und Transport von Erdöl aus dem Iran und den arabischen Ländern nicht mehr in der Hand. In dem schon erwähnten Militärartikel heißt es dazu: „Unsere Wirtschaft würde praktisch innerhalb einiger Wochen zum Stillstand kommen. Schlimmstenfalls würde das Abschneiden der NATO von den Ölquellen dazu führen, daß wir den Krieg, den abzuwenden wir uns so sehr bemühen, ohne einen Schuß verlieren.“

Der Iran war die stärkste Bastion zur Durchsetzung der amerikanischen Interessen im Mittleren Osten. 600000 Mann standen unter Waffen, die von den USA und anderen westlichen Imperialisten geliefert und von ihren „Experten“ gewartet wurden. Unter dem Schah-Regime wurden Militärverträge mit den USA im Werte von 21 Mrd. Dollar abgeschlossen, und der Iran und Nachbarländer waren Mitglieder westlicher Militärbündnisse. Das Schah-Regime stellte den USA auch Stützpunkte am Kaspischen Meer zur Verfügung, von denen aus sie ihren sozialimperialistischen Rivalen überwachen konnten. Die USA kontrollierten auch die angrenzenden Länder und Meere. Das Mittelmeer mit der 6. Flotte, die Türkei über die NATO, Saudi-Arabien mit umfangreichen Waffenlieferungen und mit ca. 10000 „Spezialisten“, ebenso den Nordjemen und Oman, den Indischen Ozean mit der zentral gelegenen Insel Diego Garcia, mit dem australischen Nordwestkap und mit Basen auf französischen Inseln am Rande der Antarktis. Diego Garcia besitzt eine 4 km lange Landebahn, kann B 52-Bomber und die riesigen Transportflugzeuge C5 und KC35 aufnehmen und stellt ein wichtiges Bindeglied im Omega-Navigationssystem dar. Wie im Iran selbst haben die USA in den letzten Jahren auch bei diesen Stützpunkten Verluste hinnehmen müssen. Ihre Stützpunkte in der Türkei sind unsicher und die arabischen und afrikanischen Länder lehnen zunehmend amerikanische und andere westliche „Hilfe“ ab, so der Irak und der Libanon, Ägypten und Äthiopien, ähnlich Indien und Pakistan. Auf der anderen Seite machen die Sozialimperialisten den USA in der Region immer stärker zu schaffen: das ständige Geschwader der UdSSR im Indischen Ozean steht jetzt mit 20 Kampfschiffen und Versorgern, vermehrt durch einen Zerstörer, im Arabischen Meer, und sowjetische Schiffe können den Hafen von Aden benutzen.

Eine US-Intervention hätte „unerwünschte Nebenwirkungen“, wie NATO-Strategen ganz richtig feststellen. Die Wirkung nämlich, daß die arabischen Länder und die Länder der 3. Welt sich weiter gegen den US-Imperialismus zusammenschließen.





Demonstration in Teherean 1951 gegen die US-Imperialisten (links). September 1979, Demonstranten tragen eine Carter-Puppe und verbrennen sie vor der amerikanischen Botschaft

## Italienische Regierung verschärft faschistisches politisches Strafgesetz

*z.ans.Rom.* In der letzten Woche hat die italienische Regierung eine Reihe von Sondergesetzen gegen ,,Terrorismus und Umstürzlertum" erlassen. Die administrativen Maßnahmen konzentrieren sich auf das zur ,,empfindlichen Zone" erklärte industrielle Dreieck zwischen Mailand, Turin und Genua, wo die italienische Arbeiterklasse zusammengeballt ist. Der Angriff gilt der demokratischen und revolutionären Bewegung insgesamt. In Turin und Genua wurden Polizisten zu Präfekten ernannt. Die Präfekturen sind die Kontrollinstanzen der Regierung über die Provinzen. Der berüchtigte Chef der Sondereinheit für den ,,Kampf gegen den Terrorismus", General Dalla Chiesa, wurde Carabinieri-Kommandant für ganz Norditalien.

Durch die Notstandsmaßnahmen, die als Gesetzesdekrete bereits in Kraft sind, wird die Bespitzelung der Volksmassen verschärft und die Rechtlosigkeit aller, die in die Fänge der Justiz geraten, vorwärtsgetrieben. Ganze Häuserblocks können durchsucht werden. Das Telefonabhören wird noch ,,großzügiger" gehandhabt. Die Strafmaße werden enorm verschärft. So wird z.B. das Strafmaß für alle ,,terroristischen und umstürzlerischen" Straftaten um 50% erhöht. Die von der demokratischen Bewegung erkämpfte Höchstdauer der Untersuchungshaft wird von vier auf sechs Jahre verlängert. Die Polizei kann Verdächtige bis zu vier Tage festhalten, bevor sie dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden müssen.

Mit den gleichzeitig eingebrachten Gesetzentwürfen wird die Illegalisierung jeder revolutionären Tätigkeit vorbereitet. Verbreitung von ,,terroristischen und umstürzlerischen" Dokumenten, auch durch Presse und Rundfunk, wird als ,,Unterstützung von strafbaren Handlungen" verboten. Schon der bloße Besitz solcher Dokumente wird strafbar. Außerdem sehen die Gesetzentwürfe vor, daß für alle Straftaten der Einspruch des Staatsanwalts gegen Haftentlassung aufschiebende Wirkung hat.

Die italienische Regierung hat damit das Kunststück fertiggebracht, das von den Faschisten erlassene politische Strafgesetzbuch noch weiter zu verschärfen. Die demokratische und revolutionäre Bewegung hat im Kampf eine Reihe von politischen Strafgesetzen faktisch unanwendbar gemacht. Die Strafverschärfung bedeutet ein Signal an die Justiz, die bereits im bisherigen Strafgesetzbuch enthaltenen Paragraphen wie Verbot der ,,Unterbrechung eines öffentlichen Dienstes" verstärkt anzuwenden.

## Jugoslawische Gewerkschaften: Arbeitslosigkeit ein lösbares Problem

*z.anb.* Zwischen 1974 und 1978 stieg die Zahl der Beschäftigten in Jugoslawien pro Jahr durchschnittlich um 4,6%, die entgegengesetzte Entwicklung zu der in den imperialistischen Metropolen sich verschärfenden relativen Überzähligmachung von Arbeitskräften. Der nationale Wirtschaftsplan drückte sich in einem wachsenden Arbeitskräftebedarf aufgrund Ausweitung der Produktion aus. Obwohl diese Haupttendenz anhält, es 1978 400000 offene Stellen gab, nahmen auf der anderen Seite die Arbeitslosenzahlen zu, derzeit sind es 720000 bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl im verstaatlichten Sektor von 5 Mio.

Mit der bewußten Steigerung des Ausbildungsniveaus der Arbeiterklasse ist in den letzten Jahren der akute Facharbeitermangel im wesentlichen behoben worden, qualifizierte Arbeiter machen in Industrie und Bergbau heute nahezu 50% aus (533000 von 1,7 Mio.). Aber, wie die Gewerkschaften festgestellt haben, das Lohngefüge entspricht dieser Entwicklung nicht. Es ist noch behaftet mit Merkmalen der kapitalistischen Produktionsweise, in der die Bezahlung nach Leistung auf den Kopf gestellt wird.

Während in den Bereichen der industriellen Schwerarbeit Arbeitskräfte fehlen, ist der Arbeitsmarkt mit Technikern und Hochschülern angefüllt, die sich um Tätigkeiten vor allem im öffentlichen Dienst bewerben. Auf dem Land fehlen 4000 Ärzte, während in den Ballungszentren 2000 nach Arbeit suchen.

Das Problem, so erklärt der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, Mika Spiljak, hat zur Grundlage die schlechtere Bezahlung der produktiven Arbeit, insbesondere der unter schwierigen Produktionsbedingungen. 1978 z.B. lag der Durchschnittslohn aller Lohnabhängigen bei 4915 Dinar, der der Industriearbeiter aber um 300 Dinar darunter, der des öffentlichen Dienstes um 1770 Dinar höher.

Diese Tatsache behindere die insgesamt fortschrittliche Entwicklung des Lohnsystems, deren Hauptkennzeichen die Beseitigung bzw. Abschwächung der Lohnklassenspaltung *innerhalb* der einzelnen Gewerke ist.

Mit der Anhebung der Industrielöhne soll nach dem Vorschlag der Gewerkschaften der Aufbau von Leichtindustrie auf dem Land beschleunigt werden, um die Wanderungsbewegungen in die Städte einzudämmen und die Wirtschaftskraft der weniger entwickelten Regionen zu entfalten.

## Jugoslawische Gewerkschaften: Arbeitslosigkeit ein lösbares Problem

*z.anb.* Zwischen 1974 und 1978 stieg die Zahl der Beschäftigten in Jugoslawien pro Jahr durchschnittlich um 4,6%, die entgegengesetzte Entwicklung zu der in den imperialistischen Metropolen sich verschärfenden relativen Überzähligmachung von Arbeitskräften. Der nationale Wirtschaftsplan drückte sich in einem wachsenden Arbeitskräftebedarf aufgrund Ausweitung der Produktion aus. Obwohl diese Haupttendenz anhält, es 1978 400000 offene Stellen gab, nahmen auf der anderen Seite die Arbeitslosenzahlen zu, derzeit sind es 720000 bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl im verstaatlichten Sektor von 5 Mio.

Mit der bewußten Steigerung des Ausbildungsniveaus der Arbeiterklasse ist in den letzten Jahren der akute Facharbeitermangel im wesentlichen behoben worden, qualifizierte Arbeiter machen in Industrie und Bergbau heute nahezu 50% aus (533000 von 1,7 Mio.). Aber, wie die Gewerkschaften festgestellt haben, das Lohngefüge entspricht dieser Entwicklung nicht. Es ist noch behaftet mit Merkmalen der kapitalistischen Produktionsweise, in der die Bezahlung nach Leistung auf den Kopf gestellt wird.

Während in den Bereichen der industriellen Schwerarbeit Arbeitskräfte fehlen, ist der Arbeitsmarkt mit Technikern und Hochschülern angefüllt, die sich um Tätigkeiten vor allem im öffentlichen Dienst bewerben. Auf dem Land fehlen 4000 Ärzte, während in den Ballungszentren 2000 nach Arbeit suchen.

Das Problem, so erklärt der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, Mika Spiljak, hat zur Grundlage die schlechtere Bezahlung der produktiven Arbeit, insbesondere der unter schwierigen Produktionsbedingungen. 1978 z.B. lag der Durchschnittslohn aller Lohnabhängigen bei 4915 Dinar, der der Industriearbeiter aber um 300 Dinar darunter, der des öffentlichen Dienstes um 1770 Dinar höher.

Diese Tatsache behindere die insgesamt fortschrittliche Entwicklung des Lohnsystems, deren Hauptkennzeichen die Beseitigung bzw. Abschwächung der Lohnklassenspaltung *innerhalb* der einzelnen Gewerke ist.

Mit der Anhebung der Industrielöhne soll nach dem Vorschlag der Gewerkschaften der Aufbau von Leichtindustrie auf dem Land beschleunigt werden, um die Wanderungsbewegungen in die Städte einzudämmen und die Wirtschaftskraft der weniger entwickelten Regionen zu entfalten.

## Die griechischen Volksmassen bekämpfen die dauernde Lohnsenkung



*z.ror.* Am 11. Dezember führten über die Hälfte aller Beschäftigten in Griechenland einen 24-stündigen Streik gegen das Angebot der Kapitalisten in den Lohnverhandlungen für 1980 durch. Das Angebot lautet 10% mehr Lohn für die Angestellten und 15% mehr für die Arbeiter. An den Demonstrationen, die im ganzen Land stattfanden, beteiligten sich über eine Million Arbeiter und Angestellte sowie viele Studenten und Delegationen von Bauern. Das Bild zeigt die Demonstration in Athen.

Die Loherhöhung betrug für 1979 12%. Innerhalb dieses Jahres stiegen aber die Preise zwischen 20 – 30%. Der durchschnittliche Arbeitertageslohn beträgt 450 – 500 Drachmen. Ein kg Fleisch verschlingt inzwischen einen Tageslohn, ein kg Huhn kostet 150 Drachmen, ein kg Zucker 30 Drachmen, der Brotpreis stieg um fast 40%, ebenso die Mieten. Das ganze Jahr über führte die Arbeiterbewegung Streiks durch und oft gelang es, innerbetriebliche Lohnerhöhungen durchzusetzen. Die Forderung der Gewerkschaften lautet 25% für alle Beschäftigten.

Im Juli hat die Regierung ein Energiesparprogramm, Bezinpreiserhöhungen mit Wochendfahrverboten beschlossen, im August folgte ein Verbot von Lohnerhöhungen für den Rest des Jahres. Zum Lohnkampf erklärte sie, daß die Preise im kommenden Jahr nicht über 15% steigen werden, eine Erhöhung um 15% sei angemessen. Da die Kapitalisten kein neues Angebot mehr vorlegten, wurden die Gewerkschaften einer gerichtlichen Schlichtungskommission unterworfen, die beschloß, daß eine Erhöhung um 15% angemessen ist. Kurze Zeit nach dem Urteil veröffentlichte die Regierung neue Zahlen, daß die Preissteigerungen für 1980 doch zwischen 25 und 50% betragen werden.

Erneut haben auch die Bauern gegen die Politik der Regierung zu Kampfaktionen landesweit vom 4. – 10. Februar aufgerufen. Im Mittelpunkt ihrer Forderungen steht die Anhebung der Mindestpreise für landwirtschaftliche Produkte. Gegen die Ausplünderungspolitik durch die Landwirtschaftsbank fordern sie die Stundung der Zinszahlungen für 10 Jahre. Da die Rente des Bauern, umgerechnet nur 45 DM, nur zum Hungern reicht, fordern die Bauern ihre Verdreifachung.

# Kann Sá Carneiro das IWF-Programm durchsetzen?

### Portugal: Reformismus und Revisionismus isolieren Arbeiterklasse im Kampf gegen Reaktion

*z.lup.* Bei den Gemeinde- und Bezirksvertretungswahlen in Portugal am 16. Dezember wie schon bei den Parlamentswahlen am 2. Dezember ist die ,,Demokratische Allianz" unter Francisco Sá Carneiro, die als Block von Parteien der offenen Reaktion kandidiert hatte, erneut als Sieger hervorgegangen. In beiden Wahlen erhielt die ,,Demokratische Allianz" etwa 50% der Stimmen, mit Schwerpunkt im Norden des Landes, der durch äußerst stark parzellierte Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft auf Seiten der Kleinbauern und nahezu unumschränkte Macht der Großgrundbesitzer gekennzeichnet ist, aber auch Gewinne in einer Reihe von Großstädten. Die Sozialistische Partei unter Soares erhielt mit 27% der Mandate 6% weniger als bei den letzten Kommunalwahlen 1967 und 8% weniger als bei den letzten Parlamentswahlen. Die revisionistische PCP unter Cunhal hatte mit 20% bei den Kommunalwahlen und 19% bei den Parlamentswahlen gewisse Gewinne.

Sá Carneiro ist ein durchtriebener Reaktionär, der schon vor 1974 eine bedeutende Position in Caetanos faschistischer Partei hatte und sich dort unter der Losung ,,Menschenrechte" für eine Strukturreform des faschistischen Regimes stark gemacht hatte. Seit er im Juni 1978 erneut Vorsitzender der ,,Sozialdemokratischen Partei" geworden war, hat er systematisch einen reaktionären Feldzug geführt, der auf die Mobilisierung der Kleinbauern unter Führung der Großgrundbesitzer und der Kleinbourgeoisie unter Führung der Großbourgeoisie abzielte. Losungen dieses Feldzuges waren die Revision der Verfassung und Rückgängigmachung der Verstaatlichung von Banken und Industrie, die in der Verfassung proklamiert und teilweise auch durchgeführt worden war, Rückgängigmachung der Agrarreformen im Süden des Landes und Verteilung des Landes der Kooperative an die ,,Bauern"; gegen die Opfer, die die Regierung Soares der Bevölkerung zugemutet habe und die Ergebnis der Verstaatlichungen der Industrie und der Agrarreform seien, gegen die Macht der Gewerkschaften und gegen Arbeitsgesetze, die die Investitionen bremsen und die Gesundung der Wirtschaft verhinderten. Weitere Losungen dieses Feldzuges waren Stärkung der Bindungen an EG und NATO, individuelle Freiheiten und Menschenrechte.

Angesetzt hat dieser Feldzug an der Verelendung, die das imperialistische Kapital mittels der Sozialistischen Partei und auf Grund der Spaltung der Arbeiterklasse durch Reformisten und Revisionisten hatte durchsetzen können. Die Steuerausplünderung des portugiesischen Volkes ist in den vier Jahren von 1974 bis 1978 von 52 Mrd. Es-

Seit er im Juni 1978 erneut Vorsitzender der ,,Sozialdemokratischen Partei" geworden war, hat er systematisch einen reaktionären Feldzug geführt, der auf die Mobilisierung der Kleinbauern unter Führung der Großgrundbesitzer und der Kleinbourgeoisie unter Führung der Großbourgeoisie abzielte. Losungen dieses Feldzuges waren die Revision der Verfassung und Rückgängigmachung der Verstaatlichung von Banken und Industrie, die in der Verfassung proklamiert und teilweise auch durchgeführt worden war, Rückgängigmachung der Agrarreformen im Süden des Landes und Verteilung des Landes der Kooperative an die ,,Bauern"; gegen die Opfer, die die Regierung Soares der Bevölkerung zugemutet habe und die Ergebnis der Verstaatlichungen der Industrie und der Agrarreform seien, gegen die Macht der Gewerkschaften und gegen Arbeitsgesetze, die die Investitionen bremsen und die Gesundung der Wirtschaft verhinderten. Weitere Losungen dieses Feldzuges waren Stärkung der Bindungen an EG und NATO, individuelle Freiheiten und Menschenrechte.

Angesetzt hat dieser Feldzug an der Verelendung, die das imperialistische Kapital mittels der Sozialistischen Partei und auf Grund der Spaltung der Arbeiterklasse durch Reformisten und Revisionisten hatte durchsetzen können. Die Steuerausplünderung des portugiesischen Volkes ist in den vier Jahren von 1974 bis 1978 von 52 Mrd. Es-

cudos auf 132 Mrd. gesteigert worden. Gleichzeitig ist aber das Defizit im Staatshaushalt von 11 auf 78 Mrd. Escudos angewachsen und die Staatsverschuldung auf 383 Mrd., was das 3-fache der jährlichen Steuereinnahmen ist.

Verbunden mit der Steuerausplünderung ist eine Inflation, die in den letzten Jahren jeweils deutlich über 20% lag, während die Arbeiterklasse trotz großer und schwerer Kämpfe nicht hat verhindern können, daß die Lohnerhöhungen jeweils deutlich unter 20% lagen, so daß das Reallohnniveau 1978 bereits unter dem von 1973 lag.

Gestiegen sind dabei vor allem die Preise für Nahrungsmittel, die zu über 50% aus dem Ausland eingeführt werden müssen.

Die Zurückgebliebenheit der Landwirtschaft, die in großen Teilen kaum über den eigenen Bedarf der Bauern hinaus Nahrungsmittel liefert und ansonsten vollständig auf den Export ausgerichtet ist, ist die Grundlage für die wachsende Abhängigkeit, in die der Internationale Währungsfonds Portugal in den letzten Jahren immer mehr getrieben hat. Die Landreform, die die Landarbeiter des Südens in gewissem Umfang durchgesetzt hatten und die schrittweise die Grundlagen für die Aufhebung dieser Abhängigkeit hätte schaffen können, ist von Soares von Anfang an bekämpft worden. Soweit sie nicht hat verhindert werden können, wurden die von den Landarbeitern gebildeten Kooperativen von der Regierung systematisch ökonomisch und administrativ eingeschnürt. Zunächst wurde verhindert, daß die Banken, die nationalisiert worden waren, den Kooperativen günstige Kredite verschaffen, die eine rasche Steigerung der Produktivität ermöglicht hätten. Später ging die Regierung Soares dazu über, die wenigen Maschinen, die den Kooperativen zur Verfügung standen, beschlagnahmen zu lassen. Die Reaktion konnte daraufhin die dadurch herbeigeführte Krise und den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion der Kooperativen verantwortlich machen für die wachsende Abhängigkeit Portugals von Nahrungsmitteleinfuhren und Krediten. Die Revisionisten, die in einigen dieser Kooperativen eine bürokratische Herrschaft errichtet hatten, um sie als Ausgangspunkt für die Infiltration des Staatsapparats zu nutzen, fesselten dadurch ihrerseits die Entfaltung der Initiative der Bauernmassen. Der IWF wiederum, mit dem die Regierung Soares wegen Kreditgewährung Verhandlungen aufgenommen hatte, präsentierte als eine der ersten Bedingungen die Rückgängigmachung der Landenteignungen im Süden, die auch von der Reaktion lautstark gefordert und von der Regierung Soares betrieben wurde. Große Kämpfe der Bauernmassen des Südens, unterstützt von der Arbeiterbewegung der Großstädte, haben die vollständige Durchsetzung dieser Pläne bis heute verhindert.

Weitere Bedingungen des IWF waren u.a. eine drastische Senkung der Löhne, Beseitigung der staatlichen Lebensmittelsubventionen, die für viele Grundnahrungsmittel Verteuerungen um 20 – 30% bewirkten, Verteuerung der Bankkredite für die kleinen und mittleren Produzenten, bei Erleichterung der Kredite für die exportausgerichtete Großindustrie und Abwertung des Escudos. Daran, daß es ihr nicht gelungen ist, dieses IWF-Programm gegen die Volksmassen durchzusetzen, ist die Regierung Soares gescheitert, und auch die folgenden 3 Präsidialkabinette, was schließlich vorgezogene Wahlen unumgänglich machte. Die Durchsetzung des IWF-Diktats war aber das Programm der Soares-Regierung, und die Sozialistische Partei hat auch die folgenden Kabinette, was die Durchsetzung des IWF-Diktats betraf, jeweils gestützt. Gefesselt und gespalten durch Reformisten und Revisionisten, hat die Arbeiterbewegung trotz großer wirtschaftlicher und politischer Kämpfe mit Demonstrationen, die oft zwischen 100000 und 1 Million Teilnehmer hatten, im Kampf gegen ihre absolute Verelendung einige Rückschläge und Niederlagen hinnehmen müssen.

Der Jubel der bürgerlichen Presse über den Wahlausgang in Portugal ist trotzdem gedämpft: Ob Sá Carneiro bis zu den nächsten Wahlen, die nach der Verfassung 1980 stattfinden müssen, gelingt, woran bereits mehrere Regierungen vor ihm gescheitert sind, sei keineswegs raus.



ken, die nationalisiert worden waren, den Kooperativen günstige Kredite verschaffen, die eine rasche Steigerung der Produktivität ermöglicht hätten. Später ging die Regierung Soares dazu über, die wenigen Maschinen, die den Kooperativen zur Verfügung standen, beschlagnahmen zu lassen. Die Reaktion konnte daraufhin die dadurch herbeigeführte Krise und den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion der Kooperativen verantwortlich machen für die wachsende Abhängigkeit Portugals von Nahrungsmitteleinfuhren und Krediten. Die Revisionisten, die in einigen dieser Kooperativen eine bürokratische Herrschaft errichtet hatten, um sie als Ausgangspunkt für die Infiltration des Staatsapparats zu nutzen, fesselten dadurch ihrerseits die Entfaltung der Initiative der Bauern-

auch die folgenden Kabinette, was die Durchsetzung des IWF-Diktats betraf, jeweils gestützt. Gefesselt und gespalten durch Reformisten und Revisionisten, hat die Arbeiterbewegung trotz großer wirtschaftlicher und politischer Kämpfe mit Demonstrationen, die oft zwischen 100000 und 1 Million Teilnehmer hatten, im Kampf gegen ihre absolute Verelendung einige Rückschläge und Niederlagen hinnehmen müssen.

Der Jubel der bürgerlichen Presse über den Wahlausgang in Portugal ist trotzdem gedämpft: Ob Sá Carneiro bis zu den nächsten Wahlen, die nach der Verfassung 1980 stattfinden müssen, gelingt, woran bereits mehrere Regierungen vor ihm gescheitert sind, sei keineswegs raus.



Demonstration in Lissabon im März 1979 gegen die Durchsetzung des vom IWF diktierten Programms der Regierung Mota Pinto

### Kanada: Parlamentswahlen Neuer Anlauf zu Lohnsenkungen

*z.rül.* Die kanadische konservative Regierung Clark mußte am vorletzten Freitag frühzeitig Parlamentswahlen ausschreiben. Die Regierung Clark hatte erst im Mai dieses Jahres nach Parlamentswahlen ihr Amt angetreten, nachdem die kanadischen Lohnabhängigen in hartnäckigen Streiks die Lohnleitlinie der liberalen Regierung Trudeau zerschlagen hatten. Kurzfristige Abstriche bei der Einkommenssteuerplünderung, Niederschlagung der Kämpfe der Lohnabhängigen in den öffentlichen Diensten, indem 60000 der eine Million Lohnabhängigen entlassen werden und die 6,2%-Lohnleitlinie aufrechterhalten bleibt, das waren die Kernpunkte ihres Programms. – In Streiks vor allem gegen die US-Monopole im Land setzten seit Sommer Zehntausende von Nickel- und Aluminiumarbeitern, die Holzarbeiter, Hafen- und Telefonarbeiter wichtige Lohnerhöhungen durch. Ende November gelang es 200000 Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst Quebecs, eine Erhöhung der Mindestlöhne von 152 Dollar die Woche auf 265 Dollar, ca. 1700 DM im Monat, zu erzwingen. Die Franco-Kanadier in Quebec erreichten, daß im kommenden Sommer ein Referendum über die Autonomie Quebecs attfindet. Als die Regierung jetzt in ihrem Budget u.a. die Benzin-, Gas- und Ölsteuern von umgerechnet 2,3 Pfg. je Liter auf 8,2 Pfg. erhöhen wollte, reagierten Gewerkschaften und Farmer sofort mit Protesten. Daraufhin entzog eine kleine Parlamentspartei, die sich vor allem auf Farmer in Quebec stützt, der Regierung die Unterstützung.

### Dänisches ,,Krisenprogramm" verschärft die Krise

*z.bag. Aarhus.* Ministerpräsident Anker Jörgensen hat auf der Parlamentssitzung am 21.12. eine scheinbar gemilderte Fassung des ,,Krisenpakets" zur Abstimmung vorgelegt. Das erste, offene Lohnsenkungsprogramm war von breiten Teilen der Arbeiterbewegung scharf zurückgewiesen worden. Kern der neuen Fassung ist eine Spaltung der Lohnabhängigen, indem allgemein die Teuerungszuschläge abgeschafft, den Branchen mit ,,beweglichem Lohnsystem", wie z.B. dem Metallarbeiterverband, jedoch weiterhin lokale Verhandlungen um Lohnerhöhungen zugestanden werden. Unter Hinweis auf diese Lohnerhöhungen wurden gleichzeitig neue Steuererhöhungen angedroht. Das Manöver gelang im Parlament, die Regierung hat jetzt aber verstärkt die Arbeiter in den unteren Lohngruppen, den öffentlichen Diensten und die Bauern gegen sich.

### DDR-Bourgeoisie erhöht Preise, so gut sie eben kann

*z.hku.* Die SED hat auf der 11. ZK-Tagung beschlossen: Fortführung der ,,Politik der stabilen Preise für Waren des Grundbedarfs, der niedrigen Mieten und Tarife"; aber ,,Preiserhöhungen für neue Produkte, die einen höheren Gebrauchswert haben" (Bericht E. Honecker). Begründung: die Preiserhöhungen auf den Welt-Rohstoffmärkten, der allgemeine Preisanstieg in den übrigen RGW-Ländern in diesem Jahr. Vorschläge für eine allgemeine Preiserhöhung auch in der DDR seien im Politbüro abgelehnt worden. Da werden die Proteste der Arbeiter nachgeholfen haben, die in den vergangenen Wochen zu öffentlichen Rügen ,,eigenmächtiger Betriebe" und zur Rücknahme von einzelnen drasti-

# Das „Netz der sozialen Sicherheit“ in Italien

57 Mrd. DM aus Lohn eingebracht / Aber noch großer „Nachholbedarf“ gegenüber den Hauptkonkurrenten

*z.ulg.Rom.* Mit dem untenstehenden Schaubild setzen wir die Untersuchung darüber fort, wie die westeuropäischen Imperialisten unter dem Vorwand der „sozialen Sicherheit“ immer größere, ursprünglich als Lohn verausgabte Geldbeträge wieder einfangen und in Kapital verwandeln. Im Unterschied zu Westdeutschland wird in Italien kein „Sozialbudget“ veröffentlicht, so daß wir die Zahlenangaben aus verschiedenen Quellen zusammengetragen haben und teilweise (bei der Aufteilung der Versicherungsbeiträge) schätzen mußten.

106299 Mrd. Lire hat die italienische Bourgeoisie 1977 für den Ankauf von Arbeitskraft verauslagen müssen. Doch die Arbeiterbevölkerung konnte nur Waren im Wert von 84242 Mrd. Lire kaufen. Die Differenz, 22108 Mrd. Lire (57 Mrd. DM) blieb in den zahlreichen Maschen des „Netzes der sozialen Sicherheit“ hängen. So beträchtlich diese Summe ist – absolut und relativ liegt sie weit unter den Plündererträgen der konkurrierenden Bourgeoisien. „Nur“ 21% der ursprünglich als Lohn verausgabten Gelder konnten die italienischen Imperialisten wieder in ihren Besitz bringen, in Frankreich und Westdeutschland sind es dagegen 29,3 bzw. 30,1%.

Der gesamte Reproduktionsfonds der Arbeiterbevölkerung setzt sich zusammen aus dem nach Abzug von Steuern und Versicherungsbeiträgen verbleibenden Nettolohn (73790 Mrd.), den Versicherungsleistungen (27678 Mrd.) und den Rückzahlungen aus der Staatskasse (637 Mrd.). Der Anteil des Nettolohns an der der Arbeiterbevölkerung zur Verfügung stehenden Geldsumme beträgt in Italien 73,5% gegenüber 60,9 bzw. 61,6% in Frankreich und Westdeutschland. Entsprechend schwieriger ist es, der produzierenden Klasse vorzugaukeln, „staatliche Hilfen“ gewährleisteten ihr Sicherheit der Existenz.

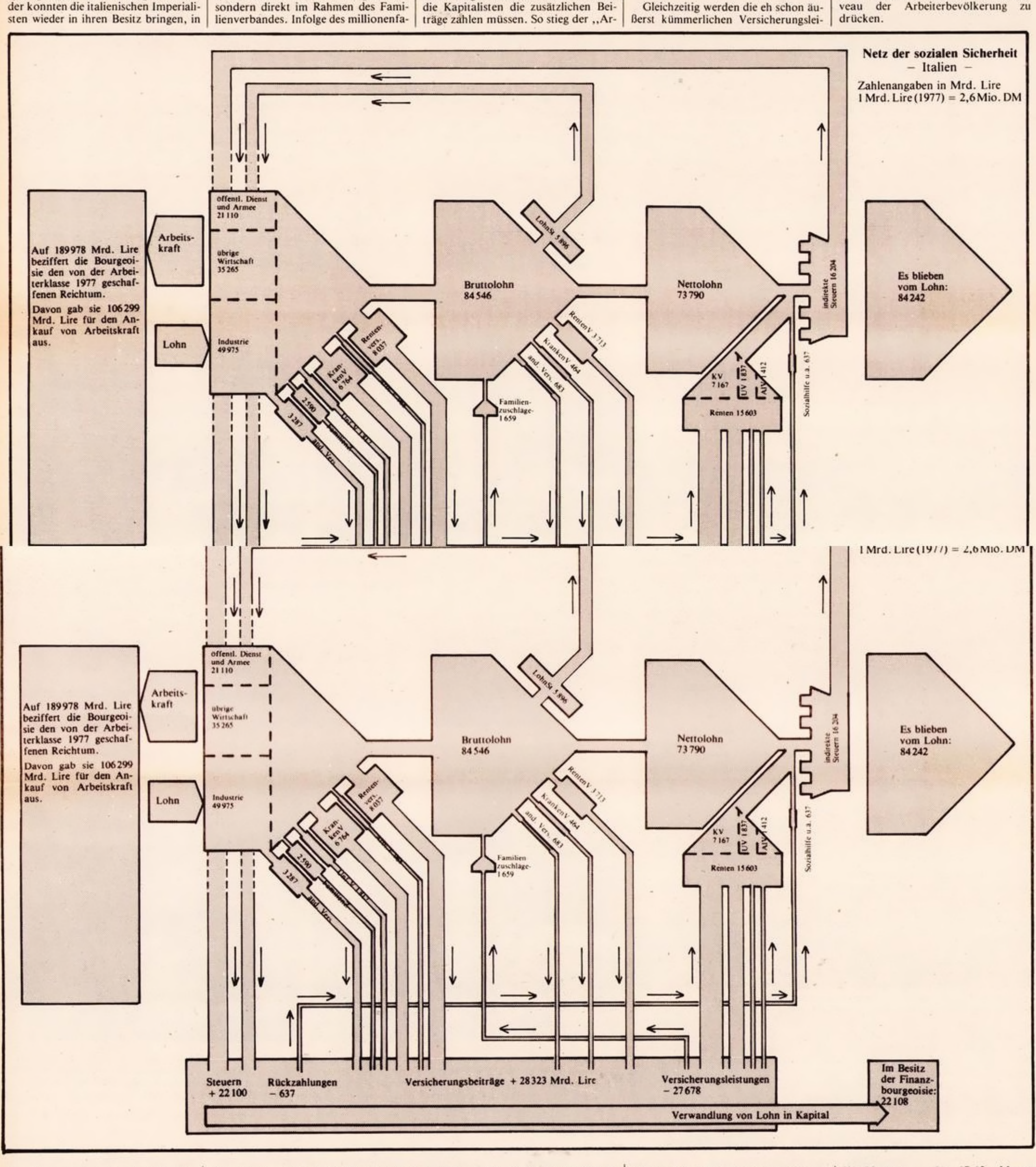
Davon kann in der Tat keine Rede sein. In den meisten Fällen reichen weder Rente und Arbeitslosengeld, um auch nur das nackte Leben zu erhalten. Ein ziemlich großer Teil der Nettolöhne wird daher in die Reproduktion von Alten, Arbeitslosen usw. eingehen, aber eben nicht vermittelt über staatlich kontrollierte Versicherungskassen, sondern direkt im Rahmen des Familienverbandes. Infolge des millionenfachen Bauernlegens der letzten Jahrzehnte und der riesigen Wanderungsbewegungen vom Land in die Industriestädte des Nordens ist dieser Familienzusammenhang aber immer mehr zerrissen worden. In Westdeutschland und Frankreich z.B. hat der gleiche Prozeß historisch früher stattgefunden. In den letzten 15 Jahren hat sich daher kaum eine größere Streikbewegung entwickelt, ohne daß nicht alsbald Forderungen nach Erhöhung der Versicherungsleistungen, vor allem der Renten, aufgestellt worden wären.

Man sollte vermuten, daß die Bourgeoisie diese Tatsache zum Vorwand nimmt, die Schröpfung über Versicherungsbeiträge kräftig in die Höhe zu treiben. Dabei stößt sie jedoch auf ein Problem: Wie aus dem Schaubild zu ersehen ist, muß der ganz überwiegende Teil der Beiträge von den Kapitalisten gezahlt werden. Nur bei der Rentenversicherung ist der „Arbeitnehmeranteil“ mit etwa einem Drittel bedeutend, bei der Krankenversicherung nur im öffentlichen Dienst. Bei Beitragserhöhungen hat die Arbeiterklasse in der Regel durchsetzen können, daß die Kapitalisten die zusätzlichen Beiträge zahlen müssen. So stieg der „Arbeitgeberbeitrag“ zur Rentenversicherung in der Industrie von 1966 bis 1978 von 9,65% auf 16,61% des Bruttolohns, der „Arbeitnehmeranteil“ dagegen nur von 6 auf 7,15%.

Die italienische Finanzbourgeoisie hat sich daher auf die „Fiskalisierung der Soziallasten“ verlegt, die Umwandlung von Beiträgen der Kapitalisten in Steuern aus Lohn. So sind die „Arbeitgeberbeiträge“ zur Krankenversicherung seit 1977 in der Industrie von 14,31% auf 8,31% (für Frauen: 4,31%) gesenkt worden, der „Arbeitnehmeranteil“ beträgt unverändert 0,3%. Auf die Dauer soll die Gesundheitsversorgung vollständig aus der Steuer finanziert werden. 1977 wurde gleichzeitig mit der „Fiskalisierung“ eine Erhöhung der Mehrwertsteuer beschlossen. Die Lohnsteuersätze brauchten nicht erhöht zu werden, die galoppierende Inflation sorgt „von selbst“ für immer schärfere Progression. Bei einer Inflation von rund 13% ist das Lohnsteueraufkommen im ersten Halbjahr 1979 um 44% gestiegen.

Gleichzeitig werden die eh schon äußerst kümmerlichen Versicherungsleistungen gesenkt. Für 1980 sollen zum zweiten Mal hintereinander die Renten von der Lohnentwicklung „abgekoppelt“ werden. Bei den Familienzuschlägen, die über eine Versicherungskasse von den Kapitalisten zu zahlen sind, sind die Sätze seit Jahren unverändert. Betrug der Überschuß der Kasse 1977 931 Mrd. Lire, wird für 1979 mit 1723 Mrd. gerechnet.

In der Plünderung durch indirekte Steuern hat die italienische Bourgeoisie seit jeher besondere Kunstfertigkeit entwickelt. Fast Dreiviertel aller Steuereinnahmen aus Lohn wurden 1977 auf diesem Wege eingebracht. Den Anteil der Arbeiterbevölkerung am Aufkommen der indirekten Steuern haben wir nach dem Anteil ihres Gesamtreproduktionsfonds am gesamten Endverbrauch berechnet. Dabei stellte sich heraus, daß dieser Anteil mit 83,4% höher liegt als der Anteil der Lohnabhängigen an der Erwerbsbevölkerung (71,6%). Die italienischen Imperialisten haben es geschafft, die große Masse der verbliebenen Kleinproduzenten – Bauern, Handwerker usw. – noch unter das durchschnittliche Lebensniveau der Arbeiterbevölkerung zu drücken.




schen Preiserhöhungen geführt hatten. – „Es werden künftig Waren in drei Preisgruppen angeboten ... Den größten Teil des Warenangebots wird die mittlere Preisgruppe ausmachen“; die Betriebe sollen zügig mit neuem Sortiment und neuen Preisen die Produktion industrieller Konsumgüter ausdehnen. Das zielt auf die Arbeiterhaushalte, in denen beide arbeiten und daher diese Konsumgüter dringend gebraucht werden, deren zahlungskräftige Nachfrage jedoch zur Zeit meist die verfügbare Produktion übersteigt. Die Preisstabilität für die untere Preisgruppe, den „Grundbedarf“, ist zur Aufrechterhaltung des elenden Rentenniveaus noch unumgänglich.

### Ab 1.1.80 neues Arbeitsgesetzbuch in Ungarn

*z.krk.* Modifikationen bzw. Ergänzungen treten am 1.1.80 in Ungarn in der Arbeitsgesetzgebung in Kraft. Sie sind notwendig geworden, um den neuen Plan der ungarischen Bourgeoisie zur Reform des wirtschaftlichen Regulierungssystems arbeitsrechtlich abzusichern (siehe KVZ 44/79). – Die wichtigsten Veränderungen sind folgende: Der Arbeitnehmer kann (!) vereinbaren, nicht nur in einer, sondern in mehreren Arbeitsfunktionen tätig zu werden. Der Arbeitgeber hat das Recht, den Arbeitnehmer für 3 Monate in vom Arbeitsvertrag abweichenden Arbeitsbereichen zu beschäftigen, der einzelbetriebliche Kollektivvertrag kann dafür noch längere Zeiträume vorsehen. Zeitweilig nicht gebrauchte Arbeiter und Angestellte können in andere Betriebe abgeschoben werden. Die Betriebe können nach eigenem Gutdünken die Arbeitszeiteinteilung regeln (Schichtarbeit). Es gehört zu den neuen Rechten des Arbeiters, freiwillig bei der eigenen Firma eine Zweitstelle außerhalb der normalen Arbeitszeit anzunehmen. Verhängte Disziplinarstrafen können kaum noch rückgängig gemacht werden. Im Falle der Herabsetzung des Grundlohns als Disziplinarstrafe kann auf einem neuen Arbeitsplatz auch kein höherer Lohn gezahlt werden. Bei fahrlässig verursachtem Schaden kann bis zu 50% des Lohnes vom Betrieb einbehalten werden (bisher 15%), die Höchstgrenze des Schadensersatzes liegt bei 6 Monatslöhnen (bisher 3). – Auf Druck von der Arbeiterklasse weisen folgende Änderungen hin: Jugendliche sollen ab 1982 keine Nachtarbeit mehr verrichten dürfen; die Vorsitzenden der Arbeitsgerichte werden ab sofort nicht mehr eingesetzt sondern gewählt.

### Währungsreform in Laos – Raub und Bauernlegen

*z.ror.* Am 10.Dezember führte die laotische Regierung ohne Vorankündigung eine Währungsreform durch. Innerhalb von sechs Stunden mußte das ganze im Umlauf befindliche Geld gegen neue Banknoten und Münzen umgetauscht werden, dannach wurde der alte Kip ungültig. Die laotische Regierung verspricht sich davon, daß erstens auf einen Schlag das ganze Geld der vor den vietnamesischen Besatzungstruppen Geflüchteten wertlos wird. Zweitens soll erreicht werden, daß alle Gelder bei den Sparkassen zentralisiert werden, da der Aufruf der Regierung vom November, die Gelder bei den Sparkssen zu deponieren, bei den Volksmassen auf keinerlei Unterstützung gestoßen ist. Drittens soll der Zwang auf die Bauern sich dem Kollektivierungsprogrammm zu unterwerfen verstärkt werden. Es gebe „gewisse Fehler bei der Kollektivierung“, erklärt die Regierung. Seit 1978 wird dieses Programm betrieben, Mitte 79 waren 20% aller Bauern in Kollektiven und bis Ende 79 sollten es über 30% sein. Dadurch erhofft sich die Regierung einen besseren Zugriff auf die landwirtschaftlichen Produkte, so wurde z.B. die Hausschlachtung für den eigenen Bedarf verboten. Die 60000 vietnamesischen Soldaten fressen nämlich viel, soviel, daß die Regierung das kommende Jahr 100000 T Reis einführen muß.

### Demonstrationen gegen den Ex-Schah in Panama

*z.mam.* Nachdem die Carter-Regierung das Krankenhausschauspiel mit dem Ex-Schah in den USA nicht mehr aufrechterhalten konnte, hat ihn Carters ziviler Stabschef Jordan durch Verhandlungen Panama aufgezwungen. Seit dem 15.12. befindet er sich auf der Insel Contadoro vor der panamaischen Küste, einer Insel mit 200 ständigen Einwohnern, aber einem Luxushotel mit 210 Betten. Überlassen wurde dem Ex-Schah eine Villa des Bruders des früheren Botschafters Panamas in Washington. – Am 17.12., Montag morgens, zogen 100 Schüler vor das Außenministerium und forderten die sofortige Ausweisung des Ex-Schah. Am Abend desselben Tages marschierten über 600 Arbeiter und Studenten durch die Hauptstadt und riefen Parolen gegen den Ex-Schah und gegen seine Aufnahme in Panama. Am 18. Dezember wurde eine Polizeikette, die zum Schutz der amerikanischen Botschaft in Panama aufgestellt wurde, durchbrochen und die Botschaft wurde von einer weiteren Demonstration mit Steinen angegriffen. Der Botschafter, der sich eingeschlossen hatte, mußte mit ansehen, wie die amerikanische Flagge heruntergeholt und zerfetzt wurde. Zur selben Zeit fand eine weitere Demonstration von Studenten zum Außenministerium statt. – Gegenüber dem panamaischen Fernsehen sagte ein Besetzer der amerikanischen Botschaft in Teheran: „Wir wissen, daß die USA viele Verbrechen gegen Panama begangen haben. Die Vereinigten Staaten haben das Volk von Panama unterdrückt durch die Inbesitznahme des Panamakanals und das ist es auch, warum wir Panama bitten, uns den Schah auszuliefern.“

## Bestechung und Militärstiefel – Elemente französischer Hegemoniebestrebungen in Afrika

*z.pel.Paris.* „Das beste Mittel, um mit den beschränkten Ressourcen, über die wir im allgemeinen in den Kolonien verfügen, eine Befriedung zu erreichen, ist die kombinierte Anwendung von Gewalt und Politik. Es muß daran erinnert werden, daß wir in diesem Kolonialkampf, in dem wir unglücklicherweise zu oft auf Ungehorsam der Bevölkerung stoßen, nicht bis zum letzten zerstören dürfen und selbst dann nur, um Besseres wieder aufzubauen. Wenn wir die Unterwerfung der Bevölkerung erreicht haben, muß die erste Sorge der Wiederaufbau der Dörfer sein, um dort sofort einen Markt zu schaffen und eine Schule einzurichten." In seiner Schrift „Prinzipien der Befriedung und Organisation" faßte der französische General Galieni, der 1897 zum ersten Generalgouverneur auf Madagaskar ernannt worden war, Anfang des 20. Jahrhunderts als einer der ersten die Erfahrungen von 60 Jahren französischer Afrikapolitik zusammen. 1843 waren die ersten französischen Militärkontingente an der heutigen Elfenbeinküste gelandet, 1854 stießen sie im jetzigen Senegal entlang des Senegalflusses nach Osten vor und begannen mit der blutigen Eroberung dieses „Kontinents, frei und ohne Herren". Um 1900 war nach andauernden schweren Kämpfen gegen die afrikanischen Völker der Großteil Westafrikas besetzt, die britischen Konkurrenten beendeten den französischen Vormarsch bei Faschoda im Sudan. Galienis Hinweis, sich nicht *allein* auf das Schwert zu verlassen und bei der Sicherung der Rohstoffquellen wie der Erschließung der Märkte für Waren und Kapital auch andere Unterdrückungsmittel einzusetzen, findet Unterstützung bei General von Vollenhoven, Generalgouverneur für Westafrika von 1907 – 1917: „Der eingeborene Chef ist nicht mehr der Negerkönig der Legende. Er ist auch nicht irgendein Hilfspolizist für Ordnung. Es ist ein Mann aus der Elite der eingeborenen Gesellschaft, der diese genauestens kennt und respektiert wird. Es ist immer günstig, wenn man ihn gewinnen kann. Seine Meinung kann helfen, Dummheiten zu vermeiden."

Die französischen Imperialisten haben diese Taktik beim Ausbau ihrer Herrschaft über die etwa 100 Millionen Westafrikaner konsequent verfolgt. Nicht minder unterdrückerisch und nicht minder brutal bei der Ausbeutung der bäuerlichen Massen wie ihre imperialistischen Rivalen, entwickeln sie nach innen ein System der maximalen Spaltung der Volksklassen. Nach außen wird die Herstellung eines einheitlichen Marktes und Territoriums durch die immer engere Verkettung mit der imperialistischen Metropole vorangetrieben. 1917 beruft der damalige Ministerpräsident Clemenceau im Senegal den ersten Schwarzen auf den Posten eines Hochkommissars für *Truppenaushebung*. In dem Maße, in dem die imperialistische Herrschaft die alten Stammesstrukturen zerstört, der Einfluß der Stammesfürsten zu schwinden beginnt und sich eine afrikanische Bourgeoisie entwickelt, sucht die französische Kapitalistenklasse die von Vollenhoven beschriebenen „einheimischen Chefs" aus Elementen dieser Bourgeoisie zu ersetzen. Mit der Aussicht auf Beteiligung an den den Bauernmassen abgepreßten Reichtümern bestochen, sollen sie die sich schwungvoll entfaltenden Kämpfe lähmen helfen, Kämpfe, die sich gegen die vollständige Zerstörung der Lebensgrundlagen der Massen durch die aufgezwungenen Monokulturen und immer schärfer werdenden Steuerdruck richten. Die französische Sprache, die „Vermittlung" französischer Kultur und Geschichte wird, wenn nicht jedem Dorf, so doch den Bewohnern jedes größeren Ortes aufgezwungen. Für die Imperialisten notwendige Mittel zur Entwicklung des Marktes und des Austausches, werden sie für die Volksmassen zu Kampfmitteln gegen die Entfaltung ihrer eigenen Kultur, für die ausgewählten Bourgeois jedoch zur ersten Stufe auf dem Weg der Beteiligung an der Macht.

Diese von der französischen Bourgeoisie unter den Schlagworten „union française" und „communauté française" als Antwort auf die wachsenden Kämpfe gegen die imperialistische Herrschaft nacheinander 1945 und 1958 entwickelten besonderen Beziehungen zu den von ihr geförderten Kompradorenbourgeoisien – die jeweils fortgeschritteneren Formen von als „Autonomie" verkleideter kolonialer Herrschaft entsprachen – haben ihren Rauswurf 1960 und die Unabhängigkeitserklärung der westafrikanischen Kolonien nicht verhindern können. Sie haben jedoch in fast allen Staaten dazu beigetragen, daß der französische Imperialismus nicht *geschlagen* wurde, daß die nationaldemokratischen Revolutionen zersetzt werden konnten, die ökonomische Herrschaft der französischen Kapitalistenklasse erhalten blieb und zum Ausgangspunkt erneuter politischer Unterwerfungsversuche wurde.

20 Jahre nach seinem erzwungenen politischen Rückzug aus Westafrika hat der französische Imperialismus sich heute wieder in einer ganzen Reihe seiner ehemaligen Kolonien festsetzen können. Der Senegal ist nur ein eklatantes Beispiel. Die imperialistische Erbschaft einer auf Erdnußmonokultur ausgerichteten Landwirtschaft, eine auf Ölverarbeitung ausgerichtete Industrie unter französischer Kontrolle und eine Verschuldung von heute über 2 Mrd. FF haben die senegalesische Bourgeoisie unter der Bedrohung von Streiks und Bauernrevolten erneut in die Arme des französischen Finanzkapitals getrieben. Das vorläufige Resultat sind eine französische Truppenbasis in Oukam wie im Hafen von Dakar, Aus-

Posten eines Hochkommissars für *Truppenaushebung*. In dem Maße, in dem die imperialistische Herrschaft die alten Stammesstrukturen zerstört, der Einfluß der Stammesfürsten zu schwinden beginnt und sich eine afrikanische Bourgeoisie entwickelt, sucht die französische Kapitalistenklasse die von Vollenhoven beschriebenen „einheimischen Chefs" aus Elementen dieser Bourgeoisie zu ersetzen. Mit der Aussicht auf Beteiligung an den den Bauernmassen abgepreßten Reichtümern bestochen, sollen sie die sich schwungvoll entfaltenden Kämpfe lähmen helfen, Kämpfe, die sich gegen die vollständige Zerstörung der Lebensgrundlagen der Massen durch die aufgezwungenen Monokulturen und immer schärfer werdenden Steuerdruck richten. Die französische Sprache, die „Vermittlung" französischer Kultur und Geschichte wird, wenn nicht jedem Dorf, so doch den Bewohnern jedes größeren Ortes aufgezwungen. Für die Imperialisten notwendige Mittel zur Entwicklung des Marktes und des Austausches, werden sie für die Volksmassen zu Kampfmitteln gegen die Entfaltung ihrer eigenen Kultur, für die ausgewählten Bourgeois jedoch zur ersten Stufe auf dem Weg der Beteiligung an der Macht.

Diese von der französischen Bourgeoisie unter den Schlagworten „union française" und „communauté française" als Antwort auf die wachsenden Kämpfe gegen die imperialistische Herrschaft nacheinander 1945 und 1958 entwickelten besonderen Beziehungen zu den von ihr geförderten Kompradorenbourgeoisien – die jeweils fortgeschritteneren Formen von als „Autonomie" verkleideter kolonialer Herrschaft entsprachen – haben ihren Rauswurf 1960 und die Unabhängigkeitserklärung der westafrikanischen Kolonien nicht verhindern können. Sie haben jedoch in fast allen Staaten dazu beigetragen, daß der französische Imperialismus nicht *geschlagen* wurde, daß die nationaldemokratischen Revolutionen zersetzt werden konnten, die ökonomische Herrschaft der französischen Kapitalistenklasse erhalten blieb und zum Ausgangspunkt erneuter politischer Unterwerfungsversuche wurde.

20 Jahre nach seinem erzwungenen politischen Rückzug aus Westafrika hat der französische Imperialismus sich heute wieder in einer ganzen Reihe seiner ehemaligen Kolonien festsetzen können. Der Senegal ist nur ein eklatantes Beispiel. Die imperialistische Erbschaft einer auf Erdnußmonokultur ausgerichteten Landwirtschaft, eine auf Ölverarbeitung ausgerichtete Industrie unter französischer Kontrolle und eine Verschuldung von heute über 2 Mrd. FF haben die senegalesische Bourgeoisie unter der Bedrohung von Streiks und Bauernrevolten erneut in die Arme des französischen Finanzkapitals getrieben. Das vorläufige Resultat sind eine französische Truppenbasis in Oukam wie im Hafen von Dakar, Aus-
gangspunkt für die Aggressionen gegen Zaire und die FPolisario, 1000 „technische Berater" in Verwaltung und Erziehung sowie 90 Militärs in der senegalesischen Armee. Gegenleistung: eine jährliche „Hilfe" von 200 Mio. FF, Schuldenstundung und Galaabende für „Dichterpräsident" Senghor in der academie française, letzter Titel: „Der Triumph der Liebe." Mit der zunehmenden Bedrohung Afrikas durch die Hegemonieversuche der Supermächte haben die französischen Imperialisten ihre militärischen Interventionen der letzten drei Jahre in Tschad, Zaire, Mauretanien und Zentralafrika gerechtfertigt. „Afrika den Afrikanern heißt nicht, Afrika den anderen", begründete Außenminister Poncet dreist die Aktionen am 20.12. in der Nationalversammlung.

# Die nationaldemokratische Revolution ist überfällig

Senegal: Arbeiterstreiks und Bauernrevolten / Französische Imperialisten raus!

*z.pel.Paris.* Senegal 1978: Inmitten der Savanne, am westlichen Rand des Erdnußbeckens, etwa 100 km von der an der Atlantikküste gelegenen Hauptstadt Dakar entfernt, plötzlich ein riesiges, 800 ha großes Gebiet in sattem Grün. Tausende von Kisten voll von Gemüse jeder Art; Tomaten, Bohnen, Melonen, Paprika, neueste Traktoren und überall Wasser. Hier liegt das größte bewässerte Gemüseanbaugebiet Afrikas. Das Wasser stammt aus dem in der Nähe gelegenen See von Guers und wird im Staubecken von Cayar aufgestaut. Seit der Anlage dieses Komplexes kennt die senegalesische Hauptstadt zahlreiche Stopps der Wasserzufuhr.

Im gleichen Jahr 1978 ist die gesamte Inlandsproduktion im Senegal nach Angaben der senegalesischen Regierung um 12,4% gefallen, die Agrarproduktion ist um 36% gesunken. Der Rückgang der Erdnußproduktion, der Frucht, die 50% der bebauten Fläche bedeckt, liegt sogar bei 50%, die Exporte mußten um 70% gedrosselt werden, die Ölmühlen waren nur zu 30% ausgelastet. Da der Erdnußexport etwa 70% der Exporteinnahmen deckt, sind die Auswirkungen auf die Handelsbilanz fatal: Die senegalesischen Importe übersteigen die Exporte um 100%, neue Kreditaufnahmen treiben die Staatsschulden im Ausland über die 2 Mrd. FF-Grenze, der Schuldendienst beläuft sich auf 15,4% der gesamten Staatseinnahmen. Staatspräsident Senghor sieht nur einen Weg für die nächsten Jahre. In seinem Bericht an den Wirtschafts- und Sozialrat führt er aus: „Die Finanzierung der Ausgaben für Ausrüstungsgegenstände aus eigenen Einnahmen wird immer schwieriger, und die Erhöhung der Außenschuld in den nächsten Jahren wird es immer schwerer machen, ein allgemeines Gleichgewicht zu halten."

Die französischen Imperialisten machen in ihren Beurteilungen der wirtschaftlichen Lage des Senegal Trockenheit und Wassermangel sowie Umstrukturierungen des Weltmarktes bezüglich der bevorzugten Pflanzenöle für diese Entwicklung verantwortlich. Sind dies auch auf den ersten Blick die ins Auge fallenden Erscheinungen, so dient die Argumentation nur zur Verhüllung der eigenen Verantwortlichkeit. Selbst auf der Ebene der Erscheinungen aber stößt sich einiges im Raume. Wieso kann der oben beschriebene Gemüsekomplex bewässert werden, die Erdnußkulturen aber nicht? Die Erklärung ist imperialistisch einfach. Der Gemüsekomplex ist mit US-amerikanischem und westdeutschem Kapital vor sechs Jahren angelegt worden. In der Ausbeutung von 200 dauernd beschäftigten Landarbeitern und etwa 2000 Saisonarbeitern ernten die Imperialisten dort jährlich 17000 t Gemüse, das vorwiegend im Winter auf die europäischen Märkte geschafft wird. Der Stundenlohn der Arbeiter liegt bei 2 FF (1F = 0,42 DM), d.h. exakt auf Höhe des staatlich festgesetzten Mindestlohnes. Dennoch haben die Imperialisten keine Probleme mit der Arbeitskraftzufuhr, fast alle Arbeiter sind ehemalige Bauern, die bei Ansiedlung des Konzerns von ihrem Land vertrieben wurden. Bei Streiks wie im Januar 1978 werden sie rausgeschmissen und aus der Masse der die Slums von Dakar bevölkernden arbeitslosen ehemaligen Erdnußbauern ersetzt. Was das Wasser angeht, so beweist sich, daß es den Imperialisten noch immer gelingt, die sachlichen Bedingungen der Produktion zu gewährleisten, wenn die erwarteten Profite nur hoch genug sind.

Genau mit der Profiterwartung hapert es heute bei der Erdnuß. Jahrzehntelang haben sich die französischen Kapitalisten aus der Ausbeutung der senegalesischen Erdnußbauern die Taschen gefüllt. Kaum, daß das Land in Teilen erobert war, wurde ihm 1885 die Erdnußkultur aufgepreßt, so wie die anderen Staaten des französischen Kolonialreiches im Zuge der „Arbeitsteilung" zu anderen Monokulturen gezwungen wurden. Obervolta zum Baumwollanbau, Elfenbeinküste zu Kaffee und Kakao, Kamerun und Ghana zum Kakao, Mauretanien zu Viehzucht und Eisenabbau, Marokko zur Phosphatproduktion. Zunächst in Zwangsarbeit unter militärischer Bewachung, dann getrieben mit dem Steuerknüppel konnten Tausende senegalesischer Bauern in die Erdnußproduktion getrieben werden, wobei sie fast immer die Herstellung der regional verbreiteten Grundnahrungsmittel wie Hirse einstellen mußten. 1960 übernahm der unabhängig gewordene Staat das koloniale Erbe: Nahrungsmittelknappheit und wiederkehrende Hungersnöte aufgrund der einseitigen Produktionsstruktur; ausgelaugte Böden, kaum vorhandene Bewässerungssysteme; Produktionsverfall; Hunderttausende gelegte Bauern, die als Arbeitslose in die Städte gespült wurden, in Auflösung befindliche feudale Produktionsverhältnisse und Familienstrukturen; eine im wesentlichen auf die Ölverarbeitung ausgerichtete Industrie und eine Infrastruktur, die nicht über die Haupttransportwege der Erdnuß hinausreichte.

1967 schafft die Europäische Gemeinschaft die aus der Kolonialzeit herrührenden Preisgarantien für senegalesische Erdnüsse auf dem französischen Markt ab, der US-Imperialismus drängt mit dem billigeren Sojaöl auf den Markt, das zudem den Vorzug hat, einen größeren Ölkuchen – Proteinquelle in der Viehernährung – zu besitzen. Die Imperialisten drücken den Erdnußpreis, die französischen Pflanzenölmonopole, allen voran Lesieur, ändern die Produktionsstruktur, 1978 ist der Erdnußpreis unter den von 1960 gefallen.



Staatsschulden im Ausland über die 2 Mrd. FF-Grenze, der Schuldendienst beläuft sich auf 15,4% der gesamten Staatseinnahmen. Staatspräsident Senghor sieht nur einen Weg für die nächsten Jahre. In seinem Bericht an den Wirtschafts- und Sozialrat führt er aus: „Die Finanzierung der Ausgaben für Ausrüstungsgegenstände aus eigenen Einnahmen wird immer schwieriger, und die Erhöhung der Außenschuld in den nächsten Jahren wird es immer schwerer machen, ein allgemeines Gleichgewicht zu halten."

Die französischen Imperialisten machen in ihren Beurteilungen der wirt-

bevölkernden arbeitslosen ehemaligen Erdnußbauern ersetzt. Was das Wasser angeht, so beweist sich, daß es den Imperialisten noch immer gelingt, die sachlichen Bedingungen der Produktion zu gewährleisten, wenn die erwarteten Profite nur hoch genug sind.

Genau mit der Profiterwartung hapert es heute bei der Erdnuß. Jahrzehntelang haben sich die französischen Kapitalisten aus der Ausbeutung der senegalesischen Erdnußbauern die Taschen gefüllt. Kaum, daß das Land in Teilen erobert war, wurde ihm 1885

1967 schafft die Europäische Gemeinschaft die aus der Kolonialzeit herrührenden Preisgarantien für senegalesische Erdnüsse auf dem französischen Markt ab, der US-Imperialismus drängt mit dem billigeren Sojaöl auf den Markt, das zudem den Vorzug hat, einen größeren Ölkuchen – Proteinquelle in der Viehernährung – zu besitzen. Die Imperialisten drücken den Erdnußpreis, die französischen Pflanzenölmonopole, allen voran Lesieur, ändern die Produktionsstruktur, 1978 ist der Erdnußpreis unter den von 1960 gefallen.





Erdnußproduktion und -lagerung in Senegal. Vom französischen Kolonialismus aufgezwungen, erstreckt sich die Erdnuß heute auf 50% der bebauten Fläche und bringt 70% der Exporterlöse. Jede schlechte Ernte, jeder Fall der Weltmarktpreise ruinieren Tausende von Bauern und treiben das Volk in den Hunger, da die Produktion der Grundnahrungsmittel wie Hirse längst nicht den Bedarf deckt. 1978 mußten allein 1,2 Mio. t Getreide eingeführt werden.

## Programm der Vereinigten Senegalesischen Opposition C.O.S.U.

– Auszüge aus dem Forderungskatalog –

### I. Auf wirtschaftlichem Gebiet

1. Im Rahmen des neuen volksdemokratischen Staates den Endzweck und die Dynamik der nationalen Entwicklung festlegen, indem die schöpferische Initiative den Werktätigen in Stadt und Land (Arbeitern, Bauern, Viehzüchtern, Handwerkern, Fischern usw. ...) zurückgegeben wird, die direkt die grundlegenden Entscheidungen treffen sollen und dabei der Unterstützung der fortschrittlichen Intellektuellen und aller ernsthaften Patrioten sicher sein sollen. (...)

3. Entwicklung und Mobilisierung der natürlichen Entwicklungspotentiale der Nation mit dem Ziel, die unentbehrliche Selbstversorgung zu erreichen, um überleben und dem Druck des äußeren Marktes ebenso widerstehen zu können wie der Erpressung durch Lebensmittelhilfe.

4. Im Rahmen der nationalen Planung Neuaufteilung der Entwicklungsanstrengungen unter die verschiedenen in unterschiedlichem Maße zugänglichen und entwickelten Regionen des Landes; vor allem intensive Bemühungen um die Diversifizierung der Landwirtschaft; Rationalisierung und Steigerung der Produktivität der Viehzucht, der Fischerei und des traditionellen Handwerks, gestützt sowohl auf die Wissenschaft und Technik wie auch auf die technologischen, kulturellen und moralischen Gesetze der alten Gesellschaften, die in unserer ländlichen Umgebung aufmerksam bewahrt worden sind.

5. Die Ausbeutung der Bauern und Viehzüchter beenden durch endgültigen Bruch mit den Praktiken des kapitalistischen Handels, die unter neuen Namen in den Strukturen, worin die Bauern und Viehzüchter zusammengefaßt sind, fortgesetzt werden; die chronische Verschuldung der Bauern einer radikalen Lösung zuführen, vor allem gegenüber den sogenannten Interventionsstellen unter Kontrolle des Staates (O.N.C.A.D., B.N.D.S. usw. ...), um den Teufelskreis zu durchbrechen, der von der kolonialen Epoche herstammt.

6. Die allgemeine Organisation der Landarbeit wirksam verändern, ihre Methoden und Produktions- und Austauschverhältnisse (unter Liquidierung aller archaischen sozialen Verhältnisse) im Rahmen der angestrebten Basisdemokratie;

8. Die Frage des sogenannten „nationalen Grundbesitzes" erneut untersuchen, dessen vollständige Ersetzung durch eine echte Agrarreform, die für eine tatsächliche Befreiung und einen raschen Fortschritt der Massen auf dem Lande erforderlich ist; in der Folge Inangriffnahme einer rationellen Bodennutzung zum Vorteil derer, die ihn bebauen, ohne in Praktiken zu verfallen, die den betrügerischen Enteignungen ähneln, welche heute in zahlreichen ländlichen Gemeinden bitter beklagt werden.

9. Eine neue und echte, selbständige, produktive und profitable Zusammenarbeit (der Bauern) fördern und zusätzlich wirksame staatliche Unterstützung, die befreiend wirkt und jede Form von Ausbeutung, Bürokratismus und Bevorzugung bekämpft. (...)

11. Nationalisierung der wesentlichen Wirtschaftsbereiche und strikte Kontrolle aller Bereiche, um die Möglichkeit zu haben, eine unabhängige wirtschaftliche Entwicklung im Interesse des Volkes einzuleiten und voranzutreiben, wobei jeglicher Bürokratismus ausgeschlossen sein muß; einen unerbittlichen Kampf gegen die Entstehung und Konsolidierung auf dieser Grundlage einer Bourgeoisie aus Verwaltungs- und Führungspersonal, die dem Dienst am Imperialismus verschrieben ist, in enger Interessensgemeinschaft mit der einheimischen Kompradorenbourgeoisie, die noch schwach vorhanden ist, oder der ausländischen Bourgeoisie (...)

18. Reale Beherrschung der Währung, gegenwärtig von der Hypothek der Franc-Zone belastet, in einem monetären System, das optimal die neue Organisation der Produktion und des Austauschs ermöglicht.

### II. Auf sozialem Gebiet

1. Revision der Tarifverträge im Sinne der legitimen Interessen der Werktätigen (bezüglich Lohn, Arbeitsbedingungen, sozialer Sicherheit usw. ...), Ausarbeitung einer neuen Arbeitsgesetzgebung, die unter anderem den Werktätigen tatsächlich das Streikrecht garantiert, unverzichtbares Kampfmittel und normale Entsprechung zum demokratischen Recht auf Arbeit.

2. Sicherung der wirksamen Beteiligung aller Werktätigen an der Führung und Leitung ihres Unternehmens; in der Ausübung dieser Tätigkeit Vervollständigung der technischen Kenntnisse, Stärkung des Verantwortungsbewußtseins und des Patriotismus der Werktätigen. (...)

4. Abschaffung der zahlreichen Gebühren und Steuern, die die Werktätigen ruinieren, ohne daß sie einen Gewinn davon haben; Errichtung eines gerechteren Steuersystems im Sinne der Verminderung der Steuern auf die untersten Einkommen. (...)

8. Garantie der Gleichheit der beiden Geschlechter bei Anerkennung und Berücksichtigung ihrer Besonderheiten; Abschaffung der verschiedenen Formen der Unterdrückung, die auf der Frau lasten.

### III. Im Bereich der Erziehung und Kultur

1. Wiederherstellung unseres kulturellen Erbes als Herzstück des nationalen Lebens und der sozialen Praxis, und, als vorrangige Aufgabe, Wiedereinsetzung unserer nationalen Sprachen in ihre normale Rolle für die Kommunikation in jeder Form, in den öffentli-

Das koloniale Erbe kann die heutige Lage des Senegal jedoch nur zum Teil erklären. Der zweite Teil der Erklärung ist die politische Niederlage der senegalesischen Volksmassen gegen den französischen Imperialismus kurz nach ihrem größten Sieg. Zwei Kräfte hatten entscheidenden Anteil daran, daß das senegalesische Volk gemeinsam mit den anderen westafrikanischen Völkern 1960 den französischen Imperialismus zum Rückzug zwingen und die nationale Unabhängigkeit erringen konnte: die unablässigen Kämpfe der senegalesischen Bauern, die die französischen Imperialisten trotz der Kollaboration der Feudalen immer wieder in lokale bewaffnete Auseinandersetzungen verwickeln, zum Teil die Erdnußproduktion verweigern und besonders hartnäckig gegen die immer neuen Steuerforderungen bzw. -eintreiber vorgehen. Zweitens die senegalesische Arbeiterklasse. Zahlenmäßig unbedeutend – 1950 erst ein paar Tausend bei 4 Mio. Einwohnern – rekrutiert sie sich zunächst fast ausschließlich aus den Eisenbahnarbeitern und den Beschäftigten der Nahrungsmittelindustrie. An strategischen Stellen der Kolonialwirtschaft placiert, entfalten ihre Kämpfe jedoch erhebliche Wirkung. Die ersten Kämpfe der Eisenbahnarbeiter sind aus dem Jahre 1919 bekannt, große Lohnstreiks schlossen sich 1938, 1946 und 1947 an. Mit der Einführung des Arbeitsgesetzbuches von 1952 kann die senegalesische Arbeiterbewegung ihren ersten großen Erfolg erringen und sich Ausgangsbedingungen schaffen, die kolonialistische Herrschaft besser zu bekämpfen.

Wenig organisiert und zahlenmäßig zu schwach muß die senegalesische Arbeiterklasse jedoch an der Aufgabe scheitern, nach dem Rückzug der Besatzerarmee auch die ökonomischen und politischen Grundlagen der imperialistischen Herrschaft zu zerstören und die Führung der nationaldemokratischen Revolution zu übernehmen. Eine Führung, die von der Bourgeoisie erst recht nicht übernommen werden konnte. Die planmäßige Verhinderung der industriellen Entwicklung des Landes durch den französischen Imperialismus, die Monopolisierung des Handels in seinen Händen erlaubten keine Herausbildung einer nationalen Bourgeoisie und beschränkten die afrikanische Bourgeoisie im wesentlichen auf die von den Imperialisten zur Verwaltung herangezogene und ausgebildete kleinbürgerliche Intelligenz.

Der im September 1960, drei Monate nach der Unabhängigkeit, zum Präsidenten gewählte Leopold Senghor zählt zu denjenigen, die, wie es der jetzige Direktor für Afrikafragen im französischen Außenministerium formuliert, „ihre Lehre in politischem Leben und moderner Demokratie" direkt in Paris in der französischen Ministerialverwaltung absolvierten. Von vorneherein gestützt auf die militärischen und technischen „Berater" der Imperialisten kann er die politische Massen-

von ihrem wichtigstem Bündnispartner erleidet die senegalesische Arbeiterklasse, die Senghors Politik der Öffnung gegenüber dem französischen Kapital von vorneherein bekämpft, in den folgenden Jahren eine schwere Niederlage. Das Hauptfeld des Kampfes ist die senegalesische Gewerkschaftsbewegung. Senghor, der 1963 die Einheitspartei UPS auf verschwommen sozialdemokratischer Grundlage geschaffen hatte, setzte alles daran, die aus der von Sékou Touré gegründeten Allgemeinen Afrikanischen Arbeiterunion hervorgegangene Einheitsgewerkschaft UNTS zu zersetzen und zum Organ der senegalesischen Regierung zu machen.

Am 30. Mai 1968, nach einer großen Demonstration am 1. Mai, auf der die Arbeiter die starke Verteuerung der Nahrungsmittel angegriffen und sofortigen Preisstopp gefordert hatten, nach wochenlangen Kämpfen der Studenten gegen die kulturelle Unterdrückung durch die Francophonie und nachdem Senghor auf die Studenten hat schießen lassen, ruft die Gewerkschaft den Generalstreik aus. Senghor verkündet den Ausnahmezustand und läßt französische Truppen aufmarschieren. Nach dem zwei Tage später verkündeten Angebot von Verhandlungen läßt die Gewerkschaft den Streik abbrechen. Senghor macht jedoch keinerlei Zugeständnisse. Der Streik ist verloren, und die Regierung kann die aufbrechende Spaltung der Gewerkschaft nutzen, sie über Bestechungsangebote zu spalten und endlich 1969 auflösen zu lassen. Die Gewerkschaft CNTS wird als direkter Bestandteil der UPS gegründet und auf die Unterstützung der Regierung verpflichtet.

Obwohl die UNTS sich im Untergrund reorganisiert und schon am 13.4. in einem Flugblatt zum Kampf „gegen jede reaktionäre Diktatur, Kolonialismus und Neokolonialismus" aufruft, braucht die senegalesische Arbeiterklasse fast ein Jahrzehnt, bevor sie erneut in die Offensive gehen kann. Ab Mitte der 70er Jahre entwickelt sie, mittlerweile auf etwa 40000 Industriearbeiter bei 120000 Lohnabhängigen angewachsen, heftige Kämpfe, die sich zumeist an dem 1974 verkündeten Lohnstopp und der Festschreibung des Mindestmonatslohns auf 350 FF entzünden. Die Tatsache, daß sie in diesen Kämpfen immer wieder auf die französischen Imperialisten trifft – sei es in Form des Kapitalisten, des Beraters in den 21% Betrieben, die in Händen der senegalesischen Bourgeoisie sind, oder der französischen Berater und Ausbilder im öffentlichen Dienst, bei der Polizei –, treibt die Kämpfe immer über die unmittelbaren Lohnforderungen hinaus. Immer häufiger werden Forderungen gegen den französischen Imperialismus erhoben. Mit dem am 4. November 1978 verabschiedeten Programm der Koordination der Vereinigten Senegalesischen Opposition COSU (s.u.) hat sich die senegalesische Volksbewegung eine Plattform geschaffen, von der aus sie den Kampf gegen den Imperialismus und die senegalesischen

## Flugblatt der Arbeiter der öffentlichen Verkehrsbetriebe (SORTAC)

Angesichts unserer entschlossenen Mobilisierung während der vergangenen Tage des Kampfes hat die Direktion der SOTRAC gegenüber einer Reihe unserer Forderungen den Rückzug angetreten. Aber immer, wenn die Standfestigkeit unserer Bewegung sie gezwungen hat, ihr wahres Gesicht zu zeigen, hat sie zu demagogischen Versprechungen Zuflucht genommen, um einen Ausweg zu finden. Das ist die Lehre (unseres Streiks) vom Februar 1977 . . .

Unfähig wie sie ist, hat die Direktion noch stets alle Schwierigkeiten auf unseren Rücken abwälzen wollen, und hat dadurch ihre vollständige Unterordnung unter die Interessen der imperialistischen Monopole deutlich gemacht – insbesondere von Saviem-Renault, das mit dem öffentlichen Transportwesen einen lebenswichtigen Sektor unseres Landes kontrolliert. Trotz der unsozialen und unterdrückerischen Politik, die daraus unweigerlich folgte, haben wir immer versucht, den Benutzern der Verkehrsmittel (Arbeiter, Hausfrauen, Schüler) zu dienen unter den schwierigen Bedingungen, die die reaktionäre Politik des neo-kolonialen Regimes ja auch für sie bedeutet.

Aber was haben wir dafür erleben müssen? In der SOTRAC waren wir dauernden Übergriffen und Provokationen der Direktion ausgesetzt . . . Diese Politik der Kasernenwillkür hat in der Entlassung von 158 Arbeitern ihren Höhepunkt gefunden, Vätern von Familien. Aber noch schlimmer, es wird immer deutlicher bei diesen schmutzigen Umtrieben die Hand des finsteren Kolonialisten (colon) Goldreau sichtbar, den sie uns als „technischen Assistenten" von der Verwaltung der Pariser Verkehrsbetriebe hergeschickt haben. In dessen Verhalten zeigt sich ganz einfach die Verachtung des französischen Imperialismus für unser Volk, wobei ihm das neo-koloniale Regime voll zu Diensten steht.

Trotz dieser unversöhnlichen Gegensätze haben wir mit der Direktion seit Februar Verhandlungen aufgenommen. Nachdem die Lage dabei einer genauen Untersuchung unterzogen worden ist, haben wir die Entlassung des Chefs der Kontrollabteilung und der Einsatzleitung gefordert und auch durchgesetzt . . .

Die organisierte Antwort, die wir ihnen durch die Bummelstreiks vom 21. und 22. Mai erteilt haben, hat den Herrschaften die Mütze wieder etwas geradegerückt. Wir haben unsere Einheit um die folgenden 5 Punkte gefestigt:

– Sofortige Entfernung von Goldreau!
– Unverzügliche Einberufung der betrieblichen Tarifkommission!
– Sofortige Einberufung der Kommission für die Einklassierungen!
– Zahlung aller nach Abschluß des Prozesses fälligen Lohnrückstände!
– Zusicherung der Weiterbeschäftigung von Mustafa Diallo!

Kämpfen wir für die vollständige Erfüllung unserer Forderungen! Wenn wir uns einig sind, gehört der Sieg uns! Es lebe die proletarische Solidarität!


Wahlversammlung in einem Dorf im Frühjahr 1978

## Flugblatt revolutionärer Schüler: „Nationale Sprachen und Befreiung"

Die Massen unseres Volkes, die mehr als je entschlossen sind, sich vom Joch des Neokolonialismus, der sozialen und politischen Unterdrückung und ökonomischen Ausbeutung zu befreien, kämpfen auch unnachgiebig für ihre kulturelle Befreiung. In diesem Zusammenhang erleben wir gegenwärtig eine Neubewertung unserer Nationalsprachen (die ins lateinische Alphabet übertragen, lesen und schreiben gelernt und neu verbreitet werden) – Sprachen, die seit mehr als drei Jahrhunderten ausgelöscht und als Mittel der Volkskultur geleugnet worden sind. Tatsächlich mußte die Kolonialherrschaft, um sich durchzusetzen, alle Kräfte der Nation erdrosseln, die in der Lage waren, ihrer kolonialen Durchdringung einen gewissen Widerstand entgegenzusetzen: so hat eine gut abgestimmte westliche Propaganda (mit gutem Grund) versucht, uns einzureden, unsere Sprachen seien für jeden wissenschaftlichen Zweck untauglich, weil ihr die Begriffe mangelten und sie keine Schriftsprache sei. Was für ein Blödsinn! Als wären die Kultur und (als ihr Mittel) die Sprache eines Volkes vollständig von dessen sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen

den Erscheinungen der Natur. Diese Verteidiger des Neo-Kolonialismus sind unsere Staatsführer, und man muß sich also nicht wundern, daß die patriotischen Bestrebungen der Massen unseres Volkes niedergetrampelt worden sind. (. . .)

Die Nationalsprache als Mittel unserer Kultur ist ein wirksamer und wichtiger Hebel der Erziehung, der es dem Kind erlaubt, sich mit diesem Instrument, dieser Waffe ein besseres Verständnis seiner Umwelt zu verschaffen, der objektiven Realität und der Errungenschaften seines Volkes. (. . .) Die Unterrichtung in unseren Nationalsprachen wird uns erlauben, Technik und Wissenschaften der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes erst zugänglich zu machen, und nicht eine von den Massen abgeschnittenen, weil durch das Ausland geformte Minorität zu sein. Das heißt keineswegs, daß wir ganz aufhören werden, die ausländischen Sprachen zu lernen, denn die sind eine Waffe, die wir gebrauchen, um den Taktiken des Klassenfeindes auf die Spur zu kommen, und um besser die Mechanismen zu begreifen, durch die unser Volk der Ausbeutung und Unterdrückung unterworfen wird. (. . .)

Es muß also
– das Studium unserer Sprachen Bestandteil der Schulerziehung in allen Stadien sein, es muß Vorrang vor dem Erlernen der ausländischen Sprachen haben;
– es müssen Einrichtungen auf dem Land geschaffen werden, die es unsern Eltern erlauben, von den Errungenschaften der Wissenschaft zu profitieren;
– wir, die Intellektuellen, müssen selbst beim Erlernen unserer Sprachen vorangehen und während der Ferien eine Alphabetisierungskampagne unter den Massen organisieren . . (. . .)



gegründet und auf die Unterstützung der Regierung verpflichtet.
ren Höhepunkt gefunden, Vätern von
Wahlversammlung in einem Dorf im Frühjahr 1978

Wenig organisiert und zahlenmäßig zu schwach muß die senegalesische Arbeiterklasse jedoch an der Aufgabe scheitern, nach dem Rückzug der Besatzerarmee auch die ökonomischen und politischen Grundlagen der imperialistischen Herrschaft zu zerstören und die Führung der nationaldemokratischen Revolution zu übernehmen. Eine Führung, die von der Bourgeoisie erst recht nicht übernommen werden konnte. Die planmäßige Verhinderung der industriellen Entwicklung des Landes durch den französischen Imperialismus, die Monopolisierung des Handels in seinen Händen erlaubten keine Herausbildung einer nationalen Bourgeoisie und beschränkten die afrikanische Bourgeoisie im wesentlichen auf die von den Imperialisten zur Verwaltung herangezogene und ausgebildete kleinbürgerliche Intelligenz.

Der im September 1960, drei Monate nach der Unabhängigkeit, zum Präsidenten gewählte Leopold Senghor zählt zu denjenigen, die, wie es der jetzige Direktor für Afrikafragen im französischen Außenministerium formuliert, „ihre Lehre in politischem Leben und moderner Demokratie" direkt in Paris in der französischen Ministerialverwaltung absolvierten. Von vorneherein gestützt auf die militärischen und technischen „Berater" der Imperialisten kann er die politische Massen-bewegung zunächst mit dem Versprechen der Anhebung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, v.a. für Erdnüsse, kanalisieren und einen Großteil der Bauern mit der Zusage der Beseitigung noch vorhandener feudaler Strukturen gewinnen. So abgespalten

Obwohl die UNTS sich im Untergrund reorganisiert und schon am 13.4. in einem Flugblatt zum Kampf „gegen jede reaktionäre Diktatur, Kolonialismus und Neokolonialismus" aufruft, braucht die senegalesische Arbeiterklasse fast ein Jahrzehnt, bevor sie erneut in die Offensive gehen kann. Ab Mitte der 70er Jahre entwickelt sie, mittlerweile auf etwa 40000 Industriearbeiter bei 120000 Lohnabhängigen angewachsen, heftige Kämpfe, die sich zumeist an dem 1974 verkündeten Lohnstopp und der Festschreibung des Mindestmonatslohns auf 350 FF entzünden. Die Tatsache, daß sie in diesen Kämpfen immer wieder auf die französischen Imperialisten trifft – sei es in Form des Kapitalisten, des Beraters in den 21% Betrieben, die in Händen der senegalesischen Bourgeoisie sind, oder der französischen Berater und Ausbilder im öffentlichen Dienst, bei der Polizei –, treibt die Kämpfe immer über die unmittelbaren Lohnforderungen hinaus. Immer häufiger werden Forderungen gegen den französischen Imperialismus erhoben. Mit dem am 4. November 1978 verabschiedeten Programm der Koordination der Vereinigten Senegalesischen Opposition COSU (s.u.) hat sich die senegalesische Volksbewegung eine Plattform geschaffen, von der aus sie den Kampf gegen den Imperialismus und die senegalesischen Kompradoren, für die nationaldemokratische Revolution im Bündnis der Arbeiterklasse, der Bauern und von Teilen der Bourgeoisie führen kann. In diesen Kämpfen ist der Kampf für den Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei vorangekommen.

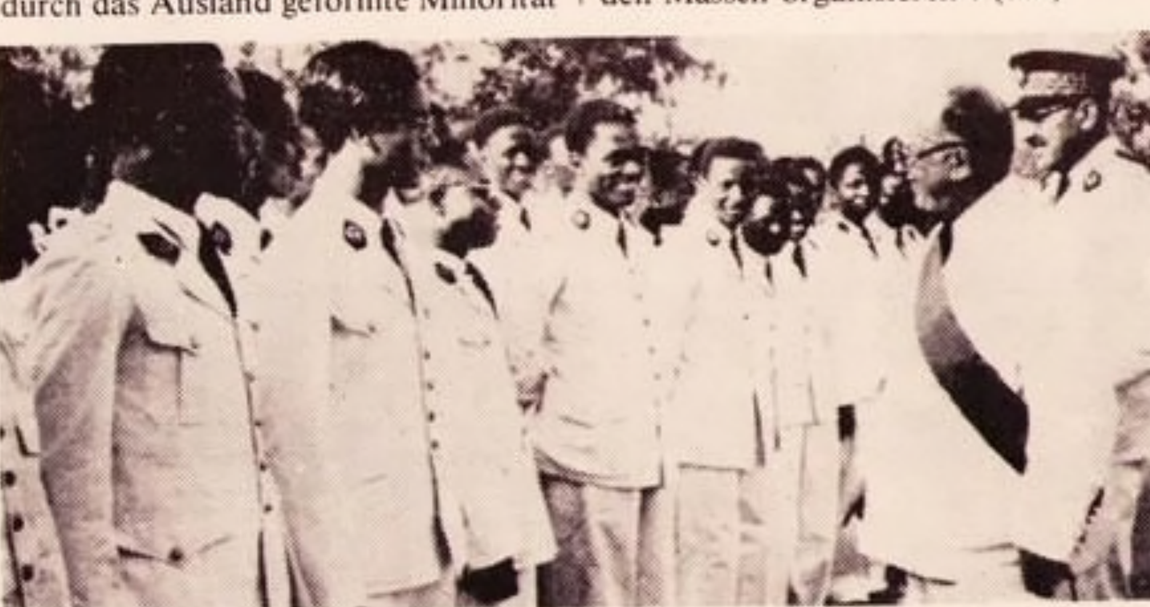
Flugblatt revolutionärer Schüler: „Nationale Sprachen und Befreiung"

Die Massen unseres Volkes, die mehr als je entschlossen sind, sich vom Joch des Neokolonialismus, der sozialen und politischen Unterdrückung und ökonomischen Ausbeutung zu befreien, kämpfen auch unnachgiebig für ihre kulturelle Befreiung. In diesem Zusammenhang erleben wir gegenwärtig eine Neubewertung unserer Nationalsprachen (die ins lateinische Alphabet übertragen, lesen und schreiben gelernt und neu verbreitet werden) – Sprachen, die seit mehr als drei Jahrhunderten ausgelöscht und als Mittel der Volkskultur geleugnet worden sind. Tatsächlich mußte die Kolonialherrschaft, um sich durchzusetzen, alle Kräfte der Nation erdrosseln, die in der Lage waren, ihrer kolonialen Durchdringung einen gewissen Widerstand entgegenzusetzen: so hat eine gut abgestimmte westliche Propaganda (mit gutem Grund) versucht, uns einzureden, unsere Sprachen seien für jeden wissenschaftlichen Zweck untauglich, weil ihr die Begriffe mangelten und sie keine Schriftsprache sei. Was für ein Blödsinn! Als wären die Kultur und (als ihr Mittel) die Sprache eines Volkes vollständig von dessen sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen getrennt. Diese Unterstellungen und Behauptungen wurden durch einige unserer Renegaten unterstützt, die die These aufstellten: „Die Vernunft ist hellenisch, die Gefühle sind negride". Sie behaupteten, der Neger habe also nicht die Fähigkeit, die Natur zu verändern und die verschiedenen Dinge zu analysieren, sondern seine Rolle beschränke sich auf eine passive „Teilnahme" an

den Erscheinungen der Natur. Diese Verteidiger des Neo-Kolonialismus sind unsere Staatsführer, und man muß sich also nicht wundern, daß die patriotischen Bestrebungen der Massen unseres Volkes niedergetrampelt worden sind. (. . .)

Die Nationalsprache als Mittel unserer Kultur ist ein wirksamer und wichtiger Hebel der Erziehung, der es dem Kind erlaubt, sich mit diesem Instrument, dieser Waffe ein besseres Verständnis seiner Umwelt zu verschaffen, der objektiven Realität und der Errungenschaften seines Volkes. (. . .) Die Unterrichtung in unseren Nationalsprachen wird uns erlauben, Technik und Wissenschaften der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes erst zugänglich zu machen, und nicht eine von den Massen abgeschnittenen, weil durch das Ausland geformte Minorität zu sein. Das heißt keineswegs, daß wir ganz aufhören werden, die ausländischen Sprachen zu lernen, denn die sind eine Waffe, die wir gebrauchen, um den Taktiken des Klassenfeindes auf die Spur zu kommen, und um besser die Mechanismen zu begreifen, durch die unser Volk der Ausbeutung und Unterdrückung unterworfen wird. (. . .)

Es muß also
– das Studium unserer Sprachen Bestandteil der Schulerziehung in allen Stadien sein, es muß Vorrang vor dem Erlernen der ausländischen Sprachen haben;
– es müssen Einrichtungen auf dem Land geschaffen werden, die es unsern Eltern erlauben, von den Errungenschaften der Wissenschaft zu profitieren;
– wir, die Intellektuellen, müssen selbst beim Erlernen unserer Sprachen vorangehen und während der Ferien eine Alphabetisierungskampagne unter den Massen organisieren . . (. . .)


Senegal, 50er Jahre: der französische Gouverneur läßt sich afrikanische Studenten vorführen, aus denen Marionetten und Kompradoren werden sollen.

chen Angelegenheiten, in der Erziehung und vollständigen Unterrichtung, in allen sogenannten „kulturellen" Lebensäußerungen; als Folge dessen vordringlich eine Politik der umfassenden Alphabetisierung in diesen Sprachen. (. . .)

3. Gewährleistung des unentgeltlichen Unterrichts für alle im Rahmen einer nationalen demokratischen Volksschule, die von der Vormundschaft und dem Einfluß jeglicher „technischer Hilfe" befreit und so organisiert ist, daß sie dem Volke dienen kann und unseren Realitäten angepaßt ist.

IV. Auf politischem Gebiet

**A. Innenpolitik:** 1. Endgültige Garantie der demokratischen Freiheiten des Volkes, insbesondere der Freiheit des Gedankens, der Rede, der politischen und gewerkschaftlichen Organisierung, des Streiks usw. . . . (. . .)

**B. Außenpolitik:** 1. Aufkündigung aller ungleichen „Kooperations-" oder „Beistands-"verträge, die mit fremden Ländern abgeschlossen sind, vor allem der Verträge (auf monetärem, militärischem und kulturellem Gebiet) mit Frankreich. (. . .)

3. Zur Stärkung der Solidarität mit den Völkern Afrikas und anderswo in der Welt für den Fortschritt im Kampf gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus beitragen. (. . .)

6. Stärkung der Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Ländern der Welt, bei steigendem Bemühen, zuallererst auf die eigenen Kräfte zu zählen.

7. Beständig zur Erhaltung des Friedens in der Welt beitragen im Rahmen einer positiven und fortschrittlichen Blockfreiheit.

**6. Nationale Verteidigung:** 1. Eine nationale und auf das Volk gestützte Organisation der Verteidigung des Vaterlandes und seiner neuen demokratischen Einrichtungen schaffen, an der jeder Bürger, Zivilist oder Militär, zum Schutz aller fortschrittlichen Errungenschaften unseres Volkes direkt teilnehmen soll.

2. Auflösung der fremden Militärbasen auf unserem nationalen Boden und Verbot jeder Möglichkeit, neue Basen zu errichten oder das nationale Territorium fremden Truppen zum Gebrauch zu überlassen, wie es gegenwärtig mit den französischen Truppen und ihren aggressiven Plänen gegen die Völker des afrikanischen Kontinents der Fall ist.

## Offener Brief an die Zeitschrift „And Sopi" der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei (PAI)

In der Nr. 14 hat „And Sopi" einen Artikel „Solidarität mit Vietnam" veröffentlicht, in dem sie offen Partei ergreift in dem Konflikt, in der Südostasien Kampuchea und China sowie Vietnam, unterstützt von der Sowjetunion, gegenüberstellt. (. . .)

Daß der Konflikt zwischen Kampuchea und Vietnam ein bedauerlicher Konflikt ist, ist die Ansicht aller fortschrittlichen Kräfte in der Welt. Aber man kann doch schwer bestreiten, daß der Konflikt Kampuchea-Vietnam grundlegend aus dem Willen Vietnams resultiert, unterstützt vom sowjetischen Hegemonismus, keine Politik der Unabhängigkeit des Demokratischen Kampuchea zuzulassen und der Partei und dem Volk dieses Landes seine „speziellen Beziehungen" aufzuzwingen, da es anders seinen Traum einer „Indochinesischen Föderation" nicht realisieren kann, die unter der Kontrolle der Sowjetunion, mit Vietnam als Mittelsmann, stehen soll. (. . .)

Die Integration Vietnams in den Comecon ist ein vollständiger Bruch mit der Politik der Neutralität, die Präsident Ho Chi Minh zu Lebzeiten immer verfolgt hat und wofür er vom vietnamesischen Volk geliebt wurde. (. . .)

Ob in Afrika in der Frage Eritreas, der West-Sahara oder Angolas, oder ob in anderen Teilen der Welt wie Afghanistan und Süd-Jemen, wir sind Augenzeuge einer immer aggressiveren Offensive des sowjetischen Sozialimperialismus, der sich bemüht, alle Regierungen zu destabilisieren, die sich ihm nicht geneigt zeigen (. . .) und die Bewegung der Blockfreien von ihren Zielen abzubringen und ins eigene Schlepptau zu bringen. (. . .)

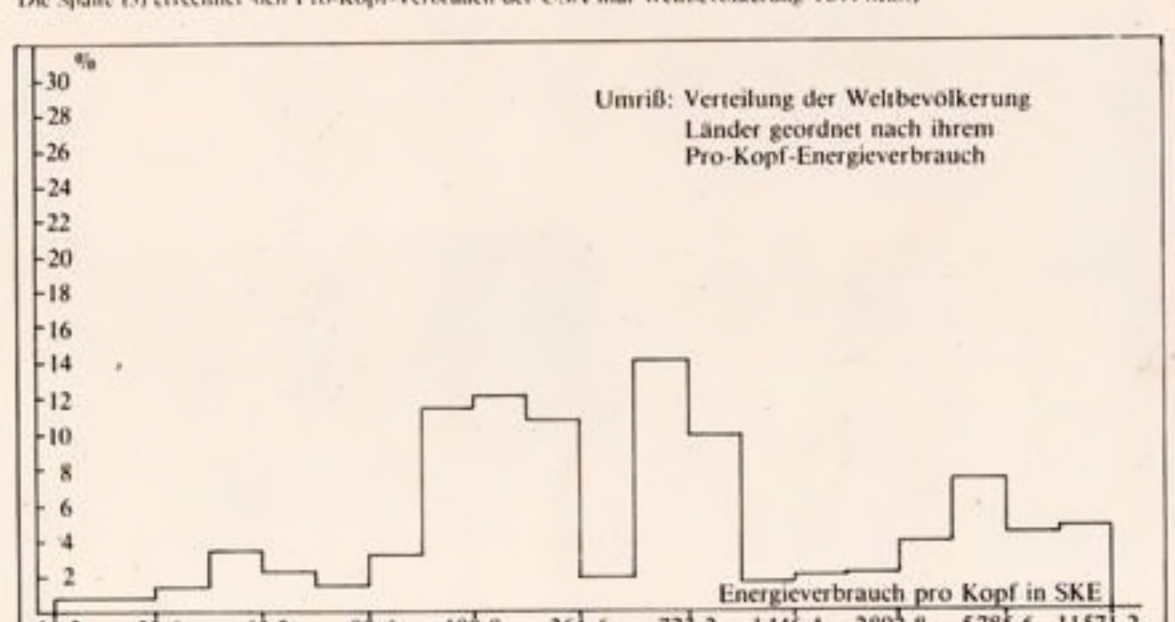
Indem „And Sopi" auf so unehrliche Weise zu dem Konflikt in Südostasien Stellung genommen hat, (. . .) wird das Ziel des „geheimen" Flügels der PAI deutlich, nämlich das anrüchige Prestige der Sowjetunion zu verbessern.

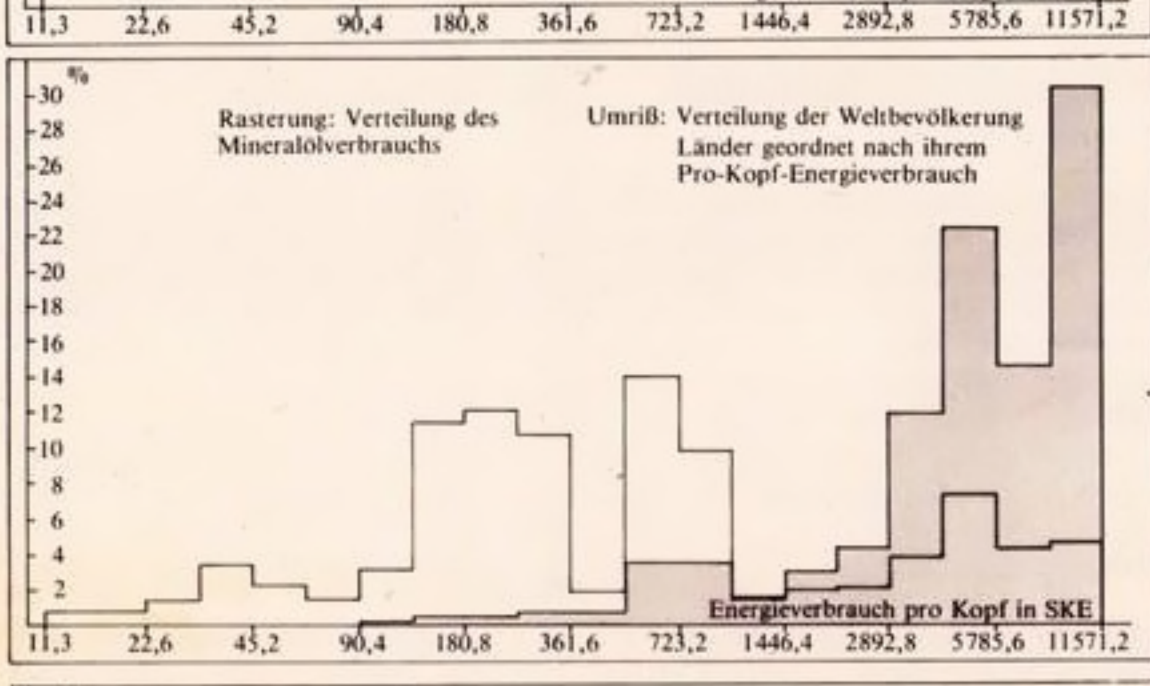

Senegal, 1939: Ein erstes Kontingent senegalesischer Schützen verläßt Dakar, um als Kanonenfutter im Kampf der Imperialisten um die Weltherrschaft zu dienen.

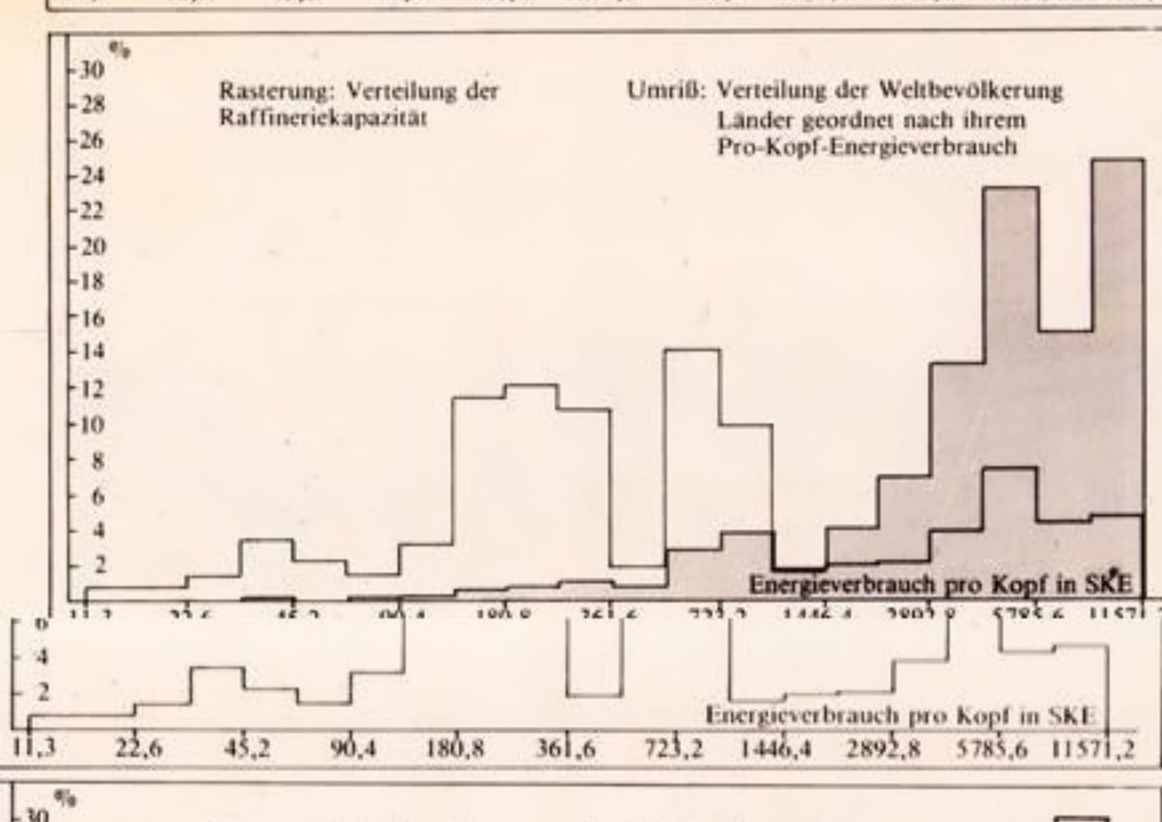
# Das Monopol der imperialistischen Mächte über die Rohstoffe zwingt zum Fanal

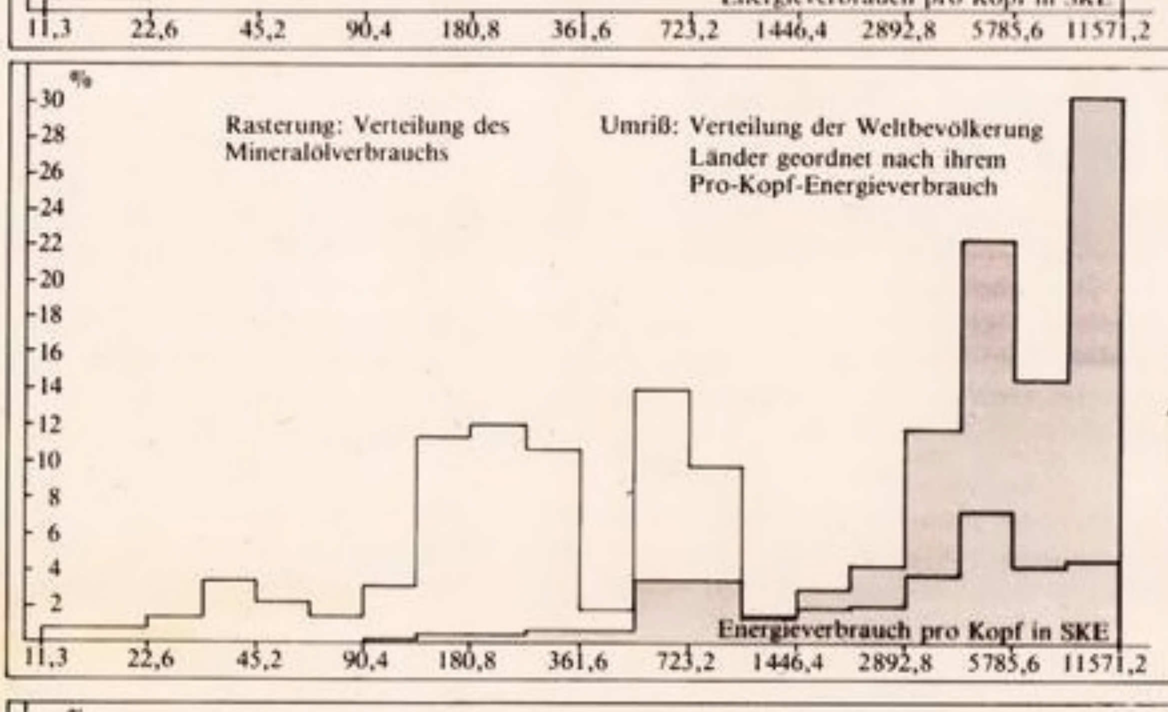
| | Rohstoff-Verbr. der USA (Tsd. t)* (1) | Rohstoff-Verbr. der USA (kg pro Kopf) (2) | Errechneter Weltverbr. in US-Anfor. (3) | Tatsächlicher Weltverbr. (Tsd. t.)* (4) | Fehlende Menge (3)-(4) Tsd.t* (5) | US-Anfor. % v. Verbr. (5) v. (4) (6) |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Aluminium ......... | 4435 | 20,1 | 81523 | 13862 | 67661 | 588% |
| Blei ............... | 937 | 4,3 | 17223 | 4283 | 12941 | 402% |
| Kupfer ............ | 1783 | 8,1 | 32775 | 8509 | 24266 | 385% |
| Zinn ............... | 51,8 | 0,2 | 925 | 241 | 712 | 396% |
| Zink ............... | 1022 | 4,6 | 18786 | 5724 | 13062 | 328% |
| Nickel ............. | 150 | 0,7 | 2757 | 666 | 2092 | 414% |
| Baumwolle .......... | 1453 | 6,6 | 26708 | 13320 | 13389 | 200% |
| Kaffee ............. | 1223 | 5,6 | 22481 | 3631 | 18850 | 619% |
| Mineralöl* ......... | 812 | 3693 | 14935 | 2857 | 12078 | 523% |

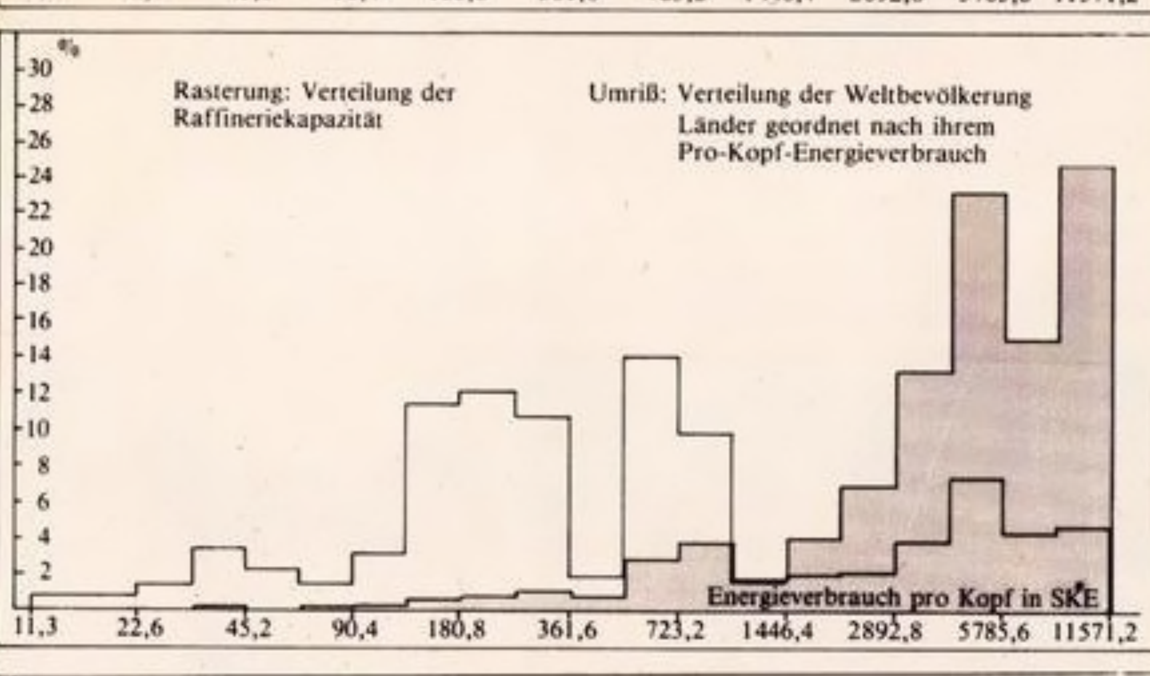
* Mengenangaben Mineralöl in Mio. t (Angaben für 1976, berechnet nach: Metallstatistik, UNO Statistical Yearbook. Die Spalte (3) errechnet sich Pro-Kopf-Verbrauch der USA mal Weltbevölkerung 4044 Mio.)

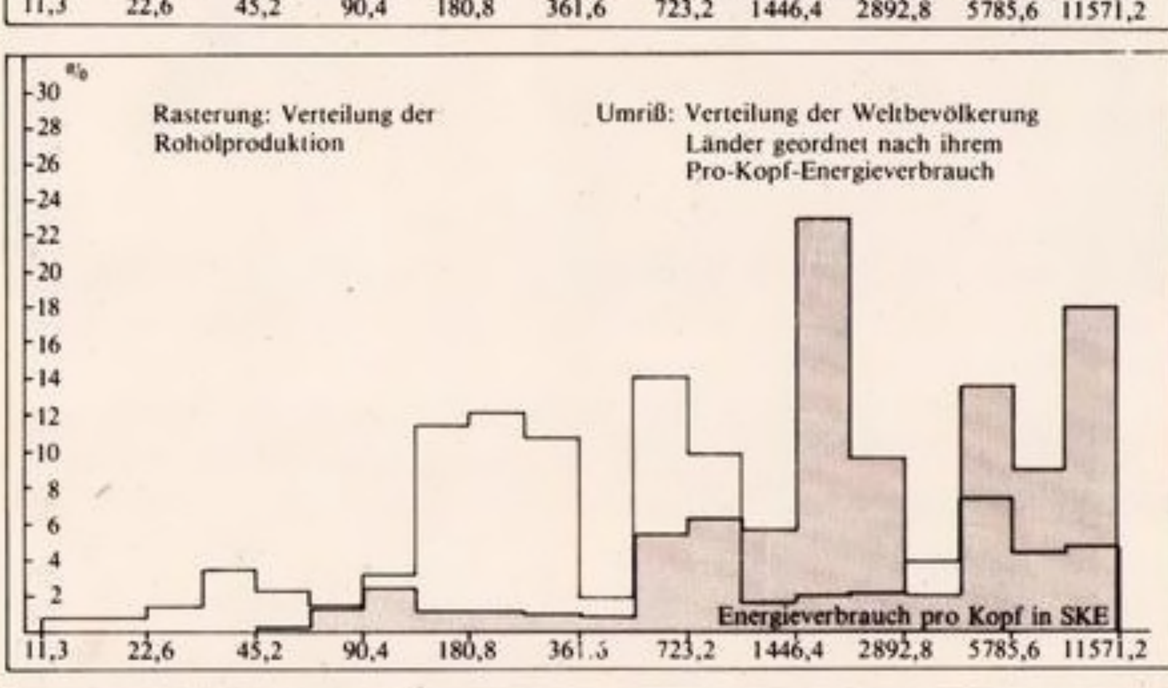


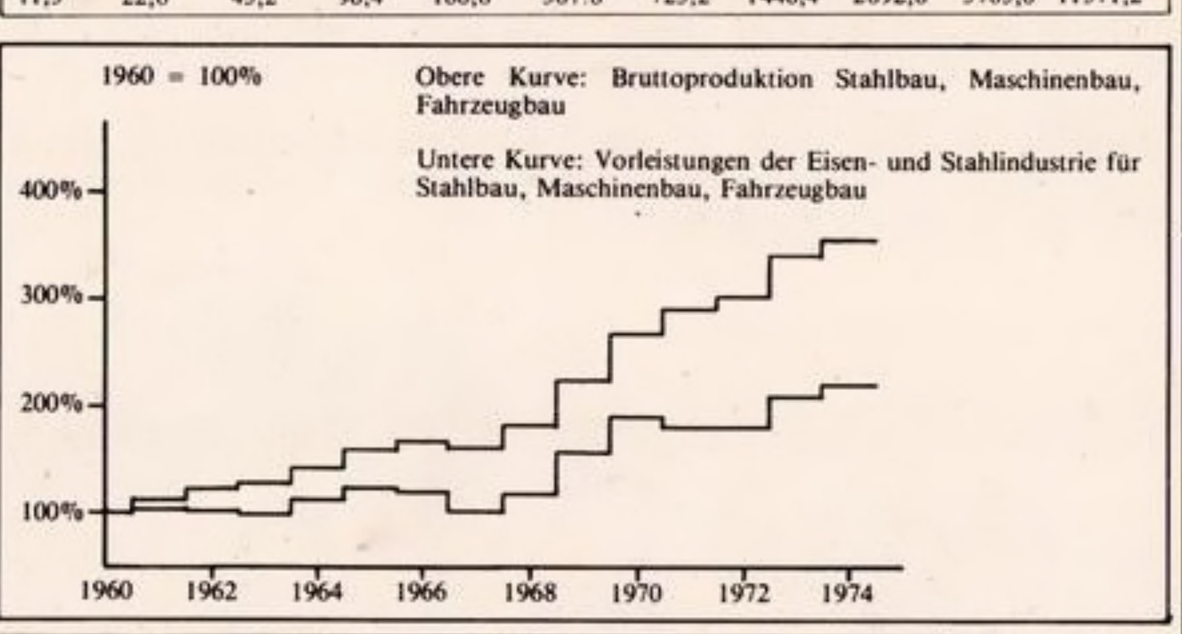




| | 1960 | 1962 | 1964 | 1966 | 1968 | 1970 | 1972 | 1974 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Brut.prod. Stahl-, Masch. u. Fahrzb. in Mio. DM | 61987 | 76180 | 88117 | 102514 | 112101 | 165564 | 187085 | 219908 |
| das. Vorleistungen Eis.- und Stahli. | 10022 | 10117 | 11269 | 11905 | 11757 | 19034 | 17949 | 21830 |
| in Prozent | 16,17 | 13,28 | 12,79 | 11,61 | 10,49 | 11,50 | 9,60 | 9,93 |

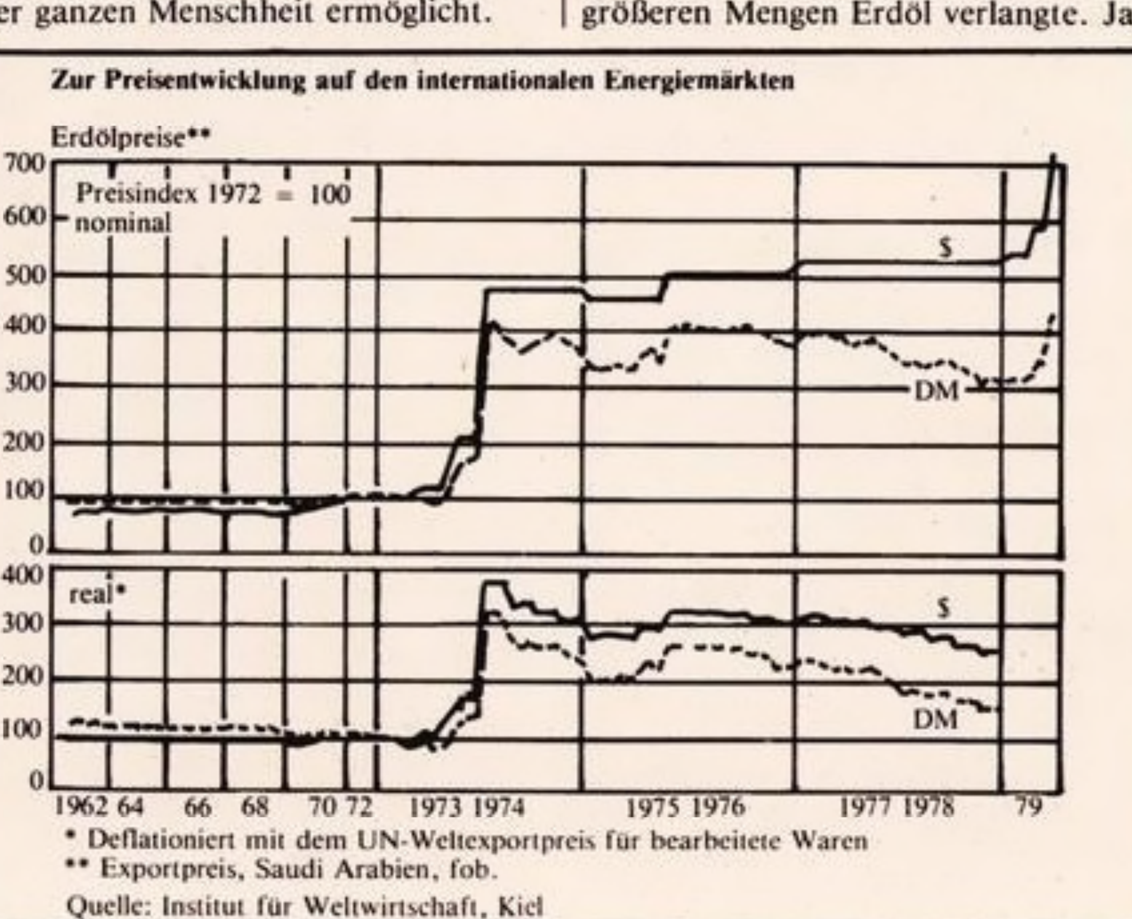
*z.wom.* In der nebenstehenden Tabelle haben wir errechnet, wie hoch der Rohstoffbedarf der ganzen Menschheit wäre, wenn man den Pro-Kopf-Verbrauch von Rohstoffen in den USA zugrundelegt. Das Ergebnis ist, daß dieser Bedarf überhaupt nicht befriedigt werden könnte. Die USA als Land mit den höchstentwickelten gesellschaftlichen Produktivkräften und mit dem – neben der SU – höchsten Monopolisierungsgrad unter den imperialistischen Ländern haben also den Rohstoffverbrauch in hohem Maße monopolisiert. Wenige imperialistische Mächte mit ihrem riesenhaften Konsum an Rohstoffen hemmen die Entwicklung der Produktivkräfte der ganzen Menschheit.

Aber diese imperialistischen Mächte sind nicht einfach ,,Rohstoffschlukker". Die Schaubilder zeigen die Verteilung der Rohölproduktion, der Raffineriekapazitäten und des Mineralölverbrauchs nach Ländergruppen. In jedem der Schaubilder liegt eine bestimmte Ländergruppe an der gleichen Stelle der Verteilung in der gleichen Säule. Unterlegt ist den Schaubildern die Verteilung der Weltbevölkerung nach dem Energieverbrauch. Es ergibt sich, daß sich ein Großteil des Rohölverbrauchs, insbesondere aber die Weiterverarbeitung des Öls, auf eine Gruppe von Ländern konzentriert, auf die der höchste Energieverbrauch pro Kopf entfällt, die aber nur einen kleinen Anteil an der Weltbevölkerung umfassen. Klar erkennbar ist die Teilung der Welt in die imperialistischen Mächte und, auf dem anderen Extrem, die Länder der Dritten Welt. Etwas anders fällt das Schaubild zur Rohölförderung aus, wo auf Länder der Dritten Welt der größte Anteil entfällt. Aber daß auch in diesen Ländern die Entwicklung der Produktivkräfte durch den Imperialismus gefesselt ist, geht daraus hervor, daß die Weiterverarbeitung des Öls bei den imperialistischen Mächten konzentriert ist. Weithin kontrollieren noch die Imperialisten die Rohölförderung in diesen Ländern, für die höhere Ölpreise die Ausplünderung ihrer Ressourcen durch die Ölmonopole nicht aufwiegen können. Gar nicht zu reden von den hohen Preisen für Industriegüter, die die Imperialisten diesen Ländern abverlangen, nachdem ihnen die Arbeiter die billig erstandenen und zusammengerafften Rohstoffe veredelt haben.

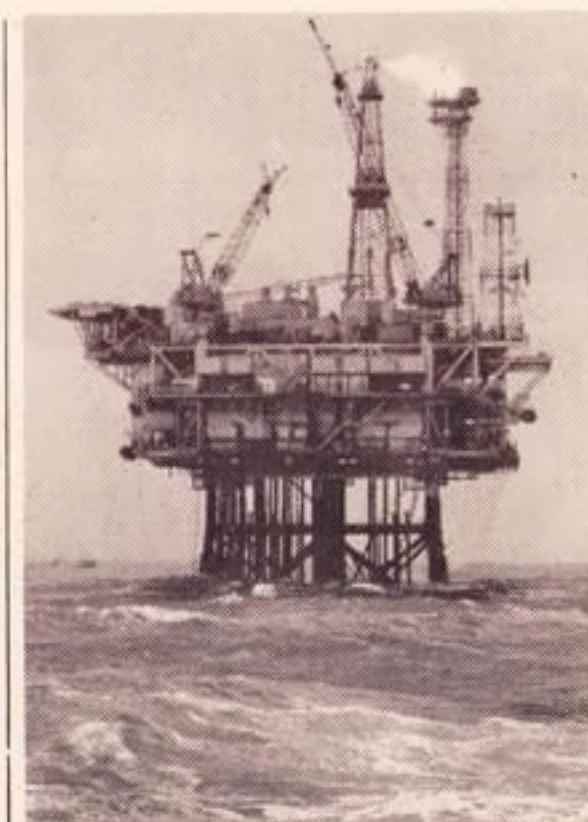
Es ergibt sich ein Widerspruch. Denn scheinbar führt der hohe Entwicklungsstand der Produktivkräfte mit Naturnotwendigkeit zur immensen Steigerung des Rohstoffverbrauchs auf Kosten der ganzen Menschheit. Von der Ausbeutung dieses Scheins zehren die ,,Grünen" und andere Politiker verschiedener Couleur, Bankiers usw.,

pe von Ländern konzentriert, auf die der höchste Energieverbrauch pro Kopf entfällt, die aber nur einen kleinen Anteil an der Weltbevölkerung umfassen. Klar erkennbar ist die Teilung der Welt in die imperialistischen Mächte und, auf dem anderen Extrem, die Länder der Dritten Welt. Etwas anders fällt das Schaubild zur Rohölförderung aus, wo auf Länder der Dritten Welt der größte Anteil entfällt. Aber daß auch in diesen Ländern die Entwicklung der Produktivkräfte durch den Imperialismus gefesselt ist, geht daraus hervor, daß die Weiterverarbeitung des Öls bei den imperialistischen Mächten konzentriert ist. Weithin kontrollieren noch die Imperialisten die Rohölförderung in diesen Ländern, für die höhere Ölpreise die Ausplünderung ihrer Ressourcen durch die Ölmonopole nicht aufwiegen können. Gar nicht zu reden von den hohen Preisen für Industriegüter, die die Imperialisten diesen Ländern abverlangen, nachdem ihnen die Arbeiter die billig erstandenen und zusammengerafften Rohstoffe veredelt haben.

Es ergibt sich ein Widerspruch. Denn scheinbar führt der hohe Entwicklungsstand der Produktivkräfte mit Naturnotwendigkeit zur immensen Steigerung des Rohstoffverbrauchs auf Kosten der ganzen Menschheit. Von der Ausbeutung dieses Scheins zehren die ,,Grünen" und andere Politiker verschiedener Couleur, Bankiers usw.,
die damit je nach Lage Sparprogramme, direkte Angriffe auf den Lohn und z.B. Mineralölsteuererhöhungen begründen. Wir haben dazu eine kleine Rechnung aufgemacht, wie sich innerhalb von 15 Jahren der Einsatz von Vorprodukten der Stahlindustrie im Maschinen- und Fahrzeugbau relativ erheblich verringert hat, sozusagen im normalen Gang der kapitalistischen Produktion, die gleichzeitig im riesigen Maßstab Rohstoffe vergeudet. Es weist darauf hin, daß die Umwälzung der Produktionsverhältnisse Produktivkraft im gesellschaftlichen Maßstab freisetzen kann und sparsamen und zweckmäßigen Einsatz der Rohstoffe zur Entwicklung der Produktivkraft der ganzen Menschheit ermöglicht.



* Deflationiert mit dem UN-Weltexportpreis für bearbeitete Waren
** Exportpreis, Saudi Arabien, fob.
Quelle: Institut für Weltwirtschaft, Kiel





Rund um die Erde jagen die Ölkonzerne der Imperialisten, um den Ländern der Dritten Welt das Rohöl zu rauben. Kein Risiko ist ihnen dabei zu groß (siehe Bild: zerborstener Tanker und ausgebrannte Bohrinsel). Die westdeutschen Imperialisten beteiligen sich an dieser Jagd, um sich eine eigene Rohölbasis zu ergattern. Eigens dazu wurde 1969 die über staatliche Subventionen und Darlehen finanzierte Deminex-Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft gegründet. Nach und

## Die OPEC-Staaten bekämpfen das Besitzmonopol der Imperialisten

*z.frb.* Als die ölproduzierenden Länder der Dritten Welt sich in der OPEC zusammenschlossen und als sie einen höheren Preis für das ihrem Boden abgewonnene Mineralöl verlangten, verliehen ihnen die imperialistischen Propaganda-Texter, in Spekulation auf den Haß der Massen gegen das monopolistische Kapital, den Zusatz ,,Kartell". 52,2% des westdeutschen Energiebedarfs wurden 1978 durch Mineralölkonsum gedeckt. ,,Steigt der Ölpreis, so müssen alle dafür zahlen", und ,,fallen 10% der Lieferungen aus, so ist ein Fahrverbot fällig". Schuld daran sei die OPEC, die auf ihrem Öl sitze wie der Fürst von Thurn und Taxis auf seinem Land, die Naturkraft des Öls monopolisierend.

Jetzt haben sich die Ölminister der OPEC auf ihrer Konferenz in Caracas nicht auf einen einheitlichen Listenpreis einigen können. Die Hetze ist dadurch nicht weniger geworden. Zwar paßt das Bild des ,,Kartells" nicht mehr richtig, aber die ölexportierenden Länder waren sich einig, daß ihre Abgabepreise erhöht werden müßten, ein Fonds für Entwicklungshilfe eingerichtet wird und die Produktion nicht steigen soll. Da darf keine imperialistische Regierung und keine Fernsehanstalt, kein Presseorgan, das was auf sich und sein Annoncengeschäft hält, versäumen, vor ,,drohenden Gefahren" zu warnen.

Schon vor der Konferenz in Venezuela hatten Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) eine Erhöhung ihrer Rohölpreise zum 1. Januar 1980 beschlossen. Nach der Preiserhöhung wird das saudiarabische Erdöl 24 $ pro Barrel (159

paganda-Texter, in Spekulation auf den Haß der Massen gegen das monopolistische Kapital, den Zusatz ,,Kartell". 52,2% des westdeutschen Energiebedarfs wurden 1978 durch Mineralölkonsum gedeckt. ,,Steigt der Ölpreis, so müssen alle dafür zahlen", und ,,fallen 10% der Lieferungen aus, so ist ein Fahrverbot fällig". Schuld daran sei die OPEC, die auf ihrem Öl sitze wie der Fürst von Thurn und Taxis auf seinem Land, die Naturkraft des Öls monopolisierend.

Jetzt haben sich die Ölminister der OPEC auf ihrer Konferenz in Caracas nicht auf einen einheitlichen Listenpreis einigen können. Die Hetze ist dadurch nicht weniger geworden. Zwar paßt das Bild des ,,Kartells" nicht mehr richtig, aber die ölexportierenden Länder waren sich einig, daß ihre Abgabepreise erhöht werden müßten, ein Fonds für Entwicklungshilfe eingerichtet wird und die Produktion nicht steigen soll. Da darf keine imperialistische Regierung und keine Fernsehanstalt, kein Presseorgan, das was auf sich und sein Annoncengeschäft hält, versäumen, vor ,,drohenden Gefahren" zu warnen.

Schon vor der Konferenz in Venezuela hatten Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) eine Erhöhung ihrer Rohölpreise zum 1. Januar 1980 beschlossen. Nach der Preiserhöhung wird das saudiarabische Erdöl 24 $ pro Barrel (159
Liter) kosten. Der Preis des Arabian Light 34° gilt als Eckdatum der OPEC-Preise. Bis Dezember 1978 wurde es für 12,70 $ verkauft, Januar 1979 für 13,34 $, ab April für 14,55 $; seit Juni hatte Saudi-Arabien 18 $ verlangt. Damals hatte die OPEC die Preisobergrenze auf 23,5 $ festgelegt. Katar wird jetzt 27,42 $ verlangen, die Emirate 27,56 $. Seit 1. November verlangt Libyen für sein hochwertiges Öl 30 $ statt bisher 26,27 $. Indonesien erhöht auf 25,50 $ von bisher 23,5 $, Iran um 5 $ auf 28,5 $. Schon seit Ende letzten Jahres waren die Ölpreise in Bewegung gekommen. Sie waren in Bewegung gekommen, weil die hochgeputschte kapitalistische Konjunktur nach noch größeren Mengen Erdöl verlangte. Japan zahlte an Iran Mitte Oktober 42 $ und in den letzten Wochen soll es weitere 12 Mio. Barrel für 45 $ gekauft haben.

Die erhöhten Preise ließen den Ölkonzernen immer noch genügend Spielraum für Profite, von denen die Bourgeois in anderen Geschäftszweigen nur träumen. Die 20 größten Ölgesellschaften der USA erhöhten im ersten Halbjahr 1979 ihre Profite um 57% auf 9 Mrd. $. An eine Senkung der Mineralölsteuer denkt keine der imperialistischen Regierungen, Matthöfer will sie im Gegenteil durch Umlage der Kfz-Steuer erhöhen und die Sachverständigen ,,zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage" regen in ihrem jüngsten Jahresgutachten an, ,,das Steuersystem, insbesondere die Mineralölsteuer auf Motorenbenzin und Heizöl zu nutzen, um den Endverbrauch von Mineralöl über das bisherige Maß hinaus zu verteuern ..."

Auch die jetzigen Preiserhöhungen werden den Mineralölverbrauch nicht einschränken, sondern die Imperialisten fürchten nichts mehr als die erklärten Beschlüsse der OPEC-Staaten, ihre Produktion nicht weiter zu steigern und zum Teil, wie Kuweit zum 1.4.1980, die Förderung zu drosseln. Die Zeitschrift für die Mineralölwirtschaft ,,OEL" in ihrem Editorial im März: ,, ... oder sind wir schon vor jenem Punkt angelangt, an dem sich die großen Rohöl-Exporteure einfach weigern, die Wünsche der Industriegesellschaften nach immer größeren Ölmengen zu befriedigen?"

Westdeutschland besitzt reiche Kohlevorräte und auch Erdgasvorräte. Trotzdem importiert es ungeheure Mengen Erdöl aus entfernten Ländern

konzernen immer noch genügend Spielraum für Profite, von denen die Bourgeois in anderen Geschäftszweigen nur träumen. Die 20 größten Ölgesellschaften der USA erhöhten im ersten Halbjahr 1979 ihre Profite um 57% auf 9 Mrd. $. An eine Senkung der Mineralölsteuer denkt keine der imperialistischen Regierungen, Matthöfer will sie im Gegenteil durch Umlage der Kfz-Steuer erhöhen und die Sachverständigen ,,zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage" regen in ihrem jüngsten Jahresgutachten an, ,,das Steuersystem, insbesondere die Mineralölsteuer auf Motorenbenzin und Heizöl zu nutzen, um den Endverbrauch von Mineralöl über das bisherige Maß hinaus zu verteuern ..."

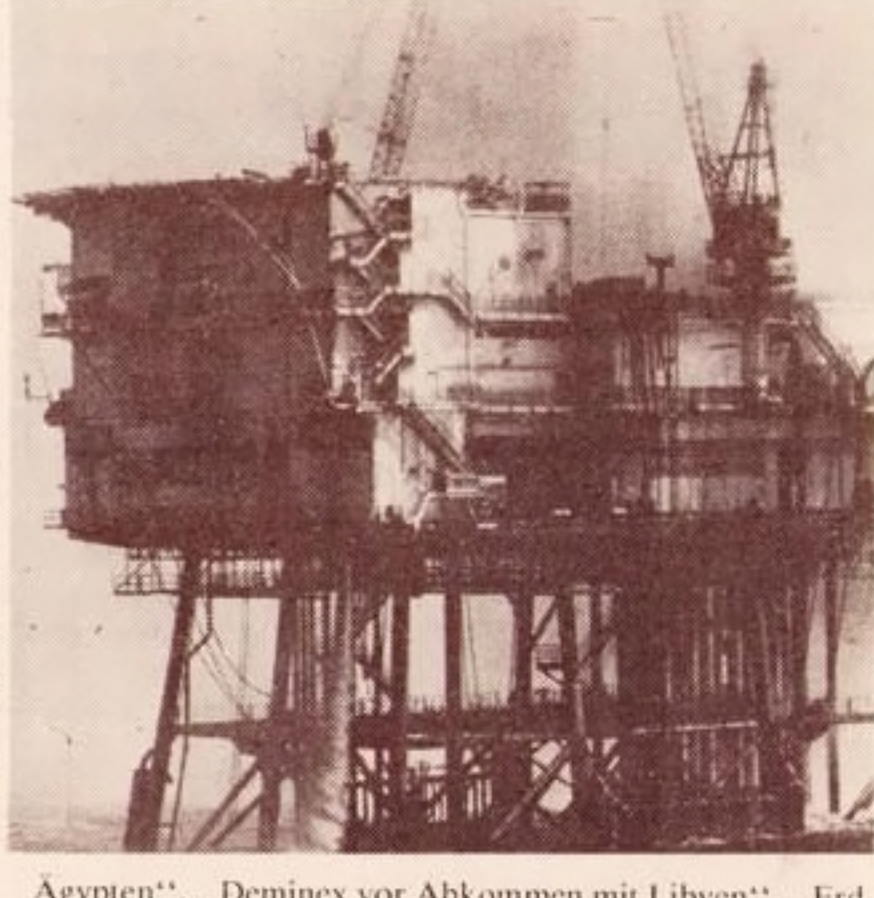
Auch die jetzigen Preiserhöhungen werden den Mineralölverbrauch nicht einschränken, sondern die Imperialisten fürchten nichts mehr als die erklärten Beschlüsse der OPEC-Staaten, ihre Produktion nicht weiter zu steigern und zum Teil, wie Kuweit zum 1.4.1980, die Förderung zu drosseln. Die Zeitschrift für die Mineralölwirtschaft ,,OEL" in ihrem Editorial im März: ,, ... oder sind wir schon vor jenem Punkt angelangt, an dem sich die großen Rohöl-Exporteure einfach weigern, die Wünsche der Industriegesellschaften nach immer größeren Ölmengen zu befriedigen?"

Westdeutschland besitzt reiche Kohlevorräte und auch Erdgasvorräte. Trotzdem importiert es ungeheure Mengen Erdöl aus entfernten Ländern
zu einem Preis, der immer noch unter dem Preis für Kohle liegt, und der einen hohen Überschuß im Außenhandel erlaubt, aus dessen Erlösen die Monopolbourgeoisie ihre Kapitalexporte finanzieren. Der Anteil des Mineralöls am Primärenergieverbrauch im Inland ist seit der Vervierfachung des Ölpreises Ende 1973 nur unwesentlich von 55,2% (1973) auf 51,4% (1974) gesunken und bewegt sich seither zwischen 52 und 53%. Soweit sein Anteil gesunken ist, so nur zugunsten des ebenfalls importierten Erdgas. Der Anteil der Kohle ist weiter gesunken. Der erhöhte Ölpreis – wie man unterem Schaubild entnimmt, hatte der Preis Ende 1978 im Tauschwert fast wieder das Niveau

*z.mif.* **Die Kapitalisten, insbesondere der Eisen-, Stahl- und Chemieindustrie, verlangten zu Beginn der sechziger Jahre nach billiger Energie, und zwar neben dem Erdöl auch nach billigem Gas.** Ab 1965 wurde Erdgas in der BRD gefördert und aus den Niederlanden importiert. Die Investitionskosten waren beträchtlich, sie machten 1965 36% der Erlöse aus. Die Kapitalisten hatten nicht vor, entsprechend hohe Preise zu zahlen, deshalb wurde eine große Propagandakampagne für Anschluß von Haushalten an die Erdgasleitungen angekurbelt. 1970 zahlten die Kapitalisten durchschnittlich 7,08 Pf pro Kubikmeter Erdgas, während sie 1965 für Kokerei- und Hochofengas 15,6 Pf gezahlt hatten. Für die Haushalte betrug der Tarif 1965 45,1 Pfennig, 1970 für hergestelltes Gas 35,79 Pfennig, für Erdgas 28,14 Pfennig







nach haben die westdeutschen Imperialisten ihr Ölkonsortium VEBA aufgebaut, dem die Deminex, Aral, Gelsenberg, Raab Karcher angegliedert wurden. Anfang 1979 wurde mit der VEBA ÖL als Obergesellschaft ein „integrierter Mineralöl-Komplex“ gegründet. Den Schwerpunkt soll der Bereich „Exploration & Produktion“ bilden, so Vorstandsvorsitzender Oschmann. Denn die VEBA hatte seit 1974 große Verluste hinnehmen müssen, während „vergleichbare integrierte Ölgesellschaften“ Rekordgewinne im „traditionell ertragreichen E&P-Sektor“ verbuchten. Eine Aufschlußfläche von 180000 km² hat die Deminex mittlerweile unter Kontrolle (Größe der BRD: 248000 km²). Schlagzeilen in der Zeitschrift „Oel“ dokumentieren das Raubgeschäft der westdeutschen Imperialisten: „Deminex: Durchbruch in Ägypten“, „Deminex vor Abkommen mit Libyen“, „Erdölfund der Deutschen Mobil in Tunesien“. Unverblümt nennt Oschmann die Pläne: „Die VEBA-eigenen E&P-Aktivitäten in Libyen, Algerien, Qatar, den Niederlanden und der deutschen Nordsee werden ... aggressiv weitergeführt werden.“ (Oel, April 1979)

vor 1973 erreicht – bewirkte nicht die Ersetzung des Öls durch andere Energieträger, sondern die Preisanpassung von Kohle und (wie jetzt) von Erdgas an den gestiegenen Ölpreis. Dies ist letztlich nichts anderes als ein Kennzeichen dafür, daß zu Erfüllung des Bedarfs weitere Lagerstätten von Rohstoffen erschlossen werden müssen, die einen höheren Aufwand an menschlicher Arbeit verlangen. Die OPEC-Länder entsprechen dieser Lage; sie wären Utopisten, würden sie anders handeln und auf ein friedliches Ende des Imperialismus warten.

Rohöllieferanten der BRD

| | Jan.–Nov. 1979 in Tsd. t | Jan.–Nov. 1978 in Tsd. t |
|---|---|---|
| 1. Saudi-Arabien | 16376 | 12710 |
| 2. Libyen | 15839 | 13417 |
| 3. Nigeria | 13327 | 9131 |
| 4. Großbritannien | 10763 | 5590 |
| 5. Iran | 10421 | 16250 |
| 6. Algerien | 8919 | 8634 |
| 7. VAE | 6881 | 6043 |
| 8. UdSSR | 3276 | 2584 |
| 9. Norwegen | 3065 | 2303 |
| 10. Kuwait | 2428 | 1184 |
| 11. Irak | 2227 | 2601 |
| 12. Venezuela | 1276 | 820 |
| 13. Syrien | 845 | 1391 |
| 14. Gabun | 650 | 619 |
| 15. Katar | 464 | 530 |
| 16. Indonesien | 430 | 807 |
| 17. Tunesien | 369 | 864 |
| 18. Oman | 287 | 274 |
| 19. Ägypten | 282 | 309 |
| 20. Dänemark | 31 | 70 |
| Gesamt | 98188 | 86240 |

Nicht der Zusammenschluß der ölproduzierenden Länder der Dritten Welt in der OPEC hat zwei Drittel der Menschheit in Armut gebracht und die Welt in unterdrückte und unterdrückende Länder geteilt, sondern die Unterwerfung – nach den der Natur abgerungenen Produktionsinstrumenten – des Erdballs und seiner natürlichen Ressourcen unter das Besitzmonopol der bürgerlichen Klasse hat die unterdrückten Völker der Mittel zur Entwicklung ihrer Produktivkraft beraubt. Undenkbar andererseits der in den Händen einiger Kapitalmagnaten in den Zentren des Imperialismus aufgehäufte Reichtum, ohne diese Ausbeutung der unterdrückten Länder.

Um ein Bild zu geben, folgendes. Die westdeutsche Kapitalistenklasse besitzt ein ausgedehntes Straßennetz, das ihr den Kapitalumschlag beschleunigt und die Arbeiter mobil macht. 1978 hat sie aus der Mineralölsteuer und der Mehrwertsteuer auf die Mineralölsteuer rund 23 Mrd. DM eingenommen. Für Straßenbau und -verwaltung hat sie ca. 17 Mrd. DM ausgegeben. Mit anderen Worten, das westdeutsche Straßennetz ist finanziert zur Gänze aus jenem Teil des Mineralölpreises, den die imperialistischen Staaten den Produzentenländern vorenthalten und an ihrer Stelle verlangen. Ein bescheidener Hinweis auf die Größe des Raubes, der mit gegenwärtigem Ölpreis stattfindet.

Der größte Raub aber findet statt durch die Monopolisierung der Rohstoffe durch die Imperialisten. Die ölexportierenden Länder wie auch eine Reihe anderer rohstoffexportierender Länder treten diesem Monopol entgegen, indem sie sich auf die erkämpfte Hoheit über ihr Staatsgebiet stützen. Zerschlagen allerdings läßt sich dieses Monopol so nicht, dieses Problem läßt sich nur durch Revolution lösen.

Der Preis für Bodenprodukte regelt sich nach den Produktionskosten des unter den ungünstigsten Bedingungen zu gewinnenden Produkts. Der Ölpreis lag bislang weit unter diesem Preis. Jetzt ist er gegenüber anderen Warenpreisen mehr gestiegen, und damit ist auch das Mineralöl, das in den Konsum der Volksmassen eingeht, teuerer geworden. Erhöhen sich die Reproduktionskosten, so muß der Lohn erhöht werden. Die Kapitalisten haben jahrzehntelang allen Nutzen aus dem Gebrauch des Öls für sich monopolisiert. Sie haben Kapitalvorschuß eingespart und daher ihre Profitrate und ihre Akkumulationsrate erhöht. Einen anderen Teil der geringeren Produktionskosten des Öls verwandelten die Mineralölmonopole direkt in Superprofite, und sofern sich auch noch die Reproduktionskosten der Arbeitskraft senkten, war's dem Rest der Kapitalistenklasse auch recht, diente ihr solcher Vorzug doch ausschließlich zur Lohnsenkung. Und schließlich: auch zahlen muß der Arbeiter mehr als der Kapitalist. Schweres Heizöl ist billiger als leichtes, die Mehrwertsteuer wird dem Kapitalisten rückerstattet, die Mineralölsteuer kann er von der Steuer absetzen und was bei der öffentlichen Versorgung der Tarif besorgt, macht hier der Mengenrabatt. Heizöl kostet bei Abnahme von 1000–2000 l 67,10 DM, bei Abnahme von 12000–15000 l 58,40 DM je 100 l. Für's Auftanken ihres Fuhrparks haben die Kapitalisten ihre eigene Tankstelle, zum Sonderpreis. Sollen die Kapitalisten also ruhig zahlen, das dämpft ihren Übermut.

# Kampf um die Teilung der Welt

## Auszug aus W.I.Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

(...) Aber eine Aufteilung der Welt unter zwei mächtige Trusts schließt natürlich eine *Neuaufteilung* nicht aus, sobald das Kräfteverhältnis – infolge der ungleichmäßigen Entwicklung, von Kriegen, Zusammenbrüchen usw. – sich ändert.

Ein lehrreiches Beispiel dafür, wie eine solche Neuaufteilung versucht wird und wie um sie gekämpft wird, bietet die Petroleumindustrie.

„Der Petroleummarkt der Welt“, schrieb Jeidels 1905, „ist im wesentlichen auch noch heute unter zwei große Finanzgruppen aufgeteilt: die amerikanische ‚Standard Oil Co.‘ Rockefellers und die Beherrscher des russischen Baku-Öls, Rothschild und Nobel. Beide Gruppen stehen in enger Verbindung, sind aber in ihrer Monopolstellung seit einer Reihe von Jahren von fünf Feinden bedroht“: 1. dem Versiegen der Petroleumquellen in Amerika; 2. der Konkurrenz der Firma Mantaschow in Baku; 3. den Petroleumvorkommen in Österreich und 4. in Rumänien; 5. den überseeischen Ölquellen, vornehmlich in den holländischen Kolonien (die steinreichen Firmen von Samuel und Shell, die auch mit dem englischen Kapital liiert sind). Die drei letzten Gruppen von Unternehmungen sind mit deutschen Großbanken, mit der größten, der „Deutschen Bank“, an der Spitze, liiert. Diese Banken haben selbständig und planmäßig die Petroleumindustrie gefördert, so z.B. in Rumänien, um einen „eigenen“ Stützpunkt zu haben. In der rumänischen Petroleumindustrie schätzte man 1907 das fremde Kapital auf 185 Mill. Francs, wovon auf Deutschland 74 Mill. entfielen.

Es begann ein Kampf, der denn auch in der ökonomischen Literatur Kampf um „die Teilung der Welt“ genannt wird. Einerseits Rockefellers „Petroleumtrust“, der, um *alles* an sich zu reißen, in Holland *selbst* eine „Tochtergesellschaft“ gründete und Petroleumquellen in Niederländisch-Indien aufkaufte, um so seinem Hauptfeind, dem holländisch-englischen „Shell“-Trust, einen Schlag zu versetzen. Anderseits suchten die „Deutsche Bank“ und andere Berliner Banken Rumänien „für sich zu behaupten“ und es mit Rußland gegen Rockefeller zu vereinigen. Dieser verfügte über ein unvergleichlich größeres Kapital und einen ausgezeichnet organisierten Apparat für den Transport und die Zustellung des Petroleums an die Verbraucher. Der Kampf mußte mit der völligen Niederlage der „Deutschen Bank“ enden, was 1907 auch der Fall war. Es blieb ihr nur die Wahl: entweder ihre „Petroleuminteressen“ mit Millionenverlust zu liquidieren oder sich zu unterwerfen. Sie wählte das letztere und schloß einen für die „Deutsche Bank“ sehr ungünstigen Vertrag mit der Standard Oil. Auf Grund dieses Vertrags verpflichtete sich die „Deutsche Bank“, „nichts zum Nachteil der amerikanischen Interesse zu unternehmen“; dabei war jedoch vorgesehen, daß der Vertrag seine Gültigkeit verlieren solle, falls Deutschland durch Gesetz ein staatliches Petroleummonopol einführen werde.



Lenin begründet in seiner Schrift die Aktualität der Revolution und die Verbindung des Kampfes zwischen den Proletariern aller Länder und den unterdrückten Völkern. Bild: Beschießung der Polizeiwache in Petrograd 1917

Nun beginnt die „Petroleum-Komödie“. Einer der Finanzkönige Deutschlands, von Gwinner, Direktor der „Deutschen Bank“, läßt durch seinen Privatsekretär Stauß *für* ein Petroleummonopol agitieren. Der ganze Riesenapparat der Berliner Großbank, alle weitreichenden „Verbindungen“ werden in Bewegung gesetzt, die Presse überschreit sich in „patriotischer“ Empörung gegen „das Joch“ des amerikanischen Trusts, und der Reichstag nimmt am 15. März 1911 beinahe einstimmig eine Resolution an, in der die Regierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf über ein Petroleummonopol auszuarbeiten. Die Regierung griff diesen „populären“ Gedanken auf, und die „Deutsche Bank“, die ihren amerikanischen Kontrahenten übers Ohr hauen und ihren Geschäften durch das Staatsmonopol nachhelfen wollte, schien gewonnenes Spiel zu haben. Die deutschen Petroleumkönige schwelgten schon im Vorgenuß der Riesenprofite, die den Profiten der russischen Zuckerfabrikanten nicht nachstehen würden ... Aber da gerieten sich erstens die deutschen Großbanken in die Haare wegen der Teilung der Beute, und die „Disconto-Gesellschaft“ enthüllte die eigennützigen Interessen der „Deutschen Bank“; zweitens bekam die Regierung Angst vor dem Kampf gegen Rockefeller, denn es war recht zweifelhaft, ob Deutschland ohne ihn Petroleum bekommen würde (Rumäniens Ausbeute war gering), und drittens stand die Bewilligung des Milliardenetats von 1913 für die Kriegsvorbereitung Deutschlands bevor. Das Monopolprojekt wurde vertagt. Rockefellers „Petroleumtrust“ ging einstweilen als Sieger aus dem Kampf hervor. (...)

Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen; dabei wird die Teilung „nach dem Kapital“, „nach der Macht“ vorgenommen – eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben.


| | Jan.–Nov. 1979 in Tsd. t | Jan.–Nov. 1978 in Tsd. t |
|---|---|---|
| 1. Saudi-Arabien | 16376 | 12710 |
| 2. Libyen | 15839 | 13417 |
| 3. Nigeria | 13327 | 9131 |
| 4. Großbritannien | 10763 | 5590 |
| 5. Iran | 10421 | 16250 |
| 6. Algerien | 8919 | 8634 |
| 7. VAE | 6881 | 6043 |
| 8. UdSSR | 3276 | 2584 |
| 9. Norwegen | 3065 | 2303 |
| 10. Kuwait | 2428 | 1184 |
| 11. Irak | 2227 | 2601 |
| 12. Venezuela | 1276 | 820 |
| 13. Syrien | 845 | 1391 |
| 14. Gabun | 650 | 619 |
| 15. Katar | 464 | 530 |
| 16. Indonesien | 430 | 807 |
| 17. Tunesien | 369 | 864 |
| 18. Oman | 287 | 274 |
| 19. Ägypten | 282 | 309 |
| 20. Dänemark | 31 | 70 |
| Gesamt | 98188 | 86240 |

cher Arbeit verlangen. Die OPEC-Länder entsprechen dieser Lage; sie wären Utopisten, würden sie anders handeln und auf ein friedliches Ende des Imperialismus warten.

Nicht der Zusammenschluß der ölproduzierenden Länder der Dritten Welt in der OPEC hat zwei Drittel der Menschheit in Armut gebracht und die Welt in unterdrückte und unterdrückende Länder geteilt, sondern die

Ein bescheidener Hinweis auf die Größe des Raubes, der mit gegenwärtigem Ölpreis stattfindet.

Der größte Raub aber findet statt durch die Monopolisierung der Rohstoffe durch die Imperialisten. Die ölexportierenden Länder wie auch eine Reihe anderer rohstoffexportierender Länder treten diesem Monopol entgegen, indem sie sich auf die erkämpfte Hoheit über ihr Staatsgebiet stützen. Zerschlagen allerdings läßt sich dieses Monopol so nicht, dieses Problem läßt sich nur durch Revolution lösen.

Der Preis für Bodenprodukte regelt sich nach den Produktionskosten des unter den ungünstigsten Bedingungen zu gewinnenden Produkts. Der Ölpreis lag bislang weit unter diesem Preis. Jetzt ist er gegenüber anderen Warenpreisen mehr gestiegen, und damit ist auch das Mineralöl, das in den Konsum der Volksmassen eingeht, teuerer geworden. Erhöhen sich die Reproduktionskosten, so muß der Lohn erhöht werden. Die Kapitalisten haben jahrzehntelang allen Nutzen aus dem Gebrauch des Öls für sich monopolisiert. Sie haben Kapitalvorschuß eingespart und daher ihre Profitrate und ihre Akkumulationsrate erhöht. Einen anderen Teil der geringeren Produktionskosten des Öls verwandelten die Mineralölmonopole direkt in Superprofite, und sofern sich auch noch die Reproduktionskosten der Arbeitskraft senkten, war's dem Rest der Kapitalistenklasse auch recht, diente ihr sol-

Kriegen, Zusammenbrüchen usw. – sich ändert.

Ein lehrreiches Beispiel dafür, wie eine solche Neuaufteilung versucht wird und wie um sie gekämpft wird, bietet die Petroleumindustrie.

„Der Petroleummarkt der Welt“, schrieb Jeidels 1905, „ist im wesentlichen auch noch heute unter zwei große Finanzgruppen aufgeteilt: die amerikanische ‚Standard Oil Co.‘ Rockefellers

Es begann ein Kampf, der denn auch in der ökonomischen Literatur Kampf um „die Teilung der Welt“ genannt wird. Einerseits Rockefellers „Petroleumtrust“, der, um *alles* an sich zu reißen, in Holland *selbst* eine „Tochtergesellschaft“ gründete und Petroleumquellen in Niederländisch-Indien aufkaufte, um so seinem Hauptfeind, dem holländisch-englischen „Shell“-Trust, einen Schlag zu versetzen. Anderseits suchten die „Deutsche Bank“ und an-



Lenin begründet in seiner Schrift die Aktualität der Revolution und die Verbindung des Kampfes zwischen den Proletariern aller Länder und den unterdrückten Völkern. Bild: Beschießung der Polizeiwache in Petrograd 1917

die“. Einer der Finanzkönige Deutschlands, von Gwinner, Direktor der „Deutschen Bank“, läßt durch seinen Privatsekretär Stauß *für* ein Petroleummonopol agitieren. Der ganze Riesenapparat der Berliner Großbank, alle weitreichenden „Verbindungen“ werden in Bewegung gesetzt, die Presse überschreit sich in „patriotischer“ Empörung gegen „das Joch“ des amerikanischen Trusts, und der Reichstag nimmt am 15. März 1911 beinahe einstimmig eine Resolution an, in der die Regierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf über ein Petroleummonopol auszuarbeiten. Die Regierung griff diesen „populären“ Gedanken auf, und die „Deutsche Bank“, die ihren amerikanischen Kontrahenten übers Ohr hauen und ihren Geschäften durch das Staatsmonopol nachhelfen wollte, schien gewonnenes Spiel zu haben. Die deutschen Petroleumkönige schwelgten schon im Vorgenuß der Riesenprofite, die den Profiten der russischen Zuckerfabrikanten nicht nachstehen würden ... Aber da gerieten sich erstens die deutschen Großbanken in die Haare wegen der Teilung der Beute, und die „Disconto-Gesellschaft“ enthüllte die eigennützigen Interessen der „Deutschen Bank“; zweitens bekam die Regierung Angst vor dem Kampf gegen Rockefeller, denn es war recht zweifelhaft, ob Deutschland ohne ihn Petroleum bekommen würde (Rumäniens Ausbeute war gering), und drittens stand die Bewilligung des Mil-


(Durchschnittserlöse nach Angaben des BMWI). Mit der geringen Preisermäßigung für Erdgas wurden die Massen gezwungen, ihre Herde und oft auch die Heizungen umzurüsten, meist auf eigene Kosten. Die Kapitalisten konnten die Kosten für die Investitionen in die Erdgasleitungen auf diese Weise auf die Massen abwälzen: Die kapitalistische Industrie verbrauchte 1970 26,1 Mrd. m³ Gas, die Haushalte 4,2 Mrd. m³. Multipliziert mit dem Durchschnittserlös ergibt das eine Rechnung von 1,85 Mrd. DM für die Kapitalisten und 1,18 Mrd. DM für die Haushalte. Investiert wurde 1970 für 875 Millionen. Die Kalkulation der Bourgeoisie war aufgegangen, die Kosten von den Massen eingetrieben. – Seither wurden die Gastarife für die Massen hochgetrieben, sie lagen 1977 im Schnitt bei 41,82 Pfennig für Erdgas, bei 57,64 Pfennig für hergestelltes Gas, das heute ausschließlich an die Massen geliefert wird, während praktisch die gesamte gasverbrauchende Industrie an das Erdgassystem angeschlossen ist. Die verbrauchte 1978 37,1 Mrd. m³, die Haushalte 10,4 Mrd. m³. Den Kapitalisten reichen die so eingetriebenen Mittel für ihre Energieversorgung nicht; das Land Schleswig-Holstein hat im Bundesrat eine Gesetzesinitiative eingebracht, wonach der Bund aus Steuermitteln den Bau von Erdgasleitungen in „strukturschwachen Gebieten“ bis 1983 mit bis zu 170 Mio. DM subventionieren soll. Das Gesetz wurde Mitte November einstimmig vom Bundestag verabschiedet.

Die klassenmäßig gespaltenen Preise für Erdgas werden von der Bourgeoisie ganz offen begründet. Für die Kapitalisten gilt der „anlegbare“ Preis, d.h. es wird zwischen Gasmonopol und Kapitalist ausgehandelt, wie hoch die Kosten für eine alternative Energiequelle wären und was auf dieser Basis der Kapitalist zu zahlen bereit ist. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung: „Für Erdgas gibt es je nach Verwendungsart verschiedene Märkte, d.h. aber auch unterschiedliche Preise, die durch die Wettbewerbsstellung der auf den verschiedenen Elementarmärkten konkurrierenden Energieträger bestimmt werden.“ (Sonderheft 120/1978, S. 83) Da die Kapitalisten den Strom billig kriegen, müssen sie auch das Erdgas billig kriegen, sonst ist „das Erdgas“ nicht konkurrenzfähig. Hohe Preise für die Massen haben demgegenüber nach Auffassung der Bundesregierung eine erzieherische Aufgabe. Das Bundesministerium für Wirtschaft erklärt auf eine Anfrage im Bundestag (27. September 1979), eine Gaspreiserhöhung sei „auch energiepolitisch tolerabel, zumal das administrative Festhalten des Preises eines einzelnen Energieträgers mit wichtigen energiepolitischen Zielsetzungen, wie der Energieeinsparung und der Entwicklung alternativer Energien, nicht in Einklang zu bringen wäre.“ Die gleiche Begründung gibt der Bundesvorstand der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft: „Höhere Gaspreise sollen Übernachfrage verhindern“ (Handelsblatt, 23.10.79). Die westdeutsche Bourgeoisie hat keinen Schimmer, wo in zehn Jahren das Erdgas herkommen wird, für das sie jetzt den Arbeitern und Angestellten die Installation von Fernheizungen aufzwingt. Bis 1985 sollen weitere 2,5 Mio. Wohnungen mit Erdgas beheizt werden, insgesamt dann 4,5 Millionen, aber das „Erdgasprojekt mit dem Iran liegt vorläufig auf Eis“. Für 1990 rechnet die Bourgeoisie mit einer Unterdeckung von 50 Mrd. m³ in Westeuropa. Aber jetzt sind die Profite hoch, das reicht ihr. Sie verfolgt die Politik, die unter ihrer unmittelbaren Gewalt befindlichen Ressourcen möglichst zu schonen und das Erdgas aus schwächeren imperialistischen Ländern wie den Niederlanden und Norwegen zu beziehen sowie aus der Sowjetunion. (Stand 1978: Niederlande 20 Mrd. m³, Norwegen 5,8 Mrd., UdSSR 8,6 Mrd., Eigenförderung BRD 20,4 Mrd.) Da aber die Sozialimperialisten ihrerseits Erdgas aus Afghanistan beziehen und aus dem Iran beziehen wollen, ist auch die Lieferung aus der UdSSR – geplant für 1985: 10 Mrd. m³ – alles andere als gewiß.

# Im ganzen Land fordert das kampucheanische Volk den Abzug der vietnamesischen Truppen

*z.gkr.* Am 14. November verabschiedete die UNO-Vollversammlung eine Resolution, in der die Aggression gegen das Demokratische Kampuchea verurteilt und der sofortige Abzug aller ausländischen Truppen aus Kampuchea gefordert wird. Diese Resolution bestärkt den Kampf des kampucheanischen Volkes in den befreiten Gebieten des Demokratischen Kampuchea wie auch in den zeitweilig von den vietnamesischen Aggressionstruppen besetzten. Das Informationsbulletin des Demokratischen Kampuchea berichtete in den letzten Wochen über verschiedene Versammlungen und Demonstrationen:

,,In verschiedenen Regionen wurden Versammlungen durchgeführt, um die Resolution der 34. UNO-Generalversammlung vom 14. November zu begrüßen, die den sofortigen Abzug aller ausländischen Truppen aus Kampuchea verlangt. Die Distrikte Chhouk und Kong Pisei (Südwest-Zone) haben als erste solche Versammlungen durchgeführt, daraufhin fanden am 17. November in den Distrikten Thmar Sa (Provinz Kon Kong, West-Zone), Thmar Puok (Provinz Battambang, Nordwest-Zone) und Leach (West-Zone) weitere Versammlungen statt. Diese Versammlungen wurden von mehreren hundert Leuten besucht. Diese Versammlungen riefen die UNO auf, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um Hanoi zu zwingen, die Resolution durchzuführen, und erklärten ihre Entschlossenheit, den Guerillakrieg gegen die vietnamesischen Völkermörder fortzusetzen.''

,,Kürzlich haben mehr als 250 Einwohner aus den Distrikten Ponhea Krek, Tbaung Khum und Suong in der Ost-Zone an der Grenze mit Vietnam eine Versammlung durchgeführt, um die UNO-Resolution zu begrüßen ... Vertreter und Vertreterinnen der revolutionären Guerillas wie auch Vertreter der Selbstverteidigungseinheiten und Khmer-Soldaten, die sich der Front angeschlossen haben, besuchten die Versammlung.''

Solche politischen Versammlungen hat das kampucheanische Volk in vielen Städten und Distrikten des Landes durchgeführt: im Sambauer-Distrikt am 19. November (Kratie-Provinz, Nordöstliche Zone, 300 Teilnehmer); am 20. November in Battambang (550 Teilnehmer); am 23. November führten 380 Vertreter der Armee und der Guerillas der Provinzen Stung Treng und Tatanokiri (Nordost-Zone) eine Versammlung durch. Auf Demonstrationen wurde u.a. gefordert: ,,Sofortiger Rückzug der vietnamesischen Truppen'', ,,Respektierung der UNO-Resolution'', ,,Hanoi muß sofort den Mißbrauch der humanitären Hilfe einstellen!''

All diese Aktionen schließen die vier Kräfte des Volkes immer enger zusammen und bringen die sowjetisch-vietna-

gen die vietnamesischen Völkermörder fortzusetzen.''

,,Kürzlich haben mehr als 250 Einwohner aus den Distrikten Ponhea Krek, Tbaung Khum und Suong in der Ost-Zone an der Grenze mit Vietnam eine Versammlung durchgeführt, um die UNO-Resolution zu begrüßen ... Vertreter und Vertreterinnen der revolutionären Guerillas wie auch Vertreter der Selbstverteidigungseinheiten und Khmer-Soldaten, die sich der Front angeschlossen haben, besuchten die Versammlung.''

Solche politischen Versammlungen hat das kampucheanische Volk in vielen Städten und Distrikten des Landes durchgeführt: im Sambauer-Distrikt am 19. November (Kratie-Provinz, Nordöstliche Zone, 300 Teilnehmer); am 20. November in Battambang (550 Teilnehmer); am 23. November führten 380 Vertreter der Armee und der Guerillas der Provinzen Stung Treng und Tatanokiri (Nordost-Zone) eine Versammlung durch. Auf Demonstrationen wurde u.a. gefordert: ,,Sofortiger Rückzug der vietnamesischen Truppen'', ,,Respektierung der UNO-Resolution'', ,,Hanoi muß sofort den Mißbrauch der humanitären Hilfe einstellen!''

All diese Aktionen schließen die vier Kräfte des Volkes immer enger zusammen und bringen die sowjetisch-vietna-

mesischen Aggressoren in unüberwindliche Schwierigkeiten. ,,Die vier Kräfte des Volkes sind: Die Guerillas; das Volk in den Guerillabasen und -gebieten; das Volk in den Gebieten, die zeitweise unter der Kontrolle der vietnamesischen Besatzer stehen; die Selbstschutztruppen, Khmersoldaten und Mitglieder der Verwaltungskomitees, die durch die Besatzer eingerichtet wurden.''

So heißt es in einem anderen Bericht: ,,Im Svay-Leu Distrikt (Siemreap-Provinz) organisiert das Komitee der Patriotischen und Demokratischen Front der großen Nationalen Eintracht am 18. November eine Versammlung, die von 300 Personen besucht wurde, einschließlich von Angehörigen von Selbstschutzgruppen, die von den Vietnamesen zwangsrekrutiert werden, und Khmer-Soldaten aus den Gebieten, die zeitweilig vom Feind kontrolliert werden, und vietnamesischen Soldaten, die sich vor kurzem den Guerillas ergeben hatten.''

Auch die von den vietnamesischen Aggressoren zwangsrekrutierten Khmer-Soldaten, eingesetzte Verwaltungseinheiten und laotische Besatzersoldaten schließen sich dem Widerstand an: ,,In den östlichen Zonen haben am 15. November in Svay Rieng und um die vietnamesische Garnison herum mehr als 300 Menschen demonstriert ... Vietnamesische Truppen wurden eingesetzt, um die Demonstration zu unterdrücken. Die wurde jedoch fortgesetzt. Daraufhin brachen zwischen den Khmer-Soldaten (die von Vietnam rekrutiert waren) und vietnamesischen Truppen Kämpfe aus, die bis in die Nacht anhielten.''

,,In der Provinz Battambang in der Nordost-Zone und vor allem in der Stadt Battambang und in einer Reihe von Städten entlang des Flusses wurden zehntausende von Flugblättern verbreitet ... Am Tag darauf führten die vietnamesischen Besatzer voller Hast eine Veranstaltung durch mit 200 Teilnehmern von Selbstverwaltungseinheiten und Komitees, die sie eingesetzt hatten. Aber im Gegensatz zu ihrer Absicht, die UN-Resolution zu entstellen, verurteilten die Teilnehmer den völkermörderischen Krieg, den sie in Kampuchea führen, und forderten den Abzug der vietnamesischen Truppen.''

,,Die laotischen Truppen, die im nordöstlichen Kampuchea stationiert sind, haben die UNO-Resolution des 14. November begrüßt. Am 17. November haben laotische Soldaten und ein Sektionsführer zusammen mit den Kampucheanern Beifall geklatscht als sie hörten, daß die Generalversammlung der UNO einen Beschluß gefaßt hat, der den sofortigen Rückzug aller fremden Truppen aus Kampuchea fordert. Sie haben ihre Hoffnung ausgedrückt, bald nach Hause zurückkehren zu können, damit sie nicht länger für die Le-Duan-Clique in Kampuchea ihr Leben riskieren. Es waren Pon Ma Chouchat (aus Savannaket), Kamphan (aus Luong Prabang) und Than Xi (aus Lampasak).''

Die nebenstehende Karte zeigt das Demokratische Kampuchea mit den befreiten Gebieten und den zeitweise von den vietnamesischen Aggressoren

Stadt Battambang und in einer Reihe von Städten entlang des Flusses wurden zehntausende von Flugblättern verbreitet ... Am Tag darauf führten die vietnamesischen Besatzer voller Hast eine Veranstaltung durch mit 200 Teilnehmern von Selbstverwaltungseinheiten und Komitees, die sie eingesetzt hatten. Aber im Gegensatz zu ihrer Absicht, die UN-Resolution zu entstellen, verurteilten die Teilnehmer den völkermörderischen Krieg, den sie in Kampuchea führen, und forderten den Abzug der vietnamesischen Truppen.''

,,Die laotischen Truppen, die im nordöstlichen Kampuchea stationiert sind, haben die UNO-Resolution des 14. November begrüßt. Am 17. November haben laotische Soldaten und ein Sektionsführer zusammen mit den Kampucheanern Beifall geklatscht als sie hörten, daß die Generalversammlung der UNO einen Beschluß gefaßt hat, der den sofortigen Rückzug aller fremden Truppen aus Kampuchea fordert. Sie haben ihre Hoffnung ausgedrückt, bald nach Hause zurückkehren zu können, damit sie nicht länger für die Le-Duan-Clique in Kampuchea ihr Leben riskieren. Es waren Pon Ma Chouchat (aus Savannaket), Kamphan (aus Luong Prabang) und Than Xi (aus Lampasak).''

Die nebenstehende Karte zeigt das Demokratische Kampuchea mit den befreiten Gebieten und den zeitweise von den vietnamesischen Aggressoren

besetzten Gebieten. Die Angaben, die der schwedischen Zeitung Dagens Nyheter vom 14.12.79 entnommen sind, ergeben sich aus einem Interview des Ministerpräsidenten des Demokratischen Kampuchea, Pol Pot.



Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Kommunistische Volkszeitung

Hrsg.: KBW, Zentrales Komitee
Frankfurt, Mainzer Landstr. 147

Illustriertes Blatt

Verbreitung: BRD und Westberlin
17.12.1979



Pol Pot, Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea



Stabssitzung der Revolutionären Armee des Demokratischen Kampuchea

## Unterstützt das Demokratische Kampuchea gegen die sowjetisch-vietnamesische Invasion!

,,Angesichts der Eskalation des vietnamesischen Aggressionskrieges in Kampuchea, der verbrecherischen Strategie der Hanoier Behörden, eine Hungersnot in Kampuchea herbeizuführen, und der Manöver einer 3. Alternative ruft die Regierung des Demokratischen Kampuchea alle Länder und Regierungen, alle politischen und Massenorganisationen und alle Persönlichkeiten auf der ganzen Welt, die Frieden, Gerechtigkeit und Unabhängigkeit lieben, auf, ihre Anstrengungen zusammenzufassen, um:

1. angemessenen ökonomischen und militärischen Druck auf Vietnam auszuüben, um Vietnam zu zwingen, sofort, vollständig und bedingungslos seine Aggressionstruppen und seine Siedlungen aus Kampuchea abzuziehen;

2. das kampucheanische Volk sein souveränes Recht ausüben zu lassen, sein eigenes Schicksal selbst und ohne äußere Einmischung zu bestimmen. Das innere Problem Kampucheas wird dann in Übereinstimmung mit dem Programm der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Eintracht von Kampuchea gelöst werden, was bedeutet, daß das soziale und politische System Kampucheas durch das kampucheanische Volk selbst bestimmt wird, durch allgemeine und freie Wahlen, durch direkte und geheime Abstimmung, durch Wahlen unter Aufsicht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen;

3. humanitäre Hilfe direkt an die Regierung des Demokratischen Kampuchea zu schicken und nicht an die vietnamesischen Aggressoren über ihre Marionetten in Phnom Penh.

Wie groß auch immer die Opfer sein werden, unser Volk ist entschlossen, mit seiner Armee und unter Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea seinen Kampf fortzusetzen, um alle vietnamesischen Aggressoren aus unserem Land zu vertreiben.''

(Ieng Thirith auf der Internationalen Solidaritätskonferenz in Stockholm)



Munitionskisten werden auf einen Elefanten verladen




,,Unsere gesamte reguläre Streitmacht ist in Guerillaeinheiten reorganisiert worden. Diese fügen dem Feind täglich, selbst im Innern des von den Vietnamesen vorübergehend besetzten Territoriums, schwere Verluste zu. Die Einheiten sind in der Lage, der Masse der feindlichen Kräfte auszuweichen, um sie dann ohne Unterlaß in ihren Flanken und in ihrem Rücken anzugreifen, sie so voneinander zu trennen, ihre Verbindungen zu unterbrechen, sie zu verschleißen und zu erschöpfen. Zum festgelegten Augenblick sammeln sie sich, um mit einem großen Schlag die so isolierten und von ihren Stützpunkten entfernten feindlichen Einheiten eine nach der anderen zu vernichten.



Eine mit panzerbrechenden Waffen ausgerüstete Einheit der Revolutionären Armee des Demokratischen Kampuchea auf dem Marsch



Munitionskisten werden auf einen Elefanten verladen



,,Unsere gesamte reguläre Streitmacht ist in Guerillaeinheiten reorganisiert worden. Diese fügen dem Feind täglich, selbst im Innern des von den Vietnamesen vorübergehend besetzten Territoriums, schwere Verluste zu. Die Einheiten sind in der Lage, der Masse der feindlichen Kräfte auszuweichen, um sie dann ohne Unterlaß in ihren Flanken und in ihrem Rücken anzugreifen, sie so voneinander zu trennen, ihre Verbindungen zu unterbrechen, sie zu verschleißen und zu erschöpfen. Zum festgelegten Augenblick sammeln sie sich, um mit einem großen Schlag die so isolierten und von ihren Stützpunkten entfernten feindlichen Einheiten eine nach der anderen zu vernichten.



Eine mit panzerbrechenden Waffen ausgerüstete Einheit der Revolutionären Armee des Demokratischen Kampuchea auf dem Marsch

Die Hanoier Machthaber werden ihre Streitkräfte vor allem entlang der thailändischen Grenze konzentrieren und so versuchen, uns völlig vom Ausland abzuschneiden. Auf diese Weise werden sie uns sicherlich große Schwierigkeiten bereiten können. Aber indem sie das tun, werden sie unweigerlich gezwungen sein, ihre Positionen im Innern des Landes, vor allem in Ratanakiri, Mondulkiri, Kratie, in der Zentralzone, in der südwestlichen Zone, in der Region Kompong Chang, Pursat usw. zu entblößen. Wir werden sie dort, wo sie am schwächsten sein werden, vernichten und unsere Gebiete auf diese Weise ausdehnen können.

Selbst entlang der thailändischen Grenze werden sie die Angriffe, die Stiche unserer Guerillaeinheiten nicht unbegrenzt aushalten. Anders gesagt, was sie auch während der Trockenheit unternehmen, sie werden unseren Widerstand niemals brechen können.

Sich in so einen langandauernden Volkskrieg zu verstricken, heißt schon, sich zu einer unausweichlichen Niederlage zu verdammen. Dieses Gesetz gilt für jeden Angreifer. Und die Hanoier Führer werden es als erste erfahren. Sie sehen sich schon hier und heute auf Grund ihrer Aggressions- und Expansionspolitik enormen Schwierigkeiten ausgesetzt, im Innern wie außerhalb Vietnams, auf militärischem wie auf politischem Gebiet, ökonomisch wie außenpolitisch, in Laos und an der chinesischen Grenze.''

(Khieu Samphan, Staatspräsident des Demokratischen Kampuchea)



Durch Bambusfallen werden die befreiten Gebiete gesichert



Soldat der Revolutionären Armee auf Wache an einem Dschungelpfad



Guerillaeinheiten greifen die vorstoßenden Aggressionstruppen aus dem Rücken und von den Flanken her an. Zerstörter vietnamesischer Panzer




Kommunistischer Bund Westdeutschland